

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich (1962–1995)

Mit ihrer Ausreise nach Frankreich nach der Unabhängigkeit Algeriens werden die Hilfssoldaten im Kontext der Migrationsgeschichte interessant. Die »harkis« waren nicht Teil der hauptsächlich männlich geprägten Arbeitsmigration, sondern stellen einen Sonderfall dar. Sie kamen mit ihren Familien nach Frankreich und es wurde schnell deutlich, dass sie längerfristig bleiben würden. Die Frage nach der Integration der Hilfssoldaten und deren Familien stellte sich somit unmittelbar mit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft. In der Forschung wurden in diesem Kontext bereits koloniale Kontinuitäten herausgearbeitet. Sozialwissenschaftler sahen die in der Kolonialzeit einsetzende, von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der *Français musulmans* ausgehende Assimilationspolitik fortgesetzt. Charbit machte neben staatlichen Behörden auch ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs und einzelne Repatriierte, die die Behörden berieten und unterstützten, als Träger dieser Assimilationspolitik aus. Ihm zufolge waren diese Akteure durch das Interesse geleitet, Elemente des Kolonialreichs über dessen Ende hinweg zu bewahren<sup>1</sup>. Die »harkis« blieben somit im Diskurs dieser Akteure zum einen koloniale Subjekte, zugleich jedoch auch der scheinbare Beleg für die Realisierbarkeit der *mission civilisatrice*.

Dieser Teil der Arbeit widmet sich zunächst den staatlich-offiziellen Diskursen und sucht in den offiziellen Archivbeständen der betreffenden Ministerien nach den hier vorherrschenden Motiven und Topoi. Die Diskurse der bereits genannten Akteure – Kolonialmilitärs und Repatriierte – werden entlang einzelner Verbände anhand von Verbandsorganen und archivalischen Verbandsquellen erschlossen. Hier ist die Frage nach dem Beziehungs- und Interessengefüge besonders relevant, da die Verbände starken Einfluss auf die staatliche Integrationspolitik hatten und bestimmte Motive und Topoi für eine gezielte Lobbyarbeit einsetzten. Auch die extreme Rechte – namentlich der FN – ist in diesem Teil der Arbeit ein wichtiger Akteur. Wichtige Persönlichkeiten in der Partei waren einstige Verteidiger der *Algérie française* und trugen

1 CHARBIT, Un petit monde colonial.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

somit koloniales Denken in die Diskurse um die Integration hinein<sup>2</sup>. Der FN ist insofern als Akteur besonders interessant, da er seit seiner Gründung vehement für die Beschränkung der Migration eintrat und einen antimuslimischen Diskurs pflegte. Daher ist die Frage interessant, wie die Partei die Hilfssoldaten in diesen Diskurs einschrieb oder sich gar bemühte, bestimmte Bilder der Hilfssoldaten für die Durchsetzung ihrer antipluralistischen Ideen zu nutzen.

Für die Akzeptanz des Pluralismus in der Französischen Republik traten Vertreter der Linken ebenso wie Vertreter der maghrebischen Migranten ein, die während des Krieges die Hilfssoldaten als Verräter bezeichneten. Es drängt sich die Frage auf, wie diese Akteure die Hilfssoldaten in den Integrationsdebatten thematisierten. In Bezug auf die genannten Akteure sind generationelle Brüche besonders relevant. Die Migration aus dem Maghreb wandelte sich in den 1980er Jahren grundlegend. Mit dem Familiennachzug war eine neue Generation herangewachsen, die wie die Hilfssoldaten und deren Nachkommen nun auch die französische Staatsbürgerschaft hatte. Mit diesem Wandel kam es der Sozialwissenschaftlerin Spina zufolge zu einer Annäherung zwischen den Söhnen und Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten und den maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation, wodurch die Grenzen zwischen beiden Gruppen zunehmend verschwammen<sup>3</sup>. Es gilt nicht nur diese These zu überprüfen, sondern nach generationellen Brüchen im gesamten Beziehungs- und Interessensgefüge zu suchen, die Diskurse um die »harkis« bestimmten. Im Gegensatz zu den Hilfssoldaten selbst beteiligten sich deren Söhne und Töchter aktiv an den Integrationsdebatten. Sie trugen in Protesten, die durch Akten des Innenministeriums erhellt werden können, ihre Positionen in die Öffentlichkeit und gründeten eigene Verbände. Welche Positionen zur Integrationspolitik in Frankreich wurden hier sichtbar? Wie positionierten sie sich zur Assimilationspolitik? Sah diese Generation selbst koloniale Kontinuitäten? Identifizierte sie sich mit der Französischen Republik? Wie wirkte sich die Herkunft der Hilfssoldaten im kolonialen Algerien auf ihre Identität aus, insbesondere bei der zweiten Generation, die Algerien teils nicht kannte? Wurden hybride Identitäten aufrechterhalten oder entwickelten sich ganz neue Denk- und Handlungsmuster? Die Beantwortung dieser Fragen im Kontext einer Migrationsgeschichte ist zentral, um die Suche der Hilfssoldaten und deren Nachkommen nach einem Platz in der Französischen Republik zu analysieren.

<sup>2</sup> RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 385–408.

<sup>3</sup> SPINA, *Enfant de harkis*.

### 3.1 Regierungspolitik zwischen Assimilation und Differentialismus

Während das französische Militär nach den Abkommen von Évian in Algerien die Ausreise der schutzsuchenden Hilfssoldaten organisierte, musste gleichzeitig die Frage beantwortet werden, wie man sie in Frankreich empfangen wolle. Die interministerielle Kommission unter dem Vorsitz von Michel Massenet beschäftigte sich im April auch mit dieser Frage und arbeitete Lösungsvorschläge aus, die sie der Regierung vorlegte. Die Suche nach einer Lösung gestaltete sich insbesondere deshalb schwierig, da im April noch keine Entscheidung darüber getroffen worden war, ob die Hilfssoldaten als Repatriierte anzusehen seien. Die Kommission verwies darauf, dass sie über diese Frage nicht zu entscheiden hatte<sup>4</sup>. Die Hilfssoldaten, die nach den Abkommen von Évian und im Sommer 1962 in Frankreich ankamen, hatten somit einen ungeklärten Status. Sie waren weder Repatriierte noch Flüchtlinge. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der muslimischen Elite, die als Repatriierte angesehen und gemäß der *loi Boulin* integriert wurden, wurde ihnen nicht das Recht eingeräumt, sich eigenständig um eine Unterbringung in Frankreich zu kümmern<sup>5</sup>.

Das Armeeministerium steuerte in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Repatriierte zentral die Erstaufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Um ihren Sonderstatus zu verdeutlichen, schuf die Regierung innerhalb des Staatssekretariats für Repatriierte den Service d'accueil et de reclassement des Français d'Indochine et des Français musulmans (SFIM), der ausschließlich für die ehemaligen Hilfssoldaten zuständig war, die als besonders hilfsbedürftig angesehen wurden<sup>6</sup>. Die Kommission unter Massenet fand zunächst keine Lösung für die Frage der Erstunterbringung der Hilfssoldaten. Die Umsetzung der Lösungsvorschläge scheiterte am Widerstand von Premierminister Georges Pompidou. Man hatte ihn gebeten, unbebautes Terrain und finanzielle Mittel zum Bau improvisierter Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Er stellte sich jedoch gegen diese Lösung. Der Bau solcher improvisierten Unterkünfte dauere zu lange und sei zudem zu kostspielig. Er schlug vor, einen Teil der Unterkünfte für nordafrikanische Arbeiter für »ces rapatriés« zu nutzen. Bestünde weiterhin Bedarf, sollte das Staatssekretariat für Repatriierte

4 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

5 Der Minister für algerische Angelegenheiten traf im April 1962 diese Entscheidung, vgl. Le ministre d'État chargé des Affaires algériennes à monsieur le haut commissaire de la République en Algérie, 7.4.1962, ibid.

6 CHARBIT, Les harkis, S. 71.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

bereits existierende Militärlager zur Verfügung stellen<sup>7</sup>. Pompidous Antwort verdeutlichte den ungeklärten Status der Hilfssoldaten. Einerseits sprach er von »ces rapatriés« und sah das Staatssekretariat für Repatriierte in der Verantwortung, eine Lösung für die Unterbringungsfrage zu finden. Andererseits schlug er vor, »ces rapatriés« in Unterkünften für nordafrikanische Arbeiter unterzubringen, und rückte sie so in den Kontext der Arbeitsmigration.

Die Vorschläge des Premierministers galten als nicht durchführbar. In der Kommission kam man zu dem Schluss, die Unterbringung in den Unterkünften für nordafrikanische Arbeiter sei zu gefährlich. Die Unterkünfte befanden sich in Regionen mit einer großen Dichte an algerischen Arbeitern, wo die Sicherheit der ehemaligen Hilfssoldaten nicht gewährleistet war. Zudem waren auch diese Unterkünfte bereits überfüllt und ein Hinauswurf der Bewohner zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten würde mit Sicherheit zu weiteren Spannungen führen. Auch die Möglichkeit, Militärlager zu nutzen, lehnte die Kommission zunächst ab, da diese für die repatriierten Militärs benötigt wurden<sup>8</sup>. Dennoch entschieden sich die Verantwortlichen schließlich für diese Lösung und das Armeeministerium stattete Militärlager als Transitlager aus, in denen die ehemaligen Hilfssoldaten so lange untergebracht werden sollten, bis für sie Arbeit und Unterbringung gefunden worden war. Zunächst wurde im Juli ein Lager in Larzac eröffnet. Dies war jedoch schnell überfüllt, weshalb in Bourglastic ein zweites Lager eröffnet wurde<sup>9</sup>. Bereits im Juli waren über 10 000 Menschen auf diese beiden Lager verteilt. Da die Unterbringung dort recht provisorisch war, mussten sie noch vor dem Winter ihre Tore wieder schließen. In gemäßigeren klimatischen Zonen im Süden Frankreichs eröffnete das Armeeministerium zwei neue Lager: Rivesaltes und Saint-Maurice-l'Ardoise. Auch hier wurden die Ankommenden zunächst in Zelten untergebracht. In Rivesaltes begann man erst im Oktober mit dem Bau von Baracken, weshalb die Familien den Winter in Zelten verbringen mussten. Auch in Saint-Maurice-

7 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2.

8 Ibid.

9 Offiziell handelte es sich nicht um Lager, sondern um sogenannte *centres d'hébergement* und *cités d'accueil*. In der Forschung wird jedoch einheitlich der Begriff »Lager« verwendet. Wie Langelier nachweist, handelte es sich um Internierungslager, für die jedoch die rechtliche Grundlage fehlte: LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 24–28.

l'Ardoise waren nur wenige Unterkünfte vorhanden, weshalb zügig gebaut werden musste<sup>10</sup>.

Sehr bald offenbarten sich innerhalb und außerhalb der Lager Probleme, in deren Folge die Behörden die ehemaligen Hilfssoldaten zum Sicherheitsproblem erklärten. Bereits im Juni wusste der Präfekt des Departements Aveyron von Sicherheitsproblemen zu berichten, die durch das Lager in Larzac entstanden. Er beklagte, dass das Lager nach allen Richtungen geöffnet sei, da dadurch die Bewohner Larzacs »sous prétexte qu'il s'agit d'hommes libres« die Möglichkeit hatten, sich in der Nachbarschaft herumzutreiben<sup>11</sup>. Sie verbrachten ihre Zeit in den Cafés und teilweise sogar die Nächte in Hotels. Zudem verließen einige ohne Erlaubnis das Lager, um sich selbst eine Bleibe zu suchen<sup>12</sup>. Im Juli besuchte General Pierre Dunoyer de Segonzac, Direktor des zentralen Diensts der sozialen Aktivitäten der Armee, das Lager in Larzac, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen, und berichtete anschließend von erheblichen Disziplinproblemen. Er bemängelte unter anderem das enge Zusammenleben von Familien und ledigen Männern, von denen einige regelmäßig Prostituierte in das Lager holten. Viele der Lagerbewohner suchten zudem ihr Glück in der Illegalität und verfügten über große Mengen Geld, dessen Herkunft nicht nachzuverfolgen sei. Gleichzeitig sei eine arbeitsverweigernde Haltung zu konstatieren. Die ehemaligen Hilfssoldaten nützten die Arbeitseingliederungsmaßnahmen nicht. Der General kam zu dem Schluss, es bedürfe eines »effort énorme d'éducation et d'adaptation fermement dirigée«, um »une masse d'étrangers« in die Nation zu integrieren. Nur eine »discipline militaire« könne die Missstände im Lager beseitigen<sup>13</sup>.

Der Armeeminister reagierte auf den Bericht des Generals und warnte das Staatssekretariat für Repatrierte vor »sérieuses difficultés de tous ordres«. Es verbreite sich zunehmend die Ansicht unter den ehemaligen Hilfssoldaten, ihnen stehe eine kostenlose Unterbringung und Versorgung zu, was zu einer arbeitsverweigernden Haltung führe<sup>14</sup>. Um gegen dieses Problem vorzugehen, beschloss man schließlich, das Staatssekretariat für Repatrierte sollte für die Suche nach Arbeit und Unterkunft sowie für Arbeitseingliederungsmaßnahmen

<sup>10</sup> Aderahmen MOUMEN, Camp de Rivesaltes. Camp de Saint-Maurice-l'Ardoise. L'accueil et le reclassement des harkis en France (1962–1964), in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 105–119, hier S. 105–107.

<sup>11</sup> Télégramme préfet Rodez au ministre de l'Intérieur, 16.6.1962, AN: vers. 19910467/2.

<sup>12</sup> Le préfet de l'Aveyron à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés/monsieur le ministre de l'Intérieur, 16.6.1962, ibid.

<sup>13</sup> Ministère des Armées, service central de l'action sociale des armées, 17.7.1962, AN: F1a/5140.

<sup>14</sup> Le ministre des Armées à monsieur le secrétariat d'État aux rapatriés, 24.7.1962, ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zuständig sein, während das Armeeministerium die Betreuung der Lagerbewohner in Verwaltungs- und Gesundheitsangelegenheiten sowie in sozialen Fragen regeln sollte. Im Lager setzte sich mit dieser Regelung die geforderte militärische Kontrolle durch. Jedes Lager wurde von einem Offizier kommandiert, der gemeinsam mit seinem ihm zur Verfügung gestellten militärischen Personal das gesamte Lagerleben von der Essenszuteilung bis zur medizinischen Kontrolle regelte<sup>15</sup>.

Trotz dieser Regelungen erreichten den Premierminister nach der Eröffnung des Lagers in Rivesaltes ähnliche Beschwerden wie zuvor aus dem Département Aveyron. Pompidou forderte daraufhin den zuständigen Armeeminister im Dezember 1962 dazu auf, die Kontrolle zu verstärken. Er kritisierte, dass den »réfugiés« zu wenig Disziplin auferlegt würde, was insbesondere in Rivesaltes aufgrund der Nähe zu Perpignan, wo sich bereits verschiedene Zwischenfälle ereignet hatten, dringend erforderlich sei. Aus diesem Grund ordnete er an, den Ausgang der Lagerbewohner zu kontrollieren. Nur noch wenn dringende Gründe vorlägen, sollten sie das Lager verlassen dürfen. Gleichzeitig solle man sie innerhalb des Lagers besser beschäftigen. Neben den bereits bestehenden Arbeitseingliederungsmaßnahmen sah der Premierminister in den andauernden Arbeiten zum Aufbau des Lagers eine Möglichkeit, die Bewohner zu beschäftigen. Durch diese Arbeit im Lager seien sie nicht nur beschäftigt, sondern hätten zudem die Möglichkeit, ihr eigenes Geld zu verdienen. Pompidou hob hervor, dass all diese Maßnahmen im Interesse der »réfugiés«, »habitues à une organisation de type militaire comportant un encadrement solide« lägen<sup>16</sup>.

Die regierungsinternen Überlegungen zur Unterbringung der Hilfssoldaten zeigen ebenso wie die Überlegungen zu deren Einreise nach Frankreich, dass sie nicht als Repatrierte sondern als Flüchtlinge angesehen wurden. Man betrachtete sie als eine Gruppe »d'étrangers«, die strenge Kontrolle und militärische Disziplin benötigte, um sich an ein Leben in Frankreich zu gewöhnen. Dabei ging man so weit, mit dem Argument, die – wie Pompidou sie bezeichnete – »réfugiés« stellten ein Sicherheitsproblem dar, pauschal ihre Freizügigkeit einzuschränken. Während Pompidou im April noch von »ces rapatriés« gesprochen hatte, sah er die Hilfssoldaten nun im November 1962 als Flüchtlinge an. Dies ist umso interessanter, als sie zu diesem Zeitpunkt unter bestimmten Umständen bereits offiziell als Repatrierte angesehen wurden. Die Hilfssoldaten, die offiziell vom französischen Militär nach Frankreich gebracht worden waren, bekamen die Möglichkeit, nach ihrer Ankunft in Frankreich die

<sup>15</sup> SFIM. Note, ohne Datum [in dem Schreiben ist davon die Rede, dass die genannten Regelungen seit dem 3. August 1962 gelten], AN: vers. 19920149/1.

<sup>16</sup> Le Premier ministre à monsieur le ministre des Armées, 8.12.1962, AN: vers. 19910467/1.

französische Staatsbürgerschaft zu beantragen, um anschließend als Repatriierte anerkannt zu werden<sup>17</sup>. In den Lagern wurden die Hilfssoldaten und deren Familien in einem Eilverfahren eingebürgert<sup>18</sup>. Laut Angaben des Ministeriums für Repatriierte hatte zu Beginn des Jahres 1963 »la quasi-totalité des supplétifs encore dans les camps« die französische Staatsbürgerschaft beantragt<sup>19</sup>. Somit waren sie offiziell den repatriierten europäischen Siedlern gleichgesetzt, was sich jedoch weder in der politischen Praxis noch im Diskurs niederschlug. Selbst der oberste Regierungsvertreter Pompidou bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien in offiziellen Schreiben als »réfugiés« und forderte, ihnen als Gruppe die Freizügigkeit und damit eines der Grundrechte zu entziehen.

Obwohl sie ab September offiziell als Repatriierte galten, waren die ehemaligen Hilfssoldaten weiterhin von der *loi Boulin* ausgeschlossen. In der Forschung herrscht Konsens darüber, dass die Regierung sich im Umgang mit den Hilfssoldaten schon allein dadurch vom universalistischen Prinzip entfernte, dass rechtlich zwei verschiedene Kategorien von Repatriierten existierten. Die rechtliche Sonderstellung der Muslime Algeriens wurde fortgeführt, indem sprachlich unterschieden wurde zwischen den *Français rapatriés d'origine européenne* und den *Français musulmans rapatriés*, auch bezeichnet als *Français rapatriés d'origine nord-africaine* oder als *rapatriés musulmans*<sup>20</sup>. Gemäß der *loi Boulin* hatten alle Repatriierten Anspruch auf berufliche Wiedereingliederung. Allerdings konnten die ehemaligen Hilfssoldaten diesen Anspruch nicht geltend machen, da sie größtenteils aus dem ländlichen Proletariat stammten und zudem aufgrund ihrer rechtlichen Sonderstellung in Algerien nur selten über offizielle Dokumente zu Beruf und Besitz verfügten. Somit waren sie de facto von der Wiedereingliederung nach der *loi Boulin* ausgenommen<sup>21</sup>. Stattdessen plante die Regierung, ihnen zentral Arbeitsplätze zuzuweisen. Die Präfekten waren angehalten, in ihren jeweiligen Departements nach offenen Stellen in Industrie und Landwirtschaft und nach entsprechenden Unterkünften zu suchen. Erst nachdem der Präfekt nachweisen konnte, Arbeit und Unterkunft

17 SCIOLDO-ZÜRCHER, Les harkis, S. 93f.

18 LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 53–56.

19 Ministère des Rapatriés, Entwurf eines Rundschreibens, ohne Datum [aus dem Schreiben geht hervor, dass es zwischen Dez. 1962 und März 1963 verfasst wurde], AN: vers. 19920149/1.

20 SCIOLDO-ZÜRCHER, Les harkis, S. 90–92; LANGELIER, La situation juridique des harkis, S. 14–21.

21 Ibid., S. 94.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

gefunden zu haben, durften die Hilfssoldaten mit ihren Familien das Lager verlassen und zu ihrem neuen Bestimmungsort reisen<sup>22</sup>.

Das Innenministerium begründete dieses Vorgehen mit Sicherheitsrisiken im Kontext des Algerienkriegs. Man sah die Gefahr, die ehemaligen Hilfssoldaten könnten sich mithilfe von der OAS nahestehenden Offizieren oder europäischen Repatriierten in Frankreich niederlassen. Aus diesem Grund wies das Innenministerium darauf hin, genau zu beobachten, wo sich die ehemaligen Hilfssoldaten niederließen, und auf ihre »liens avec les éléments d'extrême droite« zu achten, damit Aufständische in ihnen keine Rekruten fänden<sup>23</sup>. In einigen Departements folgten die Präfekten streng diesen Vorgaben des Innenministeriums und beobachteten genau, wer sich bereit zeigte, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit und Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Im Departement Tarn folgten mehrere Landbesitzer dem Aufruf des Präsidenten der Union syndicale de la propriété agricole tarnaise und erklärten sich bereit, mehrere ehemalige Hilfssoldaten zu beschäftigen und ihnen eine Unterkunft zu stellen<sup>24</sup>. Der Präfekt verweigerte ihnen jedoch die nötigen Papiere. Vom Staatssekretär für Repatrierte um eine Stellungnahme zu diesem Sachverhalt gebeten, gab er an, grundsätzlich nichts gegen die Ansiedlung von ehemaligen Hilfssoldaten in seinem Departement zu haben, sondern sich lediglich an die Vorgaben zu halten, diese nicht »à des particuliers ou à des groupements partisans comme un moyen de propagande à des fins politiques« zur Verfügung zu stellen. Die regierungsfeindliche Haltung des Vorsitzenden des besagten Verbandes sei bekannt und es stehe zu vermuten, dass dieser »sous couvert de bienfaisance« die Hilfssoldaten zu politischen Zwecken instrumentalisieren wolle<sup>25</sup>.

Mehrheitlich zögerten die Präfekten jedoch aus einem anderen Grund, Hilfssoldaten in ihrem Departement aufzunehmen. Viele gaben an, sie könnten die Sicherheit der ehemaligen Hilfssoldaten nicht in Gegenden gewährleisten, in denen die algerischen Arbeiter unter der Kontrolle des FLN stünden<sup>26</sup>. Die Verantwortlichen versuchten gegen dieses Problem vorzugehen, indem sie den ehemaligen Hilfssoldaten in der Arbeitsplatzvergabe Vorrang gegenüber den algerischen Arbeitsmigranten einräumten. Im November richtete sich der SFIM

22 Préfet du Tarn au secrétariat d'État aux rapatriés, 14.9.1962, AN: vers. 19920149/5. In diesem Schreiben beklagte der zuständige Präfekt, dass er in mehreren Fällen übergangen worden sei.

23 Transfert des harkis en métropole, unterzeichnet Jean Gouazé, ohne Datum [wahrscheinlich Juni 1962], AN: vers. 19910467/2.

24 Union syndicale de la propriété tarnaise au secrétariat d'État aux rapatriés, 3.9.1962, AN: vers. 19920149/5.

25 Préfet du Tarn au secrétariat d'État aux rapatriés, 14.9.1962, *ibid*.

26 SFIM. Note à l'attention de M. Boulin, 31.8.1962, AN: vers. 19920149/1.



an das Arbeitsministerium und betonte, dass der »*afflux de main-d'œuvre musulmane*« die Suche nach Arbeitsplätzen für ehemalige Hilfssoldaten erschwere. Die Arbeitgeber bevorzugten die Arbeitsmigranten, da diese ohne ihre Familien nach Frankreich kämen und somit leicht unterzubringen seien. Zudem seien sie besser in den Fabriken zu integrieren, da die muslimische Arbeiterschaft sie besser aufnehme, beklagte der SFIM. Zwei Forderungen leitete die Behörde aus dieser Beobachtung ab: Langfristig solle man dieses Problem durch die Regulierung der Arbeitsmigration von Algeriern lösen. Kurzfristig solle man den Hilfssoldaten in der Beschäftigung Vorrang einräumen<sup>27</sup>. Pompidou wandte sich im Dezember 1962 an alle Präfekten und forderte deren Engagement bei der »*insertion dans la vie métropolitaine d'environ 15 000 réfugiés musulmans*«. Die Integration dieser »*réfugiés*« sei das dringlichste Problem »*parmi les problèmes posés par la main-d'œuvre algérienne*«. Man müsse ihnen Vorrang in der Arbeitsplatzvergabe gegenüber der »*immigration algérienne traditionnelle*« einräumen<sup>28</sup>.

Mit dieser Politik sicherte sich Pompidou die Unterstützung zahlreicher Präfekten. Der Präfekt des Departements Meuse vermerkte, man müsse auf höchster Ebene nur entscheiden, die algerischen Arbeiter nach Algerien zurückzuschicken, dann könne man sie in naher Zukunft durch ehemalige Hilfssoldaten ersetzen<sup>29</sup>. In dieser Idee spiegelt sich das allgemeine Misstrauen wider, das nach dem Ende des Algerienkriegs gegenüber den Algeriern in Frankreich vorherrschte. Einem Bericht des SFIM zufolge war dieses Misstrauen nach dem Ende des Algerienkrieges allgegenwärtig. Die Arbeitgeber stuften Algerier aufgrund der politischen Geschehnisse als unzuverlässig ein. Aus diesem Grund gingen diesem Bericht zufolge viele Arbeitgeber dazu über, bevorzugt auf spanische, portugiesische oder marokkanische Arbeiter zu setzen<sup>30</sup>. Da auch diese Arbeiter eine Konkurrenz für die ehemaligen Hilfssoldaten darstellten, wurde die von Pompidou geforderte Privilegierung präzisiert. Das Staatssekretariat für Repatrierte wies in einem Rundschreiben darauf hin, dass die ehemaligen Hilfssoldaten mehrheitlich französische Staatsbürger seien. Dadurch profitierten sie automatisch von dem Vorrang, der französischen Staatsbürgern bei der Arbeitsplatzvergabe gewährleistet würde, hieß es in die-

27 SFIM, 21.11.1962, AN: vers. 19920149/2.

28 Le Premier ministre à messieurs les préfets, 21.12.1962, AN: vers. 19920149/1.

29 Le préfet de la Meuse à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, 19.12.1962, AN: vers. 19920149/4.

30 SFIM. Rapport de l'inspecteur régional, 1.4.1964, AN: vers. 19920149/2.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sem Rundschreiben<sup>31</sup>. Während der Regierungschef sie selbst in Rundschreiben als Flüchtlinge bezeichnete, erinnerte das Staatssekretariat für Repatriierte die Präfekten an die französische Staatsbürgerschaft der ehemaligen Hilfssoldaten, um ihnen so schnell wie möglich Arbeit zu verschaffen.

Das größte Hindernis dabei stellte jedoch nicht die Konkurrenz mit den algerischen Arbeitsmigranten dar, sondern die Tatsache, dass die Vergabe von Arbeitsplätzen an die Bereitstellung einer Unterkunft geknüpft war, gegebenenfalls für eine ganze Familie. Die verschiedenen Präfekten meldeten häufig an den SFIM, dass es Beschäftigungsmöglichkeiten gebe, jedoch keine Unterbringungsmöglichkeiten<sup>32</sup>. Es herrschte insgesamt in Frankreich zu dieser Zeit eine Wohnungsnot, die durch die Integration der europäischen Siedler aus Algerien dramatisch verschärft wurde. Um die Unterbringung dieser repatriierten Siedler zu gewährleisten, griff man auf den sozialen Wohnungsbau zurück und stellte ihnen *habitations à loyer modéré* (HLM) zur Verfügung. Die interministerielle Kommission unter der Führung Massenet hatte im April 1962 vorgeschlagen, in den HLM auch Wohnungen für muslimische Hilfssoldaten zu reservieren. Es sollten allerdings nicht mehr als zehn Prozent der Wohnungen an Muslime vergeben werden, da ansonsten die Integration in die französische Gesellschaft erschwert werde<sup>33</sup>. Dieser Vorschlag der Kommission wurde jedoch nicht umgesetzt. Innerhalb der einzelnen Departements sprach man sich mehrheitlich dafür aus, dass die Société nationale de construction de logements pour les travailleurs d'Algérie (Sonacotra) Wohnungen für die muslimischen Hilfssoldaten stellen sollte<sup>34</sup>. Dadurch wurden die Hilfssoldaten erneut in den Kontext der Arbeitsmigration gerückt und nicht wie französische Staatsbürger behandelt.

Aus dem im August 1962 beschlossenen Programm, in dessen Rahmen dreißig Prozent der HLM Repatriierten zur Verfügung gestellt wurden, nahm man die Hilfssoldaten explizit aus, wie Laure Pitti zeigt. Noch 1964 präzisierte der damalige Minister für Repatriierte François Missoffe, die Hilfssoldaten seien zwar als Repatriierte anzusehen, die europäischen Repatriierten hätten jedoch bei der Wohnungsvergabe Vorrang. Pitti deutet diese Vergabepaxis als Fortset-

31 Ministère des Rapatriés, Entwurf eines Rundschreibens, ohne Datum [aus dem Schreiben geht hervor, dass es zwischen Dez. 1962 und März 1963 verfasst wurde] AN: vers. 19920149/1.

32 SFIM. Étude des rapports des commissions départementales de reclassement, ohne Datum, AN: vers. 19920149/2.

33 Procès-verbal de la réunion tenue le mardi 10 avril 1962 et concernant le rapatriement éventuel de personnels musulmans placés sous le contrôle des autorités militaires, AN: vers. 19910467/2. Vgl. zu der Sonacotra Marc BERNARDOT, Chronique d'une institution. La Sonacotra, 1956–1976, in: Sociétés contemporaines, 33/34 (1999), S. 39–58.

34 SFIM: Étude des rapports des commissions départementales de reclassement, ohne Datum, AN: vers. 19920149/2.

zung kolonialer Praktiken innerhalb der Verwaltung. Wie bereits im kolonialen Algerien werde den Europäern Vorrang vor den Muslimen eingeräumt<sup>35</sup>. Diese klar im Widerspruch zur universalistischen Idee stehende Handhabung verschärfte sich weiter, da Zuständige vor Ort sich teils weigerten, Wohnungen an Muslime zu vergeben. In einer Versammlung des SFIM wies man darauf hin, dass in dem Ort Fameck im Departement Moselle 153 dieser Wohnungen nicht besetzt worden seien. Weder die für die HLM zuständigen Gesellschafter noch die kommunalen Behörden seien jedoch bereit, muslimische Repatriierte zu akzeptieren<sup>36</sup>. So erschwerte zusätzlich zu den kolonialen Strukturen, die zur systematischen Bevorzugung europäischer Repatriierter führte, der rassistische Blick der Verantwortlichen vor Ort die Zuteilung von Wohnungen an ehemalige Hilfssoldaten.

Auch der Bau von Wohnungen für diese Gruppe durch die Sonacotra stieß auf der kommunalen Ebene auf Widerstand und verzögerte sich dadurch. Mit unterschiedlichen Begründungen sprach man sich in Kommunen gegen derartige Bauvorhaben aus. Aus dem Departement Seine-et-Oise äußerten die Behörden bezüglich des geplanten Baus von Unterkünften in der Gemeinde Conflans-Sainte-Honorine die Sorge, mit hohen sozialen Kosten konfrontiert zu werden, ohne dass die Hilfssoldaten der Gemeinde einen Vorteil brächten. Zudem trug man auch in diesem Fall die Sorge vor, es könne zu Konflikten zwischen den Hilfssoldaten und den in der Gemeinde bereits ansässigen algerischen Migranten kommen<sup>37</sup>. Gerade das Beispiel Conflans-Sainte-Honorine verdeutlicht jedoch, wie sich hinter den von der Gemeinde vorgebrachten Argumenten rassistische Denkweisen verbargen. Ein Journalist der Zeitschrift »L'Express« forderte den Bürgermeister der Kommune auf, seine ablehnende Haltung näher zu begründen. Auf den Hinweis, dass die Baukosten nicht von der Gemeinde zu tragen seien, reagierte dieser mit einem Verweis auf die Bildungskosten, die auf die Gemeinde zukommen würden. »Ces gens-là« hätten »je ne sais pas combien de gosses. Sept ou huit chacun, peut-être«. Zudem habe er gehört, dass sie mehrere Frauen hätten. Er habe nichts gegen »les harkis ou supplétifs« und nehme gerne drei oder vier Familien auf. Zu mehr sei er jedoch nicht bereit. Auf die Nachfrage, was mit den Hilfssoldaten passieren solle, wenn alle kommunalen Verantwortlichen seine Haltung einnähmen, hatte er keine passende Antwort: »Je ne sais pas. C'est un problème national. Qu'on les mette ailleurs. Pas à Conflans«<sup>38</sup>. Der Bürgermeister äußerte die Befürchtung, es könne sich in

35 PITTI, De l'histoire coloniale, S. 84.

36 Réunion du 10 mars 1966 au S.F.I. M., 25.3.1966, AN: vers. 20120054/84.

37 Note concernant la réquisition à Conflans-Sainte-Honorine d'un terrain au profit de la Sonacotra, 22.2.1963, AN: vers. 19920149/2.

38 Michel VLANEY, Les harkis de Conflans, in: L'Express, 7.3.1963.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

seiner Gemeinde eine Gruppe herauskristallisieren, die sich von den anderen Bürgern der Gemeinde unterscheidet. Er schrieb den muslimischen Hilfssoldaten eine zu große kulturelle Differenz und damit die Unfähigkeit zur Assimilation zu und lehnte mit dieser Begründung ihre Aufnahme ab. Er sprach mit dieser Argumentation den muslimischen Hilfssoldaten aufgrund einer unterstellten und verabsolutierten zu großen kulturellen Differenz die Zugehörigkeit zur Französischen Republik ab.

Da die Behörden auf verschiedene Schwierigkeiten stießen, Unterbringungen für die ehemaligen Hilfssoldaten zu finden, kam im Sommer 1962 die Idee auf, die ehemaligen Hilfssoldaten im Süden Frankreichs als Waldarbeiter einzusetzen. Das Landwirtschaftsministerium benötigte in diesem Bereich dringend Arbeitskräfte. Zudem konnte die Unterbringungsfrage hier relativ leicht gelöst werden. In Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte sollten verlassene Häuser renoviert und einfache Fertighäuser für die Hilfssoldaten gebaut werden<sup>39</sup>. Die Initiatoren dieses Projektes sahen sich jedoch mit dem Vorwurf konfrontiert, das Projekt zielt auf eine Isolation der ehemaligen Hilfssoldaten ab. Der SFIM setzte sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr und verteidigte sein Projekt. Man wolle die Hilfssoldaten nicht in gering besiedelten Gebieten verstecken, sondern sie in die französische Gemeinschaft integrieren. Man setzte den Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums in die Tat um, da diese Arbeit und diese Unterbringung »aux aptitudes et aux possibilités d'une grande partie de ces harkis à vocation montagnarde ou pastorale« entsprechen<sup>40</sup>. Acht Monate im Jahr sollten die Hilfssoldaten als Waldarbeiter eingesetzt werden. Für die restliche Zeit wurden weitere Beschäftigungen geschaffen, die »aux aptitudes et aux possibilités« der Bewohner angepasst sein sollten. Die Hilfssoldaten und deren Familien sollten teils auf Selbstversorgung setzen und Gemüse anpflanzen. Auch Schafzucht war vorgesehen. Damit auch die Frauen ihren Teil zum Lebensunterhalt beitragen könnten, sollten diese als Kunsthandwerkerinnen tätig werden und traditionelle Töpfer- und Webarbeiten produzieren<sup>41</sup>. Man wich mit diesem Projekt von der Idee der Integration nach universalistischem Prinzip ab und ging von einer kulturellen und sozialen Besonderheit der Hilfssoldaten aus, der man Beachtung schenkte.

Auch die Verantwortlichen selbst befürchteten, das Leben und Arbeiten in den abgeschiedenen Walddörfern könne die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Gesellschaft erschweren. Der für Repatriierte ver-

<sup>39</sup> Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés à monsieur le ministre des Finances et des Affaires économiques, 27.9.1962, AN: vers. 19920149/1.

<sup>40</sup> SFIM, 4.8.1962; AN: vers. 19920149/1.

<sup>41</sup> SFIM, ohne Datum [Anfrage für Budget 1963, also wahrscheinlich 2. Hälfte 1962], AN: vers. 19920149/3.

antwortliche Minister forderte, man müsse verhindern, dass »ces groupes ethniques« noch weiter isoliert würden<sup>42</sup>. Um die Integration der Hilfssoldaten trotz deren räumlicher Isolation zu gewährleisten, wurde ein perfektes Zusammenspiel der Behörden und der Verantwortlichen vor Ort gefordert. In jedem Departement, in dem die Hilfssoldaten in Walddörfern untergebracht waren, setzte der SFIM einen Inspektor ein, der als Bindeglied zwischen dem SFIM und den Verantwortlichen vor Ort die »intégration de ces réfugiés dans la communauté métropolitaine« kontrollieren sollte. Um dies zu gewährleisten, sollten diese Inspektoren über eine »connaissance approfondie des milieux musulmans« verfügen<sup>43</sup>. Konkret bedeutete dies, dass für diese Aufgabe in erster Linie ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs oder der Kolonialverwaltung rekrutiert wurden. Auch die Verantwortlichen vor Ort wurden aus diesem Milieu rekrutiert. Jedes Walddorf sollte der Führung eines Unteroffiziers übergeben werden, der sowohl für Fragen der Sicherheit und der Kontrolle als auch für soziale Fragen zuständig sein sollte<sup>44</sup>. Wie auch in den Lagern, waren die Zuständigen der Walddörfer ebenfalls für alle Lebensbereiche der Bewohner und zugleich für deren Kontrolle zuständig. Dadurch setzte sich in den Walddörfern ebenfalls ein auf Kontrolle beruhendes System durch.

Von Beginn an waren die Walddörfer wie die Lager lediglich als Übergangslösung gedacht. Die Familien sollten nur einige Zeit dort verbringen, bis sie sich an das Leben in Frankreich so weit angepasst hätten, dass ihnen eine Arbeitsstelle vermittelt werden könnte. Dies sollte nicht zu lange dauern. Bei einem zu langen Aufenthalt in den Walddörfern sah man im Ministerium für Repatriierte die Gefahr, dass sich die Hilfssoldaten dauerhaft auf eine »misère subventionnée« einstellen und nicht mehr in der Lage sein könnten, eigenständig ihren Lebensunterhalt zu sichern<sup>45</sup>. Aus diesem Grund war der jeweilige Inspektor in den Departements angehalten, weiterhin nach Arbeitsplätzen und Unterkünften für die Bewohner der Walddörfer zu suchen<sup>46</sup>.

Bis 1964 wurde nach Arbeitsplätzen und Unterkünften gesucht. Dann wurde diese Aufgabe offiziell für erledigt erklärt. Das Lager von Rivesaltes wurde geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich dort noch 178 Familien sowie 31 unverheiratete Männer. Sie wurden als »incasables«, als nichtvermit-

<sup>42</sup> Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés. Chantiers forestiers, rôle des inspecteurs, 19.12.1962, *ibid.*

<sup>43</sup> SFIM. Consignes du sous-officier détaché au chantier de forestage, 4.12.1962, *ibid.*

<sup>44</sup> *Ibid.*

<sup>45</sup> Le ministre des Rapatriés à monsieur le ministre des Finances et des Affaires économiques, 14.9.1963, *ibid.*

<sup>46</sup> Le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés. Chantiers forestiers, rôle des inspecteurs, 19.12.1962, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

telbar angesehen<sup>47</sup>. Viele der dieser Gruppe zugeordneten Hilfssoldaten waren zu alt oder wurden aus anderen Gründen als arbeitsunfähig angesehen. Immer wieder wurde auch ein Alkoholproblem als Grund für die Einstufung eines ehemaligen Hilfssoldaten als »incassable« angegeben<sup>48</sup>. Anlässlich einer Versammlung im Lager in Saint-Maurice-l'Ardoise wurde 1965 ein »incassable« folgendermaßen definiert: »l'individu possédant la nationalité française, inadapté et inadapté sans que son instabilité atteigne le seuil pathologique«<sup>49</sup>. Sie hatten demnach die französische Staatsbürgerschaft, ihnen wurde jedoch von offizieller Stelle bescheinigt, dass sie nicht in der Lage seien, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren. Diese ehemaligen Hilfssoldaten wurden gemeinsam mit ihren Familien dauerhaft in den verbleibenden Lagern untergebracht. Nachdem das Lager in Rivesaltes 1964 geschlossen wurde, blieb noch das Lager in Saint-Maurice-l'Ardoise sowie das Lager in Bias, das zuvor speziell für die nicht vermittelbaren Hilfssoldaten errichtet worden war. Das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise wechselte mit diesem Schritt seinen offiziellen Status. War es zuvor ein *camp militaire de reclassement et recasement* gewesen, galt es ab Ende 1964 als  *cité d'accueil et d'hébergement*. Somit verdeutlichte bereits der offizielle Status, dass dieses Lager nun dauerhaft das Zuhause derjenigen werden sollte, denen man von offizieller Seite nicht zutraute, eigenständig in Frankreich Fuß zu fassen. Obwohl sich der offizielle Status geändert hatte, blieb die Grundstruktur des Lagers erhalten. Die Bestimmungen, die 1962 erlassen worden waren, um das Leben in den Lagern in Larzac und Bourg-Lastic zu regeln, blieben in Kraft. Es wurden nun dauerhaft alle Lebensbereiche der Bewohner fremdbestimmt und eine militärische Disziplin eingefordert. Charbit bezeichnet die Lager auf der Theorie des Soziologen Erving Goffman aufbauend als totale Institution, in denen eine Gruppe Individuen abgeschnitten von der Außenwelt lebte. Ursprünglich als Provisorium geschaffen und mit Regelungen ausgestattet, die in erster Linie aus sicherheitspolitischen Überlegungen resultierten, blieben diese provisorischen Regelungen nun dauerhaft in Kraft. Eine Gruppe Menschen, denen nicht zugetraut wurde, ein eigenständiges Leben zu führen, wurde dort dauerhaft isoliert und jeglicher Eigeninitiative beraubt<sup>50</sup>.

Das Beispiel der als »incassables« eingestuften Hilfssoldaten zeigt besonders deutlich, was sich nach dem Ende des Krieges als Leitmotiv durch das Integrationskonzept der französischen Regierung zog. Die Regierung verlieh

<sup>47</sup> Note à monsieur le préfet, 9.5.1964, AN: vers. 19920149/1.

<sup>48</sup> Renseignements communiqués par le service des rapatriés de Seine-et-Marne, 31.5.1963, AN: vers. 19920149/2.

<sup>49</sup> Monsieur le préfet, chef du service du reclassement des Français musulmans, 26.5.1965, AN: vers. 19920149/1.

<sup>50</sup> CHARBIT, Un petit monde colonial.

den ehemaligen Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft, die diese mit der Unabhängigkeit Algeriens verloren hatten. Sie galten jedoch weiterhin als Flüchtlinge, was sich sowohl im Sprachgebrauch als auch in den politischen Entscheidungen niederschlug. Die Behörden entzogen ihnen Grundrechte wie das Recht auf Freizügigkeit und verwehrten ihnen die Möglichkeit, selbst über ihr Leben zu bestimmen. Wenngleich dies unter anderem mit sicherheitspolitischen Überlegungen begründet wurde, wird dadurch sichtbar, in welchem Maße der koloniale Gedanke der *mission civilisatrice* in die Integrationspolitik hineingetragen wurde. Die Regierung wich vom universalistischen Integrationsprinzip ab und setzte auf eine kontrollierte Assimilation der als rückständig angesehenen agrarisch geprägten muslimischen Bevölkerung. Charbit zufolge ermöglichten insbesondere personale Kontinuitäten diese Fortsetzung kolonialer Praktiken. Nicht nur die Zuständigen in Militär und Verwaltung kamen aus dem kolonialen Kontext, sondern auch das Personal in den Lagern wurde nach diesem Kriterium ausgewählt<sup>51</sup>. Dass die Arbeitseingliederungsmaßnahmen auch am Misstrauen der jeweiligen regionalen und kommunalen Verantwortlichen scheiterten, zeigt jedoch, dass nicht nur die direkt Verantwortlichen von diesem kolonialen Blick geprägt waren. Auf verschiedenen Ebenen betonten die Verantwortlichen im Hinblick auf die Bevölkerung Nordafrikas die kulturelle Differenz und versuchten mit diesem Argument, die Anzahl der nordafrikanischen Muslime in Frankreich zu beschränken. Aus diesem Grund weigerten sich Kommunen, Hilfssoldaten aufzunehmen, und aus diesem Grund versuchte man auf höchster Ebene, die Freizügigkeit zwischen Algerien und Frankreich einzuschränken und die Arbeitsmigration zu reglementieren. Gegenüber den Arbeitsmigranten wurden die Hilfssoldaten bevorzugt, hatten sie doch im Algerienkrieg nicht den FLN, sondern die französische Seite unterstützt. Man verwies stets dann auf die französische Staatsbürgerschaft der Hilfssoldaten, wenn dies als Argument herangezogen werden konnte, um die Arbeitsmigration aus Algerien zu begrenzen. Die Arbeitsmigranten verfügten nicht über die französische Staatsbürgerschaft und es wurde erwartet, dass sie nach Algerien zurückkehren würden<sup>52</sup>. Die ehemaligen Hilfssoldaten konnten hingegen nicht nach Algerien zurückgeschickt werden, sondern waren nach Frankreich gekommen, um dort zu bleiben. Aus diesem Grund mussten sie integriert werden. Da man jedoch die kulturellen Differenzen als so gravierend erachtete, zweifelte man am Erfolg der Assimilation der Hilfssoldaten. Die Behörden befürchteten, es könne eine Gruppe von muslimischen Staatsbürgern entstehen, die auch im öffentlichen Raum als Gruppe auszumachen sei. Aus diesem Grund setzten sie

51 CHARBIT, Les harkis, S. 85f.

52 Yves LEQUIN, Les vagues d'immigration successives, in: DERS. (Hg.), Histoire des étrangers et de l'immigration en France, Paris 2006, S. 385–397, hier S. 396f.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

in Frankreich nun die Politik fort, die man in Algerien begonnen hatte, und versuchten die Hilfssoldaten und deren Familien zu »Français à part entière« zu erziehen. Dabei verließen sie den Weg des Universalismus, indem sie eine anhand ethnischer und religiöser Merkmale ausgemachte Gruppe von der gesellschaftlichen Teilhabe weitestgehend ausschlossen.

Erst Ende der 1960er Jahre begann die Regierung ihre Leitlinie zur Integration der Hilfssoldaten zu hinterfragen. Veränderungen in der Verwaltung leiteten diesen Prozess ein. Mit der Umstrukturierung des Sozialministeriums 1967 wurde der dem Innenministerium unterstellte SFIM abgeschafft und durch die *programmes sociaux en faveur des migrants* ersetzt, die der *direction de la population et de la migration* unterstanden. Mit dieser Umstrukturierung setzten die Behörden die ehemaligen Hilfssoldaten, deren Existenz bis jetzt auch administrativ direkt mit dem Algerienkrieg in Verbindung gebracht und in erster Linie als sicherheitspolitisches Problem angesehen wurde, auf der Verwaltungsebene mit Migranten gleich und erklärten sie zu einer sozialen Angelegenheit<sup>53</sup>. Dass diese Umstrukturierung der sozialen Realität der ehemaligen Hilfssoldaten gerecht wurde, brachte die »enquête Servier« Anfang der 1970er Jahre zum Vorschein. Die Direktion der *programmes sociaux en faveur des migrants* gab im Dezember 1970 bekannt, auf nationaler Ebene eine großangelegte soziologische Studie zur Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Auftrag geben zu wollen<sup>54</sup>. Der Ethnologe Jean Servier führte die Studie durch. Das CNMF, das den Anstoß zur Realisierung einer solchen Studie gegeben hatte und in Teilen deren Finanzierung übernahm, hatte ihn vorgeschlagen<sup>55</sup>. Während die *direction de la population et de la migration* eine Studie zur Situation der ehemaligen Hilfssoldaten angekündigt hatte, realisierte Jean Servier de facto eine Studie zur Situation aller *Français musulmans*. Diese Gruppe definierte er folgendermaßen: »Personnes de nationalité française (et leurs enfants) déclarées de religion musulmane, au recensement de la population fait en 1968 par l'INSEE«<sup>56</sup>. Zu diesem Zeitpunkt hatten nicht nur die ehemaligen Hilfssoldaten, sondern insbesondere auch die Vertreter der muslimischen Elite die französische Staatsbürgerschaft.

<sup>53</sup> CHARBIT, Les harkis, S. 94f.

<sup>54</sup> Direction de la population et de la migration. Programmes sociaux en faveur des migrants, enquête sur la situation des anciens supplétifs, 10.12.1970, AN: vers. 19870256/7.

<sup>55</sup> Im Vertragsentwurf wurde einleitend festgehalten, dass das CNMF beschlossen habe, eine solche Studie in Auftrag zu geben: Contrat de fourniture de travaux dans le domaine de la recherche et de l'analyse des questions sociales dans le milieu des Français musulmans, ohne Datum, AN: vers. 20120054/86.

<sup>56</sup> Jean Servier, Enquête sur les musulmans français. Premier rapport 1972, Première partie, S. 5, AN: vers. 19870256/7.



Servier kam zu dem Ergebnis, dass es in Frankreich insgesamt 174 884 Personen gebe, die dieser Gruppe zuzuordnen seien<sup>57</sup>. Es handle sich hierbei nicht um eine Gruppe, die sich als solche verstehe. Es bestehe keine gemeinsame Identität, die sich aus ihrer Position während des Algerienkriegs ergebe. Vielmehr finde eine Identifikation über gemeinsame soziale Probleme statt. In diesem Kontext verwies er auf die sozialen Differenzen zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten, die die sozialen Probleme der nordafrikanischen Migranten teilten, und der muslimischen Elite<sup>58</sup>. Auch unter den ehemaligen Hilfssoldaten sei eine Binnendifferenzierung vorzunehmen, betonte Servier. Er untersuchte diejenigen, die noch immer in den Lagern, in den Walddörfern und den Gebäuden der Sonacotra lebten, gesondert. Diese Gruppe umfasste ihm zufolge Ende der 1970er Jahre noch 16 000 Personen<sup>59</sup>. Ein besonderes Augenmerk legte Servier auf die Probleme der zweiten Generation, den knapp 70 000 *Français musulmans* unter 17 Jahren, von denen 47 000 in Frankreich geboren waren<sup>60</sup>. Unter dieser zweiten Generation machte Servier ein hohes Maß an Bildungsversagen aus<sup>61</sup>.

Die Erkenntnisse über diese beiden Missstände bewirkten, dass die Probleme der *Français musulmans*, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, wieder auf die politische Agenda gesetzt wurden. Verschiedene Abgeordnete forderten die zuständigen Ministerien zum Handeln auf. Der Abgeordnete Jean Chassagne, für den Wahlkreis Indre-et-Loire in der Nationalversammlung, wandte sich mit der Frage an den Premierminister, warum noch immer 200 000 »musulmans français« in den Walddörfern geparkt seien<sup>62</sup>. Eine weitere Anfrage bezog sich auf die »difficile situation matérielle et morale des musulmans français regroupés dans les hameaux de forestage«<sup>63</sup>. Zudem wurde der Landwirtschaftsminister mit der Frage konfrontiert, welche Maßnahmen getroffen würden, um die ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer in den Walddörfern lebten, in die nationale Gemeinschaft zu integrieren<sup>64</sup>.

57 Ibid., S. 1.

58 Ibid., S. 19.

59 Verteilt auf 36 verbleibende Walddörfer lebten noch 8200 ehemalige Hilfssoldaten inklusive deren Familien. In den *cités* lebten noch 6100 Personen und in den Lagern Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise noch 1700. Vgl. dazu *ibid.*, Deuxième partie.

60 Ibid., Première partie, S. 17.

61 Ibid., Deuxième partie, S. 3.

62 Premier ministre, secrétariat général du gouvernement, à monsieur le directeur de la population et des migrations, 20.9.1973, AN: vers. 19870256/7.

63 Ibid.

64 Questions écrites, in: France-Horizon 151 (1973), S. 9.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Die Regierung reagierte direkt nach der Veröffentlichung der Studie und rief im Herbst 1972 eine Arbeitsgruppe ins Leben, die sich speziell mit der Situation der *Français musulmans*, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten auseinandersetzte und Maßnahmen ausarbeitete, um deren Situation zu verbessern. Auf der Grundlage ihrer Arbeitsergebnisse verkündete der Sozialminister Edgar Faure Maßnahmen, um den ehemaligen Hilfssoldaten eine soziale Integration zu ermöglichen. Besonders schenkte er der »qualité de ›Français‹ des anciens supplétifs rapatriés d'Algérie« Beachtung<sup>65</sup>. Sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden seien sich oftmals nicht der Tatsache bewusst, dass die ehemaligen Hilfssoldaten französische Staatsbürger seien, was zu Missverständnissen und bei den ehemaligen Hilfssoldaten zu einer Frustration führe, insbesondere da sie sich freiwillig auf der französischen Seite engagiert hätten<sup>66</sup>. Der Premierminister Pierre Messmer griff diesen Umstand auf, indem er sich zunächst im Juni 1973 in einem Rundschreiben an alle Präfekten und Minister wandte, um diese daran zu erinnern, dass die »Français musulmans rapatriés [...] Français à part entière« seien und sie dementsprechend von »tous les droit attachés à cette dignité« profitierten<sup>67</sup>. Darüber hinaus legte die Regierung einen Maßnahmenkatalog zur besseren Integration der ehemaligen Hilfssoldaten vor. Sie beschloss den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, um die Hilfssoldaten, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten, aufzunehmen. Um die Integration der zweiten Generation zu beschleunigen, plante die Regierung spezielle Bildungsprogramme<sup>68</sup>.

Die Regierung erkannte mit diesen Maßnahmen das Scheitern der Idee an, die ehemaligen Hilfssoldaten unter der Aufsicht von Militärs an abgeschiedenen Orten langsam an das Leben in Frankreich zu gewöhnen. Man sah nun zehn Jahre später, dass aufgrund dieser Politik noch immer über zehntausend französischer Staatsbürger systematisch aus der französischen Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Zudem war man sich auch der Existenz einer zweiten Generation bewusst geworden, die großteils in den Lagern geboren war, teils auch ihre Kindheit dort verbracht hatte und für deren Integration eine spezielle Förderung notwendig war. Die Regierung versuchte nun durch soziale Programme sowie durch eine kontinuierliche Umsiedlung der nach wie vor konzentriert und abgeschieden lebenden Hilfssoldaten die bisherigen Fehler in der Integrationspolitik zu korrigieren. Gleichzeitig betonte sie, wie wichtig es sei, die fran-

<sup>65</sup> Ministère d'État chargé des Affaires sociales, Edgar Faure, au Premier ministre, Pierre Messmer, 8.3.1973, AN: 5AG2/249 (Hervorh. i. Orig.).

<sup>66</sup> Ibid.

<sup>67</sup> Zitiert nach: Le gouvernement envisage une série de mesures en faveur de harkis, in: France-Horizon 155 (1974), S. 5.

<sup>68</sup> Ibid.

zösische Staatsbürgerschaft der Hilfssoldaten hervorzuheben. Obwohl sie mit der Ausgrenzung und den Integrationsschwierigkeiten die sozialen Probleme der algerischen Migranten teilten, sollten sie nicht mit diesen gleichgesetzt werden.

Die Regierung zeigte mit den beschlossenen Maßnahmen zwar die Bereitschaft, den Kurs in der Integrationspolitik zu korrigieren, diese Korrekturen wurden jedoch nicht sofort sichtbar, zumal nicht alle Verantwortlichen von der Notwendigkeit der Kurskorrekturen überzeugt waren. Der Präfekt des Departements Lot-et-Garonne, in dem sich das Lager von Bias befand, reagierte auf das Rundschreiben des Premierministers vom Juni 1973, noch bevor die Regierung den beschlossenen Maßnahmenkatalog vorlegte, und rief eine Kommission ins Leben, die sich aus den verantwortlichen politischen Vertretern verschiedener Ebenen sowie der Lagerleitung und dem medizinischen und sozialen Personal des Lagers zusammensetzte. Diese Kommission traf sich vier Mal jährlich zu einer Arbeitssitzung, um über die Zukunft der *cité d'accueil* von Bias zu diskutieren<sup>69</sup>. Die erste Sitzung, die im Oktober 1973 stattfand, eröffnete der Präfekt mit einem Lob der bisher erbrachten Integrationsleistungen. Es sei ideal, wenn die *cité d'accueil* nicht mehr benötigt wäre und die Integration abgeschlossen sei. Diese »idée généreuse« sei jedoch momentan noch nicht realisierbar. Verschiedene Probleme seien noch zu lösen<sup>70</sup>. Der Präfekt sah zwar die Probleme bezüglich der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten,  bte jedoch keine grundlegende Kritik an der Arbeit im Lager. Nach wie vor sah er die Lager als alternativlos an.

Man kam auf dieser ersten Arbeitssitzung gemeinsam zu dem Schluss, das größte Hindernis auf dem Weg zur Integration der Hilfssoldaten sei in den Einstellungen der männlichen zweiten Generation zu suchen. Die Zuständigen vor Ort konstatierten insgesamt »une certaine amertume« unter den Bewohnern sowie eine »méfiance vis- -vis des services administratifs«. Insbesondere jungen Männern schrieben die Mitglieder der Kommission eine feindselige Einstellung gegenüber den französischen Behörden und der Lagerverwaltung zu. Diese jungen Männer machten Behörden und Lagerverwaltung für das Unglück ihrer Eltern verantwortlich, so die Mitglieder der Kommission<sup>71</sup>. Nicht Fehler in der Integrationspolitik, sondern die ablehnende Haltung der jungen männlichen Lagerbewohner machte die Kommission als gr  stes Problem aus. Die

69 Le préfet de Lot-et-Garonne   monsieur le ministre du Travail, de l'Emploi et de la Population, 17.8.1973, AN: vers. 1987256/7.

70 Préfecture de Lot-et-Garonne. Visite de M. le préfet, centres d'accueil de Bias et Sainte-Livrade-sur-Lot, procès-verbal de la réunion de travail, 30.10.1973, AN: vers. 19870256/7.

71 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Hauptsorge der Verwaltung lag zu diesem Zeitpunkt darin, die Kontrolle im Lager nicht zu verlieren. Nicht nur das Misstrauen gegenüber der Verwaltung, sondern auch dass die Jugend sich zunehmend auf ihre muslimischen Wurzeln besann, wurde als Kontrollverlust gewertet. Man sah in dieser Haltung eine Gefahr für die angestrebte Assimilation der Lagerbewohner. Durch vermehrten Kontakt zu den Jugendlichen gedachte die Lagerverwaltung das Vertrauen der Jugend wiederzugewinnen, so die Kontrolle wiederzuerlangen und weiter den Weg der Assimilation verfolgen zu können<sup>72</sup>.

Als der von der Regierung beschlossene Maßnahmenkatalog bekannt wurde und somit klar war, dass das Lager geschlossen werden sollte, rückte das Verhalten der Söhne ehemaliger Hilfssoldaten zunächst in den Hintergrund. Es kristallisierten sich innerhalb der Kommission zunehmend divergierende Positionen der Regierungsvertreter und der Verantwortlichen vor Ort heraus. Auf der Sitzung im Januar 1974 verwies der anwesende Vertreter der *direction de la population et des migrations* bereits auf den Maßnahmenkatalog, der in Kürze vorgelegt werden solle. Er gab noch nicht alle Maßnahmen bekannt, bereitete jedoch die Lagerverwaltung darauf vor, dass einige Familien Bias verlassen würden. Bereits die Ankündigung, einige Familien in Sozialwohnungen umsiedeln zu wollen, löste Diskussionen darüber aus, ob die Bewohner in der Lage seien, das Lager zu verlassen. Eine der Sozialarbeiterinnen äußerte sich zu dieser Frage folgendermaßen: »Les chefs de famille sont des handicapés dont les moyens de vivre proviennent des prestations de la Sécurité sociale. Le travail ne les tente pas«<sup>73</sup>. Die Verantwortlichen vor Ort hielten an der Notwendigkeit der Kontrolle und Betreuung in den Lagern fest, da sie den Hilfssoldaten Unselbstständigkeit zuschrieben. Der Präfekt hingegen folgte der Politik der Regierung und sah die Notwendigkeit für grundlegende Veränderungen in den Lagern. Er kritisierte unter anderem, dass das Lager noch immer von Zäunen umgeben war, und betonte, welche negative Symbolwirkung von diesen Zäunen ausgehe. Um dem entgegenzuwirken, setzte er nicht nur die Entfernung der Zäune durch, sondern forderte die Lagerverwaltung auf, Blumen zu pflanzen, wo einst die Zäune standen<sup>74</sup>.

Mit der Veröffentlichung des beschlossenen Maßnahmenkatalogs im Januar 1974 mussten sich auch die Verantwortlichen vor Ort damit abfinden, dass die Schließung des Lagers in greifbare Nähe gerückt war. Von nun an bestand die Hauptaufgabe der Kommission darin, die Umsiedlung der Lagerbewohner zu organisieren. Dabei mussten zwei Probleme gelöst werden: Da man

<sup>72</sup> Ibid.

<sup>73</sup> Préfecture de Lot-et-Garonne. Visite de M. le préfet, centres d'accueil de Bias et Sainte-Livrade-sur-Lot, procès-verbal de la réunion de travail, 15.1.1974, *ibid.*

<sup>74</sup> Ibid.

davon ausging, dass viele Familien außerhalb der Lager mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben würden, musste die Frage nach möglichen finanziellen Hilfen geklärt werden. Zudem mussten günstige Wohnungen für die Lagerbewohner gefunden werden. Es war vorgesehen, insbesondere in den HLM nach verfügbaren Wohnungen zu suchen. Allerdings hatte sich herausgestellt, dass einzelne Verantwortliche der HLM nach wie vor zögerten, ehemalige Hilfssoldaten aufzunehmen. Nachdem sich eine der Familien aus Eigeninitiative um eine Wohnung in einer HLM-Siedlung in Ariège beworben und keine Antwort erhalten hatte, wandte sich der Direktor des Lagers selbst an die Zuständigen und sah sich mit der Frage konfrontiert, ob »ces gens« in der Lage seien, zu arbeiten, um ihre Miete zu bezahlen. Um verfügbare Wohnungen zu finden, wandte sich der Präfekt schließlich im Juli mit der Bitte, nach Möglichkeit Lagerbewohner aufzunehmen, an die Bürgermeister aller Kommunen seines Departments. Er unterstrich die Dringlichkeit seiner Bitte, indem er betonte, es handle sich hierbei um eine Frage der Solidarität<sup>75</sup>.

Unvorhergesehene Ereignisse zwangen die Regierung, den Zeitplan zur Realisierung des Maßnahmenkatalogs in entscheidendem Maße zu beschleunigen. Im Frühjahr 1975 brachen sowohl im Lager von Bias als auch im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise gewaltsame Aufstände aus. Zunächst besetzten Lagerbewohner im Mai 1975 die Verwaltung von Bias. Bis in den Juni hinein übernahmen sie die Kontrolle im Lager. Während diese Besetzung durch den Einsatz einer *compagnie républicaine de sécurité* (CRS) beendet wurde, nahmen Bewohner des Lagers gleichzeitig den Direktor des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise als Geisel<sup>76</sup>. Auf oberster Regierungsebene zog man aus den Aufständen die Konsequenz, den 1962 in der Integrationspolitik eingeschlagenen Weg komplett zu verlassen. Während die Kommission in Bias darüber beriet, wie die Jugendarbeitslosigkeitsquote im Lager gesenkt werden könne, ging man im Ministerrat auf alle Forderungen der Aufständischen ein<sup>77</sup>. Im August 1975 beschloss die Regierung, sowohl das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise als auch das von Bias bis spätestens 31. Dezember 1976 zu schließen. Die Bewohner sollten bis dahin »en milieu ouvert« umgesiedelt worden sein<sup>78</sup>. Um eventuellen finanziellen Problemen vorzubeugen, sollte jede Familie hierfür eine Prämie von 10 000 Franc erhalten<sup>79</sup>. Gleichzeitig sollte durch Veränderungen

75 Ibid.

76 Vgl. zur Chronologie dieser Ereignisse PIERRET, Les révoltes, S. 141–143.

77 Ibid.

78 Zitiert nach: Le ministre du Travail à monsieur le ministre de la Défense. Cités d'accueil de Saint-Maurice-l'Ardoise (Gard) et Bias (Lot-et-Garonne), 14.10.1975, AN: vers. 19870256/7.

79 Le ministre du Travail à monsieur le préfet du Gard, 12.9.1975, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

auf der Verwaltungsebene der Weg dafür bereitet werden, nicht nur den ehemaligen Hilfssoldaten, sondern allen *Français musulmans* das Gefühl zu vermitteln, sie würden als französische Staatsbürger anerkannt. Sinnbildlich stand hierfür die Gründung einer interministeriellen Kommission. In diese Kommission wurden auch mehrere *Français musulmans* berufen, wodurch die Regierung verdeutlichte, dass sie mit ihnen gemeinsam eine Lösung finden wolle<sup>80</sup>. Zudem wurde als Reaktion auf die Aufstände in allen Regionen, in denen eine hohe Anzahl *Français musulmans* ansässig war, mit den *bureaux spécialisés d'information, d'aides et de conseils* (BIAC) erneut eine Behörde geschaffen, die sich speziell den Problemen der *Français musulmans* widmete und diese in sozialen Belangen unterstützten sollte<sup>81</sup>.

Wie grundlegend sich nach dem Sommer 1975 der Ansatz in der Integrationspolitik änderte, lässt sich aus dem Bericht herauslesen, der zur Überprüfung der Effizienz der BIAC vier Jahre später vorgelegt wurde. Einleitend wurde in diesem Bericht betont, die BIAC seien keine »forme d'assistance«, de caractère paternaliste qui favorise la ségrégation«<sup>82</sup>. Vielmehr sei für die Behörde die Vermittlung von Wohnungen von besonderer Bedeutung. Die muslimischen Familien sollten nicht unter sich bleiben, sondern räumlich integriert werden, da dies »le moyen le plus efficace d'aboutir à l'insertion« darstelle. 90 Prozent der *Français musulmans* lebten diesem Bericht zufolge 1979 »au sein de la population«. Die Lager von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise waren geschlossen worden, die Walddörfer zu 60 Prozent geräumt. Die Schließung der letzten Walddörfer war für 1981 vorgesehen, womit das Kapitel der Lager und der Walddörfer endgültig abgeschlossen sein sollte<sup>83</sup>. Der mit den BIAC verfolgte Ansatz zeigt, dass man sich in der Regierung nach den Aufständen endgültig von der Idee verabschiedet hatte, die ehemaligen Hilfssoldaten unter Aufsicht zu stellen, um sie mit militärischer Disziplin von ihren kulturellen Wurzeln zu entfernen. Die Unruhen von 1975 hatte den Verantwortlichen auf hoher Ebene das Scheitern der bisherigen Politik vor Augen geführt, weshalb diese nun einen anderen Weg einschlugen. Die Regierung kehrte in Teilen zurück zu dem Prinzip der Integration auf der Grundlage eines universalistischen Ideals. Die ehemaligen Hilfssoldaten sollten mit ihren Familien räumlich in die französische Mehrheitsgesellschaft integriert werden, wodurch sich die Regierung langfristig auch eine soziale Integration erhoffte. Die Aufstände desillusionierten die Verantwortlichen jedoch im Hinblick auf ihre dem universalistischen Ideal

80 Vgl. hierzu [Kap. 3.6](#).

81 CHARBIT, *Les harkis*, S. 100.

82 Secrétariat d'État auprès du Premier ministre à monsieur Bourokba, chef de la mission interministérielle, 23.5.1979, AN: vers. 19870444/15.

83 *Ibid.*

folgende Hoffnung, nach ein oder zwei Generationen würden die Nachkommen der Hilfssoldaten in der französischen Gesellschaft aufgehen und seien nicht mehr als Gruppe erkennbar. Zu groß waren die Bildungsdefizite der zweiten Generation, zu groß war aufgrund der langen räumlichen Segregation deren Distanz zur französischen Mehrheitsgesellschaft. Auch eine Zunahme der kulturellen Differenz wurde ausgemacht. Um die Fehler der Vergangenheit zu beheben, setzte die Regierung in Abgrenzung zum universalistischen Ideal auf eine positive Diskriminierung und initiierte spezielle Bildungsprogramme für die zweite Generation. Durch diese Bildungsprogramme hoffte man, diese Gruppe würde die Versäumnisse aufholen, um sich anschließend durch das Leben an der Seite der französischen Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren.

Mit dem Amtsantritt François Mitterrands als Staatspräsident der Französischen Republik entfernte sich die Regierung noch deutlicher von dem 1962 in der Integrationspolitik eingeschlagenen Weg. Dass von der sozialistischen Regierung im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten ein Politikwandel zu erwarten war, wurde bereits während des Wahlkampfes deutlich. Von einem Repatriiertenverband aufgefordert, seine Haltung zu den FMR darzulegen, antwortete Mitterrand, besondere Anstrengungen seien nötig, um ihnen einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Das übliche Lippenbekenntnis der bisherigen Regierungsvertreter, die Hilfssoldaten seien als »Français à part entière« anzu- sehen und als solche zu behandeln, war von Mitterrand nicht zu hören. Vielmehr betonte er ihr Recht auf kulturelle und religiöse Differenz und die Notwendigkeit, sie vor rassistischer Diskriminierung und rassistischen Übergriffen zu schützen, unter denen sie in zunehmendem Maße litten<sup>84</sup>. Er kündigte an, ihre kulturelle und religiöse Differenz anzuerkennen, und deutete damit bereits an, dass sich die sozialistische Partei in der Integrationspolitik vom Ideal der Assimilation zu verabschieden gedachte.

Der von der sozialistischen Regierung nach den Wahlen neu eingesetzte Staatssekretär für Repatriierte Raymond Courrière zeigte von Beginn an, dass er in seinem Ministerium die von Mitterrand formulierte Leitlinie umzusetzen gedachte. Für seine erste Rede an die FMR wählte er mit dem Beginn des Hadsch ein symbolisches Datum. Er warf in dieser Rede seinen Vorgängern vor, die falsche Politik verfolgt zu haben. Er selbst wolle nicht nur die Hindernisse aus dem Weg räumen, die den FMR noch immer den Zugang zu Ressourcen versperren und die gesellschaftliche Teilhabe erschweren, sondern auch der »identité musulmane, tant culturelle que culturelle« einen Platz in der französischen Gesellschaft einräumen und einen Dialog zwischen »musulmans et non-musulmans, c'est-à-dire un dialogue entre tous les Français« anstoßen. Mit dieser Politik wolle er den *Français musulmans* ihre »dignité de citoyens, dans le

<sup>84</sup> Les réponses des candidats, in: France-Horizon 221 (1981), S. 9.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

respect de leur propre identité» zurückgeben, wie die sozialistische Regierung und der Staatspräsident es wünschten. Man müsse der »singularité culturelle et culturelle« ihrer Identität »dans un large esprit de fraternité et de tolérance, et dans le strict respect des droits et obligations qu’implique la vie du citoyen en France« Beachtung schenken<sup>85</sup>. Im Sinne der von Mitterrand formulierten Leitlinie machte Courrière klar, dass seine Politik nicht auf die Assimilation der muslimischen Repatriierten abzielte, sondern dass er deren kulturellen und religiösen Besonderheiten Beachtung zu schenken gedachte. Wie bereits seine Vorgänger betonte er ihre französische Staatsbürgerschaft. Als wichtige Werte der Republik hob er Brüderlichkeit und Toleranz hervor und legte diese so aus, dass man die kulturellen und religiösen Besonderheiten der französischen Muslime zu akzeptieren und ihnen offen gegenüberzutreten habe.

Courrière setzte die angekündigte Politik auf verschiedenen Ebenen in die Tat um. Die von seinen Vorgängern geschaffenen BIAC schaffte er mit der Begründung ab, sie seien zu »structures d’assistanat permanent« verkommen, die die FMR jeglicher Autonomie beraubten. Dass bereits die vorhergehende Regierung mit der Schaffung der BIAC geplant hatte, die Richtung in der Integrationspolitik ändern, um sich von der paternalistischen Politik der Bevormundung zu verabschieden, erkannte Courrière nicht an. Vielmehr verglich er die BIAC mit den *bureaux des affaires indigènes* und prangerte somit die Fortsetzung kolonialer Strukturen an<sup>86</sup>. Er brachte zum Ausdruck, dass sein Amtsantritt einen Bruch markieren und jeglichen kolonial geprägten paternalistischen Strukturen ein Ende setzen sollte. Er räumte jedoch auch ein, dass die Integration insbesondere der Hilfssoldaten und deren Familienangehörigen ohne spezielle Programme nicht erreicht werden könne. Die BIAC wurden aus diesem Grund nicht ersatzlos gestrichen, sondern durch eine neue Behörde, das Office national à l’action sociale éducative et culturelle (ONASEC) ersetzt. Diese Behörde sollte sich radikal von den BIAC unterscheiden. Es gehe darum, den muslimischen Repatriierten als französischen Staatsbürgern »leur dignité et leur entière responsabilité dans la conduite de leur vie« zurückzugeben, was ihnen die vorhergehenden Regierungen vorenthalten hätten<sup>87</sup>. Sie sollten »la plénitude des droits et des devoirs attachés à la citoyenneté française« erhalten, und zwar »dans le respect de leur culture d’origine«<sup>88</sup>.

<sup>85</sup> Discours de M. Raymond Courrière adressé aux Français de confession islamique, zitiert nach: France-Horizon 225 (1981), S. 10.

<sup>86</sup> Ibid., S. 11.

<sup>87</sup> Ibid.

<sup>88</sup> Le secrétaire d’État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l’action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 13, 15.3.1983, AN: vers. 19910281/2.



In einem Interview mit der Frage konfrontiert, wie die Regierung mithilfe des ONASEC dieses Ziel erreichen wolle, nannte Courrière drei Punkte: Aufklärungsarbeit, Religion und vor allem Bildung. Zunächst müsse der französischen Öffentlichkeit erklärt werden, in welchen Punkten sich die muslimischen Repatriierten von der Mehrheitsgesellschaft unterschieden. Den muslimischen Repatriierten müsse der Staat zudem die Möglichkeit einräumen, ihre Religion zu praktizieren. Die oberste Priorität habe jedoch die Eingliederung der Jugend in den Arbeitsmarkt<sup>89</sup>. In allen drei Bereichen setzte die Regierung grundlegend andere Akzente als ihre Vorgänger. Um Aufklärungsarbeit zu leisten, wurde ein Presseapparat eingerichtet, der eng mit dem Staatssekretariat für Repatriierte kooperierte. Dieser sollte Informationen über die muslimischen Repatriierten, insbesondere über die Hilfssoldaten, in Fernsehen, Radio und Printmedien platzieren<sup>90</sup>. Dabei wurden sie in erster Linie als Opfer von Ausgrenzung und Rassismus beschrieben. So gab Courrière bei einer Pressekonferenz 1983 an, die Hilfssoldaten und deren Familien hätten in den letzten Jahren an dem »état de l'abandon dans lequel ils ont trop souvent été laissés pendant ces deux dernières décennies« gelitten. Sie seien zudem Opfer eines »certain racisme, ce racisme avec lequel des éléments de l'opposition ont cru devoir flirter lors des dernières élections municipales«<sup>91</sup>. Die sozialistische Regierung stellte mit dieser Rhetorik die Gemeinsamkeiten der Gemeinschaft der Hilfssoldaten und der algerischen Einwanderer in den Mittelpunkt, die ebenso unter dem von Courrière angesprochenen Rassismus litten. Insbesondere legte Courrière den Fokus auf die jeweilige zweite Generation. In einem weiteren Interview sprach er von den »immigrés de l'intérieur«. Damit bezog er sich auf die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Frankreich geboren waren, teils ihre Kindheit in den Lagern und Walddörfern verbracht hatten und nun großteils gemeinsam mit den maghrebischen Einwanderern in den Vororten der Städte lebten. Sie seien mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert wie die Einwanderer der zweiten Generation: Sie seien ebenso von Arbeitslosigkeit betroffen und lebten am Rand der Gesellschaft. 1981 seien 65 Prozent der 18–25-Jährigen arbeitslos gewesen. Courrière beendete sein Statement mit den Worten: »Il est triste de constater qu'aux fils de ceux à qui l'on avait donné un fusil, on refusait même un balai«<sup>92</sup>. Courrière machte mit diesen Worten die fehlgeleitete Integrationspolitik für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich.

89 Bulletin de liaison n° 41, 25.11.1983, *ibid.*

90 ONASEC. Réunion de l'équipe nationale du 7 septembre 1982, *ibid.*

91 Le secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l'action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 17, 3.6.1983, *ibid.*

92 Bulletin de liaison n° 41, 25.11.1983, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Dass die sozialistische Regierung insbesondere in Bezug auf die zweiten Generationen die Grenze zwischen den muslimischen Repatriierten und den algerischen Migranten in den Hintergrund rückte, ist auch durch das Verschwinden dieser Grenze in sozialer und staatsrechtlicher Hinsicht zu erklären. Die Migration aus Algerien hatte sich in den 1970er Jahren gewandelt. Während noch in den 1960er Jahren die Arbeitsmigration dominiert hatte und in erster Linie nordafrikanische Männer alleine nach Frankreich gekommen waren, die später wieder in die Heimat zurückkehren wollten, war in der Mitte der 1970er Jahre das Phänomen des Familiennachzugs in den Mittelpunkt gerückt. Da ihre Eltern vor 1962 in Algerien und somit auf französischem Territorium geboren worden waren, waren dem Gesetz nach die Nachkommen der algerischen Arbeitsmigranten mit dem Erreichen der Volljährigkeit ebenso französische Staatsbürger wie die muslimischen Repatriierten<sup>93</sup>. Die Gruppe der *Français musulmans*, die Servier noch ausschließlich als muslimische Repatriierte verstanden hatte, weitete sich somit zunehmend aus. Auf sozialer Ebene war die Trennung durch die Schließung der Lager und Walddörfer aufgehoben worden. Die ehemaligen Hilfssoldaten befanden sich mit ihren Familien nicht mehr in abgeschlossenen Räumen, sondern hatten sich insbesondere in den hauptsächlich von nordafrikanischen Migranten bewohnten Vorstädten niedergelassen. Ihre Kinder waren dort mit den gleichen Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert wie die Migranten der zweiten Generation<sup>94</sup>.

Die sozialistische Regierung wusste diesen staatsrechtlichen und sozialen Wandel zu nutzen. Dass sie die Probleme hervorhob, die die Kinder der Hilfssoldaten mit den Einwanderern der zweiten Generation teilten, und dabei neben der Arbeitslosigkeit den Rassismus betonte, ist auch mit Wahltaktik zu erklären. Mit diesem Diskurs hoffte man, dem Rassemblement pour la République (RPR), aber auch dem rechtsextremen FN, der in den Kommunalwahlen 1983 gerade mit dem Thema Migration erstmals punkten konnte, Stimmen streitig zu machen<sup>95</sup>. Dies geht aus einem vom Direktor des ONASEC, Georges Morin, verfassten internen Papier hervor. Morin hielt fest, dass einst ca. 70 000 ehemalige Hilfssoldaten nach Frankreich gekommen seien. Mit Nachwuchs umfasse diese Gemeinschaft inzwischen eine halbe Million französischer Staatsbürger. Traditionell habe vor allem die Rechte, insbesondere der RPR, bei Wahlen von den Stimmen dieser Gemeinschaft profitiert. Trotz ihres antiislami-

<sup>93</sup> Patrick WEIL, *Qu'est-ce qu'un Français? Histoire de la nationalité française depuis la Révolution*, Paris 2002, S. 168.

<sup>94</sup> PIERRET, *Les révoltes*, S. 146–151.

<sup>95</sup> Die Kommunalwahlen von 1983 wurden als Indikator für die politische Stimmung auf nationaler Ebene gewertet: Vivian A. SCHMIDT, *Democratizing France. The Political and Administrative History of Decentralization*, Cambridge 1990, S. 269.

schen und antiarabischen Diskurses habe sogar die extreme Rechte, sprich der FN, Stimmen gewinnen können, indem er den militärischen Charakter der Gruppe betonte und auf den gemeinsamen Hass auf die *fellaghas* und auf die Konkurrenz mit den Arbeitsmigranten bei der Suche nach Arbeits- und Wohnplätzen setzte. Die Linke habe nie von den Stimmen der ehemaligen Hilfssoldaten profitieren können. Insbesondere zwischen der kommunistischen Partei und dieser Gemeinschaft gebe es keine Sympathien. Es bestehe jedoch nun für die sozialistische Partei die Möglichkeit, zumindest die Stimmen der Jugend zu gewinnen. Unter der Jugend verbreite sich ein Bewusstsein dafür, wie unwürdig man ihre Eltern behandelt habe. Sie zeigten nun die Bereitschaft, sich selbst Gehör zu verschaffen, und hätten das Gefühl, dass mit der sozialistischen Regierung einige ihrer Hoffnungen erfüllt werden könnten. Da in den traditionellen algerischen Familienstrukturen oftmals die ältesten Söhne als Familienoberhaupt angesehen würden, könne man Morin zufolge darauf hoffen, die Stimmen der ganzen Familien zu bekommen, wenn man die ältesten Söhne überzeugen könne, für den PS zu stimmen<sup>96</sup>. Morin hoffte gar auf ein »vote musulman«, wenn es der Partei gelinge, die Nachkommen der Hilfssoldaten gemeinsam mit den muslimischen Migranten der zweiten Generation zu mobilisieren<sup>97</sup>.

Die Strategie der sozialistischen Partei, die gemeinsamen Probleme der muslimischen Migranten und der Nachkommen der Hilfssoldaten zu betonen, barg jedoch stets die Gefahr, die beiden Gruppen zu sehr miteinander zu vermischen. Die Partei hatte so einen Drahtseilakt zu vollbringen, der ihr nicht immer gelang. Das Staatssekretariat für Repatriierte wandte sich im Februar 1985 an den zuständigen Chefredakteur, nachdem in einer regionalen Zeitung ein Artikel mit dem Titel »Pour les fils de rapatriés musulmans français. Des atouts pour une insertion« erschienen war. Es handelte sich um einen Bericht über ein Bildungsprogramm für Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, das das Staatssekretariat für Repatriierte initiiert hatte. Im Titel des Artikels sowie an anderen Stellen war zwar von »fils de rapatriés musulmans français« die Rede, an einer Stelle stand jedoch, dass das Staatssekretariat die »réinsertion totale des immigrés« anstrebe<sup>98</sup>. Das Staatssekretariat bat darum, den Artikel noch einmal zu veröffentlichen und den Begriff »immigrés« durch den

<sup>96</sup> Georges Morin, *Le Parti socialiste et les Français musulmans*, 1984, AN: vers. 19910281/3.

<sup>97</sup> Georges Morin, *Les Français maghrébins. Bientôt un million d'électeurs?* 1984, *ibid.*

<sup>98</sup> *Pour les fils de rapatriés musulmans français. Des atouts pour une insertion*, in: *Le Journal de la Côte d'Or*, ohne Datum, AN: vers. 19870444/12.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Term »filles et fils de Français musulmans rapatriés« zu ersetzen<sup>99</sup>. So sehr die Regierung die gemeinsamen Probleme beider Gruppen hervorheben wollte, so achtete sie doch darauf, die muslimischen Repatriierten nicht als »immigrés« zu bezeichnen. Diese Bezeichnung berücksichtigte den Grund für ihren Aufenthalt in Frankreich und ihre französische Staatsbürgerschaft in zu geringem Maße.

Auch die Regierungsstrategie, der Religion der muslimischen Repatriierten innerhalb der Französischen Republik einen Platz einzuräumen, ließ sich nicht problemlos umsetzen. Nicht ohne Grund hatte Courrière den Beginn des Hadsch gewählt, um sich erstmals an die muslimischen Repatriierten zu wenden. Das Staatssekretariat organisierte für die muslimischen Repatriierten eine nationale Pilgerfahrt nach Mekka und stellte dafür finanzielle Mittel zur Verfügung. Diese Praxis war jedoch auch innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Sie wurde in der sozialistischen Partei nicht nur als zu kostspielig angesehen, sondern man wertete sie vor allem als Bruch mit der in der französischen Verfassung verankerten Laizität, der sich die Partei mit ihrer Gründung verpflichtet hatte<sup>100</sup>. Daher wurde diese Praxis bereits im Jahr 1982 wieder eingestellt<sup>101</sup>. Die Pilgerfahrt wurde fortan nicht mehr vom Staat organisiert und finanziert, aber der Staat erleichterte muslimischen Staatsbürgern die Teilnahme an dem Hadsch. Sie konnten organisatorische Hilfe einfordern und der französische Staat stellte zudem die medizinische Versorgung der Pilger in Mekka und Medina sicher<sup>102</sup>. Die Regierung hoffte so eine Lösung gefunden zu haben, den muslimischen Repatriierten ihre Religionsausübung zu erleichtern, ohne gegen den Laizismus zu verstoßen.

Die Religionsausübung sollte auch in anderen Bereichen erleichtert werden. Das Staatssekretariat wies die Kommunen an, auf ihren Friedhöfen gesonderte Bereiche für die Bestattung von Muslimen und in ihren Gemeinden Moscheen zu bauen. Es protokollierte regelmäßig, welche Kommunen diesen Anweisungen nachkamen und welche dabei zögerten. So rügte es beispielsweise die Verwaltung der Kommune Montbéliard im Dezember 1983 dafür, die

<sup>99</sup> Secrétariat d'État aux rapatriés à monsieur Charles Marques, rédacteur en chef »Les Dépêches«, 12.2.1985, *ibid.*

<sup>100</sup> Zum Prinzip der Laizität des PS Jean BAUDEROT, 1945–1980. Les paradoxes de la laïcité, in: Yves LEQUIN (Hg.), *Histoire de la laïcité*, Besançon 1994, S. 287–325, hier S. 306.

<sup>101</sup> Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé des rapatriés. Note de service n° 67, 28.4.1982, AN: vers. 19910281/2.

<sup>102</sup> Compte rendu de la réunion de l'équipe nationale du 1<sup>er</sup> avril, 4.5.1982, *ibid.*

Umsetzung zu lange hinauszuzögern<sup>103</sup>. Auch das Feiern muslimischer Feste wurde zumindest innerhalb des öffentlichen Dienstes erleichtert. In einem Rundschreiben vom Juni 1982 wies Courrière alle Staatssekretäre und Minister sowie die zuständigen Personalstellen an, das muslimische Personal an allen wichtigen muslimischen Feiertagen freizustellen, sofern dadurch nicht der normale Ablauf des Betriebs beeinträchtigt werde<sup>104</sup>. Obwohl sich die Umsetzung seiner Leitlinien teils schwierig gestaltete, ging von dieser Politik Courrières ein klares Signal aus: Er gestand den muslimischen Repatriierten und somit automatisch allen anderen Muslimen Frankreichs das Recht auf Differenz zu und machte deutlich, dass er den Islam als der Französischen Republik zugehörig betrachtete.

Auch im Bereich der Arbeitseingliederungsmaßnahmen für die Nachkommen der Hilfssoldaten zeigte Courrière, dass er ihnen das Recht auf Differenz zugestand. Er wolle der Jugend ermöglichen, »sa part à l'enrichissement culturel commun« beizutragen, ließ er in seiner Amtsantrittsrede verlauten<sup>105</sup>. Statt ihre kulturellen und religiösen Besonderheiten als Defizit zu betrachten, sollten die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, diese auf dem Arbeitsmarkt als Trumpf einzusetzen. Um Stellen für niedrigqualifizierte Jugendliche zu schaffen, kooperierte das Staatssekretariat unter anderem mit der Organisation Union islamique internationale. Diese legte ein Konzept zur Ausbildung junger muslimischer Repatriierter im Bereich der Herstellung und Vermarktung von *halal*-Lebensmitteln vor, die den Verantwortlichen der Union zufolge bis dato zu 99,5 Prozent im Ausland produziert wurden. Der *halal*-Markt sei wirtschaftlich rentabel. Zudem biete ein Einstieg in diesen Markt die Möglichkeit, das »précieux patrimoine linguistique et culturel« der muslimischen Staatsbürger zu bewahren und die französische Gemeinschaft zugleich kulturell zu bereichern. Einige junge *Français musulmans* sollten das Handwerk des rituellen Schlachtens erlernen und andere zu Kontrolleuren ausgebildet werden, um die Einhaltung der religiösen Praktiken zu überwachen. Dadurch bekämen sie der Union zufolge nicht nur die Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz, sondern

103 Le secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de la Solidarité nationale chargé des rapatriés, délégation nationale à l'action éducatrice, sociale et culturelle. Bulletin de liaison n° 45, 23.12.1983, AN: vers. 19910281/2.

104 Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, délégation nationale aux Français musulmans rapatriés. Note de service n° 84, 16.6.1982, *ibid*.

105 Discours de M. Raymond Courrière adressé aux Français de confession islamique, zitiert nach: France-Horizon 225 (1981), S. 11.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

würden zudem zu »garants de leur patrimoine culturel [...] au sein de la société française«<sup>106</sup>.

Nicht nur niedrigqualifizierten Jugendlichen sollte ihr arabisch-muslimischer Hintergrund den Weg auf den Arbeitsmarkt ebnen. In Montpellier öffnete die *École des hautes études* ihre Türen, in der Schüler besonders intensiven Arabischunterricht bekamen, um so für Firmen interessant zu sein, die in arabischsprachigen Ländern geschäftlich tätig waren<sup>107</sup>. Auch ein Praktikumsprogramm mit ähnlicher Zielsetzung stellte Courrière auf die Beine. Gemeinsam mit der *Association des centres de préformation de Marseille* plante er für das Jahr 1986 ein Programm, das darauf abzielte, gut ausgebildeten *Français musulmans* gut bezahlte und verantwortungsvolle Arbeitsstellen in Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des Mittleren Osten zu vermitteln. Diese Unternehmen hatten Courrière zufolge oftmals Schwierigkeiten, gut qualifiziertes Personal mit den nötigen Arabischkenntnissen zu finden. Courrière warb für das Programm, indem er betonte, dass es den jungen muslimischen Repatriierten erlaube, ihre kulturellen Besonderheiten als Qualifikation einzubringen, und zugleich den Unternehmen helfe, ihren Fachkräftemangel zu bekämpfen<sup>108</sup>.

Indem die Regierung in allen Bereichen die kulturelle Differenz der muslimischen Repatriierten betonte, anerkannte und zugleich von einer muslimischen Gemeinde bestehend aus Repatriierten und Migranten ausging, vollzog sie im Vergleich zu den vorhergehenden Regierungen einen Paradigmenwechsel. Bis dato hatten die Regierungen versucht, die kulturellen Differenzen zu beheben, und hatten auf eine Assimilation der muslimischen Repatriierten abgezielt, während sie gleichzeitig gehofft hatten, die Migranten würden sich nicht dauerhaft in Frankreich niederlassen. Die Opposition folgte dieser Linie nicht. Somit markierte die Niederlage der sozialistischen Partei in den Parlamentswahlen 1986 das Ende des von den Sozialisten verfolgten Wegs der Anerkennung kultureller und religiöser Differenzen.

Im März 1986 übernahm der Neogaullist Jacques Chirac das Amt des Premierministers und machte umgehend deutlich, dass er im Umgang mit den

<sup>106</sup> Union islamique internationale. Formation et insertion dans les emplois liés au marché halal, projet élaboré en faveur des jeunes Français musulmans rapatriés, ohne Datum [Ende 1982, Programm startet Anfang 1983], AN: vers. 19870444/15.

<sup>107</sup> Le secrétaire d'État auprès du Premier ministre chargé de rapatriés, délégation nationale aux Français musulmans rapatriés. Note de service n° 84, 16.6.1982, AN: vers. 19910281/2.

<sup>108</sup> Association des centres de préformation de Marseille. Action expérimentale de formation spécifique en arabe moderne en faveur des Français musulmans rapatriés, Marseille, ohne Datum [1985, Beginn des Programms 1986], AN: vers. 19870444/12.

muslimischen Repatriierten einen erneuten Kurswechsel vorzunehmen gedachte. Nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt löste er das ONASEC auf, nachdem der Vorwurf der Zweckentfremdung von Geldern aufgekommen war. Chirac nahm diese administrative Umstrukturierung zum Anlass, sich mit einem Rundschreiben an alle Minister, Staatssekretäre und Präfekten der Französischen Republik zu wenden, um eine besondere Aufmerksamkeit für die Probleme der »rapatriés de confession musulmane« einzufordern. Er selbst, schrieb er, sei persönlich von deren Schicksal berührt. Es handle sich um eine Gruppe mit sehr speziellen Problemen, denen auf eine sehr spezielle Art und Weise zu begegnen sei<sup>109</sup>. Mit diesen Worten machte er klar, dass er die Linie der sozialistischen Partei, die Gemeinsamkeiten von muslimischen Repatriierten und Migranten hervorzuheben, nicht verfolgte. Gleichzeitig verwehrte er sich jedoch auch dagegen, von einer homogenen Gruppe aller Repatriierten auszugehen, sondern sprach von den »muslimischen Repatriierten«.

Wenn Chirac auch von »rapatriés de confession musulmane« sprach, bezog er sich in dem Schreiben doch nicht auf alle muslimischen Repatriierten, sondern in erster Linie auf die Hilfssoldaten. Chirac hob den militärischen Charakter dieser Gruppe hervor und bediente sich einer Rhetorik, die die sozialistische Regierung stets vermieden hatte. So betonte er ihre »loyauté« und ihren »sacrifice« für ihr Vaterland Frankreich<sup>110</sup>. Chirac hatte selbst im Algerienkrieg als Leutnant gedient und stammte somit aus dem Kontext des Kolonialmilitärs<sup>111</sup>. Dies schlug sich in seiner Argumentation nieder. Er verstand die »rapatriés de confession musulmane« in erster Linie als militärische Gruppe, die durch den gemeinsamen Kampf in den Reihen der französischen Armee geprägt sei. Aus ihrer »loyauté« und ihrem »sacrifice« leitete er eine besondere Fürsorgepflicht der französischen Nation ihnen gegenüber ab. Die Fürsorgepflicht sollte zukünftig nicht mehr von einer speziellen Behörde geleistet, sondern von der ganzen Nation übernommen werden. Administrativ bedeutete das, dass die »rapatriés de confession musulmane« direkt von der jeweiligen Präfektur verwaltet werden sollten<sup>112</sup>. Da es keine gesonderte Behörde mehr gab, war es umso wichtiger, die besondere Aufmerksamkeit aller Behörden auf die Probleme der Hilfssoldaten zu lenken. Chirac mobilisierte hierfür Gelder

109 Le Premier ministre à mesdames et messieurs les ministres et secrétaires d'État, madame et messieurs les préfets, commissaires de la République, 6.6.1987, AN: vers. 19980331/11.

110 Ibid.

111 DROZ, Lieutenant en Algérie.

112 Le Premier ministre à mesdames et messieurs les ministres et secrétaires d'État, madame et messieurs les préfets, commissaires de la République, 6.6.1987, AN: vers. 19980331/11.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

und forderte eine Sensibilisierung der Behörden »au caractère à la fois dramatique et prioritaire de ce dossier«. Er selbst habe im Namen der Regierung die »engagements moraux« gegenüber dieser Gemeinschaft übernommen, die den »respect« und die »consideration« der Franzosen verdiene<sup>113</sup>.

Dass Chirac die Gruppe der »rapatriés de confession musulmane« in den militärischen Kontext rückte, unterstrich er auch, indem er sich persönlich an das Office national des anciens combattants et victimes de guerre (ONAC) wandte und dessen Unterstützung bei der Integration der Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten einforderte. Das ONAC erklärte sich bereit, Praktikanten in seinen Ausbildungszentren aufzunehmen, machte jedoch darauf aufmerksam, dass es als Behörde formal lediglich für Veteranen zuständig sei und somit die Söhne der »harkis« eigentlich nicht in sein Aufgabengebiet fielen<sup>114</sup>. Die Behörde betonte, es sei schwierig, die »harkis« als Gruppe zu definieren. Es sei ihr verboten, Gruppen unter ihren Angehörigen auszumachen. Da sie nicht das Recht hätte, die Konfession ihrer Mitglieder zu erheben, seien die »[a]nciens combattants et victimes de guerre d'origine maghrébine« statistisch nicht erfasst. Wegen der zunehmenden Probleme dieser Gemeinschaft seien die Mitglieder dieser Gruppe aber inzwischen so gut wie möglich identifiziert worden. Detailliert wurde aufgelistet, dass ca. 250 000 »soldats de souche maghrébine« auf französischer Seite gekämpft hatten, die »harkis«, verstanden als die Gesamtheit aller Hilfssoldaten, eingeschlossen. Diese seien selbstverständlich ebenso Angehörige des ONAC wie deren Witwen und Waisen. Obwohl die zweite Generation prinzipiell nicht zu dieser militärisch definierten Gruppe gehöre, wolle das ONAC aufgrund der in dieser Generation vorherrschenden hohen Arbeitslosigkeit seinen konkreten Beitrag zu der Verbesserung ihrer Situation leisten<sup>115</sup>.

Die im ONAC angestellten Überlegungen zeigen die Schwierigkeit, 25 Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens eine Gruppe zu definieren, die dadurch entstanden war, dass muslimische Soldaten und Hilfssoldaten in den Reihen der französischen Armee gegen die Unabhängigkeit Algeriens gekämpft hatten. Im Sinne des Universalismus musste man gar die Frage stellen, ob es überhaupt erlaubt sei, eine solche Gruppe auszumachen. Die Gruppe der muslimischen Repatriierten existierte noch immer als Verwaltungseinheit. Innerhalb dieser Verwaltungseinheit wurde die Gruppe der »harkis«, der ehemaligen Hilfssoldaten, deshalb ausgemacht, da sie noch immer als nicht integriert galt,

113 Ibid.

114 Le préfet, directeur général de l'ONAC, à monsieur André Santini, secrétaire d'État aux rapatriés, 21.5.1987, *ibid.*

115 Le préfet, directeur général de l'ONAC: »harkis«, 24.10.1988, AN: vers. 19980331/12.



was Chirac und das ONAC zunächst an der hohen Arbeitslosigkeitsquote unter ihren Nachkommen festmachten. Die sozialistische Partei hatte neben dem Problem der Arbeitslosigkeit das Gefühl der Ausgrenzung und Diskriminierung als Integrationshindernis ausgemacht, was sie auf eine mangelnde Toleranz gegenüber den kulturellen und religiösen Besonderheiten der Gruppe zurückführte. Um dem entgegenzuwirken, hatte sie die nordafrikanische Herkunft und die muslimische Religion der Gruppe in den Vordergrund gestellt. Die Integration sollte gelingen, indem die Regierung ihrer arabisch-muslimischen Identität innerhalb der Französischen Republik einen Platz einräumte. Dadurch entfernte sich die Regierung von der bis dahin verfolgten Idee der Assimilation von Minderheiten, war jedoch stets bemüht, dennoch am Universalismus festzuhalten. Sie wurde jedoch von der Opposition mit dem Vorwurf konfrontiert, den Islam zu sehr zu fördern und somit gegen das Prinzip des Laizismus zu verstoßen.

Mit Chirac kehrte die Regierung nun zu dem traditionellen Konzept der Assimilation zurück. Man bemühte sich, den religiösen und ethnischen Hintergrund nicht zu beachten. Stattdessen verstand man die ehemaligen Hilfssoldaten mitsamt ihren Nachkommen als eine spezielle Gruppe von Veteranen und begründete die notwendigen Bildungs- und Arbeitseingliederungsmaßnahmen mit dem für die Nation erbrachten Opfer und der Loyalität der Hilfssoldaten gegenüber der Nation sowie mit den in der Integrationspolitik gemachten Fehlern der vorhergehenden Regierung, die den traditionellen Weg der Assimilation verlassen hatte.

### **3.2 Fortsetzung der »mission civilisatrice« der SAS-Offiziere**

Von den Militärangehörigen, die in Algerien gedient hatten, behielten viele für die muslimischen Hilfssoldaten auch über den Krieg hinaus ihre wichtige Bedeutung bei. Indem sie sich der Demobilisierung der Hilfssoldaten widersetzen und sich in zahlreichen Fällen weigerten, diese in Algerien zurückzulassen, zeigten sie, in welchem Maße sie sich für die Hilfssoldaten verantwortlich fühlten. Sie spielten auch in der Aufnahme- und Integrationspolitik nach 1962 in Frankreich eine wichtige Rolle. Zunächst in Eigenregie, dann in Kooperation mit den zuständigen Behörden bestimmten ehemalige Militärs entscheidend das Leben zahlreicher Hilfssoldaten und deren Familien. Als sich ehemalige Offiziere ab Mai 1962 in verschiedenen Verbänden organisierten, um ehemaligen Hilfssoldaten eine Ausreise nach Frankreich zu ermöglichen, mussten sie sich auch mit dem Problem auseinandersetzen, in Frankreich eine Unterkunft für die Hilfssoldaten und deren Familien zu finden. Sie sahen sich dabei stets mit dem Verdacht konfrontiert, mit ihrem Engagement politische Ziele zu ver-

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

folgen und die Hilfssoldaten in Frankreich der OAS zur Verfügung zu stellen<sup>116</sup>. Um diesem Verdacht zu begegnen, setzten sie verstärkt auf die Kooperation mit der Regierung, als diese begann, die Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich zu regeln. Die Verantwortlichen der aus Marinemilitärs bestehenden Amicale de la demi-brigade de fusiliers marins wandten sich mit der Bitte an den Staatssekretär für Repatriierte, nach geeigneten Grundstücken zu suchen, auf denen der Verband sich um die geeignete Infrastruktur kümmern könnte<sup>117</sup>. Die Vertreter der AAAA suchten in Absprache mit den zuständigen Behörden unter ihren Unterstützern nach möglichen Arbeitgebern für die in den Lagern untergebrachten Hilfssoldaten, und baten im August 1962 die Union syndicale de la propriété agricole tarnaise, dies ebenfalls zu tun<sup>118</sup>. Zudem stellte die AAAA dem Staatssekretariat für Repatriierte Gelder zur Verfügung, um den Bau von Unterkünften voranzutreiben. Im Juli ging eine Summe von 110 000 Francs an das Staatssekretariat mit der Bitte, dieses Geld für den Bau von Unterkünften von ca. 60 Familien zu nutzen, die durch das Netzwerk aus Sidi Ali Bounab repatriiert worden waren<sup>119</sup>.

Die Vertreter der AAAA betonten von Beginn an, dass sie nicht nur über die notwendigen Netzwerke und materiellen Ressourcen, sondern insbesondere über das notwendige Wissen verfügten, um den Hilfssoldaten das Ankommen in Frankreich zu erleichtern. Aufgrund ihrer Erfahrungen in den SAS verfügten sie nach eigenen Angaben über eine »connaissance des réfugiés musulmans«<sup>120</sup>. Dieses Wissen wollten sie an die Personen weitergeben, die sich bereit erklärten, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit und Unterkunft zu geben. Zu diesem Zwecke veröffentlichte die Organisation eine Broschüre mit dem Titel »Recommandations aux familles qui ont bien voulu prendre des harkis chez elles«. Die Broschüre sollte eine Orientierungshilfe im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen, sie bewarb jedoch zugleich die *mission civilisatrice* in Algerien. Einleitend ging man auf die Motivation der Hilfssoldaten ein, auf Seite der französischen Armee zu kämpfen. Zwar fanden auch die finanziellen Zwänge Erwähnung. In erster Linie wurde jedoch die Verbundenheit zu Frankreich betont sowie die Hoffnung auf einen Wandel in Algerien. Mehrheitlich hätten die Hilfssoldaten sich aus einer »amitié solide« zur französischen

116 Vgl. hierzu Kap. 2.3.

117 Association amicale de la demi-brigade de fusiliers marins à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés, 2.5.1962, AN: vers. 19910467/2.

118 Union syndicale de la propriété tarnaise au secrétariat d'État aux rapatriés, 3.9.1962, AN: vers. 19920149/5.

119 Mission de liaison du secrétariat d'État aux rapatriés du Larzac, 26.7.1962, AN: F1a/5140.

120 Réunion du 1<sup>er</sup> août. Note de l'association des SAS, 1.8.1962, AN: vers. 20120054/95.

Armee heraus in deren Reihen engagiert und da man ihnen versprochen hatte, »de les aider à transformer leur pauvre région«<sup>121</sup>.

In der Broschüre wurden im weiteren Verlauf die sozialen und kulturellen Besonderheiten der Hilfssoldaten und ihrer Familien beschrieben. Dabei beschrieb man die muslimische Bevölkerung Algeriens insgesamt als rückständig und unzivilisiert und lobte zugleich die Zivilisierungsleistung der französischen Armee. Der muslimische Mann wurde als arbeitsunwillig und faul dargestellt. Im muslimischen Milieu überließen traditionell die Männer schwere Arbeiten den Frauen, die sich aus diesem Grund durch eine »force herculéenne« auszeichneten. Grundsätzlich seien jedoch die muslimischen Männer »aussi robustes, énergiques et adroits au travail que leurs homologues français«. Sie benötigten lediglich die richtige Anleitung. Auch die mangelnde Ausbildung der Muslime Algeriens fand Erwähnung. Bildung hätten sie nur dank der französischen Armee kennengelernt. Bezüglich des Islams wurde darauf verwiesen, dieser sei für die Hilfssoldaten nicht von großer Bedeutung. Durch die sozialen Umwälzungen in der algerischen Gesellschaft während des Krieges hätten sich viele algerische Muslime von ihrem Glauben entfernt. In besonderem Maße treffe dies auf die ehemaligen Hilfssoldaten zu, die im Kriegsgeschehen keine Möglichkeit gehabt hätten, religiösen Ritualen nachzugehen. So fasteten viele nicht während des Ramadans, tranken Alkohol und äßen Schweinefleisch<sup>122</sup>.

In allen Punkten lobte man die Arbeit der französischen Armee in Algerien, die die Grundlagen dafür geschaffen habe, dass die Hilfssoldaten nun in der französischen Gesellschaft aufgehen könnten. Aufgrund der von der Armee in Algerien geleisteten Vorarbeit seien die Muslime leicht in die französische Gesellschaft zu integrieren, wenn man einige wenige Punkte im Umgang mit ihnen beachte. Übermäßige Vorsicht sei genauso zu vermeiden wie ein Übermaß an Autorität und Paternalismus. Man dürfe sie nicht behandeln, als befänden sie sich in einer untergeordneten Position, sondern müsse ihnen auf Augenhöhe begegnen. Sie seien mit Respekt zu behandeln, mit »Madame« und »Monsieur« anzusprechen. Man müsse ihnen das Gefühl vermitteln, sie könnten ihr Leben selbst bestimmen. Zudem dürften sie auf keinen Fall isoliert werden. Man müsse ihnen die Möglichkeit geben, mit der französischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Zu diesem Zwecke müsse man dem in der französischen Bevölkerung vorherrschenden negativen Bild, »que les gens pourraient se faire d'eux sous l'influence de la presse ou de leur méfiance naturelle«, ent-

121 Association des SAS. Recommandations aux familles qui ont bien voulu prendre des harkis chez elles, 15.7.1962, AN: vers. 20120054/95.

122 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

gegenwirken<sup>123</sup>. Die Vertreter der AAAA sahen die Assimilation der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Familien als Ziel der Integration an. Man ging davon aus, dass bereits in Algerien die ersten Schritte zur Assimilation gemacht worden waren. Durch die Arbeit der Armee habe man sie bereits von ihrer als rückständig angesehenen Kultur so weit entfernt, dass nun in Frankreich eine Integration nach universalistischem Prinzip möglich sein würde. Die Vertreter der AAAA plädierten dafür, ihnen keine Sonderbehandlung zukommen zu lassen. Sie sollten wie alle anderen französischen Bürger behandelt werden und sich auf diesem Wege assimilieren.

Weder die Vertreter der AAAA noch die Vertreter des Comité Parodi orientierten sich in der Folgezeit an den von ihnen selbst aufgestellten Leitlinien im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten. Beide Verbände wurden zu einem wichtigen Ansprechpartner der Regierung und sollten die Integrationspolitik entscheidend prägen. Die Idee zu den Walddörfern stammte ursprünglich vom Präsidenten der AAAA, François Reverchon. Bereits im Juli trat der Verband mit dieser Idee an die Öffentlichkeit. Diese »réfugiés d'un type particulier« zu sehr zu verstreuen, könne schwere psychologische und soziale Folgen haben, ließ man verlauten. Um dem entgegenzuwirken, könnten sie in verlassenen Dörfern im Süden Frankreichs untergebracht werden. Die Verantwortlichen der AAAA präsentierten diese Methode als den einzigen Weg, »une intégration cohérente de ces familles d'origine rurale dans les structures économiques du pays« zu gewährleisten<sup>124</sup>. Sie wichen mit diesem Vorschlag in zwei Punkten vom universalistischen Weg der Assimilation ab: Zum einen wären die Hilfssoldaten mit ihren Familien in diesen Walddörfern isoliert. Zudem wurde angenommen, sie könnten lediglich im Agrarsektor in die französische Wirtschaft integriert werden.

Die ehemaligen SAS-Offiziere der AAAA fanden für ihre Pläne die Unterstützung des Comité Parodi. Gemeinsam machten sie sich in Kooperation mit dem Agrarministerium auf die Suche nach geeigneten Orten und arbeiteten ein Konzept aus, das sie schließlich dem Ministerium für Repatriierte vorlegten. Das Ministerium übernahm das Konzept in Grundzügen. Zwischen den Behörden und den ehemaligen SAS-Offizieren bestand aber Uneinigkeit in der Frage, ob die Walddörfer lediglich eine provisorische oder eine dauerhafte Lösung sein sollten. Das Agrarministerium plante, die ehemaligen Hilfssoldaten für die Instandsetzung der Wälder zu nutzen, eine Arbeit, die nach etwa drei Jahren abgeschlossen sein würde. Die ehemaligen SAS-Offiziere sprachen sich hingegen für eine langfristige Ansiedlung aus. Parallel zur Waldarbeit sollten sie das Land bebauen und Schafe züchten, um sich dauerhaft ihren Lebensunterhalt

<sup>123</sup> Ibid.

<sup>124</sup> Communiqué AAAA, 31.7.1962, AN: vers. 20120054/95.

sichern zu können. Den Einwand des Agrarministeriums, die Erde sei in diesen Walddörfern zu unfruchtbar, wiesen die ehemaligen SAS-Offiziere zurück. Man wisse, wie diese muslimischen Familien in Algerien gelebt hätten. Man habe es mit einer Bevölkerung »en retard de plusieurs générations quant aux besoins et au mode de vie« zu tun, die jedoch bereit sei, Ratschläge anzunehmen. Mithilfe moderner Methoden könne man die Erde fruchtbar machen<sup>125</sup>. Die Verbände betonten die Rückständigkeit der Bevölkerung, knüpften jedoch an die Idee der Zivilisierungsmission an und vertraten die Ansicht, mit der richtigen Anleitung könnte sie diese Rückständigkeit überwinden.

Die ehemaligen SAS-Offiziere waren auch diejenigen, die militärische Disziplin in den Walddörfern einführen wollten. Nachdem die ersten Bewohner der Walddörfer eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt bekommen hatten, um sich in diesem Dorf niederzulassen, beklagte der ehemalige SAS-Offizier André Wormser in einer Sitzung im November 1962, viele ehemalige Hilfssoldaten seien mit diesem Geld verschwenderisch umgegangen. Er plädierte deshalb dafür, »une discipline quasi-militaire« durchzusetzen<sup>126</sup>. Die Regierung teilte seine Ansicht in diesem Punkt und installierte auch in den Walddörfern eine militärische Kontrolle. Hatte das Armeeministerium zunächst vorgesehen, hierfür Unteroffiziere zur Verfügung zu stellen, beschloss schließlich das Ministerium für algerische Angelegenheiten, auch ehemalige SAS-Offiziere zu rekrutieren »qui ont toutes qualifications pour occuper ces postes d'encadrement«<sup>127</sup>. Diese SAS-Offiziere bekamen die Aufgabe, die Integration der Hilfssoldaten in den Walddörfern zu gewährleisten. Unterstützung bekamen sie hierbei von »assistantes sociales«, die die Verantwortung für soziale Fragen sowie für Aufgaben im Gesundheits- und Hygienebereich bekamen<sup>128</sup>.

Wiederholt wiesen die AAAA und Vertreter des CNMF auf die Bedeutung dieser militärischen Kontrolle für die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten hin. Der Vorsitzende des CNMF, Alexandre Parodi, wandte sich in der ersten Hälfte der Jahres 1963 an den Armeeminister, um von den Erfolgen dieser Maßnahmen zu berichten. Da die ehemaligen Hilfssoldaten »par affinités ethniques et dans une ambiance rurale« untergebracht gewesen seien, habe man einen Kulturschock verhindern können. Dank der guten Arbeit der Sozialarbeiter, insbesondere aber der Arbeit der Offiziere, die als »chefs de chantier« einge-

<sup>125</sup> Comité national de solidarité pour les Français musulmans réfugiés. Conseil d'administration du 3 août 1962, AN: vers. 20120054/84.

<sup>126</sup> CNMF. Réunion du 19 novembre 1962, AN: vers. 20120054/12.

<sup>127</sup> Procès-verbal de la réunion tenue le 15 janvier 1963 dans le cabinet de M. Besson, conseiller technique au cabinet du ministre des Rapatriés, 16.1.1963, AN: F1a/5140.

<sup>128</sup> Le préfet de l'Aveyron à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre chargé des rapatriés, 6.1.1963, AN: vers. 19920149/3.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

setzt worden waren, sei »l'adaptation à notre pays et à nos mœurs« in Sicht<sup>129</sup>. Allerdings werde die Arbeit erst nach einiger Zeit Früchte tragen, weshalb Parodi dafür plädierte, die Walddörfer in ihrer derzeitigen Funktion im besten Fall noch ein bis zwei Jahre aufrechtzuerhalten<sup>130</sup>.

Um die Notwendigkeit der militärischen Disziplin zu unterstreichen, fügte Parodi dem Schreiben Auszüge von Berichten über die derzeitige Situation in einzelnen Walddörfern bei. Als Leitmotiv zog sich die These durch die Berichte, die ehemaligen Hilfssoldaten benötigten eine starke Führung. In einem Bericht war zu lesen, wie effizient der als Chef eingesetzte Militärangehörige das Leben in einem der Walddörfer im Département Aveyron regelte: »Très efficace, il arrive à obtenir des crédits pour améliorer l'implantation, surveille l'hygiène générale, et oblige tout le monde à marcher droit«<sup>131</sup>. Diese Disziplin sahen die ehemaligen SAS-Offiziere als absolute Notwendigkeit an, die den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien die Fähigkeit, ihr Zusammenleben selbst zu regeln, absprachen: »La suppression de ces petits cadres [...] va transformer la vie de ces gens, *qui ont besoin d'être dirigés*; les désordres et disputes ne tarderont pas lorsque le sous-officier sera parti«<sup>132</sup>.

Dass die beiden Verbände die Notwendigkeit militärischer Disziplin in besonderem Maße hervorhoben, war auch damit zu begründen, dass ehemalige SAS-Offiziere oftmals den Kader in den Walddörfern stellten. Als 1964 die Existenz der Walddörfer kurzzeitig in Frage gestellt wurde, kam die Frage nach der Zukunft des Personals auf<sup>133</sup>. Die AAAA hatte sich nicht nur der Aufgabe verschrieben, sich um die ehemaligen Hilfssoldaten zu kümmern, sondern um alle Angehörigen der ehemaligen SAS<sup>134</sup>. Somit hatte die AAAA ebenso wie das Comité Parodi ein Interesse daran, die prekäre Situation des Kadere zu regeln. Die Walddörfer stellten ein Beschäftigungsfeld für ehemalige Angehörige der SAS dar, weshalb die beiden Verbände auch als Interessensvertretung des Personals in den Walddörfern agierten. Der Generalsekretär des CNMF hob in einem Schreiben an den SFIM die Qualität des Kadere hervor, um gleichzeitig auf die prekären Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu verweisen. Ihre Situation sei derzeit sehr schwierig, da sie keiner bestimmten Behörde zugeordnet seien, sondern lediglich einen Arbeitsvertrag hätten, der mit einer Frist von 15 Tagen

<sup>129</sup> Parodi à monsieur le ministre des Armées, Paris, ohne Datum [1. Hälfte 1963], AN: vers. 20120054/84.

<sup>130</sup> Ibid.

<sup>131</sup> Ibid.

<sup>132</sup> Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

<sup>133</sup> Secours catholique. F. Gomart au CNMF, 18.12.1964, *ibid.*

<sup>134</sup> Vgl. hierzu [Kap. 2.3](#).

gekündigt werden könne<sup>135</sup>. Auch die AAAA warf 1964 die Frage auf, wie die Zukunft der Walddörfer insgesamt und die des Kadern im Speziellen aussehen solle. Sie hob die Vorteile der Walddörfer hervor und verwies darauf, dass auch weiterhin eine soziale Betreuung der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien nötig sei. Insbesondere in den abgelegenen Dörfern sei keine Entwicklung hin zu einem westlichen Lebensstil festzustellen, weshalb hier die soziale Arbeit gar verstärkt werden müsse<sup>136</sup>. Die Forderung nach einer dauerhaften militärischen und sozialen Kontrolle in den Walddörfern ist also nicht nur damit zu begründen, dass man die Bewohner als rückständig ansah, sondern auch damit, dass auf diese Weise ehemaligen SAS-Angehörigen, die mit der Unabhängigkeit Algeriens ihre Arbeit verloren hatten, Beschäftigung und Einkommen garantiert wurde.

Bis 1964 bestand die Aufgabe der AAAA und des CNMF darin, gemeinsam mit der Regierung nach Arbeitsplätzen und Unterkünften zu suchen. Nachdem die Regierung 1964 diesen Prozess für beendet erklärte, änderte sich der Aufgabenbereich der beiden Verbände. Auf der Generalversammlung der AAAA im Mai 1964 erklärte man, nun komme »une phase de tutelle sociale auprès de nos anciens moghaznis et harkis reconnus nationaux français«<sup>137</sup>. Dabei ging es nicht nur um die »tutelle sociale« der in den Walddörfern lebenden Hilfssoldaten, sondern auch um die Betreuung der Hilfssoldaten, die die Regierung zumeist äußerst konzentriert in Gebäuden der Sonacotra in den Industriezentren angesiedelt hatte. Das CNMF bekam von der Regierung die Aufgabe, die soziale Betreuung dieser Hilfssoldaten und ihrer Familien zu übernehmen<sup>138</sup>. Die Zuständigen berichteten in der Folge hauptsächlich vom Scheitern der Integration. So hieß es im Frühjahr 1965 in einem Schreiben des Comité Parodi an den Direktor des SFIM über die Hilfssoldaten, die ohne Familie nach Frankreich gekommen waren, diese hätten zwar guten Willen bewiesen, sich jedoch trotzdem nicht an das Leben in Frankreich gewöhnen können. Zu mangelhaft sei ihre Bildung, zu groß dadurch die Schwierigkeit, eine feste Arbeit zu finden und sich dauerhaft an einem Ort niederzulassen<sup>139</sup>.

Zur Erklärung dieser gescheiterten Integration wurden strukturelle Gründe angeführt, man griff jedoch auch auf kulturelle Begründungsmuster

<sup>135</sup> Vgl. CNMF. Le colonel Schoen, secrétaire général, à monsieur le préfet, chef du SFIM, ohne Datum, AN: vers. 20120054/84.

<sup>136</sup> Alexandre Parodi au monsieur le préfet Perony, chef du SFIM, ohne Datum [wahrscheinlich Ende 1964, Antwort auf ein Schreiben vom 27.11.1964], AN: vers. 20120054/95.

<sup>137</sup> AAAA. Bulletin de liaison, Dez. 1964, *ibid.*

<sup>138</sup> Vgl. CNMF. Réunion plénière, 10.2.1964, AN: vers. 20120054/2.

<sup>139</sup> CNMF au directeur du SFIM, 28.4.1965, AN: vers. 20120054/84.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zurück. Neben der mangelhaften Bildung habe der Mangel an Unterkünften und Arbeitsplätzen die Integration erschwert, doch auch die »nostalgie de l'ambiance ›paternaliste‹ qu'ils avaient connue sous nos drapeaux« habe eine Rolle gespielt<sup>140</sup>. Dies wurde am Beispiel eines ehemaligen Hilfssoldaten, der in Algerien stets »propre, sobre, discipliné, bien élevé« gewesen sei, veranschaulicht. Er habe sich jedoch nie mit dem Leben in Frankreich arrangieren können und habe eine Arbeitsstelle nach der anderen verloren. Er vermisse nach Angaben des CNMF die Zeit, als er, »encadré par des officiers«, keine Eigeninitiative benötigt habe<sup>141</sup>. Mit diesen Worten erklärte man, die muslimische Bevölkerung sei nur unter strenger Führung in der Lage, sich in der französischen Zivilisation zurechtzufinden. Vertreter der AAAA unterstrichen dies, indem sie betonten, es sei illusorisch zu glauben, man könne in »notre civilisation« Hilfssoldaten integrieren, die zuvor dreißig Jahre in Algerien gelebt hätten. Man könne ihnen gegenüber lediglich »avec le maximum d'autorité et de bienveillance associée« auftreten<sup>142</sup>. Sie schrieben den ehemaligen Hilfssoldaten mit dieser Rhetorik eine mangelnde Eigeninitiative zu. Hatten sie noch 1962 verkündet, während der Kolonialzeit bereits die Grundsteine dafür gelegt zu haben, dass diese ihre »zivilisatorische Rückständigkeit« unter Aufsicht schnell überwinden würden, so betonten sie nun, dass die ehemaligen Hilfssoldaten nicht in der Lage seien, ohne den in der Kolonialzeit vorherrschenden Paternalismus in Frankreich zu überleben.

Die demobilisierten SAS-Offiziere erklärten jedoch lediglich die Integration der Hilfssoldaten und deren Ehefrauen als gescheitert. In der zweiten Generation sahen sie die Möglichkeit, eine erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten. Als die AAAA in ihrem Verbandsorgan 1964 die gescheiterte Integration der ehemaligen Hilfssoldaten verkündete, hob sie gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, sich auf die Integration der zweiten Generation zu konzentrieren. Lediglich der Einfluss des Elternhauses wurde als Hindernis zur Integration angesehen. Man müsse versuchen, die zweite Generation dem Einfluss ihrer Eltern zu entziehen, deren Integration gescheitert war, ließ die AAAA verlauten. Nur so könne die *francisation* der zweiten Generation gelingen<sup>143</sup>. Dass sie die *francisation* als Ziel der Integrationspolitik ansahen, verdeutlicht, dass die ehemaligen SAS-Offiziere Integration mit Assimilation gleichsetzten. Eine Anerkennung der kulturellen Besonderheiten der muslimischen Hilfssoldaten wurde nicht in Erwägung gezogen, wurde doch ihre Kultur als rückstän-

140 Ibid.

141 Ibid.

142 AAAA. Bulletin de liaison, 1964, AN: vers. 20120054/95.

143 Ibid.



dig betrachtet. Da die Assimilation der ersten Generation nicht gelungen war, gedachte man nun die zweite Generation dem kulturellen Einfluss der Eltern zu entziehen, um deren Assimilation zu gewährleisten.

Im Kontext der *francisation* der zweiten Generation reflektierten die Verantwortlichen der AAAA die Frage, inwiefern der muslimische Glaube der Assimilation im Wege stehe. Man lud 1965 auf eine Sitzung der Organisation den Priester Maurice Avril ein, der über die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Evangelisierung der Muslime in Frankreich referierte. Avril bezeichnete den Islam in seiner Rede als eine »*religion d'esclaves*«, die lediglich »*des êtres sans idéal, sans dignité humaine*« hervorbringen könne. Es sei die Aufgabe der christlich-westlichen Zivilisation, die Muslime aus dieser Sklaverei zu befreien. Er bedauerte, dass Missionierung während der Kolonialzeit per Gesetz verboten gewesen war, und wies darauf hin, dass nun in Frankreich einer Bekehrung der Muslime gesetzlich nichts im Wege stehe. Es stelle sich lediglich die Frage, ob eine Bekehrung der in Frankreich lebenden Muslime, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, sinnvoll sei oder nicht. Diese Frage sei mit einem klaren »Ja« zu beantworten. Man habe sie nach Frankreich gebracht und sie dort an den materiellen Vorteilen der christlich-westlichen Zivilisation teilhaben lassen. Damit müsste jedoch auch die geistige Teilhabe an dieser Zivilisation einhergehen. Mit folgenden Worten plädierte er für die Bekehrung der muslimischen Hilfssoldaten und deren Angehörigen: »*L'Église doit haïr et combattre l'islam, mais elle doit aimer et sauver les musulmans. Refuser leur conversion serait un péché contre l'esprit*«<sup>144</sup>.

Nicht alle Zuhörer teilten die Ansichten des Priesters, hieß es im Verbandsorgan der AAAA. Zwar habe jeder seine eigene Position zu diesem Thema, ein großes Interesse an den Gedanken Avrils habe jedoch jeder Einzelne gezeigt. Das liegt daran, dass Avril den Mitgliedern des Verbandes konkrete Ratschläge gab, wie die Christianisierung der Hilfssoldaten vonstatten gehen könne. Es bedürfe einer gezielten Aufklärungsarbeit, durch die der »*Musulman français*« selbst seinen Fehler erkennen und zum Christentum konvertieren solle. Man müsse ihn gezielt in die Lage versetzen, selbst wählen zu können. Dadurch ermögliche man ihm »*de défendre la vérité*«, anstatt ihn dazu zu verpflichten, »*de conserver son erreur*«. Diese Aufklärungsarbeit sollten Avril zufolge die ehemaligen SAS-Offiziere leisten, die noch immer die Aufgabe der »*tutelle sociale*« über die ehemaligen Hilfssoldaten hatten, was er mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte: »*Ils bénéficient d'une structure paroissiale dans laquelle les chrétiens fervents fournissent une garantie de parrainage suffisante pour justifier et étayer les adhésions personnelles*«<sup>145</sup>. Die ehe-

144 AAAA. Bulletin de liaison, 1965, *ibid.*

145 *Ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

maligen SAS-Offiziere müssten eine »veritable campagne« starten, um den ehemaligen Hilfssoldaten das Christentum nahezubringen. Folgende Schritte seien dafür notwendig: »Il faut en particulier favoriser les réalisations spirituelles, accepter le baptême des bébés, admettre les jeunes au catéchisme, patronages, scouts, colonies [...], se préoccuper des parents, les faire participer aux activités de l'action catholique, faire des paraliturgies, des réunions, etc.«<sup>146</sup> Avril legte den ehemaligen SAS-Offizieren nahe, ihren Einfluss auf die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien zu nutzen, um diese von ihrer als rückständig bezeichneten Religion zu entfernen und zum Christentum zu führen. Dies sah der Priester als wichtigen Schritt zur Assimilation dieser französischen Staatsbürger an.

Die ehemaligen SAS-Offiziere setzten die Ratschläge Avrils nicht in vollem Maße in die Tat um. Sie starteten keine Kampagne zur Bekehrung der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Wie bereits aus der Informationsbroschüre hervorging, die die AAAA 1962 kurz nach der Ankunft der ersten ehemaligen Hilfssoldaten herausgegeben hatte, vertraten jedoch viele von ihnen die Ansicht, eine Distanzierung vom muslimischen Glauben stelle gleichzeitig einen großen Schritt in Richtung Integration dar. In diesem Sinne begrüßten und förderten sie Maßnahmen, die die Bedeutung des Islams für die ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere für deren Söhne und Töchter reduzierten. Beispielhaft hierfür kann die Position des CNMF zur Namensgebung herangezogen werden. Es waren Fälle aufgetreten, in denen sich die zuständigen Behörden geweigert hatten, muslimische Vornamen bei Kindern ehemaliger Hilfssoldaten zu akzeptieren. Der Generalsekretär des Comité Parodi, Oberst Paul Schoen, bezog 1965 in einem Rundschreiben Stellung zu dieser Problematik. Im Interesse der Kinder selbst sei es angebracht, »de conseiller discrètement à leurs parents de leur donner un prénom islamique et un prénom français«. Die Verwaltung habe jedoch auch muslimische Namen zu akzeptieren<sup>147</sup>. Es gab durchaus Verständnis dafür, dass sich die Eltern mit der Namensgebung zu ihrem muslimischen Glauben bekennen wollten. Dennoch sollten sie dazu gebracht werden, ihren Kindern zumindest nicht nur einen muslimischen Vornamen zu geben, da ein französischer Vorname ihnen die Integration in die französische Gesellschaft erleichtern würde. Muslimische Namen sah man als Hindernis auf dem Weg zur Assimilation.

Über die Namensgebung hinaus nutzten die beiden Verbände der ehemaligen SAS-Offiziere auf verschiedene Art und Weise ihren Einfluss auf die Erziehung der zweiten Generation, um deren muslimischen Glauben in den Hinter-

<sup>146</sup> Ibid.

<sup>147</sup> CNMF. Choix des prénoms des nouveaux nés musulmans, 21.9.1965, AN: vers. 19920149/5.

grund zu drängen und sie stattdessen an den christlichen Glauben heranzuführen. So war das Comité Parodi an der Organisation der Weihnachtsfeiern in den Lagern, Walddörfern und den Sonacotra-Siedlungen beteiligt<sup>148</sup>. Die Mitglieder des Verbands diskutierten auch die Rolle der Ehe auf dem Weg zur Integration. Bis 1968 waren bereits einzelne Fälle aufgetreten, in denen die ehemaligen Hilfssoldaten versuchten hatten, ihre Töchter nach Algerien zu verheiraten. Aus der Sorge heraus, solche Fälle könnten sich häufen, diskutierte man die Frage, wie mit dieser Problematik umgegangen werden solle. Man einigte sich darauf, gegebenenfalls das Konsulat in Algerien zu kontaktieren und den Eltern die Aufsichtspflicht zu entziehen<sup>149</sup>. Es wurde mit diesem vehementen Vorgehen verdeutlicht, dass im Widerspruch zu den Gesetzen der Französischen Republik stehende Praktiken nicht toleriert wurden. Da die Freiheitsrechte der Mädchen durch Zwangsehen eingeschränkt wurden, sollten sie unter allen Umständen verhindert werden. Man stand jedoch auch freiwilligen Verbindungen zwischen Muslimen kritisch gegenüber. Vertreter der AAAA sprachen sich dafür aus, Ehen zwischen Töchtern und Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und jungen Franzosen und Französisinnen zu begünstigen. Sie bezeichneten die Mischehen als beste Form der Integration. Auf diesem Weg vollziehe sich die *francisation*, wie sie sich vollziehen solle<sup>150</sup>.

Die Vertreter der AAAA nutzten die Überlegungen zur Mischehe, um die Notwendigkeit der *francisation* zu unterstreichen. Für die ehemaligen SAS-Offiziere war Assimilation der einzige Weg zur Integration dieser muslimischen Bevölkerung in die französische Gesellschaft. Sie sahen es als ihre Aufgabe an, das Entstehen einer Gruppe zu verhindern, die in der Französischen Republik durch ihre als rückständig angesehene Kultur und Religion erkennbar sein könnte. Da sie die kulturellen Differenzen der ehemaligen Hilfssoldaten als zu groß betrachteten, wichen sie vom traditionellen Weg zur Assimilation ab und setzten zunächst auf eine soziale Kontrolle der muslimischen Hilfssoldaten, um diese an das Leben in Frankreich zu gewöhnen. Aus dieser zunächst nur als vorübergehend angesehenen Lösung war eine Dauerlösung geworden. Während man die erste Generation als nicht assimilierbar ansah und sie dauerhaft unter Aufsicht zu stellen gedachte, sollte sich die zweite Generation auf dem traditionellen universalistischen Weg assimilieren. Sie sollten ihre arabisch-muslimische Identität ablegen und eine erfolgreiche *francisation* vollziehen.

Die 1971 im Auftrag der Regierung von Servier durchgeführte Studie zur Situation der muslimischen Repatriierten ging auf eine Initiative des CNMF zurück, der auch den Studienleiter bestimmte und sich zudem vertraglich die

148 CNMF. Séance du 24 janvier 1968, AN: vers. 20120054/1.

149 CNMF. Assemblée générale du 3 avril 1968, *ibid.*

150 AAAA. Bulletin de liaison, 1964, AN: vers. 20120054/95.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Exklusivrechte für die Publikation der Ergebnisse sicherte. Vertraglich definierten Servier und das CNMF als Ziel der Studie, »d'étudier la situation des Français musulmans sous tous les aspects d'insertion, économique, social, politique, humain, scolaire et culturel«<sup>151</sup>. Die Erfolge der Integrationsarbeit der letzten Jahre, an der das CNMF wesentlich beteiligt gewesen war, sollten auf diesem Weg wissenschaftlich untersucht werden. Das CNMF gab zu dem Zeitpunkt die Studie in Auftrag, als der Verband den Schwerpunkt seiner Integrationsarbeit auf die zweite Generation verschoben hatte und sich fragte, wie er dabei am besten vorgehen sollte. Somit bekam Servier auch explizit den Auftrag, »les motivations et les tendances profondes à l'origine des tensions ou des espoirs qui agitent les Français musulmans, notamment les jeunes, adolescents et jeunes adultes, nés en France après l'option de nationalité de leurs parents« auszumachen<sup>152</sup>. Die Studie sollte helfen zu verstehen, was die Jugend bewegte, um besser auf aufkommende Spannungen in der zweiten Generation reagieren zu können.

Mit Servier hatte das CNMF für die Studie keinen Unbekannten ausgewählt. Servier war selbst in Algerien geboren und hatte seine wissenschaftliche Laufbahn als Ethnologe an der Universität von Algier begonnen. Er hatte sich auf die Erforschung der in der Kabylei lebenden Berber konzentriert und dementsprechend viel Zeit dort verbracht. Seine Expertise stellte Servier nach dem Ausbruch des Algerienkriegs dem Militär in Algerien zur Verfügung. Im Jahr 1955 berichtete er in seiner autobiographischen Veröffentlichung »Dans l'Aurès sur les pas des rebelles«, wie er sich sein Wissen über die Stammeskonflikte unter den Berbern zu Nutze machte, um den ersten muslimischen GAD zu organisieren<sup>153</sup>. Er trat in der Folgezeit immer wieder als militärischer Berater auf, wurde 1956 offiziell der *direction des affaires politiques du gouvernement général de l'Algérie* zugeordnet, nach einigen Misserfolgen 1958 jedoch wieder nach Paris zurückberufen<sup>154</sup>. Seine wissenschaftlichen Kompetenzen sind nicht unumstritten. MacMaster vertritt die Ansicht, Servier habe ein Bild der Berber als noble Wilde gezeichnet, das an das Bild des »guten Wilden« Jean-Jacques Rousseaus erinnere<sup>155</sup>. Seine Recherchen gelten als ahistorisch, da er die antike Welt als Schablone auf die zeitgenössische algerische Gesellschaft legte und

<sup>151</sup> Contrat de fourniture de travaux dans le domaine de la recherche et de l'analyse des questions sociales dans le milieu des Français musulmans, ohne Datum, AN: vers. 20120054/86.

<sup>152</sup> Ibid.

<sup>153</sup> Jean SERVIER, *Dans l'Aurès sur les pas des rebelles*, Paris 1955.

<sup>154</sup> Fabien SACRISTE, Germaine Tillon, Jacques Berque, Jean Servier et Pierre Bourdieu. *Des ethnologues dans la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2011, S. 215–259.

<sup>155</sup> MACMASTER, *L'idéologie des officiers*, S. 39.

gesellschaftlichen Wandel nicht berücksichtigte<sup>156</sup>. Dass vonseiten des CNMF mit Servier ausgerechnet ein Wissenschaftler ausgewählt wurde, der nicht nur selbst in Algerien aufgewachsen war, sondern zudem bereits während des Krieges mit den muslimischen Hilfssoldaten in Kontakt gekommen war, zeigt, in welchem Maße die Verantwortlichen ihrem kolonialen Blick auf die einstigen Hilfssoldaten verfangen blieben und versuchten, ihre Erfahrungen als SAS-Offiziere auf die Integration der Hilfssoldaten in Frankreich zu übertragen.

Die Studie brachte nicht wie erhofft die Leistungen in der Integrationsarbeit zum Vorschein, sondern die Verantwortlichen sahen sich vollkommen unvorbereitet mit Kritik an ihrer Arbeit konfrontiert<sup>157</sup> und ignorierten sie. Man las die Studie als Bestätigung des in der Integrationspolitik eingeschlagenen Wegs. Auf der Generalversammlung des CNMF hielt man fest, die Ergebnisse zeigten, dass noch immer eine hohe Anzahl »musulmans français« in Frankreich lebten, die aus dem ländlichen Raum stammten, nur schlecht die französische Sprache beherrschten und deshalb nur niedere Arbeiten durchführen könnten. Diese »musulmans français« seien »désorientés«, »déracinés« und aus diesem Grund auf eine »assistance particulière« angewiesen<sup>158</sup>. Gemäß der von Servier verbreiteten Vorstellung der agrarisch geprägten, in der modernen Gesellschaft nicht überlebensfähigen Berber deuteten die ehemaligen SAS-Offiziere die Ergebnisse der Studie als Bestätigung der Hilfsbedürftigkeit der ehemaligen Hilfssoldaten und somit als Bestätigung der Integrationsarbeit des CNMF und seiner Partner. Gerade die von ihnen initiierten Walddörfer sowie die Lager würden dieser Hilfsbedürftigkeit gerecht, hieß es auf der Generalversammlung<sup>159</sup>. Die Studie zog somit keinen Richtungswechsel in der betriebenen Integrationsarbeit nach sich. Die ehemaligen SAS-Offiziere sahen sich vielmehr in der These der Nichtassimilierbarkeit der ehemaligen Hilfssoldaten bestätigt und hielten an der Notwendigkeit der sozialen Unterstützung und Kontrolle fest.

In Bezug auf die bei den Jugendlichen ausgemachten Spannungen glaubte man sowohl die Ursache als auch eine adäquate Lösung gefunden zu haben. Diese Spannungen seien auf eine Vernachlässigung vonseiten der Eltern zurückzuführen, die weder ihrer Aufsichtspflicht noch ihrem Bildungsauftrag nachkämen, war auf der Generalversammlung im April zu hören. Durch eine von Sozialarbeitern durchgeführte und die schulische Bildung ergänzende »formation humaine et socioculturelle« sollte dem entgegengetreten werden. Eine

<sup>156</sup> Jacques CANTIER, *Les Berbères dans l'œuvre de l'ethnologue Jean Servier*, in: *Cahier d'histoire immédiate* 34 (2008), S. 251–266.

<sup>157</sup> Vgl. hierzu [Kap. 3.1](#).

<sup>158</sup> CNMF. *Assemblée générale*, 10.5.1973, AN: vers. 20120054/3.

<sup>159</sup> *Ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

verstärkte soziale Kontrolle galt als richtige Lösung, um aus ihnen »citoyens pleinement responsables« zu machen<sup>160</sup>. Diese Interpretation der von Servier vorgelegten Ergebnisse überdeckte die Tatsache, dass sich die zweite Generation gegen die strenge Kontrolle in den Lagern und Walddörfern wehrte. Aus diesem Grund wurden die Verantwortlichen im CNMF von den im Mai 1975 in den Lagern ausbrechenden Aufständen augenscheinlich überrascht. Diese verdeutlichten, dass die Aufständischen nicht nur die Regierung für ihre gescheiterte Integration verantwortlich machten. Die Vorwürfe richteten sich explizit auch gegen das CNMF. Oberst Jean Deluc, einer der Verantwortlichen des CNMF, wurde für mehrere Stunden als Geisel in den Räumlichkeiten des Verbandes festgehalten<sup>161</sup>. Die Aufständischen warfen den ehemaligen SAS-Offizieren vor, sie in den Walddörfern und Lagern segregiert und entmündigt zu haben<sup>162</sup>.

Die Beschuldigten setzten sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr. Sie wiesen zum einen darauf hin, wie wichtig ihre Arbeit der sozialen Unterstützung der ehemaligen Hilfssoldaten sei. Zum anderen betonten sie, dass die Aufstände lediglich von einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe initiiert worden seien. Die Mehrheit der muslimischen Repatriierten, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, die vom CNMF und dessen Partnerorganisationen betreut würden, hätte sich nicht daran beteiligt und schenkten dem CNMF auch weiterhin ihr Vertrauen, hielt man rückblickend in der Generalversammlung des Komitees fest. Für diese Mehrheit lohne sich die gemeinsam unternommene Anstrengung, sie in die »communauté nationale« zu integrieren<sup>163</sup>. Da sich in erster Linie die zweite Generation an den Aufständen beteiligt hatte, fühlten sich die Zuständigen in ihrem Ansatz bestätigt, sich in ihrer Arbeit auf sie zu konzentrieren. Während die Aufständischen den Verantwortlichen der Integrationsarbeit vorwarfen, sie durch die in den Lagern und Walddörfern vorherrschende Bevormundung nicht auf das Leben in Frankreich vorbereitet zu haben, hielt man im CNMF an der Idee fest, die Integrationsschwierigkeiten der zweiten Generation lägen am Einfluss ihrer Eltern, die nicht in der Lage seien, sich an den westlichen Lebensstil anzupassen. Wie bereits zehn Jahre zuvor fasste man den Plan, diesen Einfluss weiter zurückzudrängen. Durch vermehrte Bildungsarbeit und sportliche Aktivitäten sollten die Eltern für die zweite Generation weiter an Bedeutung verlieren<sup>164</sup>. Das CNMF verfolgte dementspre-

<sup>160</sup> CNMF. Assemblée générale, 29.4.1975, *ibid.*

<sup>161</sup> PIERRET, *Les révoltes*, S. 142.

<sup>162</sup> Vgl. hierzu Kap. 3.6 und 3.7.

<sup>163</sup> CNMF. Assemblée générale, 3.6.1976, AN: vers. 20120054/3.

<sup>164</sup> *Ibid.*

chend auch in der Arbeit mit der zweiten Generation nach den Aufständen den Weg weiter, den es bereits eingeschlagen hatte, ohne das Konzept grundlegend zu verändern.

Obleich sie intern zu dem Schluss kamen, in der Integrationsarbeit stets richtig gehandelt zu haben, sahen sich verschiedene Akteure des AAAA und des Comité Parodi gezwungen, die Arbeit der letzten Jahre nach außen zu verteidigen. Nachdem Oberst Deluc für einige Stunden von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten in seinem Büro festgehalten worden war, äußerte er sich anschließend gegenüber Journalisten der Tageszeitung »France-Soir« zu den Vorwürfen. Er räumte ein, dass durch die Lager und Walddörfer eine Segregation entstehe und sie aus diesem Grund keine ideale Lösung darstellten. Gleichzeitig betonte er jedoch deren Notwendigkeit. Diejenigen, die noch in den Lagern und Walddörfern lebten, benötigten medizinische und soziale Unterstützung. Auch in Verwaltungsangelegenheiten seien sie auf fremde Hilfe angewiesen. Er sah den Grund für die Angriffe der zweiten Generation in deren eigenem Scheitern, für das sie Verantwortliche suchten, und sprach von den jungen Männern zwischen »oisiveté et violence«. Zudem legte er Wert darauf, zu betonen, dass die Bewohner der Lager freiwillig dort lebten. Immer wieder seien Versuche unternommen worden, sie zu einem eigenständigen Leben zu motivieren, jedoch ohne großen Erfolg. Auch hierfür wusste Deluc eine Erklärung anzubieten. Zum einen würde ihnen die Möglichkeit, sich selbständig ein Leben aufzubauen, durch eine hohe Reproduktionsrate erschwert. Zum anderen sei dies auf den »irrésistible instinct grégaire islamique« zurückzuführen<sup>165</sup>. Seiner Meinung nach benötigten also die muslimischen Repatriierten aufgrund eines religiös begründeten »Herdentriebs« jemanden, der ihnen den Weg zeige. Mit dieser Verteidigungsstrategie offenbarte er, wie sehr er der Gruppe der Hilfssoldaten verabsolutierte Eigenschaften zuschrieb, um damit eine Integrationspolitik zu rechtfertigen, die den Weg der Gleichberechtigung verließ.

Die ehemaligen SAS-Offiziere hatten zu Beginn der 1970er Jahre die Lage der muslimischen Repatriierten insofern richtig eingeschätzt, als sie Spannungen unter den isorliert lebenden Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten ausgemacht hatten. Unter anderem um die Ursachen für diese Spannungen zu finden und darauf reagieren zu können, hatten sie Servier beauftragt, seine Studie durchzuführen. Sie zeigten jedoch keine Bereitschaft, die Ergebnisse als Kritik an der eigenen Integrationsarbeit zu lesen. Stattdessen interpretierte das CNMF die Ergebnisse als eine Bestätigung des Wegs, den es bis jetzt eingeschlagen hatte. Geprägt vom Bild einer archaischen muslimischen Gesellschaft, das unter anderem auf den von Servier zu Kolonialzeiten durchgeführten Studien zu den

<sup>165</sup> Les camps de harkis: une honte pour les uns, la moins mauvaise solution pour les autres, in: France-Soir, 20.6.1975.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Berbern Algeriens basierte, gingen die CNMF-Mitglieder weiter von zu großer kultureller Fremdheit der ehemaligen Hilfssoldaten aus und begründeten damit das Abweichen vom republikanischen Weg der Assimilation. Sie setzten auf soziale Kontrolle und militärischen Zwang, um die Hilfssoldaten von ihrer Kultur zu entfernen. Es waren koloniale Sichtweisen, die diesen Weg begründeten. Die ehemaligen SAS-Offiziere sahen es als ihre Aufgabe an, die in Algerien begonnene Zivilisierungsmission über die Unabhängigkeit hinaus fortzusetzen. Es waren jedoch auch praktische Gründe, die sie an dem Konzept der dauerhaften Kontrolle festhalten ließen: Sie verschaffte demobilisierten SAS-Offizieren eine Beschäftigung.

Im Umgang mit der zweiten Generation hatten die ehemaligen SAS-Offiziere Ende der 1960er Jahre erklärt, diese auf dem traditionellen Weg assimilieren zu wollen. Dabei gaben sie deutlich die *francisation* als Ziel an, was auch eine kulturelle Assimilation beinhaltete. Um diese zu gewährleisten, wichen sie jedoch erneut von dem universalistischen Weg der Assimilation ab und setzten auf Druck und Zwang. Sie gedachten den Einfluss der als nicht assimilierbar kategorisierten Eltern zurückzudrängen, um selbst die soziale Kontrolle über die zweite Generation zu übernehmen. Dabei nahmen sie nicht wahr, wie sich die zweite Generation gegen diese soziale Kontrolle sträubte, weshalb sie von den Aufständen überrascht wurden. Obwohl deutlich Kritik an dem paternalistischen Integrationsansatz geäußert wurde, änderten die ehemaligen SAS-Offiziere ihre Integrationsarbeit nicht. Stattdessen bemühten sie sich, die Aufstände einzelnen Agitatoren und Integrationsverlierern zuzuschreiben, und wiederholten die Kritik an der »muslimischen Persönlichkeit«. Dabei weiteten sie nun diese Kritik auch auf die zweite Generation aus, bei der sie zuvor auf eine Assimilation gemäß des Universalismus gesetzt hatten. Sie kritisierten, auch diese sei nicht bereit, Eigenverantwortung zu zeigen. Mit aller Kraft hielten sie am Bild der rückständigen muslimischen Bevölkerung fest und begründeten damit eine paternalistische Integrationspolitik, obwohl man so selbst vom universalistischen Weg der Assimilation abwich.

Die Verbände konnten dennoch nicht verhindern, dass sich durch die Schließung der Lager und Walddörfer ihr Aufgabenbereich langfristig änderte. 1979 löste der Bankier André Wormser den langjährigen CNMF-Präsidenten Alexandre Parodi ab. Wormser sollte den Verband bis zu dessen endgültiger Auflösung im Jahr 2006 prägen. Seinen persönlichen Ansichten, aber auch der veränderten Situation war geschuldet, dass sich innerhalb des Verbandes ein anderer Blick auf die Integrationsarbeit durchzusetzen schien. Mit dem Beschluss, Walddörfer und Lager zu schließen, kam dem Verband zunächst die Aufgabe zu, sie abzuwickeln und die Umsiedlung der verbleibenden Bewohner



zu betreuen<sup>166</sup>. Als diese Aufgabe abgeschlossen war, verlor der Verband zunehmend an Bedeutung. Das CNMF beklagte 1986, dass es für die Verbände, die sich für die Integration der muslimischen Repatriierten einsetzten, immer schwieriger werde, die zur Fortsetzung ihrer Arbeit benötigten Subventionen zu erhalten<sup>167</sup>. Der Verband bemühte sich dennoch, weiterhin seinen Einfluss auf die Integration der muslimischen Repatriierten geltend zu machen, und passte seine Integrationsarbeit unter der Führung Wormsers der neuen Situation an. Als 1991 erneut Vertreter der zweiten Generation durch Aufstände auf ihre Situation aufmerksam machten, nutzte Wormser die Gelegenheit, um die Arbeit der letzten Jahre zu resümieren und zugleich zu verdeutlichen, dass der Verband auch weiterhin benötigt werde<sup>168</sup>. Er habe seine Aufgabe, für die Bewohner der Lager und der Walddörfer Unterkünfte zu finden und diese auf dem Weg in das neue Leben zu begleiten, erledigt. Die Integrationsarbeit sei jedoch nicht abgeschlossen. Wenngleich die großen politischen Probleme gelöst seien, stünden noch immer ernste wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Probleme der Integration der muslimischen Repatriierten im Weg<sup>169</sup>. Wormser identifizierte als Präsident zwei Problemfelder, die es zu bewältigen gelte. In Bezug auf die 1980er Jahre benannte er die hohe Arbeitslosigkeit der zweiten und zunehmend auch der dritten Generation als Problemfeld<sup>170</sup>. Mit dem Ende der 1980er Jahre machte er dann die wachsende Furcht vor dem Islamismus und das damit verbundene zunehmende Misstrauen der französischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber der muslimischen Bevölkerung zusätzlich als Integrationshindernis aus<sup>171</sup>.

Nach der Auflösung der Walddörfer und Lager ließen sich zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten mit ihren Familien in deren Nähe nieder. Deren Schließung stellte somit keinen radikalen Bruch dar, denn die einstigen Bewohner führten nun zwar ein selbstbestimmtes Leben, sie waren jedoch nicht in die

<sup>166</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, Paris, ohne Datum [wahrscheinlich 1991, Islamismus wird erwähnt, der vor allem 1991 durch Golfkrieg und Terror in Algerien virulent wird], AN: vers. 20120054/107.

<sup>167</sup> CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

<sup>168</sup> Vgl. zu den Aufständen [Kap. 3.6](#) und [3.7](#).

<sup>169</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, Paris, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>170</sup> Vgl. hierzu das Memorandum, das die Verantwortlichen des CNMF vor den Wahlen 1986 an verschiedene Abgeordnete der Nationalversammlung und an Senatoren versandten: CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

<sup>171</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

französische Gesellschaft integriert. Die Generation, die Mitte der 1970er Jahre rebelliert hatte, war nun erwachsen, jedoch in großen Teilen noch immer von Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen. Wormser räumte anlässlich der Aufstände 1991 ein, dass all die Bildungsprogramme, die von staatlicher Seite oder durch das Komitee und seine Partner initiiert worden waren, keine Erfolge gezeitigt hätten<sup>172</sup>. Noch immer könne man von einer mangelnden Integration vieler muslimischer Repatriierter sprechen. Viele ehemalige Hilfskräfte hatten die Lager und Walddörfer in Richtung der HLM der Vorstädte verlassen, wo bereits zuvor zahlreiche Hilfssoldaten in den Wohnungen der Sonacotra untergekommen waren. Wormser sah, dass die Bevölkerung dort die Probleme der maghrebinischen Arbeitsmigranten und deren Nachkommen teilten<sup>173</sup>.

Wormser beobachtete die Annäherung zwischen den Nachkommen der Hilfssoldaten und der algerischen Migranten nicht nur auf sozialer Ebene, sondern auch auf staatsrechtlicher. Explizit begrüßte er die Anwendung des *ius soli* für die zweite Generation der algerischen Migranten<sup>174</sup>. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass die ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur durch das *ius soli*, sondern auch durch das *ius sanguinis* französische Staatsbürger seien. Er bezeichnete sie als »doublement citoyens français«. Nicht nur ihre Entscheidung für die französische Staatsbürgerschaft 1962 habe sie zu Bürgern der Französischen Republik gemacht, sondern vor allem das Blut, das sie für Frankreich vergossen hätten<sup>175</sup>. Mit diesen Worten verwies er auf die besondere Situation der ehemaligen Hilfssoldaten selbst, die sich ihm zufolge für Frankreich entschieden hätten und aus diesem Grund nicht mit den Algeriern gleichzusetzen seien, die als Arbeitsmigranten nach Frankreich gekommen waren.

Trotz dieser Differenzierung unterschied Wormser in den 1980er Jahren in seiner Integrationsarbeit nicht grundsätzlich zwischen den Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten und denjenigen der Arbeitsmigranten. Er verlegte den Schwerpunkt der Integrationsarbeit in die hauptsächlich von einer Bevölkerung maghrebinischen Hintergrunds bewohnten Vorstädte. Dort setzte er sich für die Schaffung adäquaten Wohnraums ein. Vor den Wahlen 1986 begrüßte er den Vorschlag der Regierung, die Wohnungen in den Vorstädten großflächig zu renovieren, hielt jedoch fest, dies sei nur ein erster Schritt zur

<sup>172</sup> Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

<sup>173</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>174</sup> Ibid.

<sup>175</sup> CNMF. Communiqué, 23.9.1991, AN: vers. 20120054/107.

Integration der dortigen Bevölkerung<sup>176</sup>. In besonderem Maße setzte das CNMF unter der Führung Wormsers auf die Bildung der zweiten und dritten Generation. Anfang der 1980er Jahre bot das Komitee in den Vorstädten der südfranzösischen Stadt Toulouse Nachhilfeunterricht für Jugendliche an. Mit diesem Nachhilfeunterricht plante man der staatlichen Bildungspolitik entgegenzuwirken, der Wormser vorwarf, die Schüler mit maghrebinischem Hintergrund zu vernachlässigen. Dem universalistischen Ideal gemäß setzte Wormser darauf, allen Schülern die gleiche Bildung zukommen zu lassen und somit Chancengleichheit zu schaffen. In den Vierteln mit einer mehrheitlich aus dem Maghreb stammenden Bevölkerung nehme jedoch der Staat ein Bildungsversagen zu leicht hin, da man die Jugendlichen als zukünftiges Proletariat ansehe<sup>177</sup>. Wormser plädierte dafür, gerade diese Jugendlichen zu motivieren und zu fördern. Man müsse sie mit positiven Vorbildern, mit Erfolgsgeschichten konfrontieren, um sie so zu einem höheren Bildungsabschluss zu motivieren<sup>178</sup>. Um dieses Ziel zu erreichen, forderte er eine spezielle Förderung der Jugendlichen in den benachteiligten Vororten und setzte sich nach den Aufständen von 1991 dafür ein, das in Toulouse gestartete Programm auch auf andere Städte auszuweiten<sup>179</sup>. Er wich mit diesem Programm teilweise vom Ideal des Universalismus ab, indem er sich für eine spezielle Förderung für Jugendliche maghrebini-scher Herkunft einsetzte. Dies begründete er jedoch damit, dass in Frankreich de facto keine Chancengleichheit gegeben sei. Eine spezielle Förderung erachtete er daher als notwendig, um die soziale Benachteiligung der Jugendlichen maghrebini-schen Hintergrunds auszugleichen und ihnen so eine Integration gemäß dem universalistischen Ideal zu ermöglichen.

Mit der Begründung, die muslimischen Repatriierten seien bei ihrer Ankunft in Frankreich in besonderem Maße benachteiligt worden, forderte Wormser 1991, diese auch gegenüber den muslimischen Migranten und deren Nachkommen in einigen Punkten zu bevorzugen. Trotz seiner Abneigung gegenüber jeglicher Form von Ungleichbehandlung beklagte er, dass die muslimischen Repatriierten von Betrieben nicht bevorzugt eingestellt würden<sup>180</sup>. Auch von den Behörden forderte Wormser eine bevorzugte Behandlung ausschließlich der muslimischen Repatriierten, nicht der gesamten muslimischen

<sup>176</sup> CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

<sup>177</sup> Ibid.

<sup>178</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>179</sup> Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, AN: vers. 20120054/107.

<sup>180</sup> Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gemeinde in Frankreich. Selbst im Vergleich zu den Arbeitsmigranten seien die muslimischen Repatriierten nach ihrer Ankunft mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert gewesen, begründete Wormser seine Forderung. Ihr Empfang sei vor allem aufgrund der »hostilité des autorités gouvernementales« besonders schwierig gewesen. Von dem feindlichen Empfang in Frankreich habe sich diese Gruppe nie erholt, zumal sich alle bis dato vorgelegten Spezialprogramme als ineffizient erwiesen hätten<sup>181</sup>. Wormser nutzte die Aufstände von 1991, um an seine Forderung nach Spezialprogrammen zu erinnern. Solche speziell auf die Bedürfnisse der muslimischen Repatriierten, insbesondere auf die Nachkommen der Hilfssoldaten, zugeschnittene Förderprogramme stellten ihm zufolge keine Bevorzugung dar, sondern seien die Reaktion auf eine Benachteiligung und eine noch immer andauernde Indifferenz der Behörden<sup>182</sup>.

Ausschließlich die deutlich auszumachende Benachteiligung rechtfertigte Wormser zufolge das Abweichen vom Gleichheitsprinzip zugunsten einer positiven Diskriminierung. Er wiederholte vermehrt, dass er am Ideal der universalistischen Nation festhielt. In einem Rundschreiben betonte er, Minderheiten hätten »le droit à l'indifférence au lieu du droit à la différence«<sup>183</sup>. Mit diesen Worten bezog Wormser Stellung zu der Frage, inwiefern der muslimische Glaube der französischen Staatsbürger nordafrikanischen Hintergrunds ein Problem für deren Integration darstellen könne. Er vertrat die Ansicht, dass sich der Islam seit dem Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre zu einem entscheidenden Distinktionsmerkmal entwickelt habe. Er schrieb jedoch die Verantwortung dafür nicht der muslimischen Gemeinde in Frankreich, sondern der französischen Mehrheitsgesellschaft zu. Wormser betonte den Integrationswillen der muslimischen Franzosen. Er zog in einem Rundschreiben im Sommer 1991 die Reaktionen der Muslime mit französischer Staatsbürgerschaft auf den Golfkrieg als Beleg für diese These heran. Die muslimische Gemeinde in Frankreich könnte diesen Krieg als Kreuzzug gegen die arabische Welt und gegen den Islam interpretieren. Es sei jedoch nichts dergleichen zu bemerken. Die Muslime in Frankreich blieben ruhig und verhielten sich wie »Français soucieux de respecter l'ordre public«. Dies sei umso beachtenswerter, da sie durch die Berichterstattung ständig im Fokus der Öffentlichkeit stünden und es

<sup>181</sup> CNMF. Memorandum sur la situation des Français musulmans d'origine algérienne ayant fait option de la nationalité en 1962, 20.2.1986, AN: vers. 20120054/90.

<sup>182</sup> Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, AN: vers. 20120054/107.

<sup>183</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

für sie selbst schwierig sei, unter diesem Druck eine eigene Position zu beziehen<sup>184</sup>.

Wormser meinte, unter den muslimischen Bürgern Frankreichs eine Tendenz zur Akkulturation zu beobachten<sup>185</sup>. In der Migrationsforschung bezeichnet der Begriff Akkulturation aus einem Kulturkontakt resultierende Prozesse. John Berry unterscheidet zwischen verschiedenen Strategien der Akkulturation. Die Assimilation unter Aufgabe der eigenen Kultur ist hierbei nur ein möglicher Weg zur Akkulturation. Berry zeigt auch die Möglichkeit auf, die eigene Kultur beizubehalten und dennoch in Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft zu treten<sup>186</sup>. Aus Wormsers Ausführungen zum Thema Islam wird deutlich, dass er im Gegensatz zu seinen Vorgängern Akkulturation nicht mit Assimilation gleichsetzte, die auch eine kulturelle Angleichung implizierte. Er sah den Islamismus als Gefahr und als Hindernis für die Integration an, jedoch nicht einen moderat gelebten Islam. Vielmehr forderte er, dem Islam in der Republik einen Platz einzuräumen, und plädierte dafür, eine Organisation zur Vertretung der muslimischen Gemeinde in Frankreich zu schaffen, wie sie nicht nur für die katholische, sondern auch für die protestantische und jüdische Gemeinde vorhanden war. Eine solche Institution könne der muslimischen Gemeinde auf der politischen Bühne eine geschlossene, starke Stimme geben<sup>187</sup>. Jenseits der politischen Bühne und außerhalb des öffentlichen Bereiches sah Wormser jedoch entsprechend der republikanischen Tradition den Glauben als Privatangelegenheit an. Jedes einzelne Mitglied der muslimischen Gemeinde in Frankreich habe »avec sa sensibilité propre, son exact degré de croyance religieuse, son niveau – pour chacun différent – d'acculturation«<sup>188</sup>. Indem er für eine nationale Repräsentation der Muslime Frankreichs plädierte, wich Wormser auf den ersten Blick vom Prinzip der Assimilation ab. Dies begründete er jedoch damit, dass sowohl die christlichen als auch die jüdische Gemeinde über eine solche Repräsentation verfügten. Der muslimischen Gemeinde ebenso dieses Recht zu gewähren, entsprach für ihn dem Gleichheitsprinzip und der Religionsfreiheit. Für Wormser war insbesondere die Religionsfreiheit ein hohes Gut. Er hatte

<sup>184</sup> Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

<sup>185</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>186</sup> John W. BERRY u. a., Cross-Cultural Psychology. Research and Applications, Cambridge 1992, S. 280–284.

<sup>187</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>188</sup> Rundschreiben André Wormser nach den ersten Aufständen von 1991, Apr. 1991, AN: vers. 20120054/107.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

selbst als Franzose jüdischen Glaubens als Kind die deutsche Besatzung mit falscher Identität überlebt und sich danach stets zu seinem Glauben bekannt. Unter anderem aus diesem Grund trat er offensiv für das Prinzip der Religionsfreiheit ein und verteidigte diese für die muslimische Gemeinde in gleichem Maße wie für die jüdische Gemeinde in Frankreich<sup>189</sup>.

Wormser sah weniger den muslimischen Glauben als Integrationshinderung an als die mangelnde Akzeptanz auf Seiten der französischen Mehrheitsgesellschaft. Durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit würden sie trotz aller Integrationsbemühungen aus der französischen Gesellschaft ausgeschlossen<sup>190</sup>. Wormser zufolge war es in besonderem Maße das Gefühl, nicht akzeptiert zu werden, dass 1991 zur Eskalation der Gewalt zwischen Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und Ordnungskräften geführt habe. Dieses Gefühl sei nicht als unbegründete Viktimisierung anzusehen, sondern resultiere aus den Erfahrungen der muslimischen Franzosen. Wormser vertrat die Meinung, der Rassismus innerhalb der französischen Gesellschaft nehme zu. In besonderem Maße sah er die aus dem Maghreb stammende muslimische Gemeinschaft als Opfer dieser Entwicklung an. In einem Rundschreiben ging er auf die Beleidigungen und Bedrohungen ein, mit denen sich die muslimische Bevölkerung tagtäglich konfrontiert sehe. Die Verantwortung hierfür schrieb er unter anderem explizit dem FN zu, der einen offenen Rassismus propagiere<sup>191</sup>. Wormser sah die französische Regierung in der Verantwortung, diesen Rassismus zu bekämpfen. Er beschränkte sich nicht darauf, den Rassismus gegenüber den muslimischen Repatriierten anzuklagen, sondern gegenüber der Gesamtheit der muslimischen Gemeinde Frankreichs. Dies ist zum einen mit seinem offenen Bekenntnis zum universalistischen Ideal zu begründen, dem jegliche Form von Rassismus entgegenstand. Er verwies jedoch auch explizit darauf, dass der Rassismus gegenüber den aus Nordafrika stammenden Muslimen immer auch die muslimischen Repatriierten treffe<sup>192</sup>. Ihm war bewusst, dass einer der Wesenszüge des Rassismus darin liegt, anhand scheinbarer gemeinsamer äußerer Merkmale Gruppen zu kreieren. Insofern konnte die Tatsache, dass die repatriierten Muslime während des Algerienkriegs die französische Seite unterstützt hatten, sie nicht vor Diskriminierung und offenem Rassismus schützen.

<sup>189</sup> Mohand HAMOUMOU, Gérard WORMSER, Hommage à André Wormser. Quelle mémoire, quels symboles, quelle transmission?, in: *Les Temps modernes* 666 (2011), S. 251–271, hier S. 261f.

<sup>190</sup> CNMF. Note sur les difficiles problèmes de l'intégration, ohne Datum, AN: vers. 20120054/107.

<sup>191</sup> Rundschreiben André Wormser zu den Aufständen von 1991, 26.7.1991, *ibid.*

<sup>192</sup> *Ibid.*

Hatte das CNMF die Aufstände der zweiten Generation Mitte der 1970er Jahre klar verurteilt, nicht zuletzt da sich diese auch gegen die Arbeit ihrer eigenen Mitglieder gewandt hatten, betonte Wormser in seinen Rundschreiben und in Pressemitteilungen zu den Unruhen von 1991, dass er die Beweggründe der Jugendlichen verstehen könne, wenngleich er die Wahl ihrer Mittel verurteilte. So schrieb er im Juli 1991, dass er mit Besorgnis das Wiederaufflammen der Unruhen beobachte. Dass man jedoch an diesem Punkt angelangt sei, sei mit der Vernachlässigung der »justes revendications« der zweiten Generation zu begründen sowie mit der Anwendung von »toutes les forces possibles d'abandon et de discrimination« ihnen gegenüber. Er appellierte an die Jugendlichen, die Aufstände zu beenden. Es müsse wieder Ruhe einkehren und die Justiz müsse die Möglichkeit bekommen, über diejenigen, die während der Unruhen zu weit gegangen seien, zu richten<sup>193</sup>. Er bekannte sich damit klar und deutlich zur Einhaltung der Gesetze der Französischen Republik, erklärte jedoch, dass die muslimischen Repatriierten und deren Nachkommen in der großen Mehrheit dieses Bekenntnis teilten. Er betonte hierzu immer wieder die Integrationserfolge. Trotz der Verachtung, die ihnen vonseiten ihrer »compatriotes« entgegenschlage, hätten die meisten der »musulmans français« ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und somit ihren Familien und sich selbst »une vie décente« ermöglicht<sup>194</sup>.

Wormser wich in seiner Rhetorik in allen Punkten von den Leitlinien ab, die die ehemaligen SAS-Offiziere, auch er selbst, nach 1962 in der Integrationsarbeit aufgestellt hatten. Er unterstellte der muslimischen Bevölkerung keine archaische Kultur und eine mit dieser Kultur und dem Islam begründete Unfähigkeit zur Eigeninitiative und verfolgte keinen paternalistischen Ansatz in seiner Integrationsarbeit, sondern verwehrte sich gegen jeglichen Paternalismus. Er betonte immer wieder sein Bekenntnis zum Universalismus, plädierte jedoch zugleich für eine positive Diskriminierung der benachteiligten Bevölkerung maghrebinischen Ursprungs im Allgemeinen sowie der muslimischen Repatriierten im Speziellen. Diese positive Diskriminierung begründete er damit, dass diese vernachlässigt worden seien und nun gleiche Ausgangsbedingungen hergestellt werden müssten. Die Integrationsschwierigkeiten, die Muslime der zweiten und der dritten Generation hatten, verknüpfte Wormser nicht wie seine Vorgänger mit deren mangelnden Eigeninitiative. Er lobte vielmehr ihre Integrationsbemühungen und sah die mangelnde Toleranz sowie die rassistischen Denk- und Handlungsmuster der französischen Mehrheitsgesellschaft als Grund dafür an, dass diese Versuche scheiterten. Wormser verabschiedete sich von der Idee, dass Assimilation unter Aufgabe der eigenen Kultur der einzige

<sup>193</sup> Ibid.

<sup>194</sup> Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Weg zur Integration sei. Er betonte das Recht des Einzelnen auf freie Religionsausübung und sah es somit nicht als Ziel der Integrationsarbeit an, die französischen Muslime von ihrer Religion und ihrer Kultur zu entfremden. Es ging ihm in der Integrationspolitik in erster Linie darum, die Jugendlichen zu unterstützen, um ihnen einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Obwohl er die Eigeninitiative der *Français musulmans* lobte, plädierte Wormser gleichzeitig für eine positive Diskriminierung im Rahmen spezieller sozialer und wirtschaftlicher Förderprogramme. Mit dieser Forderung zeigte er zugleich, dass die Arbeit seines Verbandes auch weiterhin notwendig sei. Wormser nutzte die Aufstände von 1991, um den Einfluss seines Verbandes auf die Integrationspolitik wieder auszuweiten, nachdem er im Laufe der 1980er Jahre zunehmend zurückgedrängt worden war. Wormser wandte sich im Juli 1991 an Maurice Benassayag, den Delegierten für Repatriierte der sozialistischen Regierung, um diesem seine Unterstützung in der zukünftigen Integrationsarbeit anzubieten und ihn zugleich um eine Aufstockung der finanziellen Mittel des CNMF zu bitten. Benassayag war ein guter Bekannter Wormsers, den er in seinen Schreiben mit »mon cher Maurice« ansprach<sup>195</sup>. Benassayag sagte Wormser zu, ihn zukünftig wieder mehr an der staatlichen Integrationspolitik zu beteiligen. Auch eine Aufstockung der finanziellen Hilfen versprach er<sup>196</sup>.

Wormser hatte somit erfolgreich die aus den Aufständen resultierende Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit für die Probleme der muslimischen Repatriierten genutzt, um den Einfluss seines Verbandes wieder auszuweiten. Indem er jedoch einerseits die Eigeninitiative der muslimischen Repatriierten lobte und zugleich seinem Verband Einfluss auf die Integrationsarbeit sichern wollte, entschied sich Wormser für einen Drahtseilakt. Aus diesem Grund betonte er einerseits die Integrationserfolge, wies jedoch gleichzeitig auf die neuen Probleme hin, die sich ihm zufolge in erster Linie aus der Konzentration von muslimischen Franzosen, sowohl Repatriierter als auch Migranten verschiedener Generationen, in den stigmatisierten Vorstadtsiedlungen ergaben. Man hatte sich in den letzten Jahren auf die Integrationsarbeit mit den muslimischen Repatriierten, insbesondere mit den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen, konzentriert. Doch obwohl man diese nach wie vor als besonders benachteiligte Gruppe und gleichzeitig als besonders verdienstvolle französische Staatsbürger ansah, reagierte der Verband unter Wormser sowohl auf die veränderte Zusammensetzung der muslimischen Gemeinde in Frankreich als auch auf die neuen Ansätze in der Integrationspolitik. Der Verband konzentrierte sich auf die Integrationsarbeit mit muslimischen Jugendlichen in den Vorstädten, ohne dabei zwischen den Nachkommen der

<sup>195</sup> André Wormser an Maurice Benassayag, 4.7.1991, AN: vers. 20120054/90.

<sup>196</sup> Ibid.



Arbeitsmigranten und den Nachkommen der muslimischen Repatriierten zu unterscheiden. Somit konnte Wormser die Existenzberechtigung seines Verbandes verteidigen, obwohl er erkannte, dass die muslimischen Repatriierten keine Fürsprecher mehr benötigten. Er selbst fasste die Leitlinie der Arbeit mit folgenden Worten zusammen: »Il faut rendre la fierté aux vieux, donner la parole aux meilleurs et se mettre à l'écoute des faibles«<sup>197</sup>. Nach wie vor wollte man die Schwächsten unterstützen, gleichzeitig jedoch den Stärksten das Wort übergeben und nicht mehr als Sprachrohr der Gemeinschaft auftreten.

### 3.3 »Harkis« als Waffe im Kampf gegen die »France algérienne«

Als sich die Unabhängigkeit Algeriens abzeichnete, begannen die europäischen Siedler Algerien in Richtung Frankreich zu verlassen. Viele von ihnen hatten bis zuletzt gehofft, ihr Leben in Algerien fortsetzen zu können. Der acht Jahre andauernde blutige Kampf, der sich in seiner Schlussphase durch den Terror der OAS noch weiter verschärfte, machte jedoch ein friedliches Zusammenleben zwischen der muslimischen und der europäischen Bevölkerung unter der Führung des FLN beinahe unmöglich<sup>198</sup>. Am Ende des Krieges fand ein regelrechter Exodus statt. Knapp einer Million europäischer Siedler musste die französische Regierung die Ausreise nach Frankreich ermöglichen<sup>199</sup>. Obwohl die Mehrheit der Siedler aus Italien und Spanien stammte, galt deren Ausreise als Repatriierung. Sie waren in Algerien französische Staatsbürger »de droit civil« gewesen und behielten somit nach der Unabhängigkeit Algeriens die französische Staatsbürgerschaft. Nach der *loi Boulin* von 1961 galten sie offiziell als Repatriierte, wodurch sie nicht nur das Recht hatten, nach Frankreich auszureisen, sondern der Staat dort auch deren »Wiedereingliederung« regelte<sup>200</sup>.

Dennoch stellte die Repatriierung für die meisten Siedler einen tiefen Einschnitt dar. Sie empfanden ihr Leben in Frankreich als erzwungenes Exil. Viele hatten bis zuletzt darauf gehofft, dass die Unabhängigkeit Algeriens noch zu

<sup>197</sup> Ibid.

<sup>198</sup> Joëlle HUREAU, *La mémoire des pieds-noirs de 1830 à nos jours*, Paris 2001, S. 164–167.

<sup>199</sup> Den Begriff *exode* verwendet u. a. der Historiker Jean-Jacques Jordi, um die Ausreise der europäischen Siedler aus Algerien zu bezeichnen: Jean-Jacques JORDI, *De l'exode à l'exil. Rapatriés et pieds-noirs en France. L'exemple marseillais*, Paris 1993.

<sup>200</sup> Vgl. zu den rechtlichen Regelungen der Repatriierten Yann SCIOLDO-ZÜRCHER, *Devenir métropolitain. Politique d'intégration et parcours de rapatriés d'Algérie en métropole (1954–2005)*, Paris 2010; DERS., *Faire des Français d'Algérie des métropolitains*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 15–28.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

verhindern sei, und hatten dabei auch auf den Kampf der OAS gesetzt. Nach der Ankunft in Frankreich herrschte unter den europäischen Repatriierten das Gefühl, von de Gaulle, aber auch von der Bevölkerung der Metropole, die in einem Votum die Unabhängigkeit offiziell legitimiert hatte, verraten worden zu sein. Aus der Erfahrung des erzwungenen Exils und dem Gefühl des Verrats resultierte unter den Repatriierten eine Gruppenidentität in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft Frankreichs, die ihren Diskurs prägen sollte. Man verstand sich als Schicksalsgemeinschaft der Repatriierten. Diese Schicksalsgemeinschaft sollte gemeinsam mit ehemaligen Sympathisanten und Mitgliedern der OAS sowie mit der sich zur Zeit des Algerienkriegs neu formierten extremen Rechten über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus die *Algérie française* verteidigen<sup>201</sup>.

Nach der Unabhängigkeit Algeriens musste sich diese gemeinsame Front der *Algérie française* jedoch zunächst neu formieren. Die Mitglieder der OAS waren entweder inhaftiert, im Untergrund oder im Exil. Die extreme Rechte in Frankreich war nach der Unabhängigkeit Algeriens geschwächt und zersplittert und wurde erst in den 1970er Jahren in Gestalt des FN wieder gestärkt<sup>202</sup>. Allein die Repatriiertenverbände, die als Sprachrohr der repatriierten Siedler fungierten, traten nach 1962 auf, um die *Algérie française* zu verteidigen. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit Algeriens war es die bereits zur Zeit des Krieges gegründete Anfanoma, die die höchste Mitgliederzahl vermelden konnte<sup>203</sup>. Die Vertreter dieses Verbandes schlossen die Muslime, die nach Frankreich kamen, in ihre Schicksalsgemeinschaft ein. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass die französische Regierung gegen Offiziere vorging, die ehemalige Hilfssoldaten nach Frankreich brachten, verkündete die Anfanoma ihre Unterstützung für diese Offiziere und forderte ihre Mitglieder auf, sich in besonderem Maße für diese »catégorie de rapatriés« einzusetzen<sup>204</sup>. Der Verband bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten als Repatriierte, obwohl ihnen die Regierung zu diesem Zeitpunkt diesen Status noch nicht gewährt hatte. Mit dieser Wortwahl verdeutlichte er, dass die ehemaligen Hilfssoldaten als französische Staatsbürger anzusehen seien, die das Schicksal der europäischen Repatriierten teilen. Allerdings hob man zugleich mit diesen Worten den besonderen Status der

201 Vgl. hierzu Michelle BAUSSANT, Exils et construction de la mémoire généalogique. L'exemple des pieds-noirs, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 29–44; Éric SAVARESE, After the Algerian War. Reconstructing Identity among the Pieds-Noirs, in: *Revue internationale des sciences sociales* 58 (2006), S. 457–466.

202 Jean-Yves CAMUS, Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie? Bonn 1998, S. 12.

203 ESCLANGON-MORIN, *Les rapatriés d'Afrique*, S. 155f.

204 *Les harkis ou l'honneur d'un pays*, in: *France-Horizon* 46 (1962), S. 18.

ehemaligen Hilfssoldaten hervor und grenzte sie von den europäischen Repatriierten ab.

Die Anfanoma hob stets das besondere Leiden der ehemaligen Hilfssoldaten hervor, um jedoch zugleich auf das eigene Schicksal zu verweisen. Im Dezember 1962 hielt Boualam auf einer Veranstaltung von Repatriierten in Lyon eine Rede, um auf die Massaker an den einstigen Hilfssoldaten und die zögerliche Reaktion der französischen Regierung hinzuweisen. Boualam sprach in diesem Kontext vom »Verrat« de Gaulles. Im Verbandsorgan der Anfanoma gab man in pathetischem Ton die Reaktion der Zuhörer auf die Rede Boualams wieder. Die Zuhörer hätten Boualam mit »poings serrés, rouge de la honte au front (une honte, pourtant, qui ne saurait être la nôtre)« gelauscht, als dieser von dem »sort terrible des harkis et de nos frères musulmans, qui [...] ont choisi la France« berichtet habe<sup>205</sup>. Die Situation der demobilisierten Hilfssoldaten verdeutlichte für die europäischen Repatriierten in einem besonderen Maße die Dramatik des selbst erlebten erzwungenen Exils. Boualam betonte, dass sich die Hilfssoldaten für die französische Seite entschieden hätten. Aus dieser Annahme resultierte für die europäischen Repatriierten die besondere Dramatik ihrer Situation. Sie warfen de Gaulle vor, den Hilfssoldaten, die durch ihren Kampf in der französischen Armee den Wunsch geäußert hätten, zur Französischen Republik zu gehören, den Status als französische Staatsbürger zu verwehren und sie stattdessen den Massakern auszuliefern. So verstärkten sie den Vorwurf des Verrats an der gesamten Bevölkerung Algeriens und verwiesen auf ihr eigenes Leiden.

Die erklärte Schicksalsgemeinschaft zwischen den europäischen und den muslimischen Repatriierten blieb in den Jahren nach dem Ende des Krieges sehr abstrakt. Tatsächlich bestand eine große Divergenz zwischen der Behandlung der muslimischen und der europäischen Repatriierten und es war vonseiten der Repatriiertenverbänden keine Forderung nach einer Gleichbehandlung aller Repatriierten zu hören. Die Anfanoma begrüßte ausdrücklich die Idee, die ehemaligen Hilfssoldaten in abgelegenen Walddörfern unterzubringen, was verdeutlicht, wie abstrakt die Idee der Schicksalsgemeinschaft aller europäischen Repatriierten für den Verband blieb<sup>206</sup>. Eine Unterbringung in den HLM, wie sie für europäische Repatriierte vorgesehen war, kam auch der Anfanoma nicht in den Sinn. Der französische Politikwissenschaftler Éric Savarese beschreibt einen abstrakten Rassismus der repatriierten Siedler. Ihm zufolge unterstrichen sie stets die brüderlichen Beziehungen zwischen Muslimen und Europäern und waren bemüht, das durch die koloniale Situation begründete hierarchische Beziehungsgefüge zwischen Muslimen und Europäern in Alge-

<sup>205</sup> Journée de l'espoir, in: France-Horizon 50 (1962), S. 14.

<sup>206</sup> Le problème des harkis, in: France-Horizon 49 (1962), S. 13.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

rien zu verschleiern. Gleichzeitig habe ihr Handeln jedoch stets darauf abgezielt, diese Hierarchien zu zementieren, um ihre eigenen Privilegien zu bewahren<sup>207</sup>. Dass die europäischen Repatriierten sich nicht gegen ihre Privilegierung gegenüber den muslimischen Repatriierten wehrten, offenbart, wie sie diesen abstrakten Rassismus nach 1962 nach Frankreich hineintrugen. Sie beschworen eine abstrakte Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, beharrten jedoch auf ihrer Privilegierung gegenüber den repatriierten Muslimen.

Dennoch erklärten europäische Repatriierte sich bereit, die muslimischen Repatriierten auf ihrem Weg zur Integration in Frankreich zu unterstützen. Auf der Generalversammlung der Anfanoma im Dezember 1962 setzte der Verband auch das Problem der einstigen Hilfssoldaten auf die Tagesordnung und erklärte, Anfanoma wolle sich an die Spitze der Organisationen stellen, die sich insbesondere für die ehemaligen Hilfssoldaten, aber auch für alle anderen »musulmans français« einsetzten<sup>208</sup>. Dieser Ankündigung folgten jedoch wenige Taten. Die Anfanoma machte die »musulmans français« stets dann zum Thema, wenn insbesondere die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten herangezogen werden konnte, um die eigene Opferposition zu unterstreichen und der Regierung und der französischen Mehrheitsgesellschaft Verrat an der *Algérie française* und deren Bewohnern vorzuwerfen. Als Verband beteiligte sich die Anfanoma nicht an der Integrationsarbeit, doch einzelne repatriierte Siedler wirkten bei der von der Regierung mit Unterstützung ehemaliger SAS-Offiziere betriebenen Integrationsarbeit mit. Wie Charbit aufzeigt, bestand die für die ehemaligen Hilfssoldaten sowie für weitere muslimische Repatriierte zuständige Verwaltung vorwiegend aus repatriierten Funktionären. Auch als Sozialarbeiter, die in den Walddörfern und den Lagern den Militärs zur Seite gestellt wurden, wurden aufgrund ihrer augenscheinlich vorhandenen Kenntnis der »muslimischen Mentalität« bevorzugt repatriierte Siedler rekrutiert<sup>209</sup>.

Auch in Eigenregie leisteten ehemalige Siedler ihren Beitrag zur Aufnahme demobilisierter Hilfssoldaten. In dieser konkreten Integrationsarbeit zeigte sich ebenfalls der von Savarese beschriebene abstrakte Rassismus. Ein Beispiel soll veranschaulichen, auf welcher Hierarchie die Beziehungen zwischen Europäern und Muslimen basierten. Ein repatriierter Landwirt, der sich im Departement Tarn niedergelassen hatte, wandte sich an das Staatssekretariat für Repatriierte, um ehemalige Hilfssoldaten als Arbeitskräfte anzufordern. Er habe in einer Fachzeitschrift für Schafzucht von dieser Möglichkeit erfahren,

207 SAVARESE, Algérie, S. 118–127.

208 L'assemblée générale, in: France-Horizon 50 (1962), S. 15.

209 CHARBIT, Les harkis, S. 86.

schrieb er<sup>210</sup>. Dieser ehemalige Siedler hatte sich nach seiner Repatriierung in Frankreich einen landwirtschaftlichen Betrieb eingerichtet, wo er sich wie bereits in Algerien auf Schafzucht konzentrierte. Hierfür benötigte er Hirten und landwirtschaftliche Hilfskräfte. In der Anfrage dieses Landwirts lässt sich kein Anzeichen für ein besonderes Interesse am Schicksal der Hilfssoldaten erkennen. Er gab in einem sachlichen und nüchternen Ton wieder, wie viele Arbeiter er benötigte, und erkundigte sich nach dem »tarif exigé pour ces ouvriers« und danach, ab wann die Arbeiter verfügbar sein würden<sup>211</sup>. Der Landwirt sah die muslimischen Hilfssoldaten als günstige Arbeitskräfte, mit deren Hilfe er sein von Algerien nach Frankreich verlagertes Leben fortzusetzen gedachte. Er demonstrierte hier das natürliche Überlegenheitsgefühl der repatriierten Siedler gegenüber den Muslimen Algeriens.

Das Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Hilfssoldaten beizubehalten, war für repatriierte Siedler auch deshalb von Bedeutung, da durch den Algerienkrieg und das erzwungene Exil das Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Muslimen Algeriens insgesamt tief erschüttert worden war. Begründet durch die Kriegserfahrungen riefen algerische Arbeitsmigranten, die kategorisch als *fellaghas* bezeichnet und somit zum Feind stilisiert wurden, in vielen Siedlern zugleich Unsicherheit und Hass hervor<sup>212</sup>. Stora zufolge kristallisierte sich unter den repatriierten Siedlern ein Revanchismus heraus, den der FN in den 1980er Jahren aufgreifen sollte. Mit der Begründung, der FLN habe die Siedler gezwungen, Algerien zu verlassen, sprachen die Repatriierten den Muslimen Algeriens kategorisch das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten<sup>213</sup>. Lediglich die muslimischen Hilfssoldaten, die sie zugleich als Argument heranzogen, um die Ausreise algerischer Arbeitsmigranten zu fordern, nahmen sie hiervon aus. Im Juni 1963 kritisierte die Anfanoma in ihrem Verbandsorgan den Kurs der französischen Regierung gegenüber der algerischen Regierung und den algerischen Arbeitsmigranten, indem sie in dem Artikel »Le sort des harkis« die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich beschrieb. Den Hilfssoldaten, die sich bewusst für die französische Seite entschieden hätten, werde ein schlechter Empfang bereitet, während gleichzeitig Vertreter des FLN in Frankreich offiziell empfangen würden und den »marlous« die Türen offen stünden, die nur nach Frankreich kämen, um Jagd auf die einstigen Hilfssoldaten zu machen. Auf einen kurzen Bericht über Zwischenfälle zwischen ehemaligen Hilfssoldaten und Algeriern in Frankreich folgte eine ausführliche Klage

<sup>210</sup> Monsieur Blasy Fleury, agriculteur-éleveur, au secrétariat d'État aux rapatriés, 15.11.1962, AN: vers. 19920149/5.

<sup>211</sup> Ibid.

<sup>212</sup> SAVARESE, Algérie, S. 123–125.

<sup>213</sup> STORA, Le mystère de Gaulle, S. 86.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

darüber, dass Algeriern in Frankreich das Recht eingeräumt würde, offen und laut auszusprechen, dass die französische Armee von der ALN besiegt worden sei. Dies kommentierte der Verfasser mit folgenden Worten: »Que ces scènes se passent à Alger, Constantine ou Batna [...], rien à redire. Mais en plein cœur de Marseille; on a peine à le croire«. Er forderte die Regierung auf, diese »intolérable situation« zu beenden<sup>214</sup>. Den Hilfssoldaten, denen eine bewusste Entscheidung für Frankreich zugeschrieben wurde, räumte die Anfanoma das Recht ein, sich in Frankreich aufzuhalten. Gleichzeitig attestierte sie allen Algeriern eine feindliche Haltung zu Frankreich und sprach ihnen deswegen das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten. Die Anfanoma instrumentalisierte so die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich für ihren Revanchismus.

In welchem Maße die Repatriiertenverbände den Diskurs um das Leid der ehemaligen Hilfssoldaten instrumentalisierten, um ihre eigenen Interessen hervorzuheben, wurde deutlich sichtbar, als nach der Veröffentlichung der von Servier durchgeführten Studie Kritik an der gescheiterten Integration aufkam. Bereits 1969 veröffentlichte die Algerierfranzösin Lucie Santini, die seit ihrer Repatriierung aus Algerien als Lehrerin Kinder ehemaliger Hilfssoldaten unterrichtete, das Werk »Les sacrifiés«, in dem sie in erster Linie anhand von Bildern die Zeit des französischen Algeriens mit dem Leben der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich kontrastierte<sup>215</sup>. Unter anderem der aus der Haft entlassene Salan verfasste ein Vorwort für dieses Werk. Die Anfanoma hatte sich in den letzten Jahren nach 1962 stark auf eine Kampagne für die Amnestierung einstiger Mitglieder der OAS konzentriert. Diese Kampagne war 1968 erfolgreich, was zu einer Neuformierung der einstigen Aktivisten der *Algérie française* führte. Waren zunächst die Repatriiertenverbände allein für die Verteidigung der *Algérie française* über das Ende der Kolonialzeit hinaus eingetreten, stellten sich nun hochrangige Vertreter der OAS wie Salan an ihre Seite<sup>216</sup>. Salan kommentierte das Werk Santinis folgendermaßen: »Il nous fait revivre les belles heures de notre Algérie française, et constitue un hommage à nos fidèles harkis, qui ont tant souffert«<sup>217</sup>. Er brachte hier die beiden Topoi vor, die den Diskurs um die ehemaligen Hilfssoldaten vonseiten der Verteidiger der *Algérie française* dominierten: deren Leiden und deren Treue zu Frankreich. Hatte sich das Leiden der Hilfssoldaten stets auf den *abandon* durch die französische Armee am Ende des Krieges bezogen, sollte sich die Konnotation des *abandon* mit der in den 1970er Jahren sichtbar werdenden mangelnden Integration ausweiten.

214 Va-t-on régler (enfin) le sort des harkis?, in: France-Horizon 56 (1963), S. 3.

215 Lucie SANTINI, Les sacrifiés, Salon-de-Provence 1970.

216 ESCLANGON-MORIN, Les rapatriés d'Afrique, S. 189–201.

217 »Les sacrifiés«. Préfaces: général Raoul Salan, bachaga Saïd Boualam, abgedruckt in: France-Horizon 120 (1970), S. 11.

Fortan warf man der Regierung vor, die Hilfssoldaten in Frankreich erneut im Stich gelassen zu haben.

Als Premierminister Pierre Messmer Anfang 1974 den Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Integration der noch in Lagern und Walddörfern lebenden ehemaligen Hilfssoldaten vorlegte, begrüßte die Anfanoma zunächst diese Maßnahmen und kommentierte sie mit den Worten: »La cause des ›harkis‹ sort enfin de son regrettable pourrissoir«<sup>218</sup>. Als besonders wichtige Maßnahme begrüßte der Verband das Einsetzen einer Kommission zur Lösung der Integrationsprobleme, in der auch verschiedene Mitglieder der Repatriiertenverbände vertreten sein sollten<sup>219</sup>. Man kritisierte jedoch zeitgleich, dass die Regierung die »Français de confession islamique« bis dato »presque totalement abandonnés« hätte<sup>220</sup>. Der gegenüber der Regierung erhobene Vorwurf, die ehemaligen Hilfssoldaten ein zweites Mal verlassen zu haben, war hier umso bedeutender, als mit Premierminister Pierre Messmer ein Mann an der Spitze der Regierung stand, der 1962 die Funktion des Armeeministers innegehabt hatte und dem somit eine Mitverantwortung am *abandon* der *Algérie française* insgesamt und der ehemaligen Hilfssoldaten am Ende des Krieges zugeschrieben wurde<sup>221</sup>. Sich selbst sprach die Anfanoma vom Vorwurf des *abandon* frei. Dass der Verband 1962 die Integrationspolitik der Regierung, insbesondere die Idee der Walddörfer, ausdrücklich gelobt hatte, fand keine Erwähnung.

Die Aufstände, mit denen im Frühjahr 1975 muslimische Repatriierte insbesondere der zweiten Generation auf ihre Situation in Frankreich aufmerksam machen wollten, verdeutlichten, in welchem Maße die Verteidiger der *Algérie française* ihren Revanchismus mit der Kritik an der Integrationsarbeit verknüpften. Die Aufstände waren eng mit M'Hamed Laradji verbunden, dem Sohn eines früheren muslimischen Abgeordneten. Laradji gründete 1974 die Confédération des Français musulmans rapatriés d'Algérie et leurs amis (CFMRAA) und machte durch verschiedene Aktionen auf die Situation der muslimischen Repatriierten in Frankreich aufmerksam. Bereits der Name des Verbands wies darauf hin, dass er nicht nur eine Interessenvertretung der muslimischen Repatriierten war. Das französische Innenministerium beobachtet kritisch die Aktivitäten der Organisation, insbesondere da europäische Repatriierte, die das Innenministerium als »activistes« einstufte, sowie Teile der extre-

218 La situation dramatique des harkis, in: France-Horizon 161 (1974), S. 14.

219 Ibid., S. 15.

220 Le gouvernement envisage une série de mesures en faveur de harkis, in: France-Horizon 155 (1974), S. 5.

221 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

men Rechten den Verband unterstützten<sup>222</sup>. Das Amt des Vizepräsidenten übernahm der »Monsieur Christoph«, einstiges Mitglied der OAS<sup>223</sup>. Bereits die Zusammensetzung der Organisation mit dem besagten Monsieur Christoph verdeutlichte, wie sich die einstigen Aktivisten der *Algérie française* neu formiert hatten und dass sie wie bereits zur Zeit des Algerienkriegs die Nähe zu muslimischen Repatriierten suchten, um das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten für ihre Zwecke zu nutzen.

Laradji und seine Mitstreiter besetzten im Mai 1975 die Lager von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise. Auf diese Besetzungen folgten im Herbst desselben Jahres Entführungen von algerischen Arbeitsmigranten und Repräsentanten des algerischen Staates<sup>224</sup>. Diese gewaltsamen Aktionen fanden allesamt unter aktiver Beteiligung militanter Aktivisten der *Algérie française* statt. Verschiedene rechtsextreme Organisationen wie die Nouvelle Action française oder das Mouvement libéral européen sowie der extremistische Repatriiertenverband Union syndicale de défense des intérêts des Français rapatriés d'Algérie (USDIFRA) unterstützten dem Innenministerium zufolge die Aktionen<sup>225</sup>. Der Präsident der USDIFRA Eugène Ibagnès hatte bereits in den vorhergehenden Jahren mit militanten Aktionen Aufsehen erregt. 1973 hatten Mitglieder der Organisation die Büros von Anwälten besetzt, um ihren Forderungen nach Nachbesserungen an dem Entschädigungsgesetz für Repatriierte von 1970 Nachdruck zu verleihen<sup>226</sup>. Obgleich Ibagnès bei den Aktionen 1975 nicht in Erscheinung trat, ging das Innenministerium davon aus, dass er und weitere Aktivisten im Hintergrund die Fäden zogen und für das nötige Equipment wie Waffen und Autos sorgten<sup>227</sup>.

Ein besonderes Interesse hatten die Verteidiger der *Algérie française* an der zweiten Aufstandswelle im Herbst 1975, die sich nach der Beendigung der Lagerbesetzung ab August 1975 anlässlich der Borzani-Affäre aufbaute. Dabei ging es nicht in erster Linie um die Situation der muslimischen Repatriierten in

<sup>222</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.

<sup>223</sup> Zum Vizepräsidenten des Verbands ROUX, Les harkis, S. 345.

<sup>224</sup> Die Aufstände werden in [Kap. 3.6](#) und [3.7](#) genauer beschrieben.

<sup>225</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.

<sup>226</sup> Die USDIFRA war bereits 1965 von Roger Pierts, dessen Bruder 1962 als Mitglied der OAS 1962 wegen Mordes zu Tode verurteilt und hingerichtet worden war, gegründet worden. Erst als Ibagnès 1967 den Vorsitz übernahm, trat die Organisation in Aktion. Vgl. hierzu ESCLANGON-MORIN, Les rapatriés d'Afrique, S. 221.

<sup>227</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, 7.12.1978, AN: vers. 20090157/212.



Frankreich, sondern um eine diplomatische Krise zwischen Frankreich und Algerien. Die algerischen Behörden weigerten sich, den kleinen Borzani Kadraoui, Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, nach einem gemeinsamen Besuch mit seiner Mutter in Algerien nach Frankreich ausreisen zu lassen, da die schriftliche Einverständniserklärung des Vaters fehlte<sup>228</sup>. Diesen Vorfall nahmen die Aktivisten zum Anlass, den Umgang der algerischen Regierung mit den muslimischen Repatriierten anzuprangern. Die Aufstände richteten sich nicht mehr gegen die Verantwortlichen der Lager, sondern gegen Repräsentanten des algerischen Staates innerhalb Frankreichs, insbesondere gegen die AA. Nachdem Djelloul Belfadel, ein Verantwortlicher der AA, entführt und mehrere Tage im Lager von Bias festgehalten worden war, berichtete er, die Muslime, die ihn in Bias festgehalten hatten, hätten ihre Befehle stets von Europäern erhalten<sup>229</sup>. Der französische Anwalt Monsieur Disler, der im Namen der AA Klage wegen Entführung einreichte, erhielt kurz darauf ein Schreiben, in dem ihm im Namen der »OAS toujours vivante« gedroht wurde<sup>230</sup>.

Mit diesen Aktionen zielten die Verteidiger der *Algérie française* nicht darauf ab, die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich zu verbessern. Vielmehr versuchten sie in einer Zeit, in der der Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing sich bemühte, die angespannten diplomatischen Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich zu verbessern, die Konflikte zwischen beiden Staaten anzuheizen. Die algerische Regierung verstieß mit Maßnahmen wie der Verstaatlichung der Ölreserven gegen die Abkommen von Évian und demonstrierte gegenüber der alten Kolonialmacht deutlich ihre Unabhängigkeit. Die neogaullistische Regierung Giscard d'Estaings reagierte auf diesen Affront, indem sie kurzzeitig die Einwanderung von Algerien nach Frankreich stoppte<sup>231</sup>. Giscard d'Estaing bemühte sich 1975 um eine Beruhigung des Konflikts und trat einen ersten Staatsbesuch in Algerien an, woraufhin der Einwanderungsstopp gelockert und der Familiennachzug von Algeriern wieder genehmigt wurde<sup>232</sup>. Die Anfanoma bezeichnete diesen diplomatischen Schritt als eine auf Kosten der Repatriierten staatfindende französisch-algerische Aussöhnung. Man übergehe die »situation des rapatriés en général et plus particulièrement [...] celle de nos concitoyens musulmans qui ont préféré rester français«, um nicht auf Konfrontation mit der algerischen Regierung gehen zu müssen<sup>233</sup>.

228 Vgl. zur Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 143.

229 Le témoignage de M. Belfadel, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 13.

230 Zitiert nach: *Les coupables, resteront-ils encore impunis?*, *ibid.*, S. 12.

231 STORA, *Histoire de l'Algérie*, S. 53.

232 WEIL, *La France*, S. 98–100.

233 *Le malheur des harkis*, in: *France-Horizon* 169 (1975), S. 12.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Die Verteidiger der *Algérie française* nutzten die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten seit Anfang der 1970er Jahre auf sich zog, um vom Präsidenten einen rigorosen Kurs gegenüber der algerischen Regierung zu verlangen.

Im Sinne des von Stora aufgezeigten Revanchismus ging es den Verteidigern der *Algérie française* in ihrem Vorgehen in erster Linie darum, die Migration von Algerien nach Frankreich einzuschränken. Als drei Jahre nach Giscard d'Estaings Staatsbesuch erneut Verhandlungen zwischen der algerischen und der französischen Regierung unter anderem über das Thema Migration stattfanden, verwiesen die Vertreter von Anfanoma erneut auf die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten, um eine Beschränkung der Migration aus Algerien zu fordern. Die von Giscard d'Estaing 1975 erlassene Genehmigung des Familiennachzugs markierte nicht das Ende der Debatten um die Einschränkung der Migration aus Algerien. Aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit in Frankreich zielte die französische Regierung darauf ab, Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer zurückzuführen. Insbesondere Algerier sollten möglichst in ihre Heimat zurückkehren, weshalb 1978 die Möglichkeit in Betracht gezogen wurde, ihre auslaufenden Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlängern und sie auszuweisen<sup>234</sup>. Die Anfanoma benutzte die Situation der ehemaligen Hilfssoldaten, um die Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Sie bezeichnete es in ihrem Verbandsorgan als »paradoxal«, dass »les anciens tueurs du FLN« sich in Frankreich frei bewegen könnten, während ihre »compatriotes d'origine algérienne qui ont servi sous les plis du drapeau français« bei der Ausreise nach Frankreich mit Problemen konfrontiert seien, wie sie im September 1975 aufgetreten seien<sup>235</sup>. Dieses Zitat verdeutlicht, wie die ehemaligen Hilfssoldaten von den Verteidigern der *Algérie française* für deren Revanchismus instrumentalisiert wurden. Die Anfanoma nutzte die Tatsache, dass die Öffentlichkeit 1975 auf die mangelnde Integration der Hilfssoldaten sowie auf das Vorgehen der algerischen Behörden ihnen gegenüber aufmerksam geworden war, als argumentative Grundlage für die Forderung nach Ausweisung aller Algerier, die im Algerienkrieg nicht auf der französischen Seite gekämpft hatten.

Wenn die Verteidiger der *Algérie française* die Ausweisung aller Algerier forderten, nahmen sie die muslimischen Repatriierten explizit aus dieser Forderung aus. Ihr Engagement auf französischer Seite während des Algerienkriegs wurde im Sinne der Nationendefinition Renans als Bekenntnis für die französi-

<sup>234</sup> WEIL, *La France*, S. 109–117. Die Idee, Algerier auszuweisen, wurde schließlich 1980 aufgegeben, da nicht nur die algerische Regierung Widerstand leistete, sondern auch innerhalb Frankreichs der Widerstand gegen diese Projekte zunahm. Vgl. hierzu WEIL, *La France*, S. 117–136.

<sup>235</sup> *La reprise des relations franco-algériennes*, in: *France-Horizon* 193 (1978), S. 11.

sche Nation gewertet, weswegen sie als französische Staatsbürger angesehen wurden. Diese auf einem universalistischen Verständnis beruhende Argumentationsweise stand im Widerspruch zu dem von Savarese als abstrakt definierten Rassismus dieser Akteure, den sie aus dem kolonialen Algerien nach Frankreich importierten. Während die europäischen Repatriierten auf der einen Seite die brüderliche Gemeinschaft der europäischen und muslimischen Repatriierten betonten, wurde andererseits in ihrem Diskurs und in ihren Handlungen deutlich, dass diese Gemeinschaft auf hierarchischen Beziehungen beruhte. Sie zielten nicht auf eine Gleichbehandlung europäischer und muslimischer Repatriierter ab. Vielmehr nutzten sie die Mär einer Schicksalsgemeinschaft für ihren Revanchismus gegenüber de Gaulle und den nachfolgenden Regierungen und gegenüber Algerien und den algerischen Migranten auf der anderen Seite.

Während der Präsidentschaft Mitterrands kam die extreme Rechte zu neuer Stärke. Es war Le Pen 1972 gelungen, die extreme Rechte mit der Gründung des FN neu zu formieren. Die Amnestiegesetze von 1968 waren für diesen Erfolg nicht unbedeutend. Die einstigen Aktivisten der *Algérie française* machten innerhalb der Partei einen wichtigen Block aus<sup>236</sup>. In der Partei sammelten sich Algerienkriegsveteranen, einstige OAS-Mitglieder und Repatriierte<sup>237</sup>. Le Pen erklärte bereits 1973 die »solidarité [...] totale« mit den Repatriierten und betonte, seine Partei setze sich fast ausschließlich aus »des militants et des combattants de l'Algérie française« zusammen<sup>238</sup>. Somit stellte sich auch die extreme Rechte wieder deutlich an die Seite der Repatriierten und unterstützte deren Forderungen.

Als Mitterrand 1981 zu den Präsidentschaftswahlen antrat, versuchte er gezielt, die Gemeinschaft der Repatriierten für sich zu gewinnen. Er versprach Nachbesserungen an dem Entschädigungsgesetz und eine Ausweitung der Amnestie. Damit gelang es ihm durchaus, innerhalb des Milieus der Repatriierten zu punkten. Die Anfanoma kommentierte 1981 das Wahlprogramm Mitterrands mit den Worten, die Einhaltung seiner Versprechen könne »l'intégration totale de nos compatriotes dans la collectivité nationale« bedeuten<sup>239</sup>. Gleichzeitig stieß jedoch der Weg, den die sozialistische Führung in der Migrations- und Integrationspolitik einzuschlagen gedachte, bei all jenen auf strikte Ablehnung, die an ihrem Revanchismus festhielten. Von dieser Ablehnung konnte Le

<sup>236</sup> CAMUS, *Front national*, S. 13f.

<sup>237</sup> DAVIES, *The National Front*, S. 154f.; vgl. zu den Repatriierten und dem FN auch Emmanuelle COMTAT, *La question du vote pied-noir*, in: *Pôle Sud* 24 (2006), S. 75–88, hier S. 84f.

<sup>238</sup> *Les partis face aux problèmes des rapatriés*. Brief von Jean-Marie Le Pen, in: *France-Horizon* 146 (1973), S. 14.

<sup>239</sup> *Vers un règlement du contentieux des rapatriés*, in: *France-Horizon* 223 (1981), S. 8.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Pen profitieren und die Sympathien zahlreicher Repatriierter, Veteranen und ehemaligen Aktivisten der OAS gewinnen<sup>240</sup>. Als im Verbandsorgan der Anfanoma im April 1981 die Präsidentschaftskandidaten vorgestellt wurden, ging man auch auf Le Pen ein, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich abzeichnete, dass es ihm nicht gelingen werde, die für die Zulassung zur Präsidentschaftswahl nötigen 500 Unterstützer-Unterschriften von gewählten Volksvertretern zu bekommen. In einem Leserbrief wurde die Wahl für Le Pen als »vote de la fidélité« bezeichnet. Nicht zuletzt, da er sich freiwillig gemeldet hatte, um im Algerienkrieg zu kämpfen, sei er als »professionnel du combat national, de la défense de la France partout où elle est attaquée« anzusehen. Für den Verfasser dieses Briefs vertrat allein Le Pen die Politik, die sich tatsächlich an den Interessen der Repatriierten sowie ihrer »amis musulmans et harkis« orientierte<sup>241</sup>. Le Pen hatte sich dieser Argumentation folgend unter anderem durch seinen militärischen Kontext, insbesondere jedoch durch seinen nationalistischen Diskurs dafür qualifiziert, für die Verteidiger der *Algérie française* zu sprechen. Dabei wurde er auch explizit als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten bezeichnet.

Der FN verstand es, sich mit dem Amtsantritt Mitterrands und der liberalen Migrations- und Integrationspolitik der sozialistischen Regierung durch eine strikte Ablehnung insbesondere der Migration aus Nordafrika zu profilieren. Dem aus diesem Grund wiederholt gegen die Partei erhobenen Vorwurf, einen rassistischen Diskurs zu führen, verwehrte sich Le Pen als Parteispitze stets vehement. 1983 klagte er gegen den Journalisten Jean-Louis Servan-Schreiber, der in einem Interview geäußert hatte, der FN sei »ouvertement raciste«. Der Klage Le Pens wurde stattgegeben und Servan-Schreiber zu einem Strafgeld von 1500 Franc sowie Schadensersatzzahlungen von 2000 Franc verurteilt. Die Partei sah dieses Urteil als Bestätigung dafür, dass sie Opfer einer gezielten Kampagne sei, um die Thematisierung der Migrationsfrage zu verhindern. In ihrem Parteiorgan stellte die Parteiführung diesbezüglich klar, sie vertrete »tous les Français quelles que soient leurs origines et leurs religions«<sup>242</sup>. Um diese These zu untermauern, verwies Le Pen auf seine Vergangenheit als Aktivist der *Algérie française* zur Zeit des kolonialen Algeriens und beschwor das Bild einer Schicksalsgemeinschaft aller Bewohner Algeriens. Im Jahr 1984 veröffentlichte Jean Marcilly eine autorisierte Biografie Le Pens, in der er diesen bewusst zum weltoffenen und überzeugten Republikaner stilisierte. In den

<sup>240</sup> DAVIES, *The National Front*, S. 154f.

<sup>241</sup> L'opinion de nos amis. Coup de chapeau à J.-M. Le Pen. Ni vote sanction, ni vote utile, mais vote de fidélité, Leserbrief von Jean Amante, in: *France-Horizon* 221 (1982), S. 13.

<sup>242</sup> Jean-Louis Servan-Schreiber condamné, in: *RLP Hebdo* 106 (1983), S. 4f.

von Marcilly geführten Interviews malte Le Pen ein Bild der auf Brüderlichkeit und Gleichheit beruhenden *Algérie française*. Weder in der Kolonialarmee noch unter den europäischen Siedlern hätten rassistische Denkweisen Fuß fassen können<sup>243</sup>. Man habe vielmehr der muslimischen Bevölkerung geholfen, sich auf den Weg der Zivilisation zu begeben<sup>244</sup>.

Als Beleg für die sich am Universalismus orientierende, antirassistische Grundüberzeugung Le Pens führten die Vertreter des FN stets seine Unterstützung für Ahmed Djebbour als Parlamentskandidat im Jahr 1957 an. Le Pen hatte Djebbour motiviert, als Repräsentant der *Algérie française* in einem Wahlkreis im Westen von Paris als Kandidat anzutreten, und ihn in seinem Wahlkampf massiv unterstützt. Um seine antirassistische Grundhaltung zu unterstreichen, erzählte Le Pen im Interview mit Marcilly die Anekdote, er habe in diesem Wahlkampf bei einem Angriff von Demonstranten auf Djebbour sein Augenlicht verloren<sup>245</sup>. Aus dieser Geschichte entstand der Mythos, Le Pen habe für einen Muslim sein Augenlicht geopfert. Dass diese Geschichte gleich in zweifacher Hinsicht nicht der Wahrheit entsprach, spielte dabei keine Rolle. Le Pen hatte selbst die Schlägerei angezettelt, bei der sein Auge verletzt worden war. Es handelte sich dabei um eine Auseinandersetzung mit dem politischen Konkurrenten Alexis Thomas, der wie Le Pen für sich in Anspruch nahm, die extreme Rechte Frankreichs zu vertreten. Zudem verletzte sich Le Pen bei dieser Schlägerei zwar am Auge, erblindete jedoch nicht. Erst 1965 wurde eines seiner Augen blind, allerdings nicht das verletzte rechte, sondern das linke. Von Geburt an hatte Le Pen eine Augenschwäche gehabt, aufgrund von Stress führte diese Sehschwäche zur einseitigen Erblindung<sup>246</sup>.

Auch andere Vertreter des FN nutzten den Mythos, Le Pen habe sein Augenlicht für Djebbour verloren, für ihren Wahlkampf. Als Jean-Pierre Stirbois, wie Le Pen einstiger Aktivist der *Algérie française*, bei den Kommunalwahlen im Jahre 1983 in Dreux für den FN Wahlkampf führte, betonte er stets, es sei leicht, Le Pen rassistisches Handeln zu unterstellen. Der Parteichef habe jedoch zur Zeit der *Algérie française* für die Integration der Muslime in die Republik gekämpft. Dass er während einer Wahlkampfveranstaltung auch bereit gewesen sei, Djebbour unter Einsatz seiner eigenen körperlichen Unversehrtheit zu verteidigen, stellte auch Stirbois als Beleg für die antirassistische Grundhaltung Le Pens heraus. Das bedeute jedoch nicht, dass man die Aufnahme eines »nombre illimité d'Africains, qui n'ont même pas envie d'être

<sup>243</sup> Jean MARCILLY, *Le Pen sans bandeau*, Paris 1984, S. 93.

<sup>244</sup> *Ibid.*, S. 194.

<sup>245</sup> *Ibid.*, S. 178–180.

<sup>246</sup> Gilles BRESSON, Christian LIONET, *Le Pen. Biographie*, Paris 1994, S. 279–281.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

français, et ne viennent que parce que leur pays est incapable de les faire vivre ou de les soigner quand ils sont malades« in Frankreich befürworte. Mit den Worten »si un Arabe est français pour de bon, d'accord« erklärte er, sich nicht jeglicher Einwanderung zu verwehren<sup>247</sup>. Die Aussagen Stirbois spiegeln die Haltung wider, die der FN in der Migrationsfrage stets nach außen vertrat. Man gab vor, sich nicht grundsätzlich gegen die Einwanderung einer bestimmten Gruppe zu stellen. Entscheidend sei jedoch, dass die Migranten nicht aus rein ökonomischen Gründen nach Frankreich kämen, sondern aus der Motivation heraus, Teil der französischen Nation zu sein. Beide Argumente zog die Partei heran, um sich explizit gegen die Einwanderung von Algeriern zu stellen. Den Algerienkrieg deuteten sie als Votum gegen die Französische Republik und gleichzeitig gegen die westliche Zivilisation. Das Ende der *Algérie française* wertete Le Pen als Grund für die Migration von Algerien und Frankreich. Wiederholt erinnerte er daran, er habe stets vor diesen Auswirkungen der Unabhängigkeit Algeriens gewarnt: »Je vous avais dit: ›Si l'Algérie n'est pas française, la France sera l'Algérie‹«<sup>248</sup>.

Als sich 1983 Jugendliche maghrebinischer Herkunft, darunter auch mehrere Söhne ehemaliger Hilfssoldaten, in Les Minguettes, einem Vorort von Lyon, auf den Weg nach Paris machten, um mit der Marche pour l'égalité gegen Rassismus und für die Anerkennung ihrer Differenz zu demonstrieren, nutzte der FN dies für grundsätzliche Äußerungen zum Thema Integration<sup>249</sup>. Der Marsch sei keine Aktion gegen Rassismus, sondern für »multiracialisme«. Wenn es sich tatsächlich um eine Aktion gegen rassistisch motivierte Gewalt gehandelt hätte, hätte auch der FN applaudiert, war in dem Organ der Partei zu lesen. Die Initiatoren versuchten jedoch mit ihrer Aktion, »la France multiraciale« durchzusetzen. Dieses Konzept erklärte der Verfasser des Artikels folgendermaßen: »La France multiraciale, ici on n'en veut pas. On a vu ce que cela donnait au Libanon. Nous disons non au processus de libanisation de la France«<sup>250</sup>. In dem Diskurs des FN spielte der Begriff der *libanisation* eine wichtige Rolle. Indem die Partei immer wieder auf das Beispiel des Libanon zurückgriff, wollte sie die Idee einer multikulturellen Gesellschaft widerlegen. Die aktuelle Situation im Libanon wurde als Beleg dafür herangezogen, dass das Zusammenleben mehrere Ethnien sowie mehrerer Religionsgemeinschaften auf

<sup>247</sup> Zitiert nach: MAUGE, *La vérité*, S. 198.

<sup>248</sup> Zitiert nach: MARCILLY, *Le Pen*, S. 147.

<sup>249</sup> Vgl. zur Marche pour l'égalité [Kap. 3.4](#).

<sup>250</sup> Michel COLLINOT, *Rengaine*, in: RLP Hebdo 136 (1983), S. 5 (Hervorh. i. Orig.).

einem Staatsgebiet ins Chaos führe<sup>251</sup>. Mit dem Verweis auf dieses Beispiel kritisierte der FN die vom PS verfolgte liberale Migrations- und die auf eine Anerkennung der Differenzen setzende Integrationspolitik.

Basierend auf der Idee, die muslimischen Repatriierten hätten mit ihrem Engagement auf französischer Seite ihre Bereitschaft zur Assimilation unter Beweis gestellt, sprach der FN ausdrücklich lediglich den muslimischen Repatriierten das Recht zu, sich in Frankreich aufzuhalten. Die Marche pour l'égalité kommentierte der FN in seinem Parteiorgan mit folgenden Worten: »Nous avons nos musulmans, ceux qui ont choisi la France en 1962, et leurs fils, nous les garderons. Pour les autres, nous proposons une marche dans l'autre direction«<sup>252</sup>. Der FN grenzte die muslimischen Repatriierten auch der zweiten Generation klar von den maghrebinischen Migranten ab und unterstellte ihnen einen Willen zur Assimilation. Er ignorierte dabei die Tatsache, dass sich auch Söhne ehemaliger Hilfssoldaten an der Marche pour l'égalité beteiligten, um explizit gegen das Konzept einer zu weit gehenden Assimilation und für die Anerkennung ihrer Differenz einzutreten<sup>253</sup>.

Le Pen trat bewusst als Verteidiger der von der Regierung vernachlässigten muslimischen Repatriierten auf. Als Anfang 1984 in verschiedenen Städten ehemalige Hilfssoldaten versuchten, durch einen Hungerstreik auf ihre nach wie vor prekäre soziale Situation hinzuweisen, besuchte Le Pen diese Hungerstreikenden und zollte ihnen seinen Respekt<sup>254</sup>. Über diesen Besuch hinaus wandte er sich in einer Rede, die er während des Streiks in Paris hielt, »à ces harkis de Saint-Étienne obligés de faire la grève de la faim pour pouvoir faire reconnaître leur droit de Français par le sang versé«. Er versprach ihnen wie allen anderen Franzosen, für die »amélioration de leur sort dans la fraternité patriotique« zu kämpfen<sup>255</sup>. Das Motiv der »Français par le sang versé« war im Diskurs Le Pens von besonderer Bedeutung, was mit dem Nationsverständnis seiner Partei zu erklären ist. Die Parteiführung hatte zu Beginn Schwierigkeiten, sich auf ein einheitliches Nationskonzept zu einigen. Innerhalb der Partei gab es Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern, die Blut und Rasse als Ausgangspunkt der Nation sehen wollten, und jenen, für die die Nation ein

251 Vgl. zu den Konflikten im Libanon Georges CORM, *Le Liban contemporain. Histoire et société*, Paris 2005, S. 176–193. Corm stellt heraus, dass der »facteur communautaire« nur eine Ursache des Konfliktes war. Der FN zog jedoch die ethnische und religiöse Vielfalt heran, um ein monokausales Begründungsmodell aufzubauen.

252 Michel COLLINOT, Rengaine, in: RLP Hebdo 136 (1983), S. 5.

253 Vgl. hierzu Kap. 3.4 und 3.7.

254 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9

255 Zitiert nach: MARCILLY, Le Pen, S. 204f.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Produkt der Geschichte, der Kultur und der Zivilisation darstellte. Letztere setzten sich in den 1980er Jahren zunehmend durch, da sich die Partei nur mit einem kulturellen Verständnis der Nation überhaupt an den gesellschaftlichen Debatten um Migration und Integration beteiligen konnte. Dabei kristallisierten sich das gemeinsame Opfer und das gemeinsame Leiden für die Nation als zentrales Motiv heraus. Das für die Gemeinschaft erbrachte Opfer sah die Partei als Voraussetzung für die Aufnahme in die Nation an<sup>256</sup>. Le Pen selbst bemühte sich, diese Argumentation mit den Vorstellungen der Blut-und-Boden-Theorie in Einklang zu bringen, indem er auf dieser Argumentation aufbauend erklärte, »par le sang versé« könnten Ausländer in die französische Nation integriert werden, da sich so deren Blut mit französischem Boden vermische<sup>257</sup>. Die muslimischen Repatriierten, denen er eine bewusste Entscheidung für die französische Seite unterstellte, galten für Le Pen als Paradebeispiel dieser »Français par le sang versé«.

Le Pen sah das von den »Français par le sang versé« erbrachte Opfer für die Nation zugleich als Zeichen für deren Bereitschaft zur Assimilation an. Der FN stellte die muslimischen Repatriierten den maghrebischen Migranten gegenüber, denen er mangelnde Bereitschaft zur Assimilation unterstellte. In der Parteizeitschrift veröffentlichte man 1984 einen ausführlichen Artikel über den Besuch der Delegation des FN bei hungerstreikenden Hilfssoldaten. Im Zentrum des Berichts stand Monsieur Bagy, der während des Algerienkriegs als Soldat in der französischen Armee gedient hatte. Monsieur Bagy dankte der Partei dafür, dass sie allein die muslimischen Repatriierten tatsächlich als französische Bürger »par le sang versé pour notre patrie« ansehe<sup>258</sup>. Um zu unterstreichen, in welchem Maße sich dieser ehemalige Soldat assimiliert hatte, fand Erwähnung, dass er seinen eigentlichen Namen Babgi französisiert hatte und nur noch mit Monsieur Bagy angesprochen werden wollte. Aufgrund seines für Frankreich erbrachten Opfers und seiner Bereitschaft zur Assimilation hob der FN die prekäre Lebenssituation dieses Monsieur Bagy besonders hervor und stellte sie dem scheinbar luxuriösen Leben der Immigranten in Frankreich gegenüber. Während Bagy in einem einfachen Zimmer im 13. Arrondissement von Paris lebe, stelle die Stadt den Migranten schöne Wohnungen zur Verfügung, zu denen die muslimischen Repatriierten keinen Zugang bekämen<sup>259</sup>. Noch schwerer als diese angebliche materielle Bevorzugung der Migranten wog für den FN, dass die Söhne und Töchter algerischer Migranten mit ihrer Voll-

<sup>256</sup> DAVIES, *The National Front*, S. 18–20.

<sup>257</sup> Jean-Marie LE PEN, *Les Français d'abord*, Paris 1984, S. 75.

<sup>258</sup> G. FRAYSSE, *Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim*, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

<sup>259</sup> *Ibid.*



jährigkeit die französische Staatsbürgerschaft bekamen. Damit würden »drôles de Français qui auraient plutôt tendance à considérer Alger comme capitale de la France« geschaffen<sup>260</sup>. Mit diesen Worten unterstrich die Partei, dass für sie Assimilation unter einer weitgehenden Aufgabe der eigenen Kultur der einzige Weg zur Integration war. Da sie den aus dem Maghreb stammenden Muslimen mit Ausnahme der muslimischen Repatriierten eine mangelnde Bereitschaft zur Assimilation unterstellte, plädierte die Partei für eine Abkehr vom universalistischen Prinzip des *ius soli*.

Der FN warf der sozialistischen Regierung vor, mit ihrer Politik der Anerkennung der Differenz die »französische Identität« zu zerstören. Mit dem Vorwurf konfrontiert, sich rassistischer Argumentationsstrategien zu bedienen, entwickelte die Partei das Konzept des »racisme antfrançais«. Darunter verstand sie Argumentationen und Handlungen, die sie als Angriff auf die »französische Identität« wertete<sup>261</sup>. Während er dieses Konzept nie klar definierte, machte der FN durch seinen Diskurs und sein Handeln im Laufe der 1980er Jahre zunehmend deutlich, dass er das Christentum als wichtigen Bestandteil der »französischen Identität« ansah. Da die sozialistische Regierung sich vom Integrationskonzept der Assimilation abwandte, wurde der Islam zunehmend in Frankreich sichtbar. Die Regierung setzte sich für eine Anerkennung des Islams in Frankreich ein, was sich unter anderem im Bau von Moscheen äußerte. Die Muslime sollten nicht mehr in dunklen Ecken unter Aufsicht ausländischer Imame ihrem Glauben nachgehen, sondern das Gefühl bekommen, mit ihrem Glauben ein Teil der Französischen Republik zu sein<sup>262</sup>. Im Zuge dessen entstand die Idee des »islam à la française«, die in erster Linie von Mitgliedern der muslimischen Elite in Frankreich getragen wurde<sup>263</sup>.

Im Oktober 1985 veröffentlichte der Rassemblement islamique en France in »Le Monde« einen Aufruf, um auf die Bedeutung des Islams in Frankreich hinzuweisen. Unter anderem hieß es in dem Aufruf, man wolle die Gesamtheit der muslimischen Gemeinde »pour la confirmation d'un islam authentique« in Frankreich mobilisieren. Der FN wertete diesen Schritt als Angriff auf die »französische Identität«. Er bezeichnete die Idee eines französischen Islams als »une étape dans la ›libanisation‹ de la France« und die Unterzeichner des Aufrufs als »les régiments de l'armée islamique«<sup>264</sup>. Mit dieser Rhetorik verun-

260 Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

261 DAVIES, The National Front, S. 73–75.

262 Vgl. hierzu Marcel MAUSSEN, Islamic Presence and Mosque Establishment in France. Colonialism, Arrangements for Guestworkers, and Citizenship, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 33 (2007), S. 981–1002.

263 Vgl. hierzu Kap. 3.6.

264 France encore? Ou déjà le Liban?, in: National Hebdo 70 (1985), S. 4.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

glimpfte die Partei wichtige Vertreter der muslimischen Repatriierten, die sich unter den Unterzeichnern befanden. Unter anderem hatte Ali Boualam, der Sohn des *bachaga* Boualam, den Aufruf unterzeichnet<sup>265</sup>. Wie bereits sein Vater galt auch Ali Boualam als vehementer Verteidiger der *Algérie française* und trat immer wieder an der Seite von Vertretern des FN auf<sup>266</sup>. Der FN diffamierte mit seiner antimuslimischen Rhetorik diejenigen, als deren Verteidiger er sich gleichzeitig ausgab.

Auch als er gegen den Bau der Moschee von Lyon demonstrierte, stand der FN muslimischen Repatriierten gegenüber. Die Regierung hatte Anfang der 1980er Jahre beschlossen, in jeder großen französischen Stadt eine zentrale Moschee zu bauen<sup>267</sup>. Dieser Plan ließ sich jedoch nicht problemlos realisieren. Der FN machte gemeinsam mit anderen Verteidigern der *Algérie française* gegen die Bauvorhaben mobil, wodurch die Moscheebauten erheblich verzögert wurden. Der FN kommentierte das Vorhaben 1984 mit den sarkastischen Worten: »Heureux Lyonnais! Grâce à leur municipalité à majorité UDF-RPR, les habitants de l'ancienne capitale des Gaules auront bientôt une mosquée«<sup>268</sup>. Neben dem FN bemühte sich die Association pour la protection des habitants du VIII<sup>e</sup> arrondissement et de Bron unter der Führung von Raymonde Girod, einer aus Algerien repatriierten Siedlerin, durch Petitionen, Demonstrationen und Klagen den Bau der Moschee zu verhindern<sup>269</sup>. Mit diesem Protest stellten sich die Aktivisten auch gegen zwei ehemalige Offiziere der französischen Armee, darunter Rabah Kheliff, der für die Verteidiger der *Algérie française* 1962 den Heldenstatus erworben hatte, da er bei den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen europäischen Siedlern und Muslimen am 5. Juli 1962 in Oran mit seiner Einheit mehrere hundert europäische Siedler aus der Gefangenschaft des FLN befreit hatte<sup>270</sup>. Kheliff gehörte ebenso wie der ehemalige Soldat der französischen Armee und Sympathisant des FN Hachemi Bounini zu den Initiatoren und Mitverantwortlichen des Bauprojektes<sup>271</sup>.

Sowohl Kheliff als auch Bounini verloren jedoch im Laufe der Bauzeit in dem für die Moschee zuständigen Komitee an Bedeutung, während maghrebini-sche Gläubige ohne französische Staatsbürgerschaft wichtiger wurden, was der

265 Ibid.

266 Vgl. zu den gemeinsamen Aktivitäten Ali Boualams und des FN [Kap. 4.3](#).

267 MAUSSEN, *Islamic Presence*, S. 994f.

268 Une mosquée à Lyon, in: RLP Hebdo 151 (1984), S. 13.

269 Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

270 MONNERET, *La phase finale*, S. 274f.

271 Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

FN für sich zu nutzen wusste<sup>272</sup>. Der Vertreter des FN in Lyon, Bruno Gollnisch, der die Proteste gegen den Moscheebau anführte, begründete bei der Eröffnung der Moschee im Jahre 1994 seine Opposition gegen das Projekt damit, dass die muslimischen Repatriierten in den Hintergrund gedrängt worden seien. Der Verwaltungsrat der Moschee sei zu 95 Prozent von Ausländern besetzt, betonte er und sprach in diesem Kontext von einer »extraterritorialité«<sup>273</sup>. Die Rhetorik Gollnischs kann jedoch nicht verschleiern, dass sich die Kritik des FN gegen den Islam in jeglicher Form richtete. Bruno Mégret, einer der Ideologen des FN, legte 1990 in seinem Werk »La flamme. Les voies de la renaissance« den Blick der Partei auf den Islam offen. Für ihn waren die europäischen Völker eine Familie, die sich durch den gleichen ethnischen Ursprung, die gleiche Religion, die gleiche Geschichte und die gleichen Sitten und Bräuche auszeichne<sup>274</sup>. Aus diesem Grund habe die frühe, hauptsächlich europäische Einwanderung nach Frankreich keine Gefahr für die »französische Identität« dargestellt. Die europäischen Migranten seien bereit gewesen, sich zu assimilieren. Allerdings seien die aktuellen muslimisch geprägten Migranten hierzu nicht in der Lage. In Ausnahmefällen sei dies zwar möglich, aber nicht, wenn sie in großen Gruppen nach Frankreich kämen<sup>275</sup>. Da die muslimischen Migranten sich nicht assimilierten, sondern ihre eigene Identität bewahrten, sei somit die »république une et indivisible« in Gefahr. Mégret sah hier die Gefahr einer »colonisation« Frankreichs. Zunächst kämen die muslimischen Migranten nach Frankreich und ließen sich dort nieder. In einer zweiten Phase implantierten sie ihre Kultur und ihre Religion in der französischen Gesellschaft, was Mégret in erster Linie an der Entstehung sichtbarer religiöser Symbole festmachte. In besonderem Maße kritisierte er den Bau von großen, für jedermann sichtbaren Moscheen. Diese Entwicklung führe in der dritten Phase dazu, dass die Regeln und Werte der Französischen Republik an die Anforderungen des Korans angepasst würden. Der Islam, so Mégret, sei nicht mit der »französischen Identität« zu vereinbaren. Die Gesellschaft, die der Islam begründet habe, passe nicht zur christlichen Zivilisation Europas. Die Integration von Muslimen könne deshalb nur zu Konflikten und ins Chaos führen<sup>276</sup>.

Mégret sprach mit seinem Argumentationsmuster allen Muslimen die Fähigkeit zur Integration ab, wobei er Integration mit Assimilation gleichsetzte, und schloss sie mit dieser Begründung aus der Französischen Republik aus.

272 Vgl. hierzu Kap. 3.6.

273 Zitiert nach: Charles GILBERT, Lyon, les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

274 Bruno MÉGRET, La flamme. Les voies de la renaissance, Paris 1990, S. 207.

275 Ibid., S. 55.

276 Ibid., S. 57–59.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Dadurch wurde auch die Erklärung der Partei, die muslimischen Repatriierten seien aufgrund ihres Kampfes auf der französischen Seite »Français par le sang versé«, zu einem reinen Lippenbekenntnis, da auch Vertreter der muslimischen Elite zeigten, welch hoher Stellenwert der Islam für sie hatte. Der FN blendete den Glauben der muslimischen Repatriierten in seiner Rhetorik aus. Er ging stets von deren Assimilierbarkeit aus und setzte damit unausgesprochen voraus, dass sie sich von ihrem Glauben distanzieren. Dieser Widerspruch verdeutlicht, in welchem Maß die Partei die muslimischen Repatriierten für ihren der universalistischen Idee widersprechenden Diskurs instrumentalisierte, der zum einen auf Islamfeindlichkeit, zum anderen auf einem aus der Niederlage im Algerienkrieg resultierenden Revanchismus gegenüber Nordafrikanern, insbesondere gegenüber Algeriern, basierte.

Die Islamfeindlichkeit der Partei nahm mit dem Aufkommen des Islamismus in Algerien weiter zu, durch den islamistische Strömungen auch erstmals Einzug in die französischen *banlieues* hielten<sup>277</sup>. Wie die Partei es verstand, Islamfeindlichkeit mit Revanchismus zu verknüpfen, lässt sich an ihrer Reaktion auf die *banlieue*-Aufstände Anfang der 1990er Jahre herausarbeiten. Es kam in den späten 1980er und Anfang der 1990er Jahre in den hauptsächlich von maghrebischen Migrant\*innen bewohnten Vororten französischer Städte vermehrt zu Zusammenstößen zwischen den Kindern dieser Einwanderer und französischen Polizeikräften<sup>278</sup>. Unter anderem fanden in einem als Problemviertel bekannten Stadtteil Amiens im Frühjahr 1991 solche Unruhen statt. Der FN beschrieb in seinem Parteiorgan ausführlich eine systematische Zerstörungswut der Einwanderer der zweiten Generation. Er zeichnete ein Bild von einem von Algeriern beherrschten Viertel. Die Kinder maghrebischer Einwanderer seien dort stets auf der Suche nach Ärger mit der Polizei. Sie hätten das Viertel in ein algerisches Territorium verwandelt. Die Straßen trügen nicht mehr französische, sondern algerische Namen, und der Islamismus sei so stark, dass sich Reporter nur noch in Begleitung von Muslimen in das Viertel wagten. Die Verantwortung für diese Zustände schrieb die Partei der sozialistischen Regierung zu. Sie kritisierte das zu schwache Vorgehen der Polizeikräfte gegenüber den Jugendlichen in den *banlieues* und beklagte, die politischen Verant-

<sup>277</sup> Vgl. hierzu Martine GOZLAN, *L'islam et la République. Des musulmans de France contre l'intégrisme*, Paris 1994; Gilles KEPEL, *Les banlieues de l'islam*, Paris 1991.

<sup>278</sup> Vgl. zur Problematik der Aufstände in den *banlieues* Alain BATTEGAY, Ahmed BOUBEKER, *Des Minguettes à Vaulx-en-Velin. Fractures sociales et discours publics*, in: *Les Temps modernes* 545/546 (1991/92), S. 51–76; Olivier GALLAND, *Les jeunes et la violence*, in: *Les Cahiers de la sécurité intérieure* 5 (1991), S. 13–25; Adil JAZOULI, *Jeunes des banlieues, violences et intégration. Le dilemme français*, Paris 1990.

wortlichen spielten die Gefahr herunter<sup>279</sup>. Der FN sah sich durch die Aufstände in seiner Islamfeindlichkeit und seiner Warnung vor einer »France algérienne« bestätigt. Allerdings bewohnten nicht nur Maghrebener das besagte Viertel von Amiens, die der FN als feindlich gegenüber Frankreich gesinnt und integrationsunwillig ansah. 1964 waren hier mehrere ehemalige Hilfssoldaten mit ihren Familien untergebracht worden, die dort seitdem Seite an Seite mit maghrebischen Einwanderern verschiedener Generationen lebten. Der FN blendete diese Tatsache nicht aus, bestritt jedoch vehement, dass es sich bei den Aufständischen auch um Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handle. Die Berichte, es handle sich um einen Aufstand muslimischer Repatriierter, tat die Partei mit dem Kommentar ab, man versuche nur wie immer die muslimischen Repatriierten zu Sündenböcken zu erklären, um die maghrebischen Migranten zu verteidigen<sup>280</sup>.

Als 1991 in Narbonne Proteste von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten ausbrachen, die sich explizit als Kinder von »harkis« verstanden und sich von maghrebischen Migranten distanzieren, zögerte der FN nicht, die Legitimität dieser Proteste hervorzuheben<sup>281</sup>. Ihrer revanchistischen Rhetorik folgend kommentierte die Partei die Aufstände mit folgenden Worten:

C'est drapeau tricolore en tête que les anciens harkis et fils des harkis ont manifesté, le samedi 29 juin, à Narbonne [...]. Les gouvernements successifs perpétuent l'abandon de ces hommes qui ont tout sacrifié à la France, les parquant dans des camps-ghettos et leur refusant tout ce qu'ils dispensent généreusement aux plus haineux des immigrés<sup>282</sup>.

Der FN nutzte die Aufstände, um die Politik der sozialistischen Regierung, insbesondere deren als zu liberal angesehenen Umgang mit den als »haineux« bezeichneten Migranten, zu kritisieren. Diese Kritik beinhaltete nicht nur den Vorwurf, die Regierung vernachlässige ebenso wie alle vorhergehenden Regierungen die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Kinder. Sie richtete sich auch gegen das Vorgehen des sozialistischen Innenministers gegen die revoltierenden »anciens harkis et fils des harkis« von Narbonne. Während der FN in Amiens das zu sanfte Vorgehen der Polizeikräfte kritisiert hatte, warf man ihnen nun ein zu hartes Eingreifen vor. Diese Kritik fiel umso heftiger aus, als Pierre Joxe, der Sohn des ehemaligen Staatsministers für algerische Angele-

<sup>279</sup> Amiens, une vraie poudrière, in: National Hebdo 350 (1991), S. 5.

<sup>280</sup> Ibid.

<sup>281</sup> Vgl. zu den Protesten von 1991 [Kap. 3.7](#).

<sup>282</sup> Ces harkis qu'on voulait oublier, in: National Hebdo 363 (1991), S. 2.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

genheiten Louis Joxe, inzwischen Innenminister war<sup>283</sup>. Louis Joxe hatte 1962 angeordnet, alle Hilfssoldaten nach Algerien zurückzuschicken, die auf Eigeninitiative von Offizieren nach Frankreich gebracht worden waren<sup>284</sup>. Dieser Aspekt verleitete den FN, dem Sohn ebenso wie dem Vater eine feindliche Gesinnung gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten vorzuwerfen.

Insbesondere Le Pen selbst war der Revanchismus so wichtig, dass er ihn auch über die islamfeindliche Haltung der Partei stellte, wenn beide Komponenten zu kollidieren drohten. Als die sozialistische Regierung die Idee aufbrachte, vom islamistischen Terror bedrohten algerischen Intellektuellen Asyl zu gewähren, bezeichnete Le Pen diesen Vorschlag als eine »invasion supplémentaire d'ennemis de la France« und wiederholte, er habe bereits vor 30 Jahren vorhergesehen, was sich nun bewahrte: »Si nous n'avons pas une Algérie française, nous aurons une France algérienne«<sup>285</sup>. Le Pen nahm zum Front islamique du salut (FIS), der islamistischen Bewegung Algeriens, eine zwiespältige Position ein. Während er und seine Partei einerseits vor der Gefahr des Islamismus warnten, begrüßte er zugleich zunächst die Erfolge des FIS in Algerien und bezeichnete diesen als eine Bewegung der nationalen Identitätsfindung gegen den FLN<sup>286</sup>. In diesem Sinne erinnerte er die Regierung daran, dass nicht der FIS, sondern der FLN der wahre Feind sei. Die heutige algerische Regierung gehöre zur gleichen »famille politique« wie diejenigen, die die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten zu verantworten hätten. Diese »assassins du FLN« seien in Frankreich nicht willkommen<sup>287</sup>. Vielmehr sollten alle politisierten Migranten, die keine Bereitschaft zur Assimilation zeigten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft in ihre Heimatländer rückgeführt werden<sup>288</sup>.

Die Rhetorik, der sich Le Pen bediente, um gegen die Gewährung von Asyl für algerische Intellektuelle zu argumentieren, war nur ein Beispiel von vielen, das veranschaulicht, wie der FN die muslimischen Repatriierten instrumentalisierte, um seinen Revanchismus argumentativ zu untermauern und vor der Gefahr einer »France algérienne« zu warnen. Weil sich die Partei gegen den Vorwurf des Rassismus wehren wollte, sah sie die muslimischen Repatriierten

<sup>283</sup> Ibid.

<sup>284</sup> Vgl. Kap. 2.2.

<sup>285</sup> Jean-Marie LE PEN, *Algérie; échec et socialism*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 149 (1992), S. 1f.

<sup>286</sup> SCHMID, *Die Rechten in Frankreich*, S. 205f.

<sup>287</sup> Carl LANG, *Foulards, mosquées et cie*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 186 (1993), S. 6.

<sup>288</sup> Jean-Marie LE PEN, *Ni islamistes, ni fellaghas*, in: *La Lettre de Jean-Marie Le Pen* 185 (1993), S. 15.

explizit als französische Staatsbürger an, als »Français par le sang versé«, die sich für die französische Nation entschieden und für sie Opfer erbracht hätten. Der FN propagierte eine deutliche Dichotomie zwischen den algerischen Migranten und den muslimischen Repatriierten und bemühte sich, die Forderung nach Inklusion der Repatriierten als Argument für die Forderung nach Exklusion algerischer Migranten zu nutzen. Durch ihre islamfeindliche Rhetorik grenzte die Partei jedoch gleichzeitig auch die muslimischen Repatriierten aus der Republik aus.

### **3.4 Von Gegnern zu gemeinsamen Opfern von Ausgrenzung und Diskriminierung**

Der FLN verlor mit den Abkommen von Évian seinen illegalen Charakter und bereitete sich darauf vor, in einem unabhängigen Algerien zu regieren. Dies galt jedoch nicht für die französische Föderation des FLN. Die französische Föderation verkündete mit dem Waffenstillstand, dieser stelle nur eine Etappe auf dem Weg zur Unabhängigkeit Algeriens dar. Zwar bereitete der FLN in Frankreich keine Attentate mehr vor, er behielt jedoch seine illegalen Strukturen bei und agierte weiter im Untergrund. Dies beinhaltete auch, dass sich die bewaffneten Truppen nicht auflösten, sondern weiterhin bereitstanden. Allerdings hatten sie die Anweisung, lediglich auf Aktionen der MNA und der OAS zu reagieren. Gewaltakte gegen Polizeikräfte waren untersagt<sup>289</sup>. Das Hauptziel der französischen Föderation bestand darin, die algerische Bevölkerung in Frankreich zu kontrollieren. Dabei konnte sie zunächst von der Stimmung unter den Algeriern in Frankreich profitieren, die dem FLN den Sieg über die französische Kolonialmacht zuschrieben. Das Innenministerium beschrieb diese Stimmung in einem Bericht folgendermaßen: »Un sentiment de fierté raciale a gonflé les cœurs et illuminé les visages même chez les moins nationalistes car, pour le travailleur, il s'agit d'une victoire de l'*islam* officiellement reconnu par la France«<sup>290</sup>. Die französische Föderation traute jedoch dieser Stimmung nicht, sondern setzte in Frankreich weiterhin auf eine strenge Kontrolle der algerischen Bevölkerung. Nach dem 19. März war eine verstärkte Aktivität des FLN auszumachen. Funktionäre patrouillierten in den muslimischen Cafés, um die

<sup>289</sup> Ministère de l'Intérieur. L'activité clandestine actuelle du FLN, 13.4.1962, AN: vers. 19910467/1.

<sup>290</sup> Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, *ibid.* (Hervorh. i. Orig.).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Einhaltung des Spiel-, Alkohol- und Zigarettenverbots zu überwachen<sup>291</sup>. Zudem führte der FLN einen Zensus der algerischen Bevölkerung in Frankreich durch und kontrollierte die Bewegungen zwischen Algerien und Frankreich. Hierzu verteilte er Passierscheine, die auf Verlangen der FLN-Funktionäre in Frankreich vorzuzeigen waren<sup>292</sup>.

Die von der französischen Föderation durchgeführte Kontrolle zielte in erster Linie darauf ab, Informationen darüber zu erhalten, wie sich die einzelnen Algerier in Frankreich während des Krieges verhalten hatten. Aus diesem Grund musste im Rahmen des Zensus jeder Algerier in Frankreich ein Formular ausfüllen, in dem nicht nur nach der persönlichen Situation, sondern auch nach dem Verhalten während des Unabhängigkeitskriegs gefragt wurde. Hierzu gehörten die Fragen nach dem finanziellen Beitrag, nach der Beteiligung an direkten Aktionen des FLN sowie nach einer eventuellen Haft oder Verletzungen im Kampf. Von denjenigen, die einen aktiven Beitrag zur Unabhängigkeit geleistet hatten, wurden viele aufgefordert, nach Algerien zurückzukehren, da sie dort zum Aufbau des Landes gebraucht würden<sup>293</sup>. Zugleich bestand die Verpflichtung, weiterhin einen finanziellen Beitrag zum Aufbau des Landes zu leisten. Der FLN kontrolliert dies streng. Durch diese Maßnahmen wollte er die Loyalität der algerischen Bevölkerung Frankreichs gegenüber dem algerischen Staat sichern. Er befürchtete, die in Frankreich lebenden Algerier könnten sich von Algerien abwenden und ihre Zukunft in Frankreich suchen. Um dies zu verhindern, wurde in der algerischen Gemeinde in Frankreich die Information verbreitet, der FLN habe die Beantragung der französischen Staatsbürgerschaft verboten<sup>294</sup>. Die Parallelstruktur des FLN in Frankreich, der bereits während des Krieges praktisch einen Staat im Staate aufgebaut hatte, wurde aufrechterhalten. Wie erfolgreich diese Politik weiterhin war, wurde dem französischen Staat am Tag der Unabhängigkeitserklärung vor Augen geführt, den der FLN zum Feiertag erklärte. Von einer Fabrik im Département Drôme berichtete die dortige Präfektur, dass 95 Prozent der algerischen Arbeiter an diesem Tag nicht zur Arbeit erschienen<sup>295</sup>.

Die Kontrolle des FLN in Frankreich mit dem Ziel, die Loyalität der algerischen Gemeinde gegenüber dem unabhängigen Algerien zu gewährleisten,

<sup>291</sup> Note sur la mise en place progressive d'un appareil administratif frontiste appartenant à une police autonome, Mai 1962, *ibid.*

<sup>292</sup> Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, *ibid.*

<sup>293</sup> *Ibid.*

<sup>294</sup> Ministère de l'Intérieur. L'activité clandestine actuelle du FLN, 13.4.1962, *ibid.*

<sup>295</sup> Le préfet de la Drôme à monsieur le ministre de l'Intérieur, 10.7.1962, *ibid.*



erschwerte den ehemaligen Hilfssoldaten die Flucht nach Frankreich. Bereits die Kontrollen des FLN an den Grenzen bereiteten ihnen bei der Einreise nach Frankreich große Schwierigkeiten. Waren die Grenzen erfolgreich passiert, stellte das umfassende Kontroll- und Überwachungsnetz des FLN in Frankreich die geflohenen Hilfssoldaten vor Probleme. Agenten des FLN patrouillierten an Bahnhöfen und kontrollierten die Passierscheine der algerischen Bevölkerung. Unter anderem in den Städten Avignon und Perpignan, die sich in der Nähe des Lagers Larzac befanden, wurden diese Aktivitäten bereits im Mai beobachtet, als nur wenige muslimische Hilfssoldaten nach Frankreich gekommen waren<sup>296</sup>. Insbesondere nach der Unabhängigkeitserklärung, als in Algerien die Racheakte zunahmen und immer mehr ehemalige Hilfssoldaten Zuflucht in Frankreich suchten, verstärkte der FLN in Frankreich diese Aktivitäten<sup>297</sup>. Mithilfe des bereits erwähnten Zensus wollte er die ehemaligen Hilfssoldaten auffindig machen, die nach Frankreich geflohen waren<sup>298</sup>. Er hielt die algerische Bevölkerung in Frankreich an, unbekannte Algerier dem FLN zu melden<sup>299</sup>. Gegebenenfalls tauchten Agenten des FLN bei den Verdächtigen auf, um ihre Identität zu überprüfen und Beweise dafür zu verlangen, dass sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen waren<sup>300</sup>. Auch die Kontrolle an den Bahnhöfen verstärkte der FLN. Zwanzig ehemalige Hilfssoldaten, die das Lager von Larzac in Richtung Saint-Auban verlassen hatten, wo ihnen der zuständige Präfekt Arbeitsplätze zugewiesen hatte, wurden direkt nach ihrer Ankunft in Saint-Auban von Agenten des FLN festgehalten. Die Gendarmerie intervenierte und ermöglichte den Hilfssoldaten die Weiterreise<sup>301</sup>. Auch die Lager, in denen das französische Militär Hilfssoldaten provisorisch untergebracht hatte, standen im Visier des FLN. Sowohl in Larzac als auch im Lager von Bourg-Lastic war die französische Föderation aktiv. Mithilfe falscher Identitäten gelang es einigen Mitgliedern des FLN, sich in diese Lager einzuschleichen<sup>302</sup>. Vertreter

<sup>296</sup> Note sur la mise en place progressive d'un appareil administratif frontiste appartenant à une police autonome, Mai 1962, *ibid.*

<sup>297</sup> Der Präfekt des Departements Basses-Alpes wies den Innenminister in einem Schreiben auf diesen Sachverhalt hin. Vgl. Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, 4.9.1962, *ibid.*

<sup>298</sup> Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

<sup>299</sup> Ministère de l'Intérieur. Bulletin de renseignement, 30.7.1962, AN: vers. 19910467/2.

<sup>300</sup> Gendarmerie nationale, poste de Lastic. Fiche de renseignements, 1.8.1962, *ibid.*

<sup>301</sup> Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, Digne, 4.9.1962, AN: vers. 19910467/1.

<sup>302</sup> Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

des FLN arbeiteten einen Plan aus, das Lager von Larzac zu überfallen. Dieser Plan wurde jedoch auch innerhalb des FLN heftig diskutiert und schließlich nicht durchgeführt<sup>303</sup>.

Ende des Jahres 1962 löste sich die französische Föderation des FLN auf<sup>304</sup>. Die Auseinandersetzungen innerhalb des FLN in Algerien hatte die französische Föderation entscheidend geschwächt. Ben Bellas Erfolg in diesem internen Machtkampf führte zu ihrer weiteren Schwächung. In Frankreich bestand der FLN hauptsächlich aus Kabylen, die Ben Bella aufgrund der panarabischen Ausrichtung seiner Politik kritisch gegenüberstanden<sup>305</sup>. Mit der Auflösung der französischen Föderation gab der FLN jedoch nicht die Kontrolle der Algerier in Frankreich auf, sondern gründete im Dezember 1962 die AA. Laut Statut verfolgte der Verband in erster Linie soziale Ziele. Es sollte darum gehen, die Algerier in Frankreich zu vertreten und deren »intérêts matériels et moraux« zu verteidigen<sup>306</sup>. Die Strukturen der AA glichen jedoch jenen der aufgelösten französischen Föderation des FLN. Man verlangte von den Algeriern in Frankreich, Mitglied der Vereinigung zu werden, was mit einem monatlichen Mitgliedsbeitrag verbunden war. Die französischen Behörden werteten diesen Mitgliedsbeitrag als Fortführung der vom FLN auferlegten Zahlungsverpflichtungen für die algerische Gemeinde Frankreichs. Zudem sahen sie die Ausgabe von Mitgliedsausweisen, die dem Verband zufolge notwendig waren, um nach Algerien auszureisen, als Fortsetzung der Grenzkontrolle an<sup>307</sup>. Die Aussagen des Präsidenten der AA Mohand Ouidir Aït El Hocine, der den Bruch mit der französischen Föderation des FLN hervorhob und betonte, die AA verfolge mit friedlichen Mitteln soziale Ziele, zweifelte der französische Innenminister Roger Frey klar an. Frey lenkte den Blick auf die Kontinuitäten und war sich sicher, das Ziel der AA liege in erster Linie darin, im Auftrag des FLN die algerische Bevölkerung in Frankreich zu kontrollieren<sup>308</sup>.

303 Télégammes diplomatiques, de Bresson, 30.8.1962, AN: 5AG1/1813.

304 Directeur général de la Sûreté nationale. Note d'information, 11.10.1962, AN: vers. 19910467/1.

305 Préfecture de police, service d'assistance technique. Rapport mensuel, Aug. 1962, *ibid.*

306 Statut de l'Amicale des Algériens en France, 27.12.1962, AN: 5AG1/1814.

307 Le préfet du département de l'Isère à monsieur le ministre de l'Intérieur, 31.1.1963, AN: F1a/5113.

308 Vgl. zu den Aussagen Hocines: Préfecture de police. Note au sujet de l'audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 9.1.1963, AN: 5AG1/1814; Jean Sautereau, commissaire principal. Audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 8.1.1963, *ibid.*; vgl. den Bericht des Innenministers: Le ministre de l'Intérieur à monsieur le secrétaire d'État auprès du Pre-

Der Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich verdeutlicht, dass die AA einerseits bemüht war, mit friedlichen Mitteln zu agieren, jedoch gleichzeitig auf die Kontrolle der algerischen Gemeinde abzielte, um die Entstehung einer Oppositionsbewegung gegen den FLN zu verhindern<sup>309</sup>. Aït El Hocine war Ben Bella gegenüber äußerst loyal<sup>310</sup>. Die ehemaligen Hilfssoldaten nahm er als potentielle Opposition zur Führung des FLN in Algerien wahr. Dies erklärt, weshalb es zu den Zielen der AA gehörte, »de rechercher et de neutraliser« all die Personen, die während des Unabhängigkeitskampfes die französische Seite unterstützt hatten<sup>311</sup>. Offiziell sprach sich die AA gegen jegliche Gewalt aus. Ihr Präsident hatte öffentlich der Gewalt entsagt und betont, dass Mitglieder, die sich nicht an diese Leitlinie hielten, von der Vereinigung auszuschließen seien<sup>312</sup>. Auch in Flugblättern, die sich an die algerische Gemeinde in Frankreich richteten, hob die Verbandsspitze dies hervor. Nicht durch Gewalt, sondern durch »l'exemple, la persuasion, l'appel au bon sens« sollte die AA ihre Ziele erreichen<sup>313</sup>. Wenn sie den Wunsch zeigten, Teil der algerischen Gemeinschaft zu sein, wurden ehemalige Hilfssoldaten weiterhin in diese Gemeinschaft aufgenommen, sofern sie nachweisen konnten, dass sie sich keiner Verbrechen an Kämpfern der ALN schuldig gemacht hatten. Als sich im Februar 1950 ehemalige *harkis* an die AA wandten und den Wunsch äußerten, die algerische Staatsbürgerschaft zu behalten, gab man einigen von ihnen sofort eine Zusage und behielt sich in anderen Fällen vor, genauer zu prüfen, ob diesem Wunsch stattgegeben werden könne<sup>314</sup>. Die AA wollte die ehemaligen Hilfssoldaten mithilfe dieser Inklusion als potentielle Oppositionsbewegung neutralisieren.

Dennoch kam es weiterhin zu Gewaltakten gegen ehemalige Hilfssoldaten. Noch im Oktober 1963 tauchten in der Statistik der Sûreté nationale zu politisch motivierter Kriminalität Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen

mier ministre, chargé des affaires algériennes: Au sujet de la constitution de l'Amicale des Algériens en France, 10.1.1963, *ibid.*

<sup>309</sup> Ministère de l'Intérieur. Note d'information, organisation et implantation de la daïra n°1 (dite de Paris) de l'Amicale des Algériens en France, 21.1.1963, *ibid.*

<sup>310</sup> Note sur la situation des Algériens en France, 18.1.1963, *ibid.*

<sup>311</sup> Ministère de l'Intérieur. Note d'information, organisation et implantation de la daïra n°1 (dite de Paris) de l'Amicale des Algériens en France, 21.1.1963, *ibid.*

<sup>312</sup> Jean Sautereau, commissaire principal. Audition de monsieur Aït El Hocine, président de l'Amicale des Algériens en France, 8.1.1963, *ibid.*

<sup>313</sup> La direction centrale de l'Amicale d'Algériens en France. Algériens, Algériennes, ohne Datum, AN: F1a/5113.

<sup>314</sup> Demande de la nationalité algérienne formulée par d'anciens harkis, 28.2.1963, AN: 5AG1/1813.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Hilfssoldaten und Algeriern in Frankreich auf<sup>315</sup>. Im Mai 1963 nahm der tunesische Sänger Ahmed Soulimane das Lied »Yal harkis« (»Null Harkis«) auf, in dem er Drohungen gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten aussprach. Dieses Lied kursierte einige Zeit unter den algerischen Migranten in Frankreich. Die AA sprach sich gegen dieses Lied aus und hob in diesem Kontext gegenüber den regionalen und lokalen Verantwortlichen die neue Linie des Verbandes noch einmal hervor, Gewaltakte gegen sowie Einschüchterungen von ehemaligen Hilfssoldaten zu verhindern<sup>316</sup>. Allerdings schrieben gleichzeitig verschiedene Stimmen der AA die Verantwortung für beides zu. Der Präfekt des Departements Alliers erklärte im März 1963, momentan könnten keine Hilfssoldaten in seinem Departement Arbeit finden, da die algerischen Arbeiter in den Industriestandorten aktuell streng unter der Kontrolle der AA stünden, weshalb eine Gefährdung für die ehemaligen Hilfssoldaten bestehe<sup>317</sup>. Auch der Polizeipräfekt des Departements Seine berichtete im Januar 1964, dass die Feindseligkeiten gegenüber den muslimischen Hilfssoldaten zwar abnähmen, dass jedoch noch immer »certains militants trop zélés de l'Amicale« versuchten, diese ausfindig zu machen und Informationen über ihre Funktion während des Krieges zu sammeln<sup>318</sup>. Auch innerhalb der Fabriken seien immer wieder Zwischenfälle zu vermelden. So seien ehemalige Hilfssoldaten in den Fabriken von Renault Feindseligkeiten ausgesetzt. Der Präfekt sah diese Zwischenfälle in Zusammenhang mit dem Organisationsgrad der AA in den Fabriken und schrieb ihr die Verantwortung zu<sup>319</sup>.

Vertreter der französischen Regierung beschrieben den Organisationsgrad der AA jedoch weiterhin als insgesamt eher schwach<sup>320</sup>. Die Entwicklungen in Algerien führten dazu, dass die AA weiter an Einfluss verlor. Im September 1963 wandte sich der aus der Kabylei stammende Hocine Aït Ahmed, einst selbst Mitglied des GPRA, gegen die stark arabisch geprägte Linie des FLN unter Ben Bella und gründete den Front des forces socialistes (FFS). Dieser wurde von der Führung des FLN als separatistische Bewegung bekämpft, woraufhin Aït Ahmed untertauchte und in der Kabylei einen *maquis* bildete.

<sup>315</sup> Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. Délinquance politique, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

<sup>316</sup> Note, de Bresson, 21.5.1963, AN: 5AG1/1813.

<sup>317</sup> Le préfet de l'Allier à monsieur le ministre des Rapatriés, 29.3.1963, AN: vers. 19910467/3.

<sup>318</sup> Le préfet de police à monsieur le secrétaire général de la présidence de la République, à l'attention de monsieur de Bresson, conseiller technique, 5.1.1964, AN: 5AG1/1814.

<sup>319</sup> Ibid.

<sup>320</sup> Ibid.

Was folgte, waren blutige Auseinandersetzungen zwischen dem FFS und den Truppen des FLN unter Führung Boumediennes<sup>321</sup>. Dieser Konflikt erschwerte es der AA, in der mehrheitlich kabyllischen algerischen Arbeiterschaft in Frankreich Fuß zu fassen. Der Verband konnte nicht für sich in Anspruch nehmen, die Mehrheit der algerischen Bevölkerung Frankreichs zu vertreten. Dort waren deutlich Sympathien für den FFS auszumachen, weshalb die AA von Ben Bella die Order bekam, den Kampf gegen die Opposition effizienter zu gestalten<sup>322</sup>. Zu diesem Kampf gehörte eine großangelegte Propagandakampagne gegen die »traîtres à la solde de Aït Ahmed et sa clique«. Die Vertreter der AA drohten ihnen in Flugblättern, das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten teilen zu müssen: »Nous connaissons les noms et les adresses de tous les partisans de la ›contre-révolution‹, que nous traiterons de la même manière que les harkis«<sup>323</sup>. Somit weitete die AA den Kreis der »Verräter« aus. Durch die Auseinandersetzungen, die insbesondere entlang der Konfliktlinie zwischen Arabern und den Berbern der Kabylei verliefen, trat deutlich zu Tage, dass die algerische Gemeinschaft weder in Algerien noch in Frankreich durch die Beteiligung am Unabhängigkeitskampf zusammengehalten wurde. Ethnische Zugehörigkeiten gewannen an Bedeutung. Der FFS suchte in Frankreich die Nähe zu den aus der Kabylei stammenden ehemaligen Hilfssoldaten und versuchte diese für den Untergrundkampf gegen Ben Bella in Algerien zu gewinnen<sup>324</sup>. Die kabyllische Opposition setzte in diesem Machtkampf auf die kabyllisch-berberische Identität, um eine Front gegen den arabisch geprägten FLN in Algerien aufzubauen, und schloss dabei auch diejenigen ein, die an der französischen Seite die Unabhängigkeit bekämpft hatten.

Insbesondere da es der AA nicht gelang, die algerische Gemeinschaft politisch zusammenzuhalten, setzte der Verband den Akzent auf die sozialen Aktivitäten<sup>325</sup>. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich in der Zeit nach dem Algerienkrieg, insbesondere für die mehrheitlich ungelerten algerischen Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zu ihrem primären Problem, ins-

321 Bernhard SCHMID, *Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land*, Münster 2005, S. 71–74.

322 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. *Délinquance politique*, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

323 Note secrète de la direction de l'Amicale des Algériens en France, 28.10.1964, AN: F1a/5113 (Hervorh. i. Orig.).

324 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. *Délinquance politique*, Okt. 1963, AN: vers. 19910467/1.

325 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

besondere da die Zahl der algerischen Migranten nach 1962 anstieg<sup>326</sup>. Die ehemaligen Hilfssoldaten, für die die Behörden im gleichen Bereich Arbeitsplätze suchten und denen sie offiziell Vorrang einräumten, stellten somit eine Konkurrenz für die algerischen Arbeiter dar. Sowohl die Arbeitgeber als auch die französischen Behörden befürchteten Unruhen in den Fabriken, insbesondere politischer Natur, und zögerten, ehemaligen Hilfssoldaten Arbeit in den Fabriken zu geben, in denen Algerier meist einen großen Teil der Arbeiterschaft ausmachten<sup>327</sup>. Allerdings konnte sich diese Konfliktsituation auch zum Nachteil der algerischen Arbeitsmigranten auswirken. Im Departement Lozère bekamen mit Unterstützung des Secours catholique in mehreren Kommunen ehemalige Hilfssoldaten Arbeit im Baugewerbe zugewiesen, in einem Bereich, in dem bereits mehrere Algerier tätig waren. Nachdem es zu Konflikten zwischen Hilfssoldaten und algerischen Arbeitern gekommen war, verloren Letztere nicht nur ihre Stelle, sondern auch ihre Aufenthaltsgenehmigung und wurden nach Algerien ausgewiesen<sup>328</sup>.

Mit der Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt wurde auch die Wohnsituation der algerischen Arbeiter in Frankreich komplizierter, wodurch es in diesem Bereich ebenfalls zu einer Konkurrenz zwischen ihnen und den ehemaligen Hilfssoldaten kam. Die Wohnsituation der algerischen Migranten wurde aufgrund der Politik, Mittel der Sonacotra zum Bau von Wohneinheiten für ehemalige Hilfssoldaten und deren Familien zu nutzen, erschwert<sup>329</sup>. Die AA war aus diesem Grund bemüht, die Nutzung von ursprünglich für algerische Arbeiter vorgesehenen Unterkünften durch ehemalige Hilfssoldaten zu verhindern. Im Departement Loire gaben die Behörden den Plan auf, ein Gebäude für die Unterbringung ehemaliger Hilfssoldaten zu nutzen, das sich unmittelbar gegenüber eines von der AA betriebenen Arbeiterwohnheims befand. Sie schätzten die Gefahr möglicher Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Bewohnern als zu hoch ein<sup>330</sup>. Auch die Führung des FLN intervenierte selbst in der Frage der Wohnsituation der algerischen Migranten. Ein Runder Tisch brachte zu dieser Frage im April 1965 Vertreter der algerischen und der französischen Regierung zusammen. Die Vertretung des FLN nutzte die Gelegenheit, um die Rückgabe aller von der Sonacotra finanzierten Wohneinheiten, in denen ehe-

<sup>326</sup> WEIL, *La France*, S. 61f.

<sup>327</sup> Siehe dazu ausführlich [Kap. 3.1](#).

<sup>328</sup> Secours catholique. Rapatriés d'AFN, 21.12.1962, AN: vers. 19920149/3.

<sup>329</sup> Vgl. zu der Wohnsituation der Arbeitsmigranten in der Zeit nach der Unabhängigkeit Algeriens Yves LEQUIN, *Immigrés en ville*, in: DERS. (Hg.), *Histoire des étrangers et de l'immigration en France*, Paris 2006, S. 407–416.

<sup>330</sup> Le préfet de la Loire à monsieur le ministre des Rapatriés, 25.10.1963, AN: vers. 19920149/2.

malige Hilfssoldaten untergebracht waren, an die algerischen Migranten zu fordern<sup>331</sup>.

Mit seiner Forderung, die Gelder der Sonacotra ausschließlich für algerische Migranten zu verwenden, verdeutlichte der FLN, dass er sich für die algerische Gemeinde in Frankreich verantwortlich fühlte. Der FLN verfolgte in den Verhandlungen mit der französischen Regierung stets das Ziel, die Situation der algerischen Staatsbürger in Frankreich zu verbessern, die er als Teil der algerischen Gemeinschaft ansah. Eine Integration der in Frankreich lebenden Algerier in die französische Gemeinschaft war nicht erwünscht. Der algerische Staatschef Boumedienne machte dies im Jahre 1973 deutlich, als er betonte, der Stolz auf die »authenticité arabo-islamique« sollte die Algerier in Frankreich vor einer Integration schützen<sup>332</sup>. Die ehemaligen Hilfssoldaten sah der FLN jedoch nicht als Teil dieser algerischen Nation an, auch dann nicht, wenn sie die arabisch-islamische Identität und die Probleme der algerischen Migranten teilten. Als sich im Laufe der 1970er Jahre die Situation der Algerier in Frankreich zunehmend verschlechterte und zudem die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien auf den Prüfstand gestellt wurden, nahmen auch die Spannungen zwischen den algerischen Migranten und den repatriierten Muslimen wieder zu.

Der Großbrand in einer inoffiziellen Wohnsiedlung in der im Nordosten von Paris liegenden Kommune Aubervilliers brachte 1970 die schlechten Lebensbedingungen der algerischen Gemeinde zum Vorschein. Obwohl die Regierung auf dieses Ereignis mit einem Plan des sozialen Wohnungsbaus reagierte, blieb die Lage angespannt<sup>333</sup>. Da er die Sicherheit algerischer Staatsbürger in Frankreich in Gefahr sah, schaltete sich auch der algerische Staatschef Boumedienne im Januar 1973 in die Debatte um die soziale Situation der Migranten in Frankreich ein. Er kritisierte nicht nur die sozialen Bedingungen, sondern in erster Linie die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt gegen algerische Staatsbürger, die ihm zufolge so weit gehe, dass ihr Leben in Frankreich in Gefahr sei. Es sei die Aufgabe der französischen Regierung und der französischen Sicherheitskräfte, auf französischem Territorium für die Sicherheit der algerischen Staatsbürger zu sorgen. Da er diese Sicherheit Anfang 1973 als nicht mehr gewährleistet ansah, stoppte er die Auswanderung algerischer Staatsbürger nach Frankreich kurzzeitig<sup>334</sup>. Die Frage der algerischen Arbeitsmigration beeinflusste so die diplomatischen Beziehungen, die aufgrund der

<sup>331</sup> Service des affaires musulmanes. Note à l'attention de monsieur le directeur général des affaires politiques et de l'administration du territoire, 6.4.1965, AN: F1a/5113.

<sup>332</sup> Zitiert nach: STORA, Histoire de l'Algérie, S. 53.

<sup>333</sup> Vgl. WEIL, La France, S. 71f.

<sup>334</sup> Vgl. STORA, Histoire de l'Algérie, S. 53.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Verstaatlichung der Ölreserven Algeriens ohnehin in hohem Maße angespannt waren<sup>335</sup>. Die angespannte diplomatische Situation verschlechterte wiederum die Beziehungen zwischen den algerischen Arbeitern in Frankreich und der französischen Mehrheitsgesellschaft. Boumedienne sollte mit seiner Aussage, die Sicherheit algerischer Staatsbürger sei durch die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt in Frankreich nicht mehr gewährleistet, nicht Unrecht haben. Im Herbst 1973 kam es zu Zwischenfällen, die die in Frankreich lebenden Algerier in hohem Maße alarmierten. Nachdem ein Algerier einen Busfahrer erwürgt hatte, kam es insbesondere im Süden Frankreichs zu zahlreichen Übergriffen gegen Nordafrikaner. Am Ende der Ausschreitungen wurden elf Tote gezählt<sup>336</sup>.

Auch diese Geschehnisse wirkten sich wieder negativ auf die Beziehungen zwischen algerischen Arbeitsmigranten und ehemaligen Hilfssoldaten aus. Die Verantwortlichen der AA verteidigten die Politik der algerischen Regierung und kamen hierbei auch in Konflikt mit ehemaligen Hilfssoldaten. Anfang 1974 kritisierte der Verband die bei den Éditions du Seuil veröffentlichte Reportage über die Situation der algerischen Arbeiter mit dem Titel »Ahmed. Une vie d'Algérie, est-ce que ça fait un livre que les gens vont lire?« Das Buch basierte auf einem ausführlichen Interview eines Journalisten mit einem algerischen Arbeiter in Frankreich. Der Interviewte war zwar algerischer Staatsbürger, hatte jedoch während des Algerienkrieges als Hilfssoldat auf französischer Seite gedient. Er kommentierte nicht nur das Leben in Frankreich, sondern auch die aktuelle Situation in Algerien und gab in diesem Kontext an, die Algerier seien die eigentlichen Verlierer des Krieges, da sich die wirtschaftliche und soziale Situation dort zunehmend verschlechterte<sup>337</sup>. Diese Aussagen des Interviewten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Algerien kommentierte die AA in ihrem Verbandsorgan mit folgenden Worten: »Si on suit bien son raisonnement, mieux valait pour les Algériens de demeurer sous le joug des colons plutôt que de prendre en main leur destinée«. Der Verband warf dem Interviewten vor, »des propos stéréotypés dignes d'un nostalgique de l'Algérie française et des ennemis de toujours du peuple algérien« zu verbreiten<sup>338</sup>. Er sah in dem Diskurs des interviewten Ahmed ein typisches Beispiel für die von den »Verrä-

335 Vgl. *ibid.*, S. 52f.

336 Saliha AMARA, *Le »mouvement beur«*, in: *Hommes et migrations* 1144 (1991), S. 19–26, hier S. 21.

337 *Ahmed. Une vie d'Algérie, est-ce que ça fait un livre que les gens vont lire?* Paris 1974.

338 *Ahmed, ce n'est pas la vie des Algériens*, in: *L'Algérie en Europe* 183 (1974), S. 13.



tern« verbreitete kolonialverherrlichende Rhetorik und sprach Ahmed daher das Recht ab, für die algerische Gemeinde in Frankreich zu sprechen<sup>339</sup>.

Für die AA wog die Rhetorik umso schwerer, da Algerien dem interviewten ehemaligen Hilfssoldaten zunächst verziehen habe und er nach wie vor die algerische Staatsbürgerschaft habe<sup>340</sup>. Mit diesen Worten verdeutlichten die Vertreter der AA, dass sie nicht grundsätzlich alle ehemaligen Hilfssoldaten aus der algerischen Gemeinschaft auszuschließen gedachten, sondern nur diejenigen, die sich weiterhin in Opposition zur FLN-Führung stellten. Hinter der Veröffentlichung von »Ahmed. Une vie d'Algérie« vermutete der Verband eine politische Strategie, den Ruf Algeriens und der algerischen Arbeiter in Frankreich zu schädigen. Alle Stereotypen des »Arabe-égorgéur-violeur rancunier« würden in diesem Werk bestätigt<sup>341</sup>. Dadurch sah der Verband sich in dem Verdacht bestätigt, diejenigen, die sich am Unabhängigkeitskampf nicht beteiligt hatten, würden immer wieder versuchen, den algerischen Staat zu destabilisieren und die algerische Nation zu diffamieren.

Im Herbst 1975 spitzte sich die bereits angespannte Situation zwischen den algerischen Arbeitern in Frankreich und ehemaligen Hilfssoldaten durch die Aufstände in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise weiter zu. Während sich die erste Aufstandswelle gegen die französische Verwaltung und die Träger der Integrationspolitik gewandt hatte, richtete sich die zweite Welle, die mit der Borzani-Affäre verbunden war, gegen die algerische Gemeinde in Frankreich. Es kam zu vereinzelt Übergriffen auf algerische Arbeiter sowie zu Entführungen. Am 5. August wurden nahe Nîmes vier algerische Arbeiter entführt und im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise gefangen gehalten. Zudem wurde am 16. August, zu einem Zeitpunkt, als sich der kleine Borzani bereits wieder in Frankreich befand, Djelloul Belfadel, ein Verantwortlicher der AA, entführt und mehrere Tage im Lager von Bias als Geisel gehalten<sup>342</sup>. Im gleichen Zeitraum meldete der Verband, in verschiedenen Städten Drohanrufe bekommen zu haben. Auch Detonationen in seinen Räumlichkeiten wurden vermeldet<sup>343</sup>. Die Verantwortlichen der AA stellten den Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und zurückliegenden Attentaten auf Räumlichkeiten des Verbands in Frankreich, eine Detonation in der algerischen Botschaft von Rom sowie auf vereitelte Bombenanschläge gegen die algerischen Botschaften

339 Ibid.

340 Ibid.

341 Ibid., S. 14.

342 Vgl. zu der Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 143–145.

343 *Les harkis. Un problème français*, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 5.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

von Bonn und London her<sup>344</sup>. Die AA sprach von einer »nouvelle campagne antialgérienne accompagnée d'actes de banditisme portant gravement atteinte à la sécurité de nos ressortissants«<sup>345</sup>.

Für die AA stellte der Fall Borzani eine »banale affaire de formalité administrative« dar<sup>346</sup>. Die Mutter des kleinen Borzani war ohne ihren Gatten nach Algerien gereist. Die algerischen Behörden forderten für die Ausreise die Zustimmung beider Elternteile. Aus diesem Grund blieb Borzani einige Tage bei seinen Verwandten in Algerien, bis die schriftliche Genehmigung des Vaters den algerischen Behörden vorlag<sup>347</sup>. Dies sei ein Vorgehen, wie es in vielen Flughäfen der Welt regelmäßig angewandt werde. Gezielt werde es jedoch von »un ramassis de traîtres, de nostalgiques de l'époque coloniale, manipulés par ces milieux que la politique de développement menée par notre pays dérange« als Vorwand genutzt, um algerischen Migranten und somit dem algerischen Staat zu schaden, war in dem Verbandsorgan der AA zu lesen<sup>348</sup>. Die Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten, die gemeinsam mit Vertretern der muslimischen Elite und Aktivisten der *Algérie française* für die Aufstände verantwortlich waren, wurden mit diesen Worten als Verräter beschrieben, die sich zu Opfern stilisierten und sich gleichzeitig von den Aktivisten der *Algérie française* instrumentalisieren ließen, um dem algerischen Staat zu schaden. Die Berichterstattung der französischen Presse kommentierte die AA dieser Deutung folgendermaßen: »À l'en croire, les gentils harkis, à la limite du désespoir, ont été obligés d'utiliser la prise d'otages pour amener les méchants ogres algériens à rendre l'enfant ›volé‹«<sup>349</sup>. Sie warfen den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen mit diesen Worten Viktimisierung vor.

Die Vertreter der AA nutzten die Vorkommnisse für eine umfassende Stellungnahme zu den Problemen der ehemaligen Hilfssoldaten. Sie warfen die Frage auf, ob es tatsächlich nötig sei, daran zu erinnern, dass allein die französische Regierung für das Schicksal »de cette catégorie de nouveaux Français« zuständig sei. Die Hilfssoldaten hätten sich selbst gegen die Zugehörigkeit zur algerischen Nation entschlossen, als sie »contre leurs propres frères« zu den Waffen gegriffen hätten<sup>350</sup>. Die AA schloss die ehemaligen Hilfssoldaten mit der

344 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 10.

345 Les harkis. Un problème français, *ibid.*, S. 5.

346 *Ibid.*

347 PIERRET, *Les révoltes*, S. 143.

348 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 10.

349 *Ibid.*

350 Les harkis. Un problème français, in: *L'Algérie en Europe* 218 (1975), S. 5.

Begründung, sie hätten sich bewusst gegen die algerische Nation entschieden, klar aus dieser aus. Gleichzeitig ging der Verband jedoch einen Schritt auf die zweite Generation zu. Diese könne nicht für die Handlungen ihrer Eltern verantwortlich gemacht werden. Wenn die Jugend es wünsche, werde man ihnen fortan »leur nationalité d'origine« zurückgeben, damit sie gemeinsam mit der algerischen Jugend beim Aufbau des Landes helfen könnten<sup>351</sup>. Mit der Bezeichnung »nationalité d'origine« unterstrichen die Verantwortlichen der AA, dass man die muslimische Bevölkerung Algeriens während der Zeit der französischen Kolonialherrschaft nicht als Bürger der Französischen Republik angesehen hatte, sondern stets von der Existenz eines algerischen Volkes ausgegangen war. Nur durch ihr Handeln während des Krieges und durch ihre Entscheidung für die französische Staatsbürgerschaft nach der Unabhängigkeit Algeriens waren die Hilfssoldaten dieser Argumentation folgend zu »nouveaux Français« geworden. Ihre Nachkommen wurden jedoch weiterhin als potentielle Mitglieder der algerischen Nation angesehen, weshalb man sie einlud, sich nun bewusst für Algerien zu entscheiden und somit wieder Teil der algerischen Gemeinschaft zu werden.

Diese Einladung ging auch an Söhne der Hilfssoldaten, die an den Übergriffen gegen algerische Migranten beteiligt gewesen waren, da die AA sie nicht als eigentliche Urheber der Ereignisse ansah. Die offizielle Version lautete, sie hätten sich von Aktivisten der *Algérie française* manipulieren und instrumentalisieren lassen. Tatsächlich hätten jedoch Aktivisten der *Algérie française*, namentlich die OAS, im Hintergrund die Fäden gezogen. Der Vorstand der AA stellte kurz nach den Ereignissen in Paris klar, er glaube nicht an die These, die Aufstände seien von einer »génération spontanée« durchgeführt worden<sup>352</sup>. Bei der Entführung Belfadels seien »[de] nombreux rescapés de l'OAS« anwesend gewesen, die der Polizei bekannt seien, da sie die Aktionen »des commandos fascistes en Algérie« vorbereitet und durchgeführt hätten<sup>353</sup>. Belfadel selbst gab in seiner Version der Geschehnisse an, es seien Europäer gewesen, die die Fäden in der Hand gehalten hätten. Er sprach von Unstimmigkeiten zwischen den an der Entführung beteiligten Europäern und den Bewohnern des Lagers von Bias. Er sei zwar von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten gefangen gehalten und überwacht worden, diese hätten jedoch stets unter dem Kommando eines Europäers gestanden, der ihnen vorgeworfen habe, zu milde mit dem Gefangenen umzugehen<sup>354</sup>. Belfadels Aussage relativierte die Verantwortung der an den

351 Ibid.

352 Réunion du conseil de l'Amicale: La sécurité à l'ordre du jour, *ibid.*, S. 14.

353 Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 11.

354 Le témoignage de M. Belfadel, *ibid.*, S. 13.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Entführungen und Übergriffen beteiligten Söhne ehemaliger Hilfssoldaten. Ihr Fehler wurde darin gesehen, sich als Handlanger einer »agitation bien orchestrée« ausnutzen zu lassen, um das in der algerischen Gemeinde in Frankreich ohnehin vorherrschende Gefühl der Unsicherheit zu verstärken<sup>355</sup>. Als Verantwortliche macht die AA jedoch die Aktivisten der *Algérie française* aus, die ihr zufolge noch immer gut organisiert agieren konnten.

Die Ereignisse zeigten, dass noch dreizehn Jahre nach dem Ende des Krieges Feindseligkeiten existierten, die auch generationelle Schranken überwandten. Nach dem Ende des Krieges hatte die AA zwar erklärt, den ehemaligen Hilfssoldaten nicht mehr feindselig gegenüberzutreten zu wollen, de facto war die Beziehung zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und den algerischen Arbeitsmigranten jedoch bis in die Mitte der 1970er Jahre stets von Spannungen geprägt. Dass beide Gruppen in Frankreich mit den gleichen sozialen Schwierigkeiten konfrontiert waren, führte eher zu einer Eskalation als zu einer Entspannung. Es kam zu einer Konkurrenz zwischen beiden Gruppen, wobei die französische Regierung stets mit Verweis auf die französische Staatsbürgerschaft der meisten ehemaligen Hilfssoldaten deren Bevorzugung befürwortete. Als Reaktion darauf verwiesen der FLN in Algerien und dessen Vertretung in Frankreich stets darauf, dass sie nicht für die ehemaligen Hilfssoldaten zuständig seien, da diese sich für die französische Seite entschieden hätten. Die Hilfssoldaten hatten sich im Verständnis des FLN bereits während des Krieges und erneut durch die Beantragung der französischen Staatsbürgerschaft für Frankreich entschieden und waren in diesem Sinne als französische Bürger anzusehen. Die AA bezeichnete sie jedoch als »nouveaux Français«. Indem der Verband diesen Ausdruck verwendete, brachte er zum Ausdruck, dass sie vor der Unabhängigkeit Algeriens keine französischen Bürger gewesen seien, und unterstrich so die These der Existenz eines algerischen Volkes, das aus der muslimischen Bevölkerung Algeriens bestand.

Erst in den 1980er Jahren sollte es durch einen tiefgreifenden Wandel der algerischen Gemeinschaft in Frankreich zu einer Annäherung zwischen den beiden algerischstämmigen Gruppen kommen. Hatte der algerische Präsident Boumedienne noch 1973 deutlich gemacht, dass eine Integration der algerischen Bevölkerung in die französische Gesellschaft nicht erwünscht sei, sondern vielmehr deren Rückkehr nach Algerien erwartet werde, so trat Anfang der 1980er Jahre eine zweite Generation in den Vordergrund, die in Frankreich geboren und aufgewachsen war. Bis in die Mitte der 1970er Jahre waren Algerier als Arbeitsmigranten nach Frankreich gekommen. Sie hatten gemäß der Forderung des FLN in der großen Mehrheit die algerische Staatsbürgerschaft

<sup>355</sup> Les coupables, resteront-ils encore impunis?, *ibid.*, S. 11.

behalten und die Rückkehr nach Algerien geplant<sup>356</sup>. Mit dem Familiennachzug Mitte der 1970er Jahre entstand jedoch eine neue Generation muslimischer Franzosen. Da ihre Eltern geboren worden waren, als Algerien noch staatsrechtlich zu Frankreich gehört hatte, wurden die Kinder der algerischen Arbeitsmigranten mit der Volljährigkeit französische Staatsbürger<sup>357</sup>. Sie waren daher mit der Volljährigkeit rechtlich integriert, jedoch zu einem Zeitpunkt, als in Frankreich die Wirtschaftskrise einsetzte, und hatten aus diesem Grund Schwierigkeiten, sich sozial zu integrieren. Mit der Wirtschaftskrise nahm auch die Fremdenfeindlichkeit in Frankreich zu, was die soziale Integration dieser zweiten Generation zusätzlich erschwerte<sup>358</sup>.

Anfang der 1980er Jahre begannen sich Mitglieder der zweiten Generation zu politisieren und mit Forderungen an die französische Regierung heranzutreten. Es entstand die als *beurs* bezeichnete Gruppe, die in der öffentlichen Wahrnehmung die Kinder der maghrebinischen Arbeitsmigranten umfasste, die zu großen Teilen in den Vorstädten der französischen Großstädte lebten<sup>359</sup>. Die *beurs* wurden in den zeitgenössischen Medien als soziales und politisches Phänomen thematisiert und zu einem Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften. Dabei wird der Tatsache, dass die politischen Aktivitäten Anfang der 1980er Jahre nicht nur von Kindern der Arbeitsmigranten, sondern auch von Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten initiiert wurden, in der Wissenschaft bis heute nur wenig Beachtung geschenkt. Lediglich einige wenige Wissenschaftler, die explizit die »harkis« in den Blick nehmen, weisen darauf hin, wie in dieser Generation die Grenzen zwischen den maghrebinischen Arbeitsmigranten und den ehemaligen Hilfssoldaten verschwammen<sup>360</sup>.

Als Ausgangspunkt der Politisierung der *beurs* ist die im Jahr 1983 durchgeführte *Marche pour l'égalité* anzusehen, die zugleich den Beginn der gemein-

356 Vgl. NOIRIEL, *Le creuset français*, S. 208.

357 WEIL, *Qu'est-ce qu'un Français?*, S. 168.

358 Vgl. WEIL, *La République*, S. 77–79.

359 Der Begriff *beur* entstand aus einer Umkehrung des Wortes *arabe*. War er zunächst als diffamierender Begriff entstanden, übernahmen ihn die Betroffenen schließlich selbst. Vgl. hierzu Adelheid SCHUMANN, *Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung. Die Beurs, Kinder der maghrebinischen Immigration in Frankreich*, Frankfurt a. M., London 2002, S. 29–35.

360 Vgl. zu der Literatur, in der die »harkis« keine Erwähnung finden, u. a. BATTEGAY, BOUBEKER, *Des Minguettes*; AMARA, *Le »mouvement beur«*; Laurent MUCCHIELLI, *Entre émeutes et politiques de la ville. La détresse des habitants des »zones urbaines sensibles«*, in: Marie POINSOT, Serge WEBER (Hg.), *Migrations et mutations de la société française. L'état des savoirs*, Paris 2014, S. 203–211. Vgl. zu der Literatur, in der die Beteiligung von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten an der Bewegung thematisiert wird, SPINA, *Enfant de harkis*; PIERRET, *Les révoltes*.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

samen politischen Aktivitäten der Kinder der maghrebinischen Arbeitsmigranten und der ehemaligen Hilfssoldaten markierte. In Les Minguettes, einer hauptsächlich von Menschen maghrebinischer Herkunft bewohnten, strukturell sozial schwachen Vorstadt Lyons, wurde der junge Toumi Djaidja, der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, durch eine von einem Polizisten abgefeuerte Kugel in den Bauch getroffen. Dieser Vorfall war Ausdruck der Vermischung sozialer Fragen mit dem Problem der Fremdenfeindlichkeit in Frankreich. Bereits vor der Marche pour l'égalité war es zu Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei und zu Aufständen in verschiedenen Vorstadtsiedlungen gekommen<sup>361</sup>. Nachdem ein Polizist einen Schuss auf Djaidja abgefeuert hatte, reagierten die jugendlichen Bewohner von Les Minguettes nicht mit Aufständen, sondern mit einem gewaltfreien Protestmarsch von Lyon nach Paris, mit dem sie ein Zeichen gegen Rassismus setzen wollten<sup>362</sup>.

Der Marsch wurde auch unter dem Namen »Marche des beurs« bekannt. Dass es sich bei den Initiatoren der Aktion hauptsächlich um Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handelte, wurde nach außen nicht thematisiert, zeigt jedoch, wie sich die Nachkommen der Arbeitsmigration und der Hilfssoldaten annäherten. Die Rolle ihrer Väter zur Zeit des Algerienkriegs spielte für diese Jugendlichen keine Rolle<sup>363</sup>. Das offizielle Motto, unter dem die Demonstration und die Abschlusskundgebung am 3. Dezember in Paris stattfanden, lautete: »Marche pour l'égalité. Rassemblant les habitants de France de toutes origines pour la constitution d'une société solidaire«<sup>364</sup>. Es ging den Initiatoren darum, auf die sozialen Probleme, jedoch hauptsächlich auf den zunehmenden Rassismus hinzuweisen, unter dem ihnen zufolge diejenigen litten, die rein äußerlich als andersartig wahrgenommen wurden. Claude Servan-Schreiber und Françoise Gaspard prägten den Begriff des *délit de gueule*, der sich darauf bezog, dass anhand äußerer Merkmale die Kategorie »Araber« ausgemacht und pauschal als verdächtig wahrgenommen wurde<sup>365</sup>. Alle »Araber« wurden unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und unabhängig von ihrer eigenen Rolle oder der Rolle ihrer Väter während des Algerienkriegs zu Opfern von Diskriminierung und der zunehmenden rassistisch motivierten Übergriffe und Polizeigewalt. Dem galt es sich entgegenzustellen, weshalb die Initiatoren des Marschs erklärten, sich für ein Frankreich »de la solidarité« zu engagieren und gegen Rassis-

<sup>361</sup> BATTEGAY, BOUBEKER, Des Minguettes, S. 54f.

<sup>362</sup> SPINA, *Enfant de harkis*, S. 185f.

<sup>363</sup> *Ibid.*, S. 185f.

<sup>364</sup> Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: [Quellensammlung](#).

<sup>365</sup> Françoise GASPARD, Claude SERVAN-SCHREIBER, *La fin des immigrés*, Paris 1984, S. 182.

mus und ein Abgleiten der französischen Gesellschaft in die Xenophobie einzutreten<sup>366</sup>.

Mit dem Ziel, »les habitants de France de toutes les origines« zu versammeln, setzten sich die Initiatoren des Marsches zugleich für Gleichheit und für das Recht auf Differenz ein<sup>367</sup>. Bei ihrer Ankunft in Paris empfing sie Staatspräsident François Mitterrand und gab ihnen die Möglichkeit, ihre konkreten Forderungen vorzutragen. Sie verließen den Elyseepalast mit zwei Versprechen Mitterrands: Er versprach zum einen, die Maßnahmen gegen Rassismus auszubauen. Zum anderen leitete er die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer von fünf auf zehn Jahre in die Wege. Diese Maßnahme sollte mehr Rechtssicherheit für diejenigen schaffen, die nicht die französische Staatsbürgerschaft hatten<sup>368</sup>. Zu dieser Gruppe gehörten auch viele der minderjährigen *beurs*, galten sie doch bis zu ihrer Volljährigkeit nicht als französische Staatsbürger, wenn ihre Eltern nicht die Einbürgerung beantragt hatten. Die Forderung nach Gleichheit bezog sich somit nicht nur auf französische Staatsbürger, sondern auch auf Ausländer in Frankreich. Die Initiatoren des Marschs wichen mit diesem Ansatz vom traditionellen Weg zur Integration ab, nach dem stets die Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für Gleichbehandlung galt. Sie traten vielmehr für ihr Recht auf Differenz ein.

Die Gruppe der *beurs* politisierte sich in Folge der Marche pour l'égalité weiter. Die Initiatoren der Aktion von 1983 äußerten nach dem Ende des Marschs die Hoffnung, den Anstoß für ein breites Engagement weiterer Jugendlichen gegeben zu haben<sup>369</sup>. Diese Hoffnung sollte sich erfüllen. Es entstanden verschiedene Verbände junger *beurs*, die sich auf verschiedene Art und Weise gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzten. Als bedeutender Verband ist hier SOS Racisme zu nennen, der über mehrere Jahre hinweg tonangebend sein sollte. SOS Racisme setzte sich aktiv gegen rassistisch motivierte Übergriffe in Frankreich ein<sup>370</sup>. Mit dem Engagement gegen Rassismus besetzte der Verband ein Feld, das die AA bereits seit den 1970er Jahren für sich bean-

366 SOS. Avenir Minguettes, MAN, CIMADE: Appel des marcheurs. La marche... et puis après, 3.2.1984, Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

367 SCHUMANN, Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, S. 28f.

368 Geneviève DREYFUS-ARMAND, Thomas CAUDRON, Les immigrés dans la société, 1981–1984, in: Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, Jean-Louis BIANCO (Hg.), Les années Mitterrand. Les années du changement (1981–1984), Paris 2001, S. 548–566, hier S. 565.

369 SOS Avenir Minguettes, MAN, CIMADE: Appel des marcheurs. La marche... et puis après, 3.2.1984, Marche pour l'égalité et contre le racisme, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

370 BATTEGAY, BOUBEKER, Des Minguettes, S. 57.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

spruchte. Die AA verlor mit der Politisierung der *beurs* den Alleinvertretungsanspruch für die algerische Gemeinde in Frankreich. Sie fürchtete zunehmend, die zweite Generation könne sich in einem zu hohen Maße in die französische Gesellschaft integrieren und den Bezug zu Algerien verlieren. Aus diesem Grund forderte sie auch weiterhin die algerische Gemeinde in Frankreich dazu auf, sich nicht einbürgern zu lassen, sondern die algerische Staatsbürgerschaft zu behalten. Wiederholt ließ die Führung des Verbandes verlauten, die Jugend solle sich in die französische Gesellschaft integrieren, jedoch nicht ohne das Bewusstsein für ihre Zugehörigkeit zur algerischen Gemeinschaft zu bewahren<sup>371</sup>.

Man bemühte sich in der AA, Verbindungen zur *beurs*-Bewegung aufzubauen und gemeinsame Ziele zu betonen. Die Vertretung des FLN auf französischem Boden teilte mit den Vertretern der *beurs* das Ziel, gegen den Rassismus in Frankreich vorzugehen und für ein Recht auf Differenz zu kämpfen. Allerdings entfernte sich die AA in ihrer Zielsetzung klar von der *beurs*-Bewegung, als Ende der 1980er Jahre in der Bewegung ein Richtungswechsel stattfand. Innerhalb der Gruppe entstand mit dem Verband France Plus eine neue Organisation, die als eine Art Gegenbewegung zu SOS Racisme verstanden wurde<sup>372</sup>. France Plus wurde gemeinsam von Nachkommen maghrebinischer Einwanderer und ehemaliger Hilfssoldaten gegründet. Diese stellten nicht den Kampf gegen Rassismus und für eine Anerkennung kultureller Differenzen in den Vordergrund, sondern sahen die soziale Exklusion als größtes Problem der französischen Gesellschaft. Sie verstanden sich als »jeunes citoyens français d'origine étrangère engagés à bâtir une société plus solide et plus tolérante fondée sur les valeurs de la République: liberté, égalité de droits et de devoirs, fraternité, laïcité«<sup>373</sup>. Durch solche Äußerungen machten sie klar, in welchem Maße sie sich als französische Staatsbürger verstanden. Den von der sozialistischen Regierung verfolgten Ansatz, die kulturelle Besonderheit der muslimischen Bevölkerung Frankreichs zu betonen, lehnten sie ab. Für sie stand dieser Ansatz im Widerspruch zum Ideal der universalistischen Republik, das der Herkunft der Bürger neutral gegenüberstehe<sup>374</sup>.

Generell lehnten die Vertreter von France Plus es ab, von einem Problem der Integration der zweiten Generation zu sprechen. In einem Flugblatt ließen sie verlauten, für sie als »enfants d'immigrés, de harkis, de rapatriés« werde die

<sup>371</sup> Vgl. z. B. Assumer la bi-nationalité de fait dans toutes ses dimensions!, in: Actualité de l'émigration 124, (1988), S. 3.

<sup>372</sup> SCHUMANN, Zwischen Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, S. 78.

<sup>373</sup> Tous les droits, tous les devoirs du citoyen, 4.6.1991, France Plus, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

<sup>374</sup> Ibid.



Frage der Integration mindestens eine Generation zu spät gestellt. Ausländer müssten in die französische Gemeinschaft integriert werden. Sie seien jedoch keine Ausländer, sondern französische Bürger, und als solche litten sie ebenso wie zahlreiche ihrer Mitbürger unter einer sozialen Ausgrenzung<sup>375</sup>. Um diese soziale Ausgrenzung zu überwinden, sollte die zweite Generation ihre französische Staatsbürgerschaft nutzen. Die Mitglieder von France Plus beteiligten sich nicht an dem Kampf gegen Rassismus in Frankreich, sondern sprachen mit Blick auf SOS Racisme herablassend von einem »gotha antiraciste«<sup>376</sup>. Sie forderten 1989 die zweite Generation der nordafrikanischen Einwanderer sowie die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten dazu auf, landesweit für verschiedene politische Lager bei den Kommunalwahlen anzutreten, eine Aktion, die sich als durchaus erfolgreich erweisen sollte<sup>377</sup>. Der Verband zielte darauf ab, im von der Französischen Republik gesteckten Rahmen Veränderungen voranzubringen.

Im Gegensatz zu den Initiatoren der Marche pour l'égalité machten die Verantwortlichen von France Plus die Tatsache, dass sich in dem Verband Kinder maghrebischer Einwanderer gemeinsam mit Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten engagierten, zum Thema. Nachdem er in einem Interview aufgefordert wurde, zu dieser Konstellation Stellung zu beziehen, erklärte der Präsident des Verbandes, Arezki Dahmani, niemand habe sich seine Eltern ausgesucht. Die Entscheidung der Eltern, sich im Algerienkrieg auf die eine oder andere Seite zu stellen, sage nichts über die zweite Generation aus. »Une guerre folle et insensée« habe diese Generation entzweit. Es sei nun das Ziel von France Plus, dazu beizutragen, »qu'une page de l'histoire douloureuse soit tournée par les ›beurs‹ et les enfants de harkis«. »Tout en gardant la mémoire« würden sie versuchen, gemeinsam eine neue Geschichte »plus juste et plus digne« zu schreiben<sup>378</sup>. Dahmani erklärte, Politiker und andere Akteure hätten den *beurs* und den Nachkommen der Hilfssoldaten gegenüber stets das Prinzip »teile und herrsche« angewandt, wodurch sie manipulierbar gewesen seien. Jetzt erst hätten sie verstanden, wie viel sie gemeinsam erreichen könnten<sup>379</sup>. Dahmani machte mit diesen Worten deutlich, dass sich sowohl *beurs* als auch die Kinder der Hilfssoldaten der Geschichte ihrer Eltern bewusst waren, sich

375 Ibid.

376 Arezki DAHMANI, Un »plan de paix« pour les banlieues, in: La Lettre de France Plus 14 (1995), S. 1.

377 Ibid.

378 Tous les droits, tous les devoirs du citoyen, 4.6.1991, France Plus, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

379 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

jedoch bewusst dafür entschieden hatten, diese Vergangenheit hinter sich zu lassen, um gemeinsam an einer besseren Zukunft in Frankreich zu arbeiten.

Viele Gruppierungen der *beurs*-Bewegung kritisierten den Ansatz von France Plus, bezogen sich in ihrer Kritik jedoch nicht auf das gemeinsame Auftreten der beiden Gruppen aus der zweiten Generation. Viele einstige Aktivisten der *beur*-Bewegung werteten es als Verrat, dass der Verband den Kampf gegen den Rassismus in den Hintergrund rückte und sich vom Prinzip der Anerkennung der Differenz verabschiedete. Der Begriff *beurgeoisie* setzte sich unter den *beurs* durch, um die Vertreter einer Integration nach universalistischem Prinzip zu bezeichnen, die sich dem Recht auf Differenz verweigerten<sup>380</sup>. Auch die AA kritisierte die Idee, junge Franzosen maghrebinischer Herkunft bei den Kommunalwahlen 1989 aufstellen zu lassen, um so den republikanischen Rahmen zu nutzen und auf diese Weise soziale Veränderungen herbeizuführen. France Plus gehe von der Prämisse aus, die Wahl junger Maghrebiner mit französischer Staatsbürgerschaft werde das Problem des Rassismus langfristig von selbst lösen, weshalb man ihn nicht mehr aktiv zu bekämpfen brauche. Dies sei jedoch ein Trugschluss. Die französische Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht könnten rassistisch motivierte Straftaten nicht verhindern<sup>381</sup>. Um diese These zu unterstreichen, verwies die AA auf das Schicksal der Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten. Obwohl diese seit ihrer Geburt die französische Staatsbürgerschaft hätten, seien sie stets aus der französischen Gesellschaft ausgeschlossen worden und seien nicht minder Opfer rassistisch motivierter Gewalt. Der Verband verwies auf das jüngste Beispiel eines rassistisch motivierten Verbrechens. Die 22-jährige Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten war am Vorabend der 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution in Saint-Laurent-des-Arbres von mehreren aus einem vorbeifahrenden Auto abgefeuerten Kugeln niedergestreckt worden<sup>382</sup>. Die AA stellte sich gegen den von France Plus verfolgten Ansatz der Integration, da sie als Vertretung des FLN auf französischem Boden nach wie vor bemüht war, eine Loslösung der maghrebinischen Gemeinschaft von Algerien zu verhindern. Ihr Hinweis auf das Schicksal der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten war Teil ihrer Strategie. Mit dieser Argumentation erinnerte sie an die von den Initiatoren der *Marche pour l'égalité* vertretene These des *délit de gueule*. Allein aufgrund äußerer Merkmale werde die maghrebinische Gemeinde in Frankreich nicht akzeptiert. Die französische Staatsbürgerschaft ändere daran nichts. Mit dieser Argumentation betonte auch die AA die gemeinsamen Erfahrungen und Probleme der Kinder

<sup>380</sup> Catherine WIHTOL DE WENDEN, *Naissance d'une bourgeoisie*, in: *Migrations société* 8 (1990), S. 9–16, hier S. 9f.

<sup>381</sup> *Le temps de la gestion*, in: *Actualité de l'émigration* 186 (1989), S. 32f.

<sup>382</sup> *Ibid.*

algerischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten und blendete die Differenzen zwischen beiden Gruppen aus.

Die gemeinsamen Erfahrungen und Probleme der Nachkommen algerischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten wurden Anfang der 1990er Jahre nicht nur durch das Engagement von France Plus, sondern auch in den französischen Vororten sichtbar. Bereits als von Les Minguettes aus Jugendliche zur Marche pour l'égalité aufgebrochen waren, wurden in der öffentlichen Wahrnehmung in Frankreich die Begriffe *beurs* und *banlieue* verknüpft. Dabei verkörperten die *beurs* die sozialen Probleme der Bewohner der *banlieues*, jedoch zugleich auch den Versuch, diese Probleme durch politische Aktionen zu überwinden. Während mit France Plus Ende der 1980er Jahre Akteure das politische Erbe dieser *beurs* übernahmen, die selbst nie in den französischen Vorstädten gelebt hatten und die dortigen soziale Probleme nicht teilten, wurden die *banlieues* zugleich zum Inbegriff der sozialen Exklusion, was sich schließlich in den Aufständen äußerte. Während die Generation der *beurs* sich durch den Versuch eines sozialen Aufstiegs ausgezeichnet hatte, entstand in den Vorstädten eine neue Generation, die zum Inbegriff des sozialen Scheiterns werden sollte<sup>383</sup>. Diese Generation knüpfte nicht an die politisierte Protestgeneration der *beurs* an, sondern an die ersten Unruhen in den französischen Vorstädten von Anfang der 1980er Jahre. Es folgten die nach dem Sozialwissenschaftler Adil Jazouli sogenannten »années banlieues«<sup>384</sup>, mit einer Reihe von Aufständen in den Vorstädten, die bis heute immer wieder aufflammen.

Da sich auch zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten in diesen niedergelassen hatten, war es weder für die zeitgenössischen Medien noch für Sozialwissenschaftler leicht auszumachen, in welchem Maße sich auch Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten an diesen Aufständen beteiligten. Als 1991 in Amiens Aufstände ausbrachen, war sich die Presse uneins darüber, ob Kinder von Migranten oder von Hilfssoldaten dafür verantwortlich waren<sup>385</sup>. Ende des Jahres 1994 war die Ursache für die Unruhen, bei denen in einer der Vorstädte von Amiens 16 Polizisten verletzt wurden, klar: Die CRS war gewaltsam in ein Vereinsheim eingedrungen, in dem der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten seinen Geburtstag feierte. Es war jedoch nicht auszumachen, ob lediglich die Hilfssoldaten und deren Kinder an den folgenden Unruhen beteiligt waren<sup>386</sup>. Diese Unklarheit in der Berichterstattung zeigt, wie schwierig es wurde, die zweite Generation der maghrebinischen Migranten von den Kindern der Hilfssoldaten

<sup>383</sup> Vgl. u. a. Dietmar LOCH, Jugend, gesellschaftliche Ausgrenzung und Ethnizität in der Banlieue, in: Frankreich Jahrbuch 1993, Opladen 1993, S. 99–116.

<sup>384</sup> Adil JAZOULI, Les années banlieues, Paris 1988.

<sup>385</sup> Vgl. hierzu Kap. 3.3.

<sup>386</sup> Charles GILBERT, Amiens: tout allait si bien, in: L'Express, 24.11.1994.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zu unterscheiden. Die Frage, auf welcher Seite ihre Väter während des Algerienkriegs gekämpft hatten, rückte in den Hintergrund. Die zweite Generation definierte sich über die sozialen Probleme und die Erfahrungen der Ausgrenzung und nicht mehr über die Entscheidung ihrer Väter während des Krieges. Aufgrund des *délit de gueule* stellte für die *beurs* Assimilation keine Möglichkeit dar, da sie erklärten, rein äußerlich als Gruppe erkennbar zu sein. Nicht nur äußerlich waren hingegen keine Unterschiede zwischen den Kindern ehemaliger Arbeitsmigranten und den Kindern muslimischer Repatriierter zu erkennen, weshalb die Grenzen zwischen diesen Gruppen immer mehr verschwammen und sich Vertreter beider Gruppen gemeinsam politisch betätigten und gemeinsam für ihr Recht auf Differenz eintraten.

### 3.5 Die französische Linke und der Kampf gegen Rassismus

Die kolonialkritische Linke schwieg nicht nur zu den Racheakten an den ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien, sie thematisierte auch deren Ankunft in Frankreich nur in geringem Maße. Die Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich schaffte es erstmals im Mai 1962 in die kolonialkritische Presse und zwar im Zusammenhang mit der Order des Staatssekretärs für algerische Angelegenheiten, Louis Joxe, und Oberst Georges Buis, die Hilfssoldaten, die nicht auf offiziellem Wege nach Frankreich gekommen waren, nach Algerien zurückzuschicken<sup>387</sup>. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Berichte über die einsetzenden Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten in Algerien noch nicht die breite Öffentlichkeit in Frankreich erreicht. Die Problematik der Hilfssoldaten wurde somit erstmals in großen Tageszeitungen erwähnt, da geheime Dokumente, die die besagte Order beinhalteten, auf nicht nachvollziehbarem Wege durch Verteidiger der *Algérie française* an die Öffentlichkeit gelangt waren. Vertreter der kolonialkritischen Linken widmeten sich so erstmals der Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich, weil sie durch Aktivitäten der *Algérie-française*-Aktivisten darauf aufmerksam wurden. Da sie somit die Ankunft der Hilfssoldaten mit der von der OAS ausgehenden Gefahr in Verbindung brachten zeigte man in »Le Monde« Verständnis für die von Joxe getroffene Entscheidung. Die beiden veröffentlichten Dokumente seien aus dem Kontext gerissen worden. Joxe wolle lediglich die Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten kontrollieren um sicherzustellen, dass sie in Frankreich unter »des conditions de vie décentes«

387 Vgl. hierzu Kap. 2.2.

untergebracht werden könnten und sie sich außerdem nicht »à des fins politiques« instrumentalisieren ließen<sup>388</sup>.

Mit der Veröffentlichung der Dokumente begannen Tageszeitungen, die sich während der Algerienkriegs durch ihre kolonialkritische Berichterstattung hervorgetan hatten, sich genauer mit der Ankunft ehemaliger Hilfssoldaten in Frankreich zu beschäftigen. Wie die Berichterstattung der »Libération« zeigte, ging es dabei hauptsächlich darum, vor der von den Hilfssoldaten ausgehenden Gefahr zu warnen. Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, gehöre zu der »[v]aste opération [...] pour transporter d'Algérie en France les plus virulentes de la peste OAS«, war in der Zeitung zu lesen<sup>389</sup>. Da die OAS in Algerien an Rückhalt verliere und sich langsam bewusst werde, dass die Unabhängigkeit Algeriens nicht zu verhindern sei, verlagere die Organisation nun ihr Handlungsfeld nach Frankreich. Man versuche den »terrorisme fasciste« nach Frankreich zu importieren. Die OAS mische Attentäter unter die Repatriierten, habe den repatriierten Beamtenapparat unterwandert und bediene sich nun noch der »harkis«. Die SAS-Offiziere täuschten dieser Berichterstattung folgend eine Bedrohung der Hilfssoldaten durch den FLN vor und führten damit die in Algerien begonnene Arbeit als »sergents recruteurs de la subversion« fort<sup>390</sup>. Man traute den Angaben der Militärs nicht, die vor den zunehmenden Racheakten warnten, sondern sah die Hilfssoldaten als Waffe der OAS an, die diese von Algerien nach Frankreich bringen wollte.

In »Libération« zeigte man auf, dass hauptsächlich Aktivisten der *Algérie française* die ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich aufnahmen, etwa Oberst Adolphe Lallemand und General Robert Delmotte, die beide der OAS nahestanden. Sie seien nur zwei Fälle unter vielen. Aber es sage doch einiges aus, dass die Hilfssoldaten ausgerechnet auf den Besitzungen »d'activistes notoires« Zuflucht fänden. In den Händen dieser Aktivisten könnten sie gegebenenfalls »des hommes ›d'élite« für die Kommandos der OAS darstellen<sup>391</sup>. Indem die Journalisten der »Libération« die Hilfssoldaten mit dem Terror der OAS in Verbindung brachten, sahen sie diese weiterhin als Täter und als Bedrohung für die französische Demokratie an und sprachen ihnen mit dieser Begründung das Recht ab, sich in Frankreich aufzuhalten. Wie noch während des Krieges sahen sie die Hilfssoldaten als Söldner an, die diese Funktion auch in Frankreich erfüllen würden.

388 Le gouvernement s'efforce d'empêcher que l'installation de harkis en France ne soit exploitée à des fins politiques, in: *Le Monde*, 24.5.1962.

389 Des recrues pour l'OAS, in: *Libération*, 24.5.1962.

390 Ibid.

391 Des réserves pour l'OAS dans la Vienne?, in: *Libération*, 26.5.1962.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Als im Sommer 1962 vermehrt Hilfssoldaten nach Frankreich kamen und die Regierung zunächst das Lager von Larzac, dann jenes von Bourg-Lastic als Übergangsunterkünfte eröffnete, fand dies in der kolonialkritischen Presse nur wenig Beachtung. Weder in »Libération« noch in »L'Humanité« sind Artikel zu den Lagern zu finden. Lediglich Journalisten von »Le Monde« widmeten sich der Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich und der Frage, wie deren Integration ablaufen solle. Michel Legris berichtete im Juli ausführlich über das Lager von Larzac und stellte die Frage nach der Integration der Bewohner dieses Übergangslagers. Legris beschrieb, wie sich der kleine Ort Calvaire, gebaut, wie er betonte, auf den Ruinen einer Burg des Templerordens, durch die Ankunft der muslimischen Hilfssoldaten wandelte:

Au pied des vestiges des remparts édifiés par les moines-chevaliers, ils circulent dans les rues, par petits groupes étrangement bigarrés. Les hommes portent tantôt des djellabas et des burnous, tantôt l'uniforme, tantôt des treillis, tantôt des vestons civils – et les femmes ont posé sur leur tête une serviette éponge qui leur tient lieu de voile<sup>392</sup>.

Der Wandel, der mit der Ankunft der Hilfssoldaten und deren Familien eingetreten war, gehe so weit, dass man Schwierigkeiten habe, den Ort auf einer Karte zu platzieren. In nur wenigen Wochen habe der Ort »des airs de douar« angenommen<sup>393</sup>. Legris betonte in seiner Berichterstattung die kulturellen Differenzen zwischen der französischen Mehrheitsgesellschaft und den ankommenden muslimischen Hilfssoldaten. Mit dem Verweis auf die Vergangenheit des Ortes, von dem einst Tempelritter zu den Kreuzzügen aufgebrochen waren, unterstrich er dabei implizit den Antagonismus zwischen dem christlich-westlichen und der muslimischen Zivilisation, was zeigt, dass er die Integration dieser »musulmans« in die französische Gemeinschaft als Herausforderung ansah. Legris sprach dabei explizit von »musulmans«, was implizierte, dass er die ankommenden Hilfssoldaten und deren Familien nicht als französische Staatsbürger ansah. Dies ist in erster Linie damit zu begründen, dass er das französische Algerien als ein koloniales System bezeichnete und die Integrationspolitik de Gaulles lediglich als Versuch, die *Algérie française* zu verteidigen. Die Ankunft muslimischer Hilfssoldaten in Frankreich wertete er als Ergebnis dieser Politik. Man bringe nun mit den ehemaligen Hilfssoldaten, denen man gesagt habe, dass Algerien Frankreich sei, ein Stück Algerien nach Frankreich<sup>394</sup>.

<sup>392</sup> Michel LEGRIS, Harkis et moghaznis au Larzac. Un refuge chez les Templiers..., in: Le Monde, 10.7.1962.

<sup>393</sup> Ibid.

<sup>394</sup> Ibid.

Obgleich er der bisherigen Algerienpolitik kritisch gegenüberstand, übernahm Legris zur Beantwortung der Frage, wie die Integration dieser »musulmans« ablaufen solle, das Konzept, das die französische Regierung und das Militär zu dieser Zeit anboten. Ausdrücklich lobte er die Arbeit der Offiziere vor Ort. Die »harkis« würden »par tradition« eine gewisse militärische Disziplin respektieren. Wenngleich sie seit ihrer Demobilisierung nicht mehr dazu verpflichtet seien, würden »ces nouveaux civils, [...] d'instinct, ou par habitude« weiterhin dem Offizier gehorchen, der sie im Kampf kommandiert und sie oftmals auch nach Frankreich begleitet hatte. Legris ging davon aus, dass die »musulmans«, die vorerst in ihren kulturellen Strukturen verhaftet blieben, durch Bildung und durch Arbeit, aber insbesondere indem sie ihr Leben gemäß einer militärischen Disziplin regelten, an das Leben in Frankreich gewöhnt werden könnten und die kulturellen Differenzen dadurch abnehmen würden<sup>395</sup>. Er verdeutlichte mit dieser Argumentation, dass er eine Überbrückung der kulturellen Differenzen als wünschenswert ansah und er wie auch die Regierung und die ehemaligen SAS-Offiziere diese Differenzen als so groß ansah, dass die ehemaligen Hilfssoldaten sie nicht ohne Hilfe überwinden konnten. Sein Diskurs unterschied sich jedoch insofern von dem der Regierung und der ehemaligen SAS-Offiziere, als er zwar die kulturellen Unterschiede betonte, jedoch nicht automatisch eine Hierarchisierung der Kulturen vornahm.

Aus Legris' Artikel sprach eine Skepsis gegenüber der Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich. Andere Akteure der kolonialkritischen Linken lehnten sie sogar offen ab. Kommunistische Kräfte versuchten teils aktiveren Ansiedlung auf französischem Boden zu verhindern. Als im Herbst 1962 das Lager in Rivesaltes für Hilfssoldaten geöffnet werden sollte, startete die kommunistische Partei vor Ort eine Kampagne gegen diesen Plan. Im regionalen Organ der Partei »Le Travailleur catalan« veröffentlichte sie zwischen September und November 1962 regelmäßig Artikel, in denen sie die Hilfssoldaten als »mercenaires«, als »hommes à tout faire« und als »racailles« bezeichnete<sup>396</sup>. Ihren Widerstand gegen die Ansiedlung der Hilfssoldaten begründete die Partei in diesem Fall klar mit deren Rolle während des Algerienkriegs. Man sah die Hilfssoldaten als Söldner an, die gegen den FLN, den man seit Anfang des Jahres offen unterstützte, gekämpft hatten. Es blieb die Sorge bestehen, die OAS könne sich nun dieser »Söldner« für ihren Kampf bedienen. Im Departement Cher, wo die kommunistische Partei mehrere Gemeinden regierte, wehrten sich die Behörden gegen die Ansiedlung ehemaliger Hilfssoldaten. Als die dem Poujadismus nahestehenden Brüder Jolivet Anfang 1963 in diesem Departement ein Grundstück von 650 Hektar Größe kauften, um dort ehemalige Hilfs-

<sup>395</sup> Ibid.

<sup>396</sup> Zitiert nach: MOUMEN, De l'absence, S. 107f.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

soldaten unterzubringen und dabei die Einwände der Behörden ignorierten, sah man sich in der kommunistischen Partei in diesem Verdacht bestätigt. Aus diesem Grund hielten die dortigen kommunistischen Verantwortlichen dem Druck der Regierung in Paris stand und weigerten sich beharrlich, der Ansiedlung von Hilfssoldaten auf ihrem Territorium zuzustimmen<sup>397</sup>.

Auch kommunistische Gewerkschaften agitierten in den Fabriken gegen die Aufnahme von Hilfssoldaten. Die CGT-Mitglieder im Traitement industriel des résidus urbains (TIRU), einer Tochtergesellschaft der Électricité de France, verteilten in einer Fabrik in Romainville Flugblätter mit dem Titel »Quand les mouchards sont à l'honneur!«, um die Entlassung eines muslimischen Arbeiters zu fordern, den sie verdächtigten, als Hilfssoldat oder zumindest als Informant der französischen Armee gedient zu haben<sup>398</sup>. Es existierte kein Beweis für diesen Verdacht. Der betroffene Arbeiter hatte bereits vor dem Krieg in dieser Fabrik gearbeitet, war jedoch während des Krieges verschwunden und erst nach der Unabhängigkeit Algeriens wieder aufgetaucht. Aus seinem Verschwinden sowie aus der Information, dass sein Bruder Offizier einer *harka* gewesen war, der, wie es in dem Flugblatt hieß, »contre l'indépendance de son propre pays« gekämpft und »ses propres compatriotes« Folterungen ausgesetzt habe, leiteten die Verantwortlichen der CGT vor Ort den Verdacht ab, es könne sich um einen Hilfssoldaten handeln. Sie forderten, der besagte Arbeiter solle sich »auprès de la justice de son propre pays« rechtfertigen<sup>399</sup>. Mit der Forderung, ihn der algerischen Justiz auszuliefern, zeigte diese Sektion der CGT, dass sie den Hilfssoldaten das Recht absprach, sich in Frankreich aufzuhalten. Sie sahen sie als Algerier an, die während des Krieges als »serviteur[s] du régime qui voulait continuer l'exploitation du peuple algérien, en faisant couler le sang de celui-ci« gedient hätten<sup>400</sup>. Da sie dieser Rhetorik folgend das französische Kolonialregime dabei unterstützt hatten, das algerische Volk zu unterdrücken, forderte die CGT in diesem Fall, sie der algerischen Justiz auszuliefern. Die besagte Sektion der CGT nutzte den Vorfall zu einer allgemeinen Stellungnahme: »Les travailleurs de la TIRU n'ont aucune sympathie pour les harkis, traîtres à leur patrie«<sup>401</sup>. Mit diesen Worten verdeutlichte sie, dass sie die Hilfssoldaten der Rhetorik des FLN folgend als Mitglieder der algerischen Nation

<sup>397</sup> Le préfet du Cher à monsieur le ministre des Rapatriés, 10.7.1963, AN: vers. 19920149/3.

<sup>398</sup> Télégrammes diplomatiques, de Bresson. Diffusion par la CGT d'un tract s'élevant contre l'embauche d'un ouvrier musulman algérien dans une usine de l'EDF, 24.11.1962, AN: 5AG1/1813.

<sup>399</sup> Ibid.

<sup>400</sup> Ibid.

<sup>401</sup> Ibid.



ansahen, die diese verraten hätten, weshalb es der algerischen Regierung zustehe, sie zu bestrafen.

Während man den Hilfssoldaten das Recht absprach, sich in Frankreich aufzuhalten, zeigte man sich innerhalb der CGT offen gegenüber den algerischen Arbeitsmigranten. Die CGT nahm für sich in Anspruch, auch die algerischen Arbeiter in Frankreich zu vertreten<sup>402</sup>. Ihre Ablehnung der ehemaligen Hilfssoldaten war politisch und nicht ethnisch-religiös begründet. Als sich die Kommunalbehörden der Gemeinde Conflans Anfang 1963 beharrlich weigerten, Hilfssoldaten in ihrer Gemeinde aufzunehmen, gingen Reporter der Zeitschrift »L'Express« den Ursachen nach. Bewusst versuchten sie auch Stimmen von Vertretern der politischen Linken einzufangen, die der Politik des Bürgermeisters traditionell ablehnend gegenüberstanden. Ein seiner Selbstzuschreibung zufolge kolonialkritischer Bürger begründete die Ablehnung der kolonialkritischen Linken folgendermaßen: »Nous, on les vomit parce que ce sont des harkis, les autres parce que ce sont des Arabes«<sup>403</sup>. Diese Dichotomie wird jedoch der Komplexität und der Vielfältigkeit der innerhalb des linken Spektrums vertretenen Ansichten nicht gerecht, was die Aussage eines weiteren Bewohners der Gemeinde Conflans verdeutlichte. Ein aktives, sich selbst als radikal links stehend bezeichnendes Mitglied der CGT begründete seinen Widerstand gegen die Niederlassung der Hilfssoldaten in Conflans anders. Mit den Worten »Ils ont opté pour la nationalité française? Et après? Ils [ne] sont pas comme nous, je vous dis. C'est tous des bons à rien!« grenzte er sie auf der Grundlage einer rassistischen Argumentationsweise aus der französischen Nation aus<sup>404</sup>. Diese nicht nur undifferenzierte, sondern in erster Linie polemische Aussage spitzte zu, was auch in der Berichterstattung von »Le Monde« implizit deutlich wurde: Mitglieder der politischen Linken standen den ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur aufgrund ihrer Rolle während des Algerienkriegs ablehnend gegenüber, sondern auch, da sie ihnen eine unüberbrückbare kulturelle Andersartigkeit zuschrieben und sie deshalb als nur schwer integrierbar wahrnahmen.

Unter den linken Gewerkschaften bemühte sich die CFTC, den Hilfssoldaten gegenüber eine offene Haltung einzunehmen und ihnen das Ankommen in Frankreich zu erleichtern. Obwohl der Umgang der Gewerkschaft mit der Frage der Massaker gezeigt hatte, dass sie die Ansicht der CGT teilte und in diesem Sinne die Hilfssoldaten als Teil der algerischen Nation ansah, stellte sie sich nicht der Aufnahme von Hilfssoldaten in den Weg, deren Leben in Algerien in

<sup>402</sup> Zur Position der CGT zu den Arbeitsmigranten Yves LEQUIN, *L'usine et l'école*, in: DERS. (Hg.), *Histoire des étrangers et de l'immigration en France*, Paris 2006, S. 430–449, hier S. 438f.

<sup>403</sup> Michel VLANEY, *Les harkis de Conflans*, in: *L'Express*, 7.3.1963.

<sup>404</sup> *Ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gefahr war<sup>405</sup>. Die CFTC beteiligte sich Ende des Jahres 1962 an einer aus verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammengesetzten Arbeitsgruppe, die sich mit dem Problem der Integration ehemaliger Hilfssoldaten beschäftigte. Diese Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass die Unterstützung der Gewerkschaften nötig sei, um den Hilfssoldaten möglichst schnell in Frankreich Arbeit zu verschaffen, was ein erster Schritt zur Integration sei. Die Gewerkschaften wurden mit der Aufgabe betraut, in den Betrieben ein Bewusstsein für die Probleme der Hilfssoldaten zu schaffen, und zwar »en dehors de toute prise de position politique«<sup>406</sup>. Die Arbeitsgruppe hoffte dabei ausdrücklich auf die Unterstützung der CFTC, während die CGT in diesem Kontext keine Erwähnung fand<sup>407</sup>.

Die Erklärung der CFTC, die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten zu unterstützen, drohte allerdings mit der Solidarität zu kollidieren, zu der sich die Gewerkschaft gegenüber der algerischen Regierung und deren Vertretungen auf französischem Boden verpflichtet sah. Die CFTC sah sich wie die CGT als Vertretung der algerischen Arbeiter an. Sie ging in dieser Unterstützung weiter als die CGT und hatte spezielle Programme für algerische Arbeiter entwickelt<sup>408</sup>. Um für die sozialen Belange der algerischen Arbeiter zu sorgen, kooperierte die Gewerkschaft auch mit der AA. Durch diese Kooperation unterstützte die CFTC indirekt die Bestrebungen der AA, die Aufnahme ehemaliger Hilfssoldaten in von algerischen Arbeitern dominierten Betrieben und Wohnsiedlungen zu verhindern. Die CFTC mietete Arbeiterwohnheime für algerische Migranten an, die sie der AA zur Verwaltung überließ. In Saint-Étienne wurde durch eine solche Konstellation der Bau von Unterkünften für ehemalige Hilfssoldaten verhindert. Das für die Unterkünfte vorgesehene Gelände befand sich in unmittelbarer Nähe eines solchen von der AA verwalteten Arbeiterwohnheims. Da die Behörden Konflikte zwischen Hilfssoldaten und politisierten algerischen Arbeitern befürchteten, wurden die Unterkünfte nicht gebaut<sup>409</sup>.

Die innerhalb des linken Gewerkschaftsmilieus bereits Anfang der 1960er Jahre erkennbare Solidarisierung der französischen Linken mit den algerischen Arbeitsmigranten intensivierte sich infolge der Proteste vom Mai 1968, an denen sich auch zahlreiche Arbeitsmigranten beteiligt hatten. Dem britischen Historiker Daniel Gordon folgend markierte der Mai 1968 den Beginn einer

<sup>405</sup> Vgl. zur Position der Gewerkschaft in der Frage der Massaker [Kap. 2.6](#).

<sup>406</sup> Les groupes rencontres. Réunion du jeudi, 20 décembre 1962, problème des harkis, Archives de la CFDT: 7 H 649.

<sup>407</sup> Ibid.

<sup>408</sup> LEQUIN, L'usine et l'école, S. 440.

<sup>409</sup> Le préfet de la Loire à monsieur le ministre des Rapatriés, 25.10.1963, AN: vers. 19920149/2.

Politisierung der Immigrationsfrage und die Entstehung einer antirassistischen Bewegung innerhalb der französischen Linken. Die soziale und rechtliche Situation der Arbeitsmigranten sowie der Antirassismus wurde für sie ein wichtiges Betätigungsfeld<sup>410</sup>. Gleichzeitig verstärkte der Mai 1968 die Konflikte zwischen der Linken und den muslimischen Repatriierten. Während sich die algerische Arbeiterschaft zahlreich an den Streiks und Protesten beteiligte, fielen muslimische Repatriierte als Streikbrecher auf. Der demobilisierte Soldat Abdelfettah Khiari, der sich in den 1970er Jahren als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten etablieren sollte, war Mitglied der Arbeiterorganisation *Liberté et travail*, die sowohl der CGT als auch der CFDT feindlich gegenüberstand<sup>411</sup>. Diese Organisation sprach sich im Mai 1968 explizit gegen eine Teilnahme an den Streiks aus. Khiari konnte sich Anfang der 1970er Jahre als Personalchef in einer Fabrik etablieren. Bewusst stellte er beinahe ausschließlich ehemalige Hilfssoldaten ein, die sich wie er als Streikbrecher hervorgetan hatten, was zeigt, dass er in dieser Hinsicht kein Einzelfall war<sup>412</sup>.

Der Mai 1968 hatte auf diese Weise in Frankreich die politisch begründete Ablehnung der Hilfssoldaten durch die französischen Linken und gleichzeitig deren Solidarität mit den mahgrebinischen Arbeitsmigranten verstärkt. Einzelne Vertreter dieser neuen antirassistischen Linken hielten jedoch nicht an der politisch begründeten Ablehnung fest, sondern näherten sich den ehemaligen Hilfssoldaten an. Als im Jahre 1973, in dem in Frankreich rassistische Ausschreitungen einen ersten Höhepunkt erreichten, das Werk »Ahmed. Une vie d'Algérie« erschien, verortete das zuständige Verlagshaus Éditions du Seuil dieses Werk im Kontext des antirassistischen Betätigungsfelds<sup>413</sup>. Das Werk war so angelegt, dass die Gedanken eines algerischen Arbeitsmigranten, die ein Journalist 1972 und 1973 im Laufe mehrerer Treffen mit diesem Algerier aufgezeichnet hatte, größtenteils unverändert wiedergegeben wurden. Damit setzten die Herausgeber auf den seit 1968 immer bedeutsamer werdenden Ansatz der Subjektivierung, der darauf abzielte, Migranten selbst zu Wort kommen zu lassen<sup>414</sup>. Damit sollte exemplarisch die soziale Situation der maghrebinischen Arbeiter in Frankreich dargestellt werden. Dass der im Buch zu Wort kommende Ahmed zwar algerischer Staatsbürger war, jedoch während des Unab-

<sup>410</sup> Vgl. hierzu GORDON, *Immigrants & Intellectuals*.

<sup>411</sup> Die CFDT entstand 1964, als sich die Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsbunds CFTC mehrheitlich für eine Säkularisierung und die Umbenennung in CFDT entschieden, vgl. Guy GROUX, René MOURIAUX, *La CFDT*, Paris 1989, S. 1–52.

<sup>412</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note de renseignements, scission du FNRFICI, ohne Datum, AN: vers. 20090157/212.

<sup>413</sup> Ahmed. *Une vie d'Algérie*.

<sup>414</sup> GORDON, *Immigrants & Intellectuals*, S. 164.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

hängigkeitskampfes als Hilfssoldat in der französischen Armee gedient hatte, war weder für den Interviewer noch für die Herausgeber von Bedeutung, denn ihnen ging es um die soziale Situation der algerischen Arbeiterschaft. Der Situation des ehemaligen Hilfssoldaten sprachen sie hierfür einen repräsentativen Charakter zu.

Für die algerische Gemeinschaft in Frankreich war die Tatsache, dass Ahmed als Hilfssoldat in der französischen Armee gekämpft hatte, jedoch sehr wichtig, und sie distanzierte sich deutlich von den Inhalten des Werkes. Die AA warf nicht nur dem interviewten Ahmed, sondern auch den Éditions du Seuil Revanchismus vor. Man wolle das Ansehen des algerischen Staates beschädigen und gleichzeitig den Rassismus gegenüber Nordafrikanern in Frankreich befeuern<sup>415</sup>. Claude Durand, einer der Lektoren, antwortete im Namen des Verlags auf die von der AA erhobenen Vorwürfe. Er betonte die Solidarität seines Hauses mit den algerischen Arbeitern, zeigte jedoch zugleich Unverständnis für den Angriff der AA, hatte der Verlag doch stets die algerische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt<sup>416</sup>. Das Haus hatte zur Zeit des Algerienkriegs Autoren unter Vertrag genommen, die sich offen als Sympathisanten der algerischen Unabhängigkeit hervorgetan hatten, und so seinen Beitrag zum Unabhängigkeitskampf des FLN geleistet<sup>417</sup>. Zudem führte Durand die jüngste Veröffentlichung an, »Travailleurs étrangers en France« von Juliette Mincès; das beweise, wie sich der Verlag in seiner Arbeit bemühe, ein besseres Verständnis für die Situation der Arbeitsmigranten in Frankreich zu fördern<sup>418</sup>.

Durand zeigte sich jedoch nicht nur erschrocken über die Kritik am eigenen Verlagshaus, sondern auch darüber, mit welcher Deutlichkeit die AA Ahmed verurteilte und ihm das Recht absprach, seine Positionen darzustellen. Die Rhetorik der AA nahm Durand zum Anlass, sich von deren Haltung gegenüber den muslimischen Repatriierten zu distanzieren. Es sei nach »tant de luttés et de sacrifices passés et actuels en faveur de la libération sous toutes ses formes« schmerzhaft zu sehen, wie einem »homme égaré« das Recht abgesprochen werde, sich zu äußern<sup>419</sup>. In diesen Worten äußerte sich zum einen

415 Vgl. Kap. 3.4.

416 Il n'y a qu'une vérité. La lettre de M. Durand, in: L'Algérie en Europe 186 (1974), S. 18.

417 Vgl. zu der Rolle des Verlagshauses Seuil zur Zeit des Algerienkriegs Anne SIMONIN, Les éditions de Minuit et les éditions du Seuil. Deux stratégies éditoriales face à la guerre d'Algérie, in: Jean-Pierre RIOUX, Jean-François SIRINELLI (Hg.), La guerre d'Algérie et les intellectuels Français, Paris 1991, S. 219–247.

418 Il n'y a qu'une vérité. La lettre de M. Durand, in: L'Algérie en Europe 186 (1974), S. 18.

419 Ibid.

Durands Enttäuschung über den politischen Weg, den der FLN in Algerien eingeschlagen hatte. Zum anderen verdeutlichten sie, dass ihm die politisch begründete Verurteilung der ehemaligen Hilfssoldaten fern lag. Er hielt nicht an der auch von der antikolonialistischen Linken geprägten Rhetorik fest, die Hilfssoldaten seien Verräter, sondern bezeichnete Ahmed als »homme égaré«<sup>420</sup>. Er forderte so, den ehemaligen Hilfssoldaten, die fehlgeleitet worden waren, zu vergeben. Mit dieser Argumentation blieb Durand in der Linie des Verlagshauses. Der auf einen christlichen Ursprung zurückgehende Verlag begründete seine antikoloniale wie antirassistische Haltung stets in erster Linie mit einem humanitären Gedanken. Soziale Fragen wurden über politische Fragen gestellt<sup>421</sup>. In diesem Sinne setzte man sich trotz politischer Differenzen auch für die Hilfssoldaten in Frankreich ein, wenn diese die sozialen Probleme der algerischen Arbeitsmigranten teilten.

Durand äußerte sich nicht zu den inhaltlichen Vorwürfen der AA. Laut dem Vorwort des Buches sollte es als Plädoyer für eine gegenseitige Annäherung zwischen der Mehrheitsgesellschaft in Frankreich und den als »sous-population« bezeichneten nordafrikanischen Arbeitsmigranten gelesen werden. Noch immer herrsche in Frankreich eine »ignorance absolue [...] des caractéristiques profondes des immigrés« vor, die es zu bekämpfen gelte<sup>422</sup>. Der Interviewer, der namentlich nicht genannt wurde, betonte in dem Vorwort, wie wichtig es sei, den um sich greifenden, vor allem gegen Algerier gerichteten Rassismus in Frankreich zu bekämpfen<sup>423</sup>. Er reflektierte die Zeit, die er mit Ahmed verbracht hatte, und leitete aus seinen Beobachtungen verallgemeinerte Aussagen über die Denk- und Handlungsweisen der maghrebinischen Arbeitsmigranten ab. Als einen dieser Wesenszüge machte er deren mangelnde Reflexionsfähigkeit und von Instinkten geleiteten Verhaltensmuster aus: »L'adulte que nous croisons n'a guère eu l'occasion d'exercer sa réflexion toutes les fois qu'il s'est agi pour lui d'infléchir ou de contrecarrer son comportement instinctif, d'autant que l'islam, comme nous le verrons, n'incite guère à l'initiative, à la responsabilité«<sup>424</sup>.

Die mangelnde Reflexionsfähigkeit begründete er mit dem Islam, der die Menschen nicht zur Eigeninitiative motiviere. Denken gelte im Islam gar als »une pratique téméraire«<sup>425</sup>. Aus den Reflexionen Ahmeds schlussfolgerte der

420 Ibid.

421 SIMONIN, Les éditions de Minuit.

422 Ahmed. Une vie d'Algérie, S. 5.

423 Ibid., S. 5f.

424 Ibid., S. 7.

425 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Interviewer, eine »intégration heureuse dans la vie européenne« sei aufgrund dieses »atavisme religieux« der Muslime nicht möglich. Die Gedanken Ahmeds würden zeigen, wie weit das Denken der Muslime von der aufgeklärten westlichen Denkweise entfernt sei<sup>426</sup>. Der Verfasser des Vorworts sprach sich mit dieser Argumentation deutlich gegen die Assimilation von Muslimen aus, was er mit einer zu großen, im Islam wurzelnden kulturellen Differenz begründete. Dabei griff er auf einen Diskurs zurück, den die Verteidiger der *Algérie française* prägten, und sprach explizit von einer durch ihre Religion begründeten Rückständigkeit der Muslime.

Der Interviewer war sich der Überschneidungen seiner Argumentation mit dem Diskurs der extremen Rechten bewusst und räumte im Nachwort ein, die Angriffe auf die »mentalité moyenne de l'Arabe« könnten den Leser eventuell irritieren. Er verwies jedoch darauf, dass diese Äußerungen von Ahmed selbst stammten und somit von einem Algerier, der sich trotz seines Engagements als Hilfssoldat bewusst für die algerische Staatsbürgerschaft entschieden habe. Anderenfalls wäre der Vorwurf, einige seiner Äußerungen seien »irraisonnées, voire révanchardes«, gerechtfertigt<sup>427</sup>. Da sich Ahmed jedoch selbst nicht nur als gläubiger Muslim, sondern auch als Algerier verstehe, gewähre der Diskurs Ahmeds einen Einblick in die unüberwindbaren Konflikte, mit denen er aufgrund seiner »convictions – ou de superstitions – musulmanes« konfrontiert sei<sup>428</sup>. Mit dem Verweis auf den Ansatz des Subjektivismus wehrte sich der Verfasser schon vorab gegen den möglichen Vorwurf des Revanchismus. Das Vorwort endete mit der allgemeinen Aussage, die Bevölkerungen der muslimisch geprägten Staaten müssten ihre neu gewonnene Unabhängigkeit nutzen, um gegen einen »obscurantisme moral«, eine »gabégie sexuelle«, »l'immobilisme familial« und einen »sectarisme enfanté par une tradition coranique« aufzubegehren und sich tatsächlich emanzipieren zu können. Eine Religion, die zu entschlossenem Handeln und zur Eigenverantwortung anrege, begünstige auch die politische Emanzipation<sup>429</sup>.

Das Vor- und das Nachwort des Werks deckten auf, in welchem Maße das bei den Éditions du Seuil vertretene soziale Engagement für die algerischen Arbeitsmigranten von einem paternalistischen Wohltätigkeitsgedanken geprägt war, der der nach eigenen Angaben verfolgten Idee widersprach, den algerischen Arbeitsmigranten als gleichberechtigten Subjekten zu begegnen. Man plädierte für die Anerkennung der Differenzen der muslimischen Bevölkerung,

<sup>426</sup> Ibid., S. 183.

<sup>427</sup> Ibid., S. 184.

<sup>428</sup> Ibid., S. 185.

<sup>429</sup> Ibid.

da man sie aufgrund einer als rückständig angesehenen Religion als nicht assimilierbar ansah. Indem die Herausgeber mit Ahmed einen ehemaligen Hilfssoldaten ausgewählt hatten, der algerischer Staatsbürger war, verdeutlichten sie, dass man die Hilfssoldaten als Arbeitsmigranten und nicht als Bürger der Französischen Republik ansah. Er war in den Augen der Verleger ein Algerier, der sich wie alle anderen Arbeitsmigranten aus ökonomischen Gründen in Frankreich aufhielt. Trotz aller Solidaritätsbekundungen zeigte der Verlag, dass man auch in der antirassistischen Linken nicht frei von ethnisch-religiös begründeten Denkmustern war. Indem man den Muslimen einen aus ihrer Religion resultierenden Mangel an Reflexionsfähigkeit zuschrieb, begegnete man ihnen nicht auf Augenhöhe, sondern setzte sich mit dem gleichen paternalistischen Blick, der bereits in der Kolonialzeit die Ideologien der SAS-Offiziere durchdrungen hatte, für die sozialen Belange der Muslime ein.

Die Erklärung Durands, sein Verlagshaus setze sich für die sozialen Belange der ehemaligen Hilfssoldaten in gleichem Maße ein wie für die der algerischen Arbeitsmigranten, ist nicht für die gesamte Linke repräsentativ. Von 1973 an führten verschiedene muslimische Repatriierte Hungerstreiks durch, um auf ihre prekäre soziale Stellung in Frankreich hinzuweisen. Die muslimischen Repatriierten wählten mit dem Hungerstreik bewusst eine Handlungsstrategie, derer sich zuvor verschiedene Arbeitsmigranten bedient hatten. Während die Arbeitsmigranten bei ihren seit 1972 durchgeführten Hungerstreiks, mit denen diese gegen Abschiebungen sowie für eine Verbesserung ihrer sozialen Situation in Frankreich demonstrierten, auf eine breite Unterstützung linker Intellektueller bauen konnten, reagierte in der französischen Linken kaum jemand auf die Aktionen der muslimischen Repatriierten<sup>430</sup>. Lediglich ein Vertreter der parlamentarischen Linken tat sich als Unterstützer dieser Hungerstreikenden hervor. Als im Herbst 1974 in der Église de la Madeleine in Paris muslimische Repatriierte einen Hungerstreik durchführten, zollte ihnen eine vom Repräsentanten des Wahlkreises Hérault in der Nationalversammlung, Georges Frêche, angeführte Delegation des PS ihren Respekt<sup>431</sup>. Frêche nahm jedoch innerhalb der parlamentarischen Linken eine klare Sonderrolle ein. Als junger Jurastudent war er zur Zeit des Algerienkriegs als Kolonialkritiker aufgetreten und hatte sich an der Seite der Marxisten-Leninisten engagiert<sup>432</sup>. Mit seiner Kandidatur für die Nationalversammlung 1973 im Hérault, einem Wahlkreis, in dem europäische Repatriierte ein wichtiges Wählerpotential darstellten, öffnete sich Frêche jedoch in Richtung der ehemaligen Aktivi-

<sup>430</sup> Vgl. zu den Hungerstreiks von Migranten und der Kooperation mit linken Intellektuellen GORDON, *Immigrants & Intellectuals*, S. 126f.

<sup>431</sup> La situation dramatique des harkis, in: *France-Horizon* 161 (1974), S. 15.

<sup>432</sup> François DELACROIX, Georges Frêche, la sagesse de la démesure, Céret 2007, S. 48f.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sten der *Algérie française*. Er gewann den Sitz in der Nationalversammlung im zweiten Wahlgang dank der Unterstützung des Kandidaten des FN, André Troise, einem ehemaligen Mitglied der OAS<sup>433</sup>. Aus wahltaktischen Gründen hatte Frêche die Nähe zu den einstigen Aktivisten der *Algérie française* gesucht, eine Taktik, die er bis zum Ende seiner langen politischen Karriere verfolgen sollte<sup>434</sup>. Seine Unterstützung für die Hungerstreikenden kann in diesem Kontext als wahltaktische Entscheidung gewertet werden. Er distanzierte sich mit seinem Engagement für die muslimischen Repatriierten von der kolonialkritischen Linken und näherte sich den Verteidigern der *Algérie française* an, die als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten auftraten. Zugleich hoffte er auch auf die Stimmen der muslimischen Repatriierten selbst, die ebenfalls in seinem Wahlkreis eine Wählerschaft von nicht zu verachtender Größe ausmachten.

Auch als ab Mai 1975 in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise Aufstände ausbrachen und sich damit die Debatten über die soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten verdichteten, beteiligte sich die französische Linke kaum an diesem Diskurs. Erst als sich mit der Borzani-Affäre der Charakter der Aufstände änderte, begann sich die Linke dafür zu interessieren<sup>435</sup>. Die tätlichen Übergriffe auf algerische Migranten sowie die Entführungen von Vertretern der algerischen Gemeinschaft rückte man, wie es auch die AA tat, in den Zusammenhang einer von den einstigen Aktivisten der *Algérie française* geführten antialgerischen Kampagne. Deutliche Worte verlor die kommunistische Partei in ihrer Wochenzeitung »L'Humanité Dimanche« zu diesen Übergriffen. Sie zeigte volles Verständnis für das Vorgehen der algerischen Behörden und nutzte zugleich die Gelegenheit, um daran zu erinnern, dass sich die Hilfssoldaten während des Algerienkriegs stets »par leur férocité dans la répression contre leurs propres compatriotes« hervorgetan hätten<sup>436</sup>. Mit diesen Worten signalisierte die kommunistische Partei, dass sie an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den muslimischen Repatriierten festhielt. Dennoch wurde die Ausgrenzung der ehemaligen Hilfssoldaten angesprochen, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten. Sie litten unter dem »racisme de ceux qui les avaient poussés à combattre contre leur propre pays«. Man habe sie vor dreizehn Jahren in Lager gesteckt, die sich inzwischen in »véritables ghettos« verwandelt hätten<sup>437</sup>.

<sup>433</sup> Karim MAOUDJ, Georges Frêche, grandes heures et décadences, Paris 2007, S. 53f.

<sup>434</sup> DELACROIX, Georges Frêche, S. 162–165.

<sup>435</sup> Vgl. hierzu Kap. 3.4.

<sup>436</sup> Harkis: Les raisons d'une étrange mansuétude, in: L'Humanité Dimanche, 27.8.1975.

<sup>437</sup> Ibid.



Wie die AA rückte auch der PC in seiner Berichterstattung das besondere Interesse einstiger Aktivisten der OAS in den Mittelpunkt. Er warf die Frage auf, ob die aktuellen Übergriffe gegen algerische Arbeiter sowie die Anschläge gegen Räumlichkeiten der AA auf gemeinsame Aktionen von muslimischen Repatriierten und Aktivisten der *Algérie française* zurückzuführen seien. Die Übergriffe wertete er nicht als Einzeltaten, sondern als eine großangelegte Kampagne der OAS, in die man ehemalige Größen der Terrororganisation wie Jo Ortiz sowie Eugène Ibagñès verwickelt sah, der aktuell durch radikale Aktionen Aufmerksamkeit erregte. Auch hochrangige Politiker, namentlich den Innenminister Michel Poniatowski, sah der PC als Komplizen dieser Aktivisten an. Dass Laradji als Anführer der Aufständischen vom Innenminister empfangen wurde und die »enlèvements criminels de travailleurs algériens en France« zunächst keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich zogen, interpretierte man als Indiz für diesen Zusammenhang. Poniatowski versuche sich mit diesem Wahlmanöver in Richtung der extremen Rechten zu öffnen<sup>438</sup>. Die kommunistische Partei zeigte mit dem Schwerpunkt, den sie in ihrer Berichterstattung setzte, dass sie die ehemaligen Hilfssoldaten noch immer in erster Linie als Täter ansah, als Bedrohung der algerischen Arbeitsmigranten in Frankreich, mit denen sie sich solidarisch zeigte. Den sozialen Problemen der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Frauen und Kinder in den Lagern sowie den Ursachen der Aufstände ging sie nicht weiter auf den Grund.

Es waren jedoch auch innerhalb der Linken Stimmen zu hören, die die Unruhen zum Anlass nahmen, sich kritisch gegenüber dem Vorgehen der algerischen Regierung zu äußern, und zugleich der sozialen Situation der ehemaligen Hilfssoldaten mehr Platz einräumten. Der PSU verurteilte zwar die Übergriffe auf algerische Migranten in Frankreich deutlich als »actes de violences particulièrement inadmissibles«, zeigte jedoch auch Verständnis für den Unmut der ehemaligen Hilfssoldaten. Während die Partei vorsichtig den Umgang der algerischen Behörden mit den muslimischen Repatriierten ansprach, kritisierte sie mit deutlichen Worten die Integrationspolitik von Giscard d'Estaing und dessen Vorgängern. Die Regierung de Gaulles habe Algerier rekrutiert, um sie gegen Algerier kämpfen zu lassen und nach dem Ende des Krieges diejenigen von ihnen, die nach Frankreich gekommen waren, lediglich »au bout des lèvres« zu integrieren. Die Lager, in denen ehemalige Hilfssoldaten und deren Familien noch immer lebten, verglich die Partei mit den Reservaten der indigenen Bevölkerung Amerikas<sup>439</sup>. Mit diesem Vergleich hob der PSU hervor, dass die Anwesenheit der muslimischen Repatriierten aus der kolonialen Vergangenheit resultiere und diese Repatriierten für die französischen Regierungen

<sup>438</sup> Ibid.

<sup>439</sup> Georges MONTARON, *Imaginez qu'à Bou Saada*, in: *Tribune socialiste*, 21.8.1975.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

stets koloniale Subjekte gewesen seien, nie französische Staatsbürger. Diesen Status hätten sie lediglich auf dem Papier, weshalb sie umso mehr »au cœur les images de leur terre natale« trügen und die algerische Regierung ihnen zugehen solle, sich frei zwischen Frankreich und Algerien zu bewegen<sup>440</sup>. Der PSU sah die muslimischen Repatriierten als Opfer der Kolonialvergangenheit an und vertrat die Ansicht, es habe sie nie jemand als französische Staatsbürger behandelt. Unter anderem aus diesem Grund fühlten sie sich noch immer der algerischen Nation zugehörig, weshalb viele den Wunsch verspürten, nach Algerien zurückzukehren.

Der PSU ging in seiner Berichterstattung von einer Instrumentalisierung der Hilfssoldaten durch die Kolonialmacht aus und gab sich ihnen gegenüber versöhnlich, was allerdings nicht für alle Vertreter der kolonialkritischen Linken galt. Mehrheitlich standen die antikolonialen Gruppierungen einer Aufnahme der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich kritisch gegenüber. Sie befürchteten zum einen eine Instrumentalisierung durch die OAS, zum anderen sahen sie die Hilfssoldaten als Algerier an und die algerische Regierung in der Verantwortung, eine Lösung im Umgang mit den »Verrätern« und »Kollaborateuren« zu finden. Zudem wurden die muslimischen Repatriierten als Konkurrenz, spätestens mit den Zwischenfällen von 1975 auch als Gegner der algerischen Arbeitsmigranten wahrgenommen, mit denen sich große Teile der französischen Linken bereits in den 1960er Jahren, in besonderem Maße nach 1968 solidarisierten.

Die antikoloniale Linke, die sich seit 1968 vermehrt auf den Antirassismus konzentrierte, verstand sich als aufgeklärt und weltoffen und hatte den Anspruch, sich in ihrem Denken und Handeln am universalistischen Ideal zu orientieren und für eine offene Republik einzutreten. Allerdings offenbarte der Diskurs um die muslimischen Repatriierten die Grenzen dieses Selbstverständnisses. Da sie eine mit dem Islam begründete Andersartigkeit stark hervorhoben, konnten auch sich als antirassistisch verstehende Akteure in eine Rhetorik verfallen, die Züge des differentialistischen Rassismus trug, was die Veröffentlichung des Werks »Ahmed. Une vie d'Algérie« zeigte. Die Integration der als archaisch und rückständig angesehenen Muslime war nicht vorgesehen. Vielmehr waren auch für die Linke die Muslime in Frankreich Arbeitsmigranten, die nicht dauerhaft in Frankreich bleiben würden.

In den 1980er Jahren nahm jedoch auch die französische Linke wahr, in welchem Maße sich die maghrebinische Gemeinde in Frankreich gewandelt hatte und dass mit den Kindern der einstigen Arbeitsmigranten eine neue Generation herangewachsen war, die in Frankreich ihre Zukunft sah. Die soziale und rechtliche Unterstützung für die maghrebinische Gemeinde konzent-

<sup>440</sup> Ibid.

rierte sich fortan auf die Bedürfnisse der zweiten Generation. Als sich diese Generation mit der Bewegung der *beurs* politisierte, versprachen ihnen zahlreiche Akteure der Linken ihre Unterstützung und stellten sich an ihre Seite. So unterstützten verschiedene Akteure der Linken die Kinder maghrebischer Migranten und ehemaliger Hilfssoldaten, die sich 1983 mit der *Marche pour l'égalité* nach Paris aufmachten, um dem Staatspräsidenten ihre Forderungen vorzulegen. Besonders tat sich hierbei der Pastor Christian Delorme hervor. Delorme stammte aus dem christlichen kolonialkritischen Milieu. Er hatte sich während des Algerienkriegs auf verschiedene Art und Weise gegen diesen Krieg gestellt und den Kolonialismus kritisiert. Mit der Entwicklung der anti-rassistischen Linken engagierte sich Delorme bereits seit den 1970er Jahren in Lyon für die Rechte und die soziale Besserstellung der maghrebischen Migranten. In besonderem Maße engagierte er sich in der Jugendarbeit<sup>441</sup>. Tatsächlich hatten sich nicht, wie im populären Gedächtnis verankert ist, die Jugendlichen selbst dazu entschieden, auf die gegenüber Djaidja ausgeübte Polizeigewalt mit einem friedlichen Marsch nach Paris zu reagieren, sondern Delorme hatte sie davon überzeugt<sup>442</sup>.

Die Rolle des Pastors in der Aktion erklärt, weshalb sich im christlichen Milieu verschiedene Stimmen erhoben, die die *Marche pour l'égalité* ausdrücklich lobten und den Demonstrierenden ihre Solidarität bekundeten. Die *Commission épiscopale des migrations pour des liens de solidarité* wandte sich nach dem Ende der Aktion an ihre »frères immigrés et réfugiés«, insbesondere an die »fils et filles d'immigrés«, und ermutigte diese mit der Erinnerung, dass sie ebenso wie ihre »camarades français« die Zukunft der französischen Gesellschaft seien, ihren Protest fortzusetzen<sup>443</sup>. Dass Kinder ehemaliger Hilfssoldaten an dem Marsch beteiligt gewesen waren, blendete die Kommission in ihrer Erklärung aus, ebenso wie die Tatsache, dass sowohl die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten als auch viele der Einwanderer der zweiten Generation über die französische Staatsbürgerschaft verfügten und sich als Bürger der Französischen Republik verstanden.

<sup>441</sup> Delorme liefert in folgendem autobiographischen Werk eine Erklärung für sein Engagement: Christian DELORME, *Par amour et par colère*, Paris 1985.

<sup>442</sup> Pierre-Marie TERRAL, *L'histoire en marches, de l'inscription de la »Marche des beurs« dans l'histoire d'un mode d'action protestataire*, in: *Migration* 41 (2013), S. 41–52, hier S. 48.

<sup>443</sup> *Appel de la Commission épiscopale des migrations pour des liens de solidarité à la suite de la marche contre le racisme et pour l'égalité les évêques s'adressent à tous les immigrés en France, 20.8.1984, Marche pour l'égalité et contre le racisme*, Recueil. Tracts, affiches et documents d'information (1983–1986), BNF: Quellensammlung.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Auch innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus machte man es nicht zum Thema, dass Kinder ehemaliger Hilfssoldaten zu den Initiatoren der Aktion gehörten. Als die Demonstranten Paris erreichten, riefen zahlreiche Organisationen zu einer Großdemonstration auf, mit der sie auf die sozialen und rechtlichen Probleme aller Migranten in Frankreich hinweisen wollte. Im 18. Arrondissement der Stadt, in einem stark von algerischer Einwanderung geprägten Viertel, schlossen sich verschiedene Organisation zusammen, um gemeinsam zur Teilnahme an der Demonstration aufzurufen. Die CFDT trat dort als Unterzeichnerin des Aufrufs an der Seite der Associations des travailleurs algériens en France auf<sup>444</sup>. Die Aktion nutzte die Gewerkschaft somit für eine erneute Solidaritätsbekundung mit den algerischen Arbeitern. Dass diese Aktion nicht nur den Beginn der Politisierung der *beurs* markierte, sondern dass Söhne ehemaliger Hilfssoldaten gemeinsam mit den Nachkommen von maghrebinischen Migranten hier ein Zeichen gegen Polizeigewalt und Ausgrenzung setzen wollten, ging dabei unter. Auch die CFDT, die 1962 erklärt hatte, sich innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus für die ehemaligen Hilfssoldaten einzusetzen, nutzte die Gelegenheit nicht, um auf die gemeinsamen Probleme der Nachkommen zweier einst verfeindeter Gruppen hinzuweisen. Die Vertreter der Linken subsumierten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten unter die Gruppe der *beurs*, ohne sich der Kooperation zweier Gruppen bewusst zu werden, die sie bis dato als Antagonisten thematisiert hatte.

Einige Vertreter der Linken bemühten sich jedoch auch, bewusst die gemeinsamen Probleme der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Kinder und die Probleme der maghrebinischen Migranten verschiedener Generationen so sehr in den Vordergrund zu stellen, dass die Hilfssoldaten nicht mehr als eigene Gruppe auszumachen waren. Sie verfolgten damit den Ansatz, den auch die sozialistische Regierung nach ihrem Amtsantritt in der Frage der Integration der muslimischen Repatriierten verfolgte<sup>445</sup>. Delorme versuchte diese Entwicklung zu nutzen, um die Linke als Unterstützer für explizit von muslimischen Repatriierten durchgeführte Aktionen zu gewinnen. Als 1987 eine Gruppe von Hilfssoldaten und deren Söhnen in Lyon in den Hungerstreik traten, setzte sich der Pastor gemeinsam mit einem Kollegen für die Hungerstreikenden ein. Er nutzte sein während der Marche pour l'égalité erworbenes Ansehen als Sprachrohr der *beurs* und deklarierte den Hungerstreik in einer Pressekonferenz als Aktion von Mitgliedern der nordafrikanischen Gemeinde, die für eine Verbesserung der sozialen Bedingungen der maghrebinischen Gemeinde einträten. Dass

444 Marche pour l'égalité et contre le racisme, Paris, décembre 1983, ibid.

445 Vgl. Kap. 3.1.

es sich um Hilfssoldaten und deren Söhne handelte, erwähnte er in dieser Pressekonferenz nicht<sup>446</sup>.

Das Vorgehen Delormes zeigt, welchen Drahtseilakt Linke zu vollbringen hatten, wenn sie sich für die sozialen Belange der einstigen Hilfssoldaten in gleichem Maße einzusetzen gedachten wie für die Belange einstiger Arbeitsmigranten. Während Delorme versuchte, die besondere Situation der Hilfssoldaten zu verschleiern, versuchte die sozialistische Regierung durch gezielte Informationsarbeit einen Weg zu finden, die gemeinsamen Probleme und Erfahrungen insbesondere der zweiten Generation beider Gruppen hervorzuheben, ohne jedoch deren individuellen sozialen Probleme und insbesondere die Tatsache, dass die muslimischen Repatriierten schon seit 1962 über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, zu ignorieren. Hierzu kooperierte das ONASEC mit dem auf eine kommunistische Gründung zurückgehenden Veteranenverband Fnaca. Die Fnaca repräsentierte seit dem Beginn der Fünften Republik den linken, kolonialkritischen Flügel der Algerienkriegsveteranen und vertrat in erster Linie ehemalige Wehrpflichtige. Als Gegenpol zum kolonialistischen und obrigkeitstreuen Veteranenverband Union nationale des combattants d'Afrique du Nord (UNC-AFN) hatte Jean-Jacques Servan-Schreiber 1958 die Gründung der FNAA betrieben, einer Föderation verschiedener linker Strömungen, wobei der kommunistische Flügel die stärkste Kraft ausmachte. Nach dem Ende des Krieges signalisierte die Namensänderung in Fnaca die Neuausrichtung des Verbandes. Der kommunistische Einfluss ging zwar nicht verloren, wurde jedoch entscheidend reduziert. 1974 näherte sich die Fnaca an die sozialistische Partei unter François Mitterrand an. Fortan stand der Verband dem linken parlamentarischen Spektrum nahe<sup>447</sup>. Als die sozialistische Regierung die Verantwortung für die Integration der muslimischen Repatriierten übernahm, zeigte die Fnaca die Bereitschaft, sich an dieser Integrationsarbeit zu beteiligen. Bis dahin hatte der Veteranenverband über die Existenz muslimischer Soldaten und Hilfssoldaten in der französischen Armee geschwiegen und auch kein Interesse an deren sozialen Problemen gezeigt. In ihrem Verbandsorgan »L'Ancien d'Algérie« fanden sie erstmals 1986 Erwähnung. Ein mehrseitiges Dossier mit dem Titel »Harkis: des combattants... ›pas comme les autres?«<sup>448</sup>, das in der Märzausgabe des Jahres 1986 erschien, markierte den Beginn der Berichterstattung über die ehemaligen Hilfssoldaten.

Der Präsident der Fnaca, Wladyslas Marek, nahm in der gleichen Ausgabe grundlegend Stellung zu den »harkis«. Der Verband heiße sie ausdrücklich in

<sup>446</sup> Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFCl, 27.2.1987, AN: vers. 20090157/212.

<sup>447</sup> Vgl. zur Entstehung und Entwicklung der Fnaca RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 281–292.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

seinen Reihen willkommen. Laut Statut stehe die Fnaca all jenen offen, die am Algerienkrieg teilgenommen hatten, auch den Hilfssoldaten. Bereits seit mehreren Jahren seien »Français rapatriés d'origine maghrébine« in verschiedenen lokalen Einheiten des Verbandes vertreten. Man sehe diese jedoch nicht als »harkis« an, sondern als »anciens combattants comme les autres«. Ihre Besonderheit sah Marek allein in der Tatsache, dass Bretonen oder Pariser nach dem Ende des Algerienkriegs in ihre Heimat zurückgekehrt seien, während die »harkis« gezwungen gewesen seien, das Land, in dem sie geboren waren, für immer zu verlassen und sich in einem neuen Land zurechtzufinden. Er warb mit den Worten »Ils sont des nôtres. Tendons la main« unter den Mitgliedern des Verbandes um Verständnis für die Situation der muslimischen Repatriierten<sup>448</sup>.

Michel Sabourdy, der Chefredakteur der Verbandszeitschrift, leitete das Dossier mit einem Kommentar ein, in dem er auf die politischen Differenzen zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und vielen Mitgliedern der Fnaca einging. Er verwies darauf, dass die ehemaligen Hilfssoldaten durch die Akteure der *Algérie française* in Frankreich instrumentalisiert würden. Sabourdy forderte seine Leser dazu auf, sich trotz dieser Differenzen für die »harkis« einzusetzen, da diese in Frankreich mit Ausgrenzung und Rassismus konfrontiert seien, der von den gleichen Akteuren getragen werde, die sich als deren Sprachrohre ausgäben: »Ceux qui parlent des ›harkis massacrés‹ sont les mêmes, souvent, qui changent de trottoir quand ils rencontrent un des rescapés dans quelque ville de France«<sup>449</sup>. Er bezog sich mit dieser Äußerung auf den mit dem Begriff *délit de gueule* charakterisierten Rassismus und verwies darauf, dass die Träger des Rassismus in Frankreich die Gruppe der »Araber« an äußerlichen Merkmalen festmachten und daher die muslimischen Repatriierten nicht aussparten. Die Fnaca wolle sich diesem Rassismus entgegenstellen und zugleich gemeinsam mit dem ONASEC an einer Verbesserung der sozialen Situation der Hilfssoldaten in Frankreich arbeiten. Diese seien nach dem Ende des Algerienkriegs gezwungen gewesen, nach Frankreich zu kommen, wo sie aber nicht mit Respekt und Würde aufgenommen worden waren. Man müsse ihnen diese Würde zurückgeben und sie zu »Français à part entière« machen<sup>450</sup>.

Ausführlich stellten die Vertreter der Fnaca in dem Dossier die soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten dar, wobei der Schwerpunkt auf der zweiten Generation lag. Eine Delegation der Fnaca hatte einzelne ehemalige Hilfssoldaten zu Hause besucht, um sich ein Bild von der Situation ihrer Familien zu machen. Besonders ausführlich ging man auf die Situation eines ehema-

448 Wladyslas MAREK, Ils sont des nôtres, in: *L'Ancien d'Algérie* 245 (1986), S. 7.

449 Michel SABOURDY, Harkis: des combattants... »pas comme les autres«?, *ibid.*, S. 7.

450 *Ibid.*

ligen Hilfssoldaten ein, der in einem hauptsächlich von Migranten bewohnten Stadtteil Narbonnes in einer HLM lebte. Die Fnaca verwies explizit darauf, dass sich die Lebenssituation dieser Familie trotz ihrer französischen Staatsbürgerschaft nicht von der maghrebinischer Migranten unterscheide. Der Vater spreche noch immer gebrochen Französisch und die Bräuche und Vorschriften des Islams seien im Leben der Familie omnipräsent. Auch die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten teilten die Probleme der Einwanderer der zweiten Generation. Viele hätten Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden, obwohl sie über einen guten Abschluss verfügten<sup>451</sup>. Ausdrücklich lobte man in diesem Kontext die vom ONASEC initiierten Programme, die Angehörigen der zweiten Generation den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollten. Der Ansatz, die kulturellen und religiösen Besonderheiten der jungen französischen Muslime als Stärke wahrzunehmen und aus diesem Grund unter anderem ihre Arabischkenntnisse zu stärken und auf dem Arbeitsmarkt als Trumpf zu nutzen, wertete die Fnaca als vielversprechenden neuen Weg<sup>452</sup>. Indem sie hervorhob, dass die ehemaligen Hilfssoldaten und auch deren Kinder an ihren kulturellen Wurzeln festhielten, und den Weg der sozialistischen Regierung ausdrücklich lobte, warb die Fnaca für deren Integration in die französische Gesellschaft unter Anerkennung ihrer kulturellen Differenz. Ohne die vergangenen und noch immer bestehenden Konflikte zwischen muslimischen Repatriierten und kolonialkritischen Akteuren zu verschleiern, forderte die Fnaca ihre Mitglieder auf, die kulturelle Differenz der ehemaligen Hilfssoldaten und ihrer Familien wahrzunehmen und sie dennoch als »Français à part entière« zu akzeptieren.

Weiterhin waren die muslimischen Repatriierten kein Thema, das in der Linken breit debattiert wurde, aber die Berichterstattung ließ erkennen, dass man sich um eine Annäherung bemühte. Mit dem Beginn der 1990er Jahre kam in der Linken wieder vereinzelt die Frage nach der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere ihrer Kinder auf. Das Wochenmagazin »Le Nouvel Observateur« widmete im Jahr 1991 eine Sonderausgabe dem Thema »La France et les Arabes«. Ein ausführlicher Artikel untersuchte die Identität der Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich. Der Verfasser verschwieg erneut nicht ihr Verhältnis zu den Verteidigern der *Algérie française*. Er stellte das Beispiel der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten vor, die sich in der Kommunalpolitik engagierte und einen nationalistischen Diskurs vertrat. Dieses Phänomen erklärte der Autor zum einen damit, dass alle Regierungen der Fünften Republik bis dato die muslimischen Repatriierten, insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten, vernachlässigt hätten. Zum anderen stellten

451 Près d'un quart de siècle est passé. Que sont-ils devenus?, *ibid.*, S. 9.

452 Partagées entre deux cultures. La deuxième génération... et les suivantes, *ibid.*, S. 10.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

diese jedoch auch zu hohe Forderungen. Stets werde eine »super-citoyenneté dominant droit à plus d'avantages que le simple règlement de leurs problèmes quotidiens« gefordert. Solche hohen Erwartungen könnten nur enttäuscht werden. Tatsächlich sei ihre Marginalisierung so verstärkt worden, da sie sich aus Enttäuschung der extremen Rechten angenähert und gehofft hätten, dank der Ausweisung der maghrebinischen Einwanderer würden ihre Rechte als französische Bürger anerkannt<sup>453</sup>.

Allerdings konstatierte der Verfasser in dieser Hinsicht eine Veränderung bei der jungen Generation. Diese fühle sich ausgegrenzt und verstehe zunehmend, dass sich der Rassismus in Frankreich nicht an der Staatsbürgerschaft orientiere, sondern sie diesem aufgrund äußerer Merkmale als Araber ausgesetzt seien. Dieser Erkenntnis folgend fordere sie das Recht ein, »Français à part« zu sein und bewusst ihre arabisch-islamische Identität als Distinktionsmerkmal in den Vordergrund zu stellen. Er sah in dieser Entwicklung die Chance für eine Annäherung zwischen den Nachkommen maghrebinischer Migranten und den Nachkommen muslimischer Repatriierter. Gleichzeitig sah er jedoch diese Entwicklung auch als Gefahr an. Das Gefühl der Enttäuschung könne zu einer Annäherung der jungen Generation muslimischer Repatriierter an die radikalen Islamisten führen<sup>454</sup>. Mit dieser Überlegung griff man in dem Artikel einen Diskurs auf, der vom FLN in Algerien geprägt war. Immer wieder erhob dieser den Vorwurf, bei den Islamisten handle es sich um die Söhne der Hilfssoldaten, die versuchten, sich am FLN zu rächen<sup>455</sup>. Im »Nouvel Observateur« wurde diese Gefahr der Radikalisierung jedoch nicht mit dem Bedürfnis der Hilfssoldaten nach Rache erklärt. Der Autor machte vielmehr Fehler in der Integrationspolitik in Frankreich für eine mögliche Radikalisierung verantwortlich, aus denen insbesondere für die zweite Generation Probleme der Identitätsfindung resultierten. Die zweite Generation neige aufgrund der schwierigen Identitätsfindung zu extremen Einstellungen. Um diese These zu untermauern, wurde in dem Artikel auf das bereits erwähnte Beispiel der dem FN nahestehenden Tochter eines Hilfssoldaten verwiesen. Während diese bisher die volle Anerkennung der französischen Staatsbürgerschaft für muslimische Repatriierte und zugleich die Ausweisung der maghrebinischen Einwanderer gefordert habe, vertrete sie nun angesichts des Golfkriegs eine panarabische, gegen den Westen gerichtete Rhetorik. Einer »large majorité« der jungen Generation

<sup>453</sup> K. BOUGUERRA, L'oubli du sang versé, in: Le Nouvel Observateur. Dossier 5, La France et les Arabes (1991), S. 92f.

<sup>454</sup> Ibid.

<sup>455</sup> Vgl. hierzu Kap. 4.4.



bescheinigte der Autor, aus Enttäuschung über ihre Ausgrenzung in Frankreich für islamistisches Gedankengut zugänglich zu sein<sup>456</sup>.

Trotz dieses Vorwurfs wurde die Entwicklung der zweiten Generation in dem Artikel insgesamt als positiv angesehen. Lediglich eine Minderheit lasse sich tatsächlich von Islamisten verführen. Insgesamt habe die Mehrheit beschlossen, nicht mehr zu fordern, als französische Staatsbürger des »sang versé« angesehen zu werden, und sich stattdessen mit der »citoyenneté française« zufriedenzugeben. Mit dieser Einstellung stellten die muslimischen Repatriierten eine Chance für Frankreich und auch für dessen Beziehungen zur arabischen Welt dar. Wegen der Rückbesinnung auf ihre arabischen Wurzeln könnten sie eine Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt darstellen<sup>457</sup>. Der Artikel verdeutlicht, wie sich mit dem von der sozialistischen Regierung verfolgten Ansatz in der Integrationspolitik auch die Rhetorik der Linken geändert hatte. Man nahm die besondere Situation der muslimischen Repatriierten wahr, ohne sie mit den maghrebinischen Migrantengleichzusetzen. Der Fokus in der Berichterstattung lag hier wie bereits im Bericht der Fnaca auf ihren hybriden Identitäten, die als besonders ausgeprägt dargestellt wurden. Diese hybriden Identitäten wurden zwar auch als Gefahr, in erster Linie jedoch als Chance für eine Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt interpretiert.

Diese Art von Berichterstattung wurde fortgesetzt, als im Sommer 1991 in verschiedenen Städten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten protestierten, um explizit auf die Probleme ihrer Gruppe hinzuweisen. Die Journalisten von »Le Monde« beobachteten intensiv die Ereignisse<sup>458</sup>. Sie nutzten die Gelegenheit und berichteten nicht nur über die Aufstände, sondern gingen zudem der Frage nach, wer genau dahinter stand. Explizit verwies der Verfasser eines im Juli veröffentlichten Artikels darauf, dass es »harkis« der zweiten Generation waren, die hier demonstrierten, und diese Gruppe nicht mit der Gruppe der muslimischen Repatriierten gleichzusetzen seien<sup>459</sup>. Ausführlich widmete sich Anne Tristan in einem knapp einem Jahr nach dem Ende der Proteste in »Le Monde diplomatique« veröffentlichten Artikel den Ereignissen des Vorjahres und rekapitulierte die Geschehnisse. Sie hob auf die Identitätsfindung der zweiten Generation ab. Dieser Generation gelinge es zunehmend, sich eine eigene Identität zu kreieren und sich von den Verteidigern der *Algérie française* zu dis-

456 K. BOUGUERRA, L'oubli du sang versé, in: Le Nouvel Observateur. Dossier 5, La France et les Arabes (1991), S. 92f.

457 Ibid.

458 Zwischen Juni und September 1991 wurde in »Le Monde« ausführlich über die Aufstände und deren Folgen berichtet.

459 Les vrais harkis et les autres, in: Le Monde, 10.7.1991.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

tanzieren. Die Mitglieder dieser Generation lehnten es mit dem Verweis auf die unterschiedliche Behandlung ihrer Eltern im Gegensatz zu den europäischen Repatriierten ab, als *rapatriés* bezeichnet zu werden. Auch da sie betonten, sich selbst zu organisieren und für sich selbst sprechen zu wollen, und die Repatriiertenverbände nicht als ihr Sprachrohr anerkannten, wiesen sie Tristan zufolge diese Bezeichnung ab. Sie ließen sich nicht mehr manipulieren und instrumentalisieren, sondern verstünden sich als eigene Gruppe der »harkis«<sup>460</sup>.

In diesem Sinne bezeichnete Tristan die Aufstände vom Sommer 1991 als Aufstände der »harkis« der zweiten Generation. Diese seien wie auch die maghrebinischen Einwanderer der zweiten Generation in Frankreich Opfer von Rassismus und zudem überdurchschnittlich häufig arbeitslos. Die Polizei stelle diese Jugendlichen unter einen Generalverdacht, was als Auslöser der Unruhen von 1991 gedeutet wurde. Tristan berichtete von ständigen Kontrollen in den hauptsächlich von ehemaligen Hilfssoldaten und deren Nachkommen sowie maghrebinischen Einwanderern bewohnten *cités*. Sie seien in diesen *cités* ghettosiert und blieben stets abseits der französischen Mehrheitsgesellschaft. Aufgrund dieser Ghettoisierung und wegen der zusätzlichen Stigmatisierung vonseiten der Polizei würde ihnen ständig ihre Exklusion vor Augen geführt<sup>461</sup>. Tristan benutzte die gleichen Analysekatégorien wie andere zeitgenössische Intellektuelle, um die Aufstände in den *banlieues* zu erklären<sup>462</sup>. Sie zeichnete das Bild von jungen französischen Bürgern, die versuchten ihren Weg zu gehen, dabei jedoch aufgrund von Exklusion und Rassismus immer an ihre Grenzen stießen. Um dies zu veranschaulichen, berichtete sie von zwei Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten, die eine Organisation gegründet hatten, die Nachhilfeunterricht für die Jüngeren anbot und Veranstaltungen organisierte. Darüber hinaus hatten sie eine Sicherheitsfirma gegründet, die nicht nur ihnen selbst, sondern auch weiteren Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten eine Beschäftigungsmöglichkeit bot. Diese Firma hätten sie jedoch aufgeben müssen, nachdem unter anderem vom FN das Gerücht verbreitet worden sei, die Verantwortlichen hätten ein Geschäft angezündet<sup>463</sup>.

Die Berichterstattung Tristans zeigt, dass auch von der kolonialkritischen Linken Frankreichs Anfang der 1990er Jahre die zweite Generation in erster Linie als Opfer von Exklusion und Rassismus wahrgenommen wurde und nicht

460 Anne TRISTAN, Trente ans d'humiliation et de mépris. Les rêves déçus et la colère rentrée des harkis, in: *Le Monde diplomatique* 461 (1992), S. 12.

461 Ibid.

462 Vgl. hierzu Sylvie TISSOT, Les sociologues et la banlieue. Construction savante du problème des »quartiers sensibles«, in: *Genèses* 60 (2005), S. 57–75.

463 Anne TRISTAN, Trente ans d'humiliation et de mépris. Les rêves déçus et la colère rentrée des harkis, in: *Le Monde diplomatique* 461 (1992), S. 12.

mehr wie ihre Väter als Verräter. Anfang der 1980er Jahre waren Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in den Vordergrund getreten, die selbst nicht am Algerienkrieg beteiligt gewesen waren, in Frankreich die Probleme und Erfahrungen der Kinder maghrebischer Migrantenteilten und sich bewusst von den Aktivisten der *Algérie française* abgrenzten. Dieser Wandel zeigte sich erstmals mit der *Marche pour l'égalité*, wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt von der linken Öffentlichkeit in Frankreich nicht wahrgenommen. Erst mit der Kampagne des ONASEC wurde auch in kolonialkritischen Kreisen ein Bewusstsein für die Probleme der zweiten Generation geschaffen. Folglich solidarisierte sich auch ein Verband wie die Fnaca, der deutlich in Opposition zu den Verteidigern der *Algérie française* stand und dessen Positionen auf der Ebene der Erinnerungspolitik mit den Positionen muslimischer Repatriierter kollidierten, mit den ehemaligen Hilfssoldaten, insbesondere mit deren Kindern. In der daraufhin einsetzenden Berichterstattung zu den Kindern ehemaliger Hilfssoldaten schlug sich auch die gewandelte Position der Linken zur Integrationsfrage nieder. Journalisten lenkten den Fokus auf die hybriden Identitäten der zweiten Generation und sahen kulturelle Differenzen nicht mehr als Gefahr an, sondern als Bereicherung. Damit einhergehend rückte auch der islamkritische Diskurs trotz des aufkommenden Islamismus in den Hintergrund. Die Rückbesinnung auf die arabisch-islamische Identität der zweiten Generation war für die Linke nicht in erster Linie eine Gefahr, sondern gar die Möglichkeit einer Brücke zwischen Frankreich und der arabischen Welt.

### **3.6 Die muslimische Elite zwischen Revanchismus und Differentialismus**

Die Mitglieder der muslimischen Elite, die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich niederließen, wurden zwar von der Verwaltung mit den ehemaligen Hilfssoldaten zur Gruppe der muslimischen Repatriierten zusammengefasst, jedoch privilegiert behandelt. Nur kurz nach den Abkommen von Évian hatte der Staatsminister für algerische Angelegenheiten Joxe darauf hingewiesen, die Vertreter der muslimischen Elite seien wie die europäischen Siedler zu behandeln<sup>464</sup>. Sie sollten in Frankreich von den gleichen finanziellen Hilfen zur Niederlassung und den gleichen Maßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben profitieren wie die repatriierten europäischen Siedler. Um auch in Frankreich dem Staat dienen zu können, war für die hohen Beamten und Abgeordnete sowie die hohen Militärs lediglich die französische Staatsbürgerschaft erforderlich. Aus diesem Grund waren sie angehalten, diese schnellst-

464 Vgl. hierzu [Kap. 2.2](#).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

möglich, noch im Laufe des Jahres 1962, zu beantragen<sup>465</sup>. Dies stellte für die wenigsten Mitglieder der muslimischen Elite ein Hindernis dar. Viele hatten sich bereits zu Kolonialzeiten einbürgern lassen und den »statut de droit local« abgelegt<sup>466</sup>. Demnach stand der Fortsetzung ihres Lebens in Frankreich nur wenig im Weg. Die Ausreise nach Frankreich war für viele dennoch eine tiefe Zäsur.

Selbst Boualam, der als Abgeordneter der Nationalversammlung bereits viel Zeit in Frankreich verbracht hatte und für den sowohl bei der Ausreise als auch bei der Niederlassung in Frankreich Sonderbedingungen galten, schaute mit großem Bedauern auf sein Leben in Algerien zurück und voller Sorge in die Zukunft in Frankreich. Boualam war nicht nur gemeinsam mit seiner gesamten Familie aus Algerien ausgeflogen worden, sondern bekam zudem in der Camargue großzügig Land zur Verfügung gestellt, auf dem er sich mit seiner Familie niederließ. Dennoch bezeichnete er seine Repatriierung als Exil: »exil dans le pays que j'ai choisi, mon pays: la France«<sup>467</sup>. Obwohl er überzeugter Patriot war und nicht müde wurde, gegenüber der französischen Bevölkerung zu betonen, dass er Franzose wie alle anderen sei, bedeutete die Ausreise nach Frankreich für ihn doch, seine »petite patrie« zu verlassen<sup>468</sup>. So schrieb er 1962 in seinem Werk »Mon pays, la France«: »Oui, monsieur Dupont, c'est un homme triste qui s'est exilé dans votre belle Provence, un Français comme vous et comme tant d'autres«<sup>469</sup>. Er fühlte sich fremd in der Provence. Seine Heimat war Algerien. Da jedoch in seinen Augen Algerien stets ein Teil Frankreichs gewesen war, verstand er sich als französischer Bürger. Seine Identität als Franzose war demnach untrennbar mit einem französischen Algerien verknüpft, weshalb er seine Zukunft in Frankreich als Exil empfand. Das Exil wurde für ihn umso bitterer, als er sich von der Mehrheit der französischen Bevölkerung verraten fühlte. Er warf dieser vor, die Unabhängigkeit Algeriens befürwortet zu haben, ohne an die Konsequenzen für die dortige Bevölkerung gedacht zu haben. Mit dem Votum für die Unabhängigkeit Algeriens hatte die französische Bevölkerung seiner Ansicht nach gezeigt, dass sie Algerien nie als Frankreich und die dortige Bevölkerung demnach nie als französische Bürger angesehen hatten. Er fühle sich deshalb erniedrigt und verraten<sup>470</sup>.

<sup>465</sup> Le ministre d'État chargé des Affaires algériennes et le secrétariat d'État auprès du Premier ministre chargé de la fonction publique aux ministres et secrétaires d'État, 5.12.1962, AN: vers. 19920149/3

<sup>466</sup> HAMOUMOU, L'histoire des harkis, S. 321.

<sup>467</sup> BOUALAM, Mon pays, S. 30 (Hervorh. i. Orig.).

<sup>468</sup> Ibid., S. 219.

<sup>469</sup> Ibid., S. 218.

<sup>470</sup> Ibid.

### 3.6 Die muslimische Elite zwischen Revanchismus und Differentialismus

Das Gefühl der Erniedrigung lässt sich nicht nur damit begründen, dass Boualam sich in Frankreich fremd und nicht willkommen fühlte. Auch sein mit dem Exil einhergehender Statusverlust trug zum Gefühl der Erniedrigung bei. Er hob hervor, dass er all seinen Besitz in Algerien zurücklassen musste. Das 40 Hektar umfassende Land, das er in der Camargue zur Verfügung gestellt bekam, war für ihn keine ausreichende Entschädigung, hatte er doch in Algerien 33 000 Hektar Land verwaltet<sup>471</sup>. Bei all dieser Enttäuschung war Boualam sich trotzdem seiner privilegierten Situation bewusst, da er gleichzeitig das Schicksal seiner ehemaligen Hilfssoldaten im Blick hatte. Verschiedene Mitglieder der muslimischen Elite, insbesondere jedoch Boualam, setzten sich dafür ein, dass die muslimischen Hilfssoldaten Algerien verlassen konnten, engagierten sich jedoch auch in Frankreich für deren Aufnahme vor Ort. Boualam handelte in erster Linie auf eigene Initiative, obwohl er sowohl mit den Verbänden der ehemaligen SAS-Offiziere als auch mit Verbänden der ehemaligen europäischen Siedler in Kontakt stand. Er nahm ehemalige Hilfssoldaten, denen die Ausreise nach Frankreich gelungen war, auf seinem Land in der Camargue auf. Bis Oktober 1962 hatten rund 200 Personen den Weg nach Mas-Thibert zu Boualam gefunden<sup>472</sup>.

Trotz seiner privilegierten Stellung konnte auch Boualam diesen ehemaligen Hilfssoldaten nicht viel bieten. Großteils brachte er sie und ihre Familien in Mas-Thibert in Zelten unter. Die Armee stellte Boualam die Zelte zur Verfügung<sup>473</sup>. Er hatte jedoch trotz der Unterstützung durch die Armee Schwierigkeiten, für all die Menschen zu sorgen, die sich bei ihm niederließen. Er beklagte, dass die Größe seines Landes nicht zur Versorgung seiner Bewohner ausreiche. Man könne auf dem Land nicht mehr als 200 Schafe halten, mindestens 3000 seien jedoch zur Versorgung all der Bewohner von Mas-Thibert nötig. Zudem forderte er von der Regierung zusätzliches Land, um Hartweizen anzubauen, was diese ihm jedoch nicht zur Verfügung stellte<sup>474</sup>. Daher herrschten auch bei Boualam teils prekäre Verhältnisse vor, insbesondere da auch dort ein Provisorium zur dauerhaften Lösung wurde. Die Zahl der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Mas-Thibert ankamen, reduzierte sich nicht sehr. Während immer wieder Familien den Ort verließen, konnte Boualam noch 1968 Neuankömmlinge vermelden, in erster Linie aus Beni-Boudouane stammende ehemalige Hilfssoldaten, die zunächst in Lagern oder in Walddörfern untergekommen waren, diese jedoch verließen, um sich in Mas-Thibert niederzulassen. So entstanden in Mas-

<sup>471</sup> Ibid., S. 31.

<sup>472</sup> Les musulmans parmi nous, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

<sup>473</sup> FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 118.

<sup>474</sup> Vgl. *Les musulmans parmi nous*, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Thibert und seinem Umfeld Barackensiedlungen, obwohl die zuständigen Behörden vor Ort bereits recht früh intervenierten und immer wieder Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur und zum Bau neuer Unterkünfte zur Verfügung stellten<sup>475</sup>. Bis 1968 finanzierte die Sonacotra fünfzig Wohnungen<sup>476</sup>.

Da sich in Mas-Thibert in erster Linie Angehörige des Stammes der Beni Boudouane niederließen, behielt Boualam in Frankreich seine Stellung als Stammesoberhaupt bei. Er installierte in seinen Stallungen einen Schreibtisch, an dem er die Angehörigen seines Stammes empfing, die bei ihm Rat und Hilfe suchten. Wie sehr er ihm Gegenzug erwartete, von diesen als uneingeschränkte Autorität anerkannt zu werden, wird deutlich, da sich das Ritual durchsetzte, Boualam bei jeder Begegnung die Hand zu küssen<sup>477</sup>. Nicht nur seine Funktion als Stammesoberhaupt behielt er bei, sondern auch seine einstige Funktion als militärischer Befehlshaber der Hilfssoldaten. Seinen Schreibtisch zierte die Tricolore nebst seinen militärischen Orden. Da zumindest in der Zeit kurz nach Kriegsende auch in Mas-Thibert die Gefahr von Überfällen durch den FLN bestand, behielten einige frühere Hilfssoldaten ihre militärische Funktion bei. Regelmäßig patrouillierten sie unter dem Kommando Boualam und meldeten, wenn verdächtige Personen gesichtet wurden<sup>478</sup>.

Mas-Thibert kann in mehrerer Hinsicht mit den Lagern und Walddörfern für die einstigen Hilfssoldaten und deren Familien verglichen werden. Obwohl es nur wenige Kilometer von der Stadt Arles entfernt lag, blieben die Neuankömmlinge weitgehend unter sich. Sie lebten in Isolation, allerdings war Mas-Thibert nie ein abgeschlossener Ort. Nie trennten Stacheldrähte sie von der Umgebung und jeder der Bewohner konnte sich frei bewegen<sup>479</sup>. Die Funktion, die in den Walddörfern und den Lagern Offiziere und ehemalige SAS-Offiziere übernahmen, kam hier Boualam zu. Er trat nach außen als Sprachrohr der ehemaligen Hilfssoldaten auf, die bei im Unterschlupf suchten, und bot ihnen zugleich Unterstützung in verschiedenen Bereichen an. Insbesondere erledigte er administrative Aufgaben für sie. Er kümmerte sich beispielsweise um deren Einbürgerung. In seinem Werk »L'Algérie sans la France« beschrieb er, wie er am 25. Mai 1963 für die Bewohner Mas-Thiberts für die Summe von »1020 francs lourds« die französische Staatsbürgerschaft »gekauft« habe. Dieser Schritt wog für Boualam schwer, hatten doch seiner Ansicht nach nicht nur er selbst, sondern auch seine Hilfssoldaten durch »loyalisme« und »sacrifices«

<sup>475</sup> FABBIANO, Les harkis du bachaga Boualam, S. 118–120.

<sup>476</sup> Diese Zahl wurde auf einer Sitzung des CNMF genannt. Vgl. CNMF. Séance du 24 janvier 1968, 13.2.1968, AN: vers. 20120054/1.

<sup>477</sup> Les musulmans parmi nous, in: Le Monde, 2.10.1962.

<sup>478</sup> Ibid.

<sup>479</sup> FABBIANO, Les harkis du bachaga Boualam, S. 119.

bereits in Algerien »le titre de Français à part entière« erworben. Dass er für die Einbürgerung seiner Hilfssoldaten, denen er beigebracht habe, Frankreich zu lieben und für das Land zu kämpfen, jeweils 10 Franc bezahlen musste, um so deren Recht zu erkaufen »pour opter pour un pays qu'ils ont servi jusqu'au sacrifice«, kam für ihn einem Betrug gleich<sup>480</sup>.

Während Boualam an der Idee festhielt, er habe ebenso wie seine Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft nie verloren, hatte er mit der Einbürgerung seiner Hilfssoldaten den ersten Schritt zu deren Integration in Frankreich vollbracht. Wie die Offiziere und ehemaligen SAS-Offiziere in den Lagern und Walddörfern übernahm Boualam in Mas-Thibert die Aufgabe, seine ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien auf dem Weg zur Integration zu begleiten. Boualam vertrat wie die Vertreter des CNMF und der AAAA die Ansicht, die einstigen Hilfssoldaten könnten sich nicht eigenständig in die französische Gesellschaft integrieren und benötigten paternalistische Strukturen. Er setzte hierbei zum einen auf seine aus seiner militärischen Stellung resultierende Autorität, zum anderen auf seine Autorität als Stammesoberhaupt. Boualam hielt demnach auch in Frankreich an Elementen traditioneller Herrschaft fest, die nur schwer mit der Idee des Universalismus zu vereinen waren. Er legte Wert darauf, seine »personnalité algérienne« auch in Frankreich zu bewahren<sup>481</sup>. Wie sehr für ihn diese »personnalité algérienne« von Hybridität gekennzeichnet war, wurde jedes Mal deutlich, wenn Boualam in Mas-Thibert an seinem mit militärischen Orden und der Trikolore verzierten Schreibtisch in Djellaba als Stammeschef seine Stammesangehörigen empfing, um sich deren Sorgen und Nöte anzuhören<sup>482</sup>.

Boualam räumte dem Islam in Mas-Thibert einen wichtigen Platz ein. Er konnte dafür die Unterstützung des Bürgermeisters von Arles gewinnen, bei dem Boualam ein hohes Ansehen genoss. Schon bald wurde auf dem städtischen Friedhof ein gesonderter Bereich eingerichtet, in dem die Toten nach muslimischen Vorschriften beerdigt wurden. Zudem flossen 1966 öffentliche Mittel in ein Gebäude, das als Moschee genutzt wurde<sup>483</sup>. Da er stets von einer Vorstellung der Französischen Republik ausging, die Algerien einbezog, gehörte für Boualam der Islam ebenso zur Französischen Republik wie traditionelle Herrschaftselemente. Von Beginn an unterstützten weitere Vertreter der muslimischen Elite Boualam in seiner Idee, der Islam gehöre zur Französischen Republik. Der ehemalige *bachaga* Rabah Benaïssa bemühte sich ebenfalls, in

<sup>480</sup> BOUALAM, *Les harkis au service de la France*, S. 13f.

<sup>481</sup> DERS., *Mon pays*, S. 174.

<sup>482</sup> Dass Boualam stets in Djellaba auftrat, wurde in einem Artikel in »Le Monde« beschrieben. Vgl. *Les musulmans parmi nous*, in: *Le Monde*, 2.10.1962.

<sup>483</sup> FABBIANO, *Les harkis du bachaga Boualam*, S. 121.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Frankreich Verständnis für den islamischen Glauben zu schaffen. Benaïssa gründete 1965 den Verband *Amicale des anciens caïds des services civils d'Algérie musulmans français*, um die Interessen der ehemaligen *Caïds* in Frankreich zu verteidigen. Nachdem er diese Arbeit 1967 für erfüllt erklärt hatte, änderte der Verband seine Zielsetzung und gab an, sich fortan für alle »musulmans français d'origine algérienne« zu engagieren<sup>484</sup>. Dabei kooperierte er eng mit Vertretern verschiedenster Verbände. Unter anderem arbeitet er mit dem CNMF zusammen und hatte über den UNC-ANF Verbindungen in das Veteranenmilieu. Eine besonders enge Kooperation bestand zwischen Benaïssa und dem sich für religiöse Toleranz einsetzenden Verband *Fraternité d'Abraham*, dem Benaïssa selbst angehörte<sup>485</sup>.

Benaïssa erklärte 1968 auf der Generalversammlung des CNMF, sein Verband wolle sich zukünftig nicht mehr vorrangig für die materiellen Interessen der muslimischen Repatriierten einsetzen, sondern diesen eine »*âme commune*« geben, und zwar »*sans rien renier de l'islam qui est comme le judaïsme, une religion vivace, moins »légaliste« qu'on veut bien le dire*«<sup>486</sup>. Indem er die flexiblen Auslegungsmöglichkeiten des Korans darstellte, zeigte Benaïssa, wie der Islam im Rahmen der Französischen Republik gelebt werden konnte. Im Koran seien beispielsweise Lockerungen der Ernährungsvorschriften für diejenigen vorgesehen, die sich auf Reisen oder im Exil befänden<sup>487</sup>. Er plädierte für ein friedliches Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen in Frankreich, indem er hervorhob, dass der Islam zu Frankreich gehöre. Seit seiner Kindheit sei sein Leben von »*traditions complémentaires de nos deux cultures*« geprägt gewesen. Wie in Algerien seien nun auch in Frankreich »*relations confiantes et fraternelles*« zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften von Bedeutung. Er hoffte auf die Werte der Französischen Republik, um ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen zu gewährleisten. »*[L']amour entre tous les hommes de toutes races et de toutes nations*« lasse sich ideal auf französischem Boden, »*terre de tolérance, terre de liberté – de fraternité et d'espoir*«, verwirklichen<sup>488</sup>. Unter Bezugnahme auf die Idee des Universalismus plädierte er für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen.

<sup>484</sup> *Amicale des anciens caïds des services civils d'Algérie musulmans français*, ohne Datum [1968], AN: vers. 20120054/92.

<sup>485</sup> ANAFA, *Assemblée générale du 25 septembre 1969*, *Allocution du président, le bachaga Benaïssa, officier de la Légion d'honneur*, *ibid.*

<sup>486</sup> CNMF, *Assemblée générale du 3 avril 1968*, AN: vers. 20120054/1.

<sup>487</sup> *Ibid.*

<sup>488</sup> *Fraternité d'Abraham. Exposé du bachaga Benaïssa Rabah*, 5.1.1969, AN: vers. 20120054/92.



Benaïssa wandte sich mit seinen Ideen gegen die kulturelle Assimilation der muslimischen Repatriierten und gegen die von der französischen Regierung mit Unterstützung des CNMF und der AAAAA durchgeführte Integrationspolitik. Ihm zufolge verspürten insbesondere ehemalige Hilfssoldaten den Wunsch, nach Algerien zurückzukehren. Er wich von der Rhetorik ab, die Hilfssoldaten hätten sich aus Treue zu Frankreich in der Armee engagiert. Vielmehr plädierte er für Verständnis den Hilfssoldaten gegenüber, die zögerten, die französische Staatsbürgerschaft anzunehmen, obwohl er betonte, viele dieser Hilfssoldaten verstünden sich inzwischen als französische Staatsbürger. Man müsse ihnen Zeit geben, sich zu entscheiden. Einige tendierten dazu, die algerische Staatsangehörigkeit zu behalten, in der Hoffnung, es könne sich in Algerien ein neues Regime etablieren, das ihnen die Rückkehr auf ihre »terre natale«, das Land ihrer »vieux parents«, ermögliche<sup>489</sup>. Den Wunsch nach Rückkehr der Hilfssoldaten erklärte er auch damit, dass diese am geringsten an die westliche Lebensweise gewöhnt und aus diesem Grund in Frankreich mit den größten Anpassungsschwierigkeiten konfrontiert seien<sup>490</sup>. Einen Grund für den Wunsch nach Rückkehr sah Benaïssa auch in der Enttäuschung über den Empfang in Frankreich. Viele seien voller Hoffnung nach Frankreich gekommen, nun würden allerdings einige versuchen, nach Algerien zurückzukehren, da sie nicht nur enttäuscht seien, sondern sich auch in ihrer Würde angegriffen fühlten<sup>491</sup>. Mit diesen Worten wandte er sich gegen die staatliche Integrationspolitik, die auf eine unter paternalistischer Kontrolle durchgeführte Assimilation setzte. Der Empfang in Frankreich müsse zuallererst »suffisamment chaleureux« sein. Wenn sich dieses Prinzip in der Integrationsarbeit durchsetzte, würden weniger ehemalige Hilfssoldaten Algerien vermissen, sondern ihre Zukunft in Frankreich sehen. Wenn sie es zugleich schafften, »les réticences les plus enracinées dans la tradition« zu besiegen, würde die zweite Generation »un contingent de ›Français comme les autres‹« liefern<sup>492</sup>. Er plädierte für den Weg der Integration nach universalistischem Verständnis, wandte sich klar gegen eine kulturelle Assimilation und setzte auf das Prinzip der gegenseitigen Annäherung und Toleranz, um auch die Hilfssoldaten in die Französische Republik zu integrieren.

Bis Anfang der 1970er Jahre waren nur wenige Vertreter der muslimischen Elite in Interessensverbänden organisiert. Mit Beginn der 1970er Jahre traten mehrheitlich jüngere Persönlichkeiten in den Vordergrund, die neue Verbands-

489 Ibid.

490 Ibid.

491 Assemblée générale de l'ANAF, 25.9.1969, *ibid.*

492 Fraternité d'Abraham. Exposé du bachaga Benaïssa Rabah, 5.1.1969, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

strukturen schufen und mit neuen Handlungsstrategien langsam die Akteure, die bis dato in der muslimischen Elite dominiert hatten, in den Hintergrund drängten. Diese neue Generation war wie auch die alten Eliten nicht in Frankreich, sondern in Algerien geboren und hatte dort großteils bereits politische Ämter ausgeübt oder hochrangige militärische Aufgaben übernommen. Sie unterschied sich jedoch von der älteren Generation, da sie ihre politische oder militärische Karriere erst zur Zeit des Umbruchs begonnen und daher bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ihre soziale Position noch nicht gefestigt hatten. Dies erklärt, weshalb die Ausweitung der Verbandsorganisationen von Machtkämpfen zwischen Vertretern der muslimischen Elite geprägt war, die jeweils für sich beanspruchten, als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten zu fungieren, insbesondere für die Schwächsten der Gemeinschaft, die ehemaligen Hilfssoldaten. Die neuen Vertreter der muslimischen Elite mussten sich erst noch behaupten. Im Juli 1971 wurde mit dem *Mouvement d'assistance et de défense des rapatriés musulmans d'Afrique du Nord* (MADRAN) erstmals ein Verband gegründet, in dem muslimische Repatriierte die Interessen aller Mitglieder dieser Gruppe vertraten. Der Gründer und Vorsitzende des MADRAN, Ahmed Kaberseli, hatte von 1955 bis 1960 in der französischen Armee als Berufssoldat gedient. In Algerien hatte er also keine gehobene Stellung innegehabt. Es gelang ihm jedoch, sich mit seinem Verband in Frankreich zu profilieren. Der Verband konnte sich nicht nur in der Île-de-France, sondern in zehn weiteren Departements etablieren und gewann Bedeutung auf nationaler Ebene. Allerdings blieb er stets hinter den kurz darauf gegründeten Verbänden *Front national des rapatriés français de confession islamique* (FNRFICI) und der CFMRAA zurück, die sich an die Spitze der Vertretungen muslimischer Repatriierter stellten<sup>493</sup>.

Der FNRFICI wurde im Dezember 1972 von Ahmed Djebbour gegründet, der seine politische Karriere als Abgeordneter der dritten Kraft begonnen und sich seitdem wiederholt öffentlich geäußert hatte. Djebbour übernahm selbst den Vorsitz der Organisation, bis er 1974 als Attaché in die französische Botschaft nach Tripolis berufen wurde. Seine Position übernahm Abdelfettah Khiari, genannt Jean-Claude Khiari<sup>494</sup>. Khiari war 1960 in die französische Armee eingetreten. Er hatte nicht als Hilfssoldat, sondern in einer regulären Einheit gedient, in der er den Grad eines Unteroffiziers erreicht hatte. Um sich selbst mehr Autorität zu verschaffen, gab Khiari stets an, als Leutnant der Luft-

<sup>493</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. MADRAN, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

<sup>494</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note de renseignements, Juni 1976, *ibid.*

waffe gedient zu haben<sup>495</sup>. Aus der Armee ausgeschieden, arbeitete Khiari in Frankreich als Vorarbeiter in einer Fabrik, in der zahlreiche ehemalige Hilfssoldaten beschäftigt waren. Diesen Arbeitsplatz hatte er wie vieles andere seinem Vorgesetzten aus seiner Zeit beim Militär, Monsieur Renaud, einem einstigen Mitglied der OAS, zu verdanken, dem er auch in Frankreich verbunden blieb. Auch in seinem politischen Denken wurde Khiari von Renaud beeinflusst. Khiari stand in Frankreich der extremen Rechten nahe und fiel innerhalb der Fabrik durch seine Mitgliedschaft in der Organisation Liberté et travail auf, eine der politischen Rechten nahestehende Gewerkschaft. Khiari lenkte den FNRFCI dementsprechend in die Richtung der extremen Rechten in Frankreich<sup>496</sup>.

Khiari legte unter anderem deshalb besonderen Wert auf seinen angeblichen militärischen Rang eines Leutnants, da er in Konkurrenz zu Rabah Kheliff stand, der im Juli 1974 die Union nationale des anciens combattants français de confession islamique (UNACFCI) gründete<sup>497</sup>. Rabah Kheliff stammte aus einer Familie mit langer militärischer Tradition, die ihn bereits als Kind auf der Militärschule auf eine Karriere in der französischen Armee vorbereitet hatte. Er war einer der wenigen aus Algerien stammenden Muslime, die den Dienstrang eines Hauptmanns erreicht hatten<sup>498</sup>. Seiner Biografie entsprechend war der von Kheliff gegründete Verband militärisch ausgerichtet. Das Ziel der Organisation bestand den Verbandsstatuten zufolge darin, die »problèmes créés à la suite des différentes guerres auxquelles ont participé les Français de confession islamique« zu beseitigen<sup>499</sup>. Man wolle »tous les anciens combattants français de confession islamique, isolés ou inorganisés« vereinen, um so gemeinsamen Interessen durchsetzen zu können. Explizit wurden die »anciens combattants de toutes catégories sociales« und somit sowohl reguläre Soldaten als auch ehemalige Hilfssoldaten angesprochen<sup>500</sup>. Die Verbandsarbeit Kheliffs war im Gegensatz zur Verbandsarbeit Khiaris politisch neutral, worauf Kheliff Wert legte. Es ging ihm darum, die Interessen der muslimischen Veteranen politisch neutral, aber stets in Loyalität zur Französischen Republik zu vertreten. Trotz

495 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, *ibid.*

496 Note à l'attention de monsieur Richer, conseiller technique du cabinet du ministre d'État, demande de renseignements, rapatriés de confession islamique, scission du FNRFCI, März 1977, *ibid.*

497 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, *ibid.*

498 MONNERET, La phase finale, S. 274f.

499 Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. UNACFCI, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

500 *Ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

dieser grundverschiedenen Vorgehensweise konnte Kheliff auch Anhänger gewinnen, die zugleich Mitgliedsbeiträge an den Verband Khiaris zahlten<sup>501</sup>.

Ogleich Khiari zwar stets versuchte, sich gegenüber Kheliff zu behaupten, sah er in ihm nicht seinen Hauptkonkurrenten. In besonderer Konkurrenz stand Khiari zum Vorsitzenden der CFMRAA M'Hamed Laradji. Laradji stammte aus einer Familie, die wie Kheliffs eine lange Tradition an der Seite Frankreichs vorzuweisen hatte, sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich<sup>502</sup>. Laradji war zunächst im FNRFICI als Sprachrohr der muslimischen Repatriierten aufgetreten und hatte in Évreux eine Sektion des Verbandes gegründet, bevor er sich im November 1974 dazu entschloss, mit der CFMRAA eigene Wege zu gehen<sup>503</sup>. Das Ziel der Organisation lag darin, »les Français musulmans dans leur installation, leur reconversion et leur adaptation à la vie en métropole« zu unterstützen und »leurs droits matériels et moraux« zu verteidigen<sup>504</sup>. Damit verfolgte Laradji das gleiche Ziel wie die anderen Verbandsvorsitzenden. Allerdings setzte er auf Aufsehen erregende Aktionen, um dieses Ziel zu erreichen. Seine Handlungsstrategien unterschieden sich grundlegend von jenen der anderen Vertreter der muslimischen Repatriierten. Seine Strategie bestand darin, in möglichst hohem Maße das Interesse der französischen Öffentlichkeit an den Problemen dieser Gemeinde zu wecken. Hierzu war er auch bereit, den Weg des legalen Handelns zu verlassen.

Erstmals hatte Laradji noch vor der Gründung der CFMRAA mithilfe eines Hungerstreiks auf die Probleme der muslimischen Repatriierten aufmerksam gemacht. Im Frühjahr und Sommer 1975 führte Laradji gemeinsam mit anderen Akteuren verschiedene Aktionen durch, die die Grenzen der Legalität klar überschritten. Zunächst wurde die Verwaltung des Lagers von Bias für zwei Wochen besetzt. Am 19. Mai kam Laradji im Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise an, das noch am selben Tag besetzt wurde. Bewaffnete Bewohner der Lager übernahmen die Kontrolle und gaben sie erst im Juni wieder ab. Das Ende dieser Besetzung bedeutete jedoch nicht das Ende der Unruhen. Nachdem zunächst am 16. Juni Oberst Deluc, der Präsident des CNMF, einige Stunden in seinem Büro im Staatsrat festgehalten worden war, wurde am 19. Juni der Direktor des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise im Rathaus von Saint-Laurent-des-Arbres als Geisel genommen und erst nach Verhandlungen zwischen

501 Ibid.

502 Vgl. zu Laradji und dessen Familie ROUX, *Les harkis*, S. 388–340; S. 162.

503 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFICI, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

504 Ibid.

den Geiselnehmern und dem Innenminister unter der Vermittlung von Laradji wieder in die Freiheit entlassen<sup>505</sup>.

Bei all diesen Aktionen war es die CFMRAA, in erster Linie Laradji selbst, der als Sprachrohr der Aufständischen auftrat und deren Forderungen und Zielsetzung formulierte. Der Verband gab an, mit seinen Aktionen gegen die in den Lagern und Walddörfern verfolgte Integrationspolitik zu demonstrieren. Gegenüber Pressevertretern behauptete der Sprecher des Verbands, die Demonstrationen der »jeunes gens et jeunes filles« richteten sich gegen den »esprit autocratique qui règne dans la > cité <«. Sie wünschten sich nichts sehnlicher, als mit ihren Familien endlich diese Orte zu verlassen, um sich wirklich in die nationale Gemeinschaft integrieren zu können<sup>506</sup>. Laradji hatte als Angehöriger der muslimischen Elite nie selbst in einem der Lager gelebt und trat somit für Anliegen ein, die nicht die seinigen waren. Trotzdem erklärte er sich zum Sprecher der ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer in den Lagern lebten, und warf der Regierung vor, durch ihr Integrationskonzept die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien segregiert zu haben. Der Verband kritisierte sowohl die Lebensbedingungen in den Lagern als auch die militärische Disziplin, der sich die Bewohner dort unterzuordnen hatten. Während die Verwaltung des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise besetzt war, organisierte die CFMRAA einen Tag der offenen Tür und lud die Öffentlichkeit ein, sich selbst ein Bild davon zu machen, »dans quelles conditions vivent en liberté très surveillée depuis 13 ans déjà, nos compatriotes *français musulmans*, anciens combattants de l'armée française avec leur nombreuses familles rapatriées d'Algérie«<sup>507</sup>.

In der Einladung zum Tag der offenen Tür hieß es weiter: »C'est sans doute pour les récompenser des nombreux services qu'ils rendirent à notre patrie que notre administration les a internés à la place de leurs anciens ennemis«<sup>508</sup>. Das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise hatte während des Algerienkriegs als Gefangenenlager für Mitglieder des FLN gedient<sup>509</sup>. Der Verband sah es als eine besondere Zumutung an, dass die ehemaligen Hilfssoldaten unter den gleichen Bedingungen untergebracht waren wie ihre einstigen Gegner. Er brachte mit der Frage, »*Resterons-ils* longtemps encore victimes de leur *loyauté* envers *la France*?« zum Ausdruck, dass man sie seit ihrer Ankunft in Frankreich für ihr Engagement auf französischer Seite bestrafe, anstatt sich dankbar

505 Vgl. zur Chronologie der Ereignisse PIERRET, *Les révoltes*, S. 142.

506 Zitiert nach: Agitation au camp des harkis de Saint-Maurice (Gard), in: *Midi libre*, 20.5.1975 (Hervorh. i. Orig.).

507 CFMRAA. *Journée porte ouverte*, 24.5.1975, AN: vers. 19870256/7 (Hervorh. i. Orig.).

508 *Ibid.*

509 MOUMEN, *Camp de Rivesaltes*, S. 132.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

zu zeigen<sup>510</sup>. Er betonte damit, dass die Französische Republik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten in einer besonderen Schuld stehe, die sie bis jetzt noch nicht beglichen habe. Dies war Laradji zufolge nicht allein durch die Schließung der Lager möglich. Als die Behörden versuchten, den Aufstand zu beenden, indem sie allen Bewohnern, die das Lager von Saint-Maurice l'Ardoise verlassen wollten, eine Prämie von 4000 Franc und zusätzlich die Übernahme der Umzugskosten anboten, lehnte Laradji diesen Vorschlag im Namen aller Aufständischen ab. Man wolle »une solution nationale, la fermeture des camps, et l'intégration des familles de harkis à part entière dans la vie nationale«<sup>511</sup>. Er forderte die Integration aller »harkis«, jedoch ohne näher auf seine Vorstellungen von Integration einzugehen.

Laradji lenkte schließlich ein und beendete die Aufstände, nachdem die Regierung die Schließung aller Lager und Walddörfer angekündigt und auch Forderungen erfüllt hatte, mit denen Laradji seine eigene Position stärken wollte. Mithilfe der Geiselnahme in Saint-Laurent-des-Arbres plante er, neben der Schließung der Lager die Frage der interministeriellen Kommission zur Lösung der Probleme aller muslimischer Repatriierter voranzubringen<sup>512</sup>. Die Einrichtung dieser Kommission war bereits im Mai beschlossen worden. Es ging zu diesem Zeitpunkt nur noch um die genaue Ausgestaltung und um die Besetzung dieser Kommission<sup>513</sup>. Laradji hoffte sein derzeitiges Ansehen als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten durch einen Sitz in dieser Kommission zu festigen. Ende August zog Laradji nach weiteren Unterredungen mit dem Innenminister eine positive Bilanz der verschiedenen Aktionen. Vor den Bewohnern des Lagers und Vertretern der Presse betonte er in Saint-Maurice-l'Ardoise, dass die Regierung die wichtigste Forderung erfüllt habe. Die muslimischen Repatriierten seien von nun an nicht mehr »émigrés«, sondern »Français à part entière«. Die Regierung zeige, dass sie den muslimischen Repatriierten vertraue, und gestehe ihnen das Recht zu, sich an der Lösung ihrer Probleme zu beteiligen. Im Gegenzug müsse man der Regierung Vertrauen schenken<sup>514</sup>. Laradji erklärte mit diesen Worten das Ende der Proteste und

510 CFMRAA. Journée porte ouverte, 24.5.1975, AN: vers. 19870256/7 (Hervorh. i. Orig.).

511 Zitiert nach: Saint-Maurice-l'Ardoise: les harkis en colère, in: Le Méridional, 25.5.1975.

512 Vgl. L'affaire des fils de harkis, in: L'Aurore, 21.–22.6.1975.

513 Secretariat d'État auprès du Premier ministre, mission interministerielle pour les Français musulmans. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, AN: vers. 20090157/212.

514 Zitiert nach: Confiance réciproque entre les harkis et le gouvernement, in: Midi libre, 28.8.1975.

zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis. Er schrieb sich den Erfolg für die Gründung der nationalen Kommission zu, obgleich diese bereits zuvor beschlossen worden war. Ebenso wertete er die Schließung der Lager als Ergebnis des Protests, obwohl auch diese Entscheidung bereits zuvor getroffen worden war. Laradji und seine Mitstreiter hatten die Vorgänge lediglich beschleunigt<sup>515</sup>.

Dass es Laradji in erster Linie um Selbstdarstellung ging, wird klar, da er trotz seiner Ankündigung, der Regierung zukünftig vertrauen zu wollen, kurz darauf die Borzani-Affäre nutzte, um die Aufstände mit neuen Forderungen fortzusetzen. Nachdem zunächst mehrere Algerier als Geisel genommen und im Lager von Bias festgehalten wurden, wurde ein Verantwortlicher der AA in das Lager von Saint-Maurice-l'Ardoise verschleppt<sup>516</sup>. Die Entführer drohten, die Geisel gegebenenfalls zu erschießen<sup>517</sup>. Die CFMRAA meldete sich zu Wort und warnte vor einer gewaltsamen Intervention der Polizei. Laradji verhandelte schließlich mit dem Innenminister, was zur Freilassung der Geisel führte<sup>518</sup>. Bereits während der Aufstände von einem Journalisten mit dem Vorwurf konfrontiert, er handle in erster Linie im Interesse von Aktivisten der *Algérie française*, stellte Laradji klar, dass die »harkis« sich nicht für politische Zwecke instrumentalisieren ließen<sup>519</sup>. Er wies damit den Vorwurf zurück, die Aktionen seien von Aktivisten der *Algérie française* gesteuert gewesen. Dass Laradji jedoch insbesondere bei den Aktionen vom September 1975 von extremistischen Verbänden und Gruppierungen der *Algérie française* unterstützt wurde, gilt als unumstritten<sup>520</sup>. Ob er dabei jedoch aus ideologischer Nähe zu diesen Akteuren handelte oder ob er die Gelegenheit nutzte, um sich selbst zu profilieren, ist noch weitgehend ungeklärt. Die Handlungsweisen Laradjis zeigen, dass er in seinem Handeln von dem Willen getrieben war, sich als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten zu profilieren, und dabei jede Gelegenheit nutzte, die sich ihm bot. Während er sich im Sommer 1975 in Kooperation mit revanchistischen Kräften der *Algérie française* gegen Vertreter des algerischen Staates und algerische Arbeitsmigranten stellte, suchte er später die Kooperation mit

515 Vgl. Kap. 3.1.

516 Vgl. hierzu PIERRET, *Les révoltes*, S.143–145.

517 D'anciens harkis séquestrent un responsable de l'Amicale des Algériens au camp de Bias, in: *Le Monde*, 19.8.1975.

518 Un dirigeant des Français musulmans est reçu au ministère de l'Intérieur, in: *Le Monde*, 20.8.1975.

519 Zitiert nach: *Confiance réciproque entre les harkis et le gouvernement*, in: *Midi libre*, 28.8.1975.

520 Vgl. hierzu Kap. 3.3.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

der algerischen Regierung, um seine Forderungen durchzusetzen<sup>521</sup>. Es ging ihm in erster Linie darum, möglichst viel Unterstützung für möglichst aufsehenerregende Aktionen zu bekommen.

Die Vertreter anderer Verbände standen hinter Laradjis Forderungen, lehnten jedoch seine radikale Vorgehensweise ab. Offensiv verurteilte besonders Khiari als Vorsitzender des FNRFCI die Aktionen Laradjis, unter anderem da er selbst durch die Aktivitäten Laradjis ins Abseits gedrängt wurde. Selbst innerhalb seines eigenen Verbandes musste er seine Position neu behaupten, da die Mitglieder ihm vorwarfen, zu moderat und gesetzestreu aufzutreten. Gerade aufgrund der Erfolge, die Laradji mit seinen Aktionen verbuchen konnte, wurde innerhalb des FNRFCI vermehrt die Forderung nach spektakulären und auch gewalttätigen Aktionen laut. Um seine eigene Position zu festigen, ging Khiari im Frühjahr 1975 eine Union mit Kaberseli ein. Gemeinsam waren sie bemüht, Laradji wieder in den Hintergrund zu drängen<sup>522</sup>. Als Giscard d'Estaing 1975 seinen Staatsbesuch in Algerien antrat, nutzten Khiari und Kheliff gemeinsam die Gelegenheit, um auf die Probleme der muslimischen Repatriierten hinzuweisen. Sie sprachen von einer »persistance du gouvernement français dans la politique d'abandon des harkis conduisant au pourrissement de leurs revendications par des promesses jamais tenues«<sup>523</sup>. In einer Pressemitteilung mahnten sie die französische Regierung, die aktuellen Versprechungen und Zugeständnisse auch tatsächlich einzuhalten. Sie warnten vor der Gefahr, die andernfalls von der Verbitterung der ehemaligen Hilfssoldaten ausgehen würde. Mit verschiedenen Telegrammen an hohe Regierungsvertreter versuchten sie zudem den Empfang einer Delegation wichtiger Vertreter der muslimischen Repatriierten beim Staatspräsidenten durchzusetzen<sup>524</sup>. Sie machten mit diesen Forderungen deutlich, dass sie die Interessen der muslimischen Repatriierten und insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten in Kooperation mit der Regierung durchzusetzen gedachten. Damit versuchten sie sich als moderates Gegengewicht zu Laradji zu etablieren, dessen »violences verbales et les gesticulations inutiles« Khiari offiziell verurteilte<sup>525</sup>.

Laradji setzte währenddessen seinen Konfrontationskurs fort. Hatte der Innenminister nach der Entführung Belfadels im September zunächst Straffreiheit für die Entführer verkündet, um weitere Spannungen zu vermeiden, kün-

<sup>521</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

<sup>522</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFCI, Dez. 1978, ibid.

<sup>523</sup> Ibid.

<sup>524</sup> Ibid.

<sup>525</sup> Ibid.



digte er kurze Zeit später an, dass doch Strafverfahren eingeleitet würden<sup>526</sup>. Als Reaktion darauf lud Laradji Pressevertreter nach Saint-Maurice-l'Ardoise ein, um folgende Drohung zu verbreiten: »Nous reclamons un non-lieu dans le plus bref délai. Dans le cas contraire, les incidents seront plus graves et seront susceptibles de modifier les relations franco-algériennes«<sup>527</sup>. Es blieb nicht bei einer Drohung. Im Januar 1976 unternahm er in Perpignan den Versuch, den algerischen Konsul zu entführen<sup>528</sup>. Diese Aktion hatte zur Folge, dass er gemeinsam mit seinen Mitstreitern in Untersuchungshaft kam. Obwohl viele Vertreter der muslimischen Repatriierten ihm kritisch gegenüberstanden, setzten sich verschiedene wichtige Angehörige der muslimischen Elite für seine Freilassung ein. Unter anderem meldete sich *bachaga* Boualam zu Wort, der immer mehr in den Hintergrund getreten war und jüngeren Vertretern wie Laradji und Khiari das Wort überlassen hatte. Er wandte sich in einem offenen Brief direkt an den Staatspräsidenten und appellierte an dessen Sympathie für die muslimischen Repatriierten und an dessen Verständnis für deren Probleme. Er räumte zwar ein, Laradji und seine Mitstreiter hätten die Gesetze der Französischen Republik nicht beachtet, verwies jedoch darauf, dass kein Blut geflossen sei und sie zudem aus purer Verzweiflung gehandelt hätten. Monatelang hätten sie mit allen Mitteln versucht, die Aufmerksamkeit der Regierung und der Öffentlichkeit auf »le triste sort de leurs frères malheureux« zu lenken<sup>529</sup>. Boualam stilisierte Laradji zum Märtyrer, der im Gefängnis saß, da er für die Interessen der Hilfssoldaten eingetreten sei und gezwungen gewesen sei, zu radikalen Mitteln zu greifen, um erhört zu werden.

Die Inhaftierung Laradjis war für Boualam ein Indiz dafür, dass die muslimischen Repatriierten nicht wie »Français à part entière« behandelt würden. Er verglich die Aktionen Laradjis mit den Aktivitäten der Separatisten Korsikas. Im Sommer 1975 hatte der korsische Aktivist Edmond Simeoni mit einer Geiselnahme in der korsischen Kommune Aléria die korsische Frage auf die Tagesordnung der französischen Politik gebracht<sup>530</sup>. Simeoni und seine Mitstreiter seien viel weiter gegangen als Laradji und hätten tatsächlich Blut vergossen, schrieb Boualam. Dennoch würden diese im Gegensatz zu Laradji und seinen Mitstreitern nicht wie normale Verbrecher behandelt, sondern hätten das Recht

526 PIERRET, *Les révoltes*, S. 146.

527 Zitiert nach: Harkis: M. Laradji menace..., in: *Midi libre*, 13.9.1975.

528 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

529 Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: *France-Horizon* 174 (1976), S. 8.

530 Emmanuel BERNABÉU-CASANOVA, *Le nationalisme corse. Genèse, succès et échec*, Paris 1997, S. 121–123.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

auf eine Spezialbehandlung<sup>531</sup>. Während Edmond Simeoni, Aktivist der korsischen Separatisten, sich für seine gewaltsamen Aktion vom Sommer 1975 vor dem 1963 für politische und terroristische Straftaten eingerichteten Strafgerichtshof der Staatssicherheit verantworten musste und somit als politischer Täter anerkannt wurde, hatte Laradji sich vor einem Strafgericht zu verantworten<sup>532</sup>. Dies wertete Boualam als Affront, da der politische Hintergrund von Laradjis Taten strafrechtlich nicht anerkannt werde, und warf dem Präsidenten vor, Laradji nicht das Recht auf Gleichbehandlung zugestehen, da er Muslim sei<sup>533</sup>. Für Boualam stand fest, dass Laradji nicht aus Eigennutz gehandelt hatte, sondern die Interessen »de dizaines de milliers de familles françaises d'origine musulmane« vertreten habe, denen Frankreich »l'accueil qu'elle doit à tous ses enfants« versprochen habe<sup>534</sup>. Boualam nutzte die Verhaftung Laradjis, um den Präsidenten mit der mangelhaften Integration der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien zu konfrontieren. Er warf ihm vor, diese mangelhafte Integration liege daran, dass die Gruppe der Muslime in Frankreich nicht gleichbehandelt würden.

Mit seinem Vorwurf, Muslime aus der Republik auszuschließen, unterstrich Boualam die hybriden Identitäten der muslimischen Elite. Wie Boualam in seinen Schriften und durch sein Handeln verdeutlichte, fühlten sich die Vertreter der muslimischen Elite als Bürger der Französischen Republik, die sich jedoch zugleich durch eine »personnalité algérienne« auszeichneten, für die der Islam ein wichtiger Bestandteil war. Vertreter der Elite wie Boualam betonten, sich diese »personnalité algérienne« auch in Frankreich bewahren zu wollen, und zeigten ihre hybriden Identitäten nach außen. Den Islam verstanden sie als Teil der Französischen Republik, weshalb sie forderten, diesem einen Platz in Frankreich einzuräumen. Die Vertreter der muslimischen Elite beteiligten sich nicht an der Integrationspolitik für die ehemaligen Hilfssoldaten, die die Regierung mit Unterstützung ehemaliger kolonialer Akteure durchführte. Gegen die angestrebte erzwungene Assimilation setzten sie sich zur Wehr. Benaïssa bezeichnete die staatliche Politik gegenüber den Hilfssoldaten als erniedrigend. Auch die Anfang der 1970er Jahre hervortretende neue Generation der muslimischen Elite äußerte diese Kritik. Laradji wandte sich mit seinen Aktionen in erster Linie gegen die Entmündigung und gegen die Segregation der ehemaligen Hilfssoldaten in den Lagern und Walddörfern. Ebenso wie

<sup>531</sup> Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: France-Horizon 174 (1976), S. 8.

<sup>532</sup> BERNABÉU-CASANOVA, Le nationalisme corse, S. 123.

<sup>533</sup> Une lettre ouverte du bachaga Saïd Boualam au président de la République, in: France-Horizon 174 (1976), S. 8.

<sup>534</sup> Ibid.

andere Vertreter der muslimischen Elite forderte er, allen muslimischen Repatriierten auf Augenhöhe zu begegnen und ihre hybriden Identitäten anzuerkennen.

Nachdem die Schließung der Lager und Walddörfer 1975 beschlossen worden war, blieben für die muslimische Elite zwei Themen im Zusammenhang mit der Integration der muslimischen Repatriierten von Bedeutung. Neben der Frage, wie der Islam in die Französische Republik integriert werden könne, gewann das Thema Rassismus an Bedeutung. Durch die Verhaftung Laradjis verlor die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten ihr selbst ernanntes Sprachrohr. Dadurch entstand ein Machtvakuum, das Abdelkader Barakrok zu nutzen versuchte, um zur Einheit aller muslimischer Repatriierten aufzurufen. Barakrok gehörte zu der Generation, die bereits zur Kolonialzeit wichtige politische Funktionen übernommen hatte und deren politische Karriere sich nach 1962 nahtlos fortsetzte. Bereits 1957 war er zum Staatssekretär für Algerien ernannt worden. Nach dem Ende der Kolonialzeit hatte er das Amt des Generalinspektors für öffentliche Gesundheit übernommen, das er lange Jahre ausübte. Bereits 1972 hatte er den Verband *Union pour la défense et l'entr'aide des originaires d'Algérie* mit dem Ziel gegründet, die muslimischen Repatriierten zu vereinen. Sein Hauptanliegen war es, sich für den Islam in Frankreich einzusetzen. Er betonte stets, dass der Islam in Frankreich zahlenmäßig an der zweiten Stelle stehe. Deshalb müsse er innerhalb der Französischen Republik eine entsprechende Bedeutung bekommen. Hierzu sei ihm zufolge in erster Linie ein Ausbau der Moscheen nötig. Der 1972 von Barakrok gegründete Verband konnte nur wenige Erfolge verzeichnen. Dennoch blieb Barakrok aufgrund seiner politischen Position eine bedeutende Ansprechperson der Regierung für Fragen, die die muslimischen Repatriierten betrafen. Er wurde 1975 zum Mitglied der interministeriellen Kommission ernannt<sup>535</sup>.

Die Autorität, die er durch die Mitgliedschaft in der interministeriellen Kommission bekam, versuchte Barakrok für die Vereinigung der muslimischen Repatriierten unter seiner Führung zu nutzen. Er wandte sich im Juni 1976 gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der muslimischen Elite in einem Rundschreiben an seine »compatriotes«, um eine »large consultation au sein de toutes les couches de notre communauté« zu organisieren und ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung der spezifischen Probleme der muslimischen Repatriierten zu besprechen. Die Zersplitterung der Gemeinschaft, die schon mehr als zehn Jahre andauere, müsse beendet werden<sup>536</sup>. In einer Pressemitteilung präzierte Barakrok seine Ziele. Einleitend hielt er fest, dass sie sich alle als Franzo-

<sup>535</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des renseignements généraux. Note, 9.7.1976, AN: vers. 20090157/212.

<sup>536</sup> Rundschreiben unterzeichnet Barakrok etc., 20.6.1976, *ibid*.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

sen verstünden, jedoch ohne ihre Wurzeln und die damit verbundenen Werte zu verneinen. Er betonte, die Französische Republik beruhe der Idee nach auf Gleichheit und Freiheit, die muslimischen Repatriierten würden jedoch häufig lediglich als »Français nominaux« angesehen. Er räumte ein, dass die Regierung nicht zuletzt dank des Engagements einzelner Vertreter ihrer Gemeinschaft auf sie zugegangen sei. Noch immer bestünden jedoch zu viele Hindernisse. Zudem würden die Zugeständnisse schrittweise wieder beschnitten. All dies spiegele »une image déformée de la nation française et de ses meilleures traditions« wider<sup>537</sup>. Barakrok verdeutlichte in der Pressemitteilung, dass er die Werte der Französischen Republik teile, allerdings nicht ohne sich gleichzeitig seiner nordafrikanischen Wurzeln bewusst zu sein. Er sah hierin keinen Widerspruch, sondern machte das Vorgehen der Regierungen seit 1962 dafür verantwortlich, dass sich die muslimischen Repatriierten noch immer nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger fühlten. Schuld daran seien jedoch auch die muslimischen Repatriierten selbst, die unfähig seien, eine Solidargemeinschaft zu bilden und sich ihrer wahren Probleme bewusst zu werden. Er hob deshalb seinen »vif souhait de voir aboutir notre projet de large et indispensable concertation« hervor<sup>538</sup>.

Der Versuch Barakroks, die muslimischen Repatriierten zu einen, scheiterte. Obwohl sie ansonsten selten einer Meinung waren, sprachen sowohl Laradji als auch Khiari ihm das Recht ab, als Vertreter aller muslimischen Repatriierten aufzutreten. Beide prangerten seine Berufung in die interministerielle Kommission mit der Begründung an, er habe sich mehr als zehn Jahre lang nicht für diejenigen interessiert, die dringend Hilfe gebraucht hätten: die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien. Barakrok symbolisierte für Khiari und Laradji eine vergangene, von Paternalismus geprägte Epoche<sup>539</sup>. Sie bezeichneten ihn als »homme politique du passé et même dépassé«<sup>540</sup>. Laradji und Khiari grenzten sich mit diesen Aussagen von den alten Eliten ab und machten deutlich, dass sie es als Aufgabe der neuen Generation – das heißt, ihrer eigenen – betrachteten, für die muslimischen Repatriierten zu sprechen. Khiari beschloss aus diesem Grund, ebenfalls einen Aufruf zur Vereinigung der Gemeinschaft und zur Überwindung der Differenzen zu starten. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Ende des Ramadans lud er im September 1976 zu einem

<sup>537</sup> Communiqué (projet de texte), Juni 1976, *ibid.*

<sup>538</sup> *Ibid.*

<sup>539</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Note, 9.7.1976, *ibid.*

<sup>540</sup> Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Le regroupement des associations de Français musulmans, Sep. 1976, *ibid.*

Einheitskongress ein<sup>541</sup>. Er hoffte Vertreter möglichst vieler Verbände an einen Tisch zu bringen, um der bisherigen Zersplitterung der Gemeinschaft entlang ethnischer Differenzen, beruhend auf Klanrivalitäten oder auf Konkurrenzkämpfen Einzelner, ein Ende zu bereiten. Khiari betonte, welche Macht sie haben könnten, wenn sie als Gemeinschaft aufträten<sup>542</sup>. Er rief alle muslimischen Repatriierten dazu auf, durch ihre Stimmabgabe diese Macht zu nutzen. Muslimische Repatriierte sollten sich nach Möglichkeit für die Kommunalwahlen 1977 aufstellen lassen. Es sei dabei wichtig, sich gemeinsam für eine Partei zu entscheiden. Welche Partei dies sein solle, gab er nicht an. Letztendlich solle man sich für die Partei entscheiden, die sich tatsächlich bereit zeige, die Forderungen der muslimischen Repatriierten zu erfüllen<sup>543</sup>.

Indem er die Handlungsstrategie vorgab, reklamierte Khiari zugleich eine Führungsposition für sich. Diese Position konnte er jedoch nicht behaupten. Viele wichtige Vertreter der Gemeinschaft waren der Einladung nicht gefolgt. Laradji etwa war bei dem Kongress nicht anwesend und war nicht bereit, die Handlungsstrategie Khiaris oder dessen Anspruch auf eine Führungsposition zu akzeptieren. Letztlich gelang es Khiari lediglich, die Verbindung zu Kheliff zu festigen sowie den Verband Association des rapatriés français musulmans unter Mohammed Benkouda zu absorbieren<sup>544</sup>. Obgleich Khiari zeitgleich auch innerhalb seines eigenen Verbandes auf Kritik stieß, die sich gegen seinen autoritären Führungsstil, seine Nähe zur extremen Rechten in Frankreich sowie seine Bevorzugung von aus der Kabylei stammenden muslimischen Repatriierten richtete, konnte er dennoch nach außen seine Führungsposition behaupten. Im Mai 1977 empfing der Staatssekretär für Repatriierte, Jacques Dominati, Khiari und weitere Vertreter seines Verbandes. Im Oktober desselben Jahres empfing Staatspräsident Giscard d'Estaing eine Delegation von Vertretern der Repatriiertenverbände im Elyseepalast. Als einzigen Vertreter der muslimischen Repatriierten lud er Khiari hierzu ein<sup>545</sup>. Diese Einladung stärkte Khiaris Position entscheidend. Im Dezember wurde er zum Mitglied der interministeriellen Kommission ernannt, deren Mitgliedschaft Laradji durch seine nach 1975 durchgeführten Aktionen verwirkt hatte. Khiari konnte sich so im Konkurrenzkampf mit Laradji durchsetzen<sup>546</sup>.

541 Ibid.

542 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Congrès du FNRFICI à Joinville (Haute-Marne), 29.9.1976, ibid.

543 Ibid.

544 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. FNRFICI, Dez. 1978, ibid.

545 Ibid.

546 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Andere Vertreter der muslimischen Elite beobachteten kritisch den Machtkampf zwischen Laradji und Khiari. Kheliff betonte, er habe seinen Verband weder gegründet, um mit anderen in Konkurrenz zu treten, noch um einen wichtigen Platz in der Verwaltung zu erhalten, sondern lediglich um »une aide morale, administrative, sociale et éducative aux ACFCI [anciens combattants français de confession islamique] dignes de l'acquisition du ›titre‹ de Français« zu leisten<sup>547</sup>. Sein Verband leiste konkrete Arbeit, die sich grundlegend von den »fanfaronnades de tribuns de pacotille« unterscheide, die versuchten, ihr persönliches Machtstreben hinter »manifestations culinaires ou agressives« zu verbergen, die keine Probleme lösen, sondern lediglich »leur goût plus que douteux du spectacle« befriedigen würden<sup>548</sup>. Mit diesen Worten warf er seinen Mitstreitern vor, in ihrem persönlichen Machtkampf die konkrete inhaltliche Arbeit zu vernachlässigen. Mit ihren Eitelkeiten und dem damit verbundenen Verhalten erschwerten sie die Unterstützung für die ehemaligen Hilfssoldaten, die dringend Hilfe benötigten, und stünden derer Integration im Weg, schrieb Kheliff in einem Rundschreiben<sup>549</sup>.

Kheliff betonte wiederholt, er wolle, ohne mit anderen Vertretern der Gemeinschaft zu konkurrieren, in Kooperation mit der Regierung die Situation aller muslimischen Repatriierten, insbesondere die der ehemaligen Hilfssoldaten, verbessern. Er zeigte sich sehr zufrieden mit der Arbeit der aktuellen Regierung und war davon überzeugt, dass die 1975 eingesetzte interministerielle Kommission langfristig die Integration ihrer Gemeinschaft verbessern würde. Besonders überzeugte ihn Jacques Dominati, der Vorsitzende der Kommission. Dessen Rede vom Oktober 1977, in der dieser »ceux qui sont morts pour avoir voulu être français et dont le croissant sur les tombes voisine avec la croix« als »Français par le sang versé« würdigte, hatte Kheliff überzeugt<sup>550</sup>. Mit dieser Rede hatte Dominati nicht nur die Opfer der muslimischen Soldaten hervorgehoben, die sich durch ihren Einsatz ihren Platz in der französischen Nation gesichert hätten, sondern auch auf die Brüderlichkeit zwischen muslimischen und christlichen Franzosen verwiesen. Diese Brüderlichkeit zwischen Franzosen aller Konfessionen zog sich wie ein Leitmotiv durch die Äußerungen Kheliffs. Für ihn war die Religion der muslimischen Repatriierten von großer Bedeutung. »La communauté musulmane, française par son statut civil« verleugne niemals »la religion de ses aïeux«, schrieb er 1980 in dem Organ seines Verbandes. Sie versuche vielmehr »l'héritage spirituel et moral« ihrer Religion

<sup>547</sup> Correspondance UNACFCI-CNMF, 28.1.1977, AN: vers. 20120054/96.

<sup>548</sup> Ibid.

<sup>549</sup> Ibid.

<sup>550</sup> Zitiert nach: Rapport moral de l'UNACFCI, 31.1.1979, ibid.

zu bewahren<sup>551</sup>. Wie Barakrok setzte er sich ebenfalls dafür ein, dem Islam einen Platz in Frankreich einzuräumen. Er übte in der Gegend von Lyon, wo er lebte, Druck auf die Behörden aus und erreichte, dass auf den Friedhöfen von Villeurbanne, von Lyon und von Vennissieux Muslime separiert nach den Regeln des Islams bestattet werden konnten<sup>552</sup>.

Für Kheliff war die Brüderlichkeit zwischen beiden Religionsgemeinschaften nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Regierung dem Islam ein Platz im Staat einräume. Er verlangte von der Regierung, am Konzept der Religionsfreiheit festzuhalten und den Mitgliedern aller Religionsgemeinschaften die Möglichkeit einzuräumen, ihre Religion in Frankreich frei auszuüben. In besonderem Maße sah Kheliff die Vertreter der Französischen Republik hierbei den muslimischen Repatriierten gegenüber in der Verantwortung, da Frankreich diesen zu besonderem Dank verpflichtet sei. Die Regierung sollte mit klaren Zeichen verdeutlichen, dass der Islam eine Religion sei, die nicht im Widerspruch zu den universalistischen Werten der Republik stehe<sup>553</sup>. Solche Zeichen hielt Kheliff für notwendig, da er der französischen Gesellschaft einen »racisme instinctif et latent qui se traduit dans les faits quotidiens par des attitudes méprisantes, des vexations verbales, refus d'emploi ou de logement« zuschrieb<sup>554</sup>. Die Ursache dieses Rassismus sah Kheliff in einem mangelnden Verständnis der französischen Mehrheitsgesellschaft für den islamischen Glauben. Insbesondere fehle mehrheitlich ein Bewusstsein für den Kampf zahlreicher Muslime in verschiedenen Kriegen an der Seite Frankreichs. Er habe umso weniger Verständnis für diskriminierendes Denken und Handeln, wenn es sich gegen »les anciens militaires ou supplétifs pour qui il était plus facile de mourir pour la France que de se faire accepter par les Français« richte<sup>555</sup>.

Auch innerhalb des FNRFCI konzentrierten sich die entscheidenden Akteure nach den Ereignissen von 1975 auf den zunehmenden Rassismus in Frankreich sowie auf die mangelnde Toleranz gegenüber dem Islam. Khiari lenkte immer wieder die Aufmerksamkeit der politischen Verantwortlichen auf Zwischenfälle, bei denen ein rassistischer Hintergrund vermutet wurde. Im Juni 1976 wandte er sich mit einem Schreiben an den Innenminister, um diesen auf einen Vorfall von vermeintlich rassistisch motivierter Polizeigewalt gegen einen ehemaligen Hilfssoldaten in Besançon hinzuweisen. Er verwies darauf, wie wichtig die Aufklärung solcher Zwischenfälle sei, damit alle muslimischen

551 Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

552 Correspondance UNACFCI-CNMF, 2.3.1979, AN: vers. 20120054/96.

553 Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

554 Rapport moral de l'UNACFCI, 31.1.1978, AN: vers. 20120054/96.

555 Ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Repatriierten endlich »la place qu'ils méritent au sein de la nation« finden könnten<sup>556</sup>. Es war jedoch nicht Khiari, der dem Thema innerhalb des FNRFCI Vorrang einräumte, sondern Hachemi Bounini, dem es im Frühjahr 1979 gelang, sich gegen Khiari durchzusetzen und den Vorsitz des Verbandes zu übernehmen. Bounini stand wie Khiari im Gegensatz zu vielen Vertretern der muslimischen Elite nicht in einer langen Familientradition an der Seite Frankreichs. Er hatte Algerien bereits 1956 verlassen und war in Frankreich in die französische Armee eingetreten, um dort die Offiziersschule zu besuchen. Bis 1969 hatte er teils in Frankreich, teils in Deutschland in den Reihen der französischen Armee gedient, bevor er den Dienst quittiert hatte und nach Algerien zurückgekehrt war. Dort wegen Spionage verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, kam er 1973 wieder nach Frankreich. Seine Bitte, wieder in die französische Armee aufgenommen zu werden, wurde abgelehnt, woraufhin er zunächst in der Privatwirtschaft als Verwaltungsmanager und schließlich in einer Firma in Lyon als Personalleiter mit Zuständigkeit für Personal mit Migrationshintergrund tätig war<sup>557</sup>. Sein Lebenslauf wies durchaus Parallelen mit dem Khiaris auf. Wie Khiari achtete auch Bounini stets darauf, nicht mit den Hilfssoldaten gleichgesetzt zu werden. Als er in einem Artikel in »L'Express« als »harki« bezeichnet wurde, fühlte er sich durch diese Bezeichnung angegriffen und setzte durch, dass die Zeitschrift einige Wochen später eine Richtigstellung abdruckte. In dieser war zu lesen, Bounini setze sich zwar seit Jahren für die Hilfssoldaten ein, er selbst habe jedoch als Offizier in der französischen Armee gedient<sup>558</sup>.

Bereits bevor es ihm gelungen war, den Posten des Verbandspräsidenten zu übernehmen, richtete Bounini 1978 als Sprecher des FNRFCI einen Brief an den Präsidenten der Republik, um auf drei Morde an jungen muslimischen Repatriierten zu verweisen, die er als rassistisch motiviert einstufte. Bounini machte auf die Unruhe aufmerksam, die diese Taten in der Gemeinschaft hervorgerufen hatten, und bat den Präsidenten, für eine sorgfältige Untersuchung der Fälle Sorge zu tragen. Gleichzeitig warnte er vor einer Gewaltspirale, die ein »réflexe d'autodéfense« unter den muslimischen Repatriierten loslösen könne<sup>559</sup>. Es verging weniger als ein Jahr, bevor Bounini diese Warnung öffent-

<sup>556</sup> FNRFCI – Monsieur le ministre d'État, ministre de l'Intérieur, 10.6.1976, AN: vers. 20090157/212.

<sup>557</sup> Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz. Hachemi Bounini, 23.6.1992, *ibid.*

<sup>558</sup> H. Bounini, président national du FNRFCI. Mosquée, in: L'Express, 1.12.1994.

<sup>559</sup> FNRFCI – monsieur le président de la République, 14.9.1978, AN: vers. 20090157/212.



lich wiederholen sollte. Nachdem im Juli 1979 eine junge muslimische Repatrierte von Polizisten verletzt worden war, ging Bounini, nun als Präsident des FNRFICI, gemeinsam mit Kaberseli und Boualam an die Öffentlichkeit und verurteilte das Vorgehen der Polizei. Sie betonten, dass sie als muslimische Repatrierte diese »véritables ratonnades« vonseiten der Polizeikräfte nicht länger tolerieren würden, und warfen den französischen Polizeikräften rassistisches Handeln vor<sup>560</sup>.

Das gemeinsame Auftreten von drei Vertretern der muslimischen Elite ließ hoffen, dass diese sich unabhängig von persönlichen Rivalitäten auf die gemeinsamen Ziele konzentrieren würden. Zu Beginn des Jahres 1982 verstarb *bachaga* Boualam, der wohl wichtigste Vertreter der muslimischen Elite, der über mehrere Jahrzehnte hinweg der wichtigste Repräsentant der Gemeinschaft gewesen war. Einstimmig bekundete die Gemeinschaft ihre Trauer und zollte Boualam Respekt. Man war sich darüber einig, dass der Tod Boualams, wie Khelif es formulierte »toute la communauté des Français musulmans« träfe<sup>561</sup>. Kaberseli erklärte jedoch zugleich, dass die muslimischen Repatrierten eine Gemeinschaft erwachsener Menschen darstelle, die keinen Fürsprecher benötigten, sondern selbständig agieren könnten<sup>562</sup>. Die Hoffnung, Bounini, Kaberseli und Khelif würden sich zukünftig mehr auf das Erreichen gemeinsamer Ziele konzentrieren, wurde unter anderem deshalb genährt, da sich alle drei gegen den Rassismus in Frankreich ausgesprochen hatten und somit auf den ersten Blick alle die gleichen Ziele verfolgten. Bei genauerer Betrachtung wurden aber Differenzen sichtbar, die die Zusammenarbeit immer wieder erschwerten.

Als sich 1981 durch den Sieg Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen und die Erfolge der sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen ein Politikwechsel abzeichnete, waren auch die Vertreter der muslimischen Elite gezwungen, sich politisch neu zu positionieren. Khelif wiederholte zu diesem Anlass seine politische Neutralität. Als guter demokratischer Bürger sei er zur Loyalität gegenüber dem gewählten Präsidenten und seiner Regierung verpflichtet. Man müsse unvoreingenommen mit dieser neuen Regierung verhandeln<sup>563</sup>. Diese Offenheit gegenüber der neuen sozialistischen Regierung lässt sich auch damit erklären, dass es große Schnittmengen zwischen dem Weg gab, den Mitterrand von Beginn an in der Frage der Integrationspolitik beschritt, und den von Khelif vertretenen Vorstellungen von Integration. Insbesondere da die

<sup>560</sup> Zitiert nach: Bounini, Kaberseli et le *bachaga* Boualam constituent un »front commun«, in: *Le Monde*, 19.7.1979.

<sup>561</sup> *Le bachaga* Boualam est mort, in: *Français musulmans* 24 (1982).

<sup>562</sup> *Bachaga*, nous voilà, in: *Le Clin d'œil* 5 (1982).

<sup>563</sup> *Le mot du président*, in: *Français musulmans* 24 (1982).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Sozialisten planten, der kulturellen und religiösen Besonderheit der Muslime in Frankreich viel Platz einzuräumen, erhielten sie die Zustimmung Kheliffs. Mitterrand hatte bereits im Wahlkampf gegenüber Kheliff angekündigt, dass er beabsichtige, die Pilgerfahrt nach Mekka zu erleichtern. Kheliff wertete diese Maßnahme als Beitrag zu einer Politik, in deren Rahmen Frankreich allen religiösen Gemeinschaften, im Besonderen jedoch den Muslimen, denen es Anerkennung und Respekt schulde, erlaube, ihre Identität zu bewahren und ihre Religion frei auszuleben<sup>564</sup>. Kheliff begrüßte nicht nur die Entscheidungen der sozialistischen Regierung, sondern gestaltete auch aktiv deren Politik mit. Vom sozialistischen Verteidigungsminister Charles Hernu erhielt er eine positive Antwort auf die Anfrage, ob man nicht die muslimischen Soldaten an den muslimischen Feiertagen freistellen könne. Eine entsprechende Regelung trat bereits im Januar 1982 in Kraft. Muslimen in der Armee wurden fünf Tage zusätzlicher Urlaub für religiöse Feiertage gewährt<sup>565</sup>. Auch die Maßnahmen der Regierung zur Integration der zweiten Generation unterstützte Kheliff. Das im Jahr 1983 vom Staatssekretariat für Repatriierte eingeführte Praktikumsprogramm, das jungen Muslimen die Besonderheiten des *halal*-Marktes nahebringen und ihre Arabischkenntnisse stärken sollte, lobte er ausdrücklich<sup>566</sup>.

Kaberseli und Bounini zeigten sich ebenfalls in einigen Punkten zufrieden mit der Politik der sozialistischen Regierung. Kaberseli sah die Tatsache, dass die neue Regierung den Muslimen in Frankreich mehr Platz in Politik und Öffentlichkeit einräumte, zunächst als Chance an. Obwohl er einen deutlichen Unterschied machte zwischen denen, die aufgrund ihres Engagements an der französischen Seite von Algerien nach Frankreich gekommen waren, und den »Français musulmans-immigrés«, räumte er ein, dass die Grenzen zwischen beiden Gruppen langsam verschwammen und auch zahlreiche Einwanderer der zweiten Generation französische Staatsbürger waren. Dies sah er zu diesem Zeitpunkt als Chance an. Es entstehe langsam ein Bewusstsein dafür, dass inzwischen 300 000 bis 400 000 Söhne und Töchter von Algeriern und anderen Nordafrikanern Franzosen seien. Dadurch werde auch der Islam zunehmend zum gesellschaftlichen Thema, was die muslimischen Repatriierten nutzen könnten, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen<sup>567</sup>. In dem Organ seines Verbandes »Le Clin d'œil« veröffentlichte er einen Artikel über die Probleme der muslimischen Repatriierten der zweiten Generation und plädierte dafür,

<sup>564</sup> Religion, in: Français musulmans 1 (1980).

<sup>565</sup> Brief des Verteidigungsministers Charles Hernu an Rabah Kheliff, abgedruckt in: Français musulmans 24 (1982).

<sup>566</sup> Emploi. Un exemple d'action menée: le marché halal, *ibid.*

<sup>567</sup> Clés pour une meilleure compréhension du problème des Français musulmans, in: Le Clin d'œil 5 (1982).

deren kulturelle und religiöse Besonderheiten anzuerkennen. Die muslimischen Repatriierten hätten nie die gleichen Rechte und Möglichkeiten bekommen wie die europäischen Repatriierten. Aus diesem Grund stehe nun auch noch die zweite Generation vor großen Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, dürfe man Integration nicht mit Assimilation gleichsetzen. Für die meisten Jugendlichen spiele die Kultur ihrer Eltern eine wichtige Rolle, umso mehr, als sie die französische Kultur oftmals ablehnten, die sie mit Ausgrenzung und rassistisch motivierter Gewalt in Verbindung brächten. In diesem Sinne plädierte Kaberseli dafür, bereits im Bildungssystem den hybriden Identitäten der muslimischen Repatriierten Raum zu geben. So könne nicht nur ihr Identitätskonflikt aufgelöst, sondern gleichzeitig auch dem verbreiteten Schulversagen begegnet werden<sup>568</sup>.

Ogleich Kaberseli mit seiner in den frühen 1980er Jahren geäußerten Vorstellung auf der Linie der sozialistischen Integrationspolitik lag, blieb er auf Distanz zur sozialistischen Partei. Zunächst kritisierte er lediglich die konkrete Umsetzung der Politik. Die Regierung mache viele Versprechungen, die Situation der muslimischen Repatriierten bleibe jedoch unverändert und die brüderliche Gesellschaft, die die sozialistische Regierung zu realisieren vorgab, bleibe ein weit entferntes Ziel<sup>569</sup>. Im Laufe der Präsidentschaft Mitterrands griff Kaberseli zu immer deutlicheren Worten, um die Politik des PS zu kritisieren. Als die sozialistische Regierung 1994 das Projekt in Angriff nahm, in Algerien von islamistischem Terror bedrohten Intellektuellen politisches Asyl in Frankreich zu gewähren, warf Kaberseli dem PS vor, Parteigänger des FLN, »les fellouzes et ses amis«, auf die Seite der Guten zu stellen und gleichzeitig die ehemaligen Hilfssoldaten zu vernachlässigen. Die Regierung heiße »de gens haineux à l'égard de la France qui les nourrit« in Frankreich willkommen und gebe zugleich »des miettes aux anciens harkis qui se sont battus pour cette même France«<sup>570</sup>. Er bediente sich hier der revanchistischen Rhetorik, die der FN seit den 1980er Jahren in zunehmender Lautstärke vertrat. Um sich gegen ein politisches Asyl für algerische Intellektuelle auszusprechen, unterschied Kaberseli zwischen »nationaux« und »ennemis de la France«<sup>571</sup>. Dabei war für ihn die französische Staatsbürgerschaft offensichtlich kein ausreichendes Kriterium mehr, um als »nationaux« zu gelten. Er sah auch die *beurs*, die mehrheitlich über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, nicht als Teil der französischen Gesellschaft an, was er damit begründete, dass sie einen mangelnden

568 Deuxième génération des Français musulmans, un problème national, in: Français musulmans 25 (1982).

569 Pas de solution dans le ghetto, in: Le Clin d'œil 5 (1982).

570 Politically correct, in: Le Clin d'œil 83 (1994).

571 Accueil des fells, ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Integrationswillen an den Tag legten. Sie hielten zu sehr an ihrer Kultur und an religiösen Riten fest<sup>572</sup>. Er zog damit nicht nur deutlicher als noch zu Beginn der 1980er Jahre eine Trennlinie zwischen den algerischen Migranten und denjenigen, die im Algerienkrieg auf französischer Seite gestanden hatten; auch seine Vorstellung von Integration hatte sich gewandelt. Als »nationaux« konnten demnach nur diejenigen gelten, die nicht nur über die französische Staatsbürgerschaft verfügten, sondern auch einen ausreichenden Willen zur Integration bewiesen. Er rückte damit näher an das Konzept der Assimilation heran, das die Regierung nach 1962 verfolgt hatte.

Kaberseli rückte mit seinem Diskurs Anfang der 1990er Jahre in die Nähe des FN, mit dem er offen sympathisierte. Er verteidigte wiederholt Le Pen und seine Partei vor den seiner Meinung nach nicht gerechtfertigten Angriffen der linken »police de pensée«. Er sah in Frankreich ein Klima des blinden Hasses um sich greifen, der sich gegen die Partei Le Pens richte. Kaberseli bestritt, dass der FN rassistische Politik betrieb und Angst vor einer »Islamisierung« Frankreichs schüre. Er sah beide Vorwürfe entkräftet, da sich die Partei für die muslimischen Repatriierten einsetzte. Stets hätten sich Vertreter der Partei für die hungerstreikenden Hilfssoldaten interessiert, während andere Parteien diese ignoriert hätten. Zudem könne der FN allein deshalb nicht seine Politik auf Rassismus aufbauen, da in seinen Reihen auch Muslime antraten<sup>573</sup>. Kaberseli ging so weit, den FN als Interessensvertretung der muslimischen Repatriierten zu bezeichnen. Aus diesem Grund wertet er die Angriffe auf die Partei als Angriffe auf seine Gemeinschaft. Man wolle den FN marginalisieren, um weiterhin den muslimischen Repatriierten den Zugang zur politischen Landschaft zu verwehren<sup>574</sup>.

Auch Bounini rückte Anfang der 1990er Jahre in die Nähe des FN. Zuvor ließ er sich keiner politischen Richtung zuordnen. Er selbst bezeichnete sich als unpolitisch und verwehrt sich auch der Aussage, der extremen Rechten nahezustehen. Er orientiere sich politisch ausschließlich an den Interessen der muslimischen Repatriierten<sup>575</sup>. Sein politisches Handeln lässt sich jedoch nicht als neutral, sondern als opportunistisch bezeichnen. War er 1979 noch erfolglos an der Seite Pierre Poujades bei den Europawahlen angetreten, unterstützte er anschließend Giscard d'Estaing und war in der Folge als Präsident des FNRFICI

572 Beurs et cie, in: *Le Clin d'œil* 93 (1995).

573 *Réplique à un apostrophe de rustre de Globe Hebdo*, in: *Le Clin d'œil* 83 (1994).

574 *Ibid.*

575 Bounini betonte in der in »L'Express« abgedruckten Richtigstellung zu seiner Person seine unpolitische Ausrichtung. In dem in der Zeitschrift veröffentlichten Artikel war er als dem FN nahestehend bezeichnet worden. Vgl. H. Bounini, *président national du FNRFICI. Mosquée*, in: *L'Express*, 1.12.1994.

in der von Dominati eingerichteten interministeriellen Kommission vertreten. Auch mit Mitterrand und zur Zeit der Kohabitation mit Chirac arrangierte er sich<sup>576</sup>. Es gelang ihm, mit Vertretern jeglicher politischer Couleur Schnittmengen finden. Mit der sozialistischen Regierung einte ihn zunächst die Bedeutung, die er dem Kampf gegen Rassismus zumaß, sowie die Tatsache, dass er sich wie Kheliff dafür stark machte, dem Islam innerhalb der Französischen Republik mehr Raum einzuräumen. Im Gegensatz zu Kheliff kooperierte er dennoch wenig mit der Regierung, sondern war in erster Linie für aufsehenerregende Aktionen bekannt. Mehrmals hatte er gedroht »[des] actions dures, afin de montrer le degré d'exaspération de la communauté des Français musulmans«, durchführen zu wollen<sup>577</sup>. Vermehrt unterstützte er Anfang der 1980er Jahre Mitglieder seines Verbandes, die in den Hungerstreik traten. Mit seiner Unterstützung begannen im Juli 1984 sechs Mitglieder des Verbandes in Saint-Étienne einen Hungerstreik und forderten eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mitglieder ihrer Gemeinschaft<sup>578</sup>.

Auch der Streik vier weiterer Mitglieder des FNRF in Lyon im Jahr 1987 ging auf die Initiative Bouninis zurück. Während dieses Streiks wurde deutlich, wie Bouninis Ziele sich von dem in der sozialistischen Partei verfolgten Ansatz unterschieden. Als Pastor Delorme in einer Pressemitteilung erklärte, die Hungerstreikenden forderten eine Verbesserung der sozialen Bedingungen der maghrebinischen Gemeinde, und damit versuchte, den Hungerstreik in den Kontext der Bewegung der *beurs* zu stellen, widersprach Bounini dieser Darstellung vehement<sup>579</sup>. Im Gegensatz zu den Vertretern des PS und der außerparlamentarischen Linken war es für Bounini von großer Bedeutung, die Grenzen zwischen den muslimischen Repatriierten und den maghrebinischen Einwanderern aufrechtzuerhalten. Er unterschied zwischen den Gruppen der »Français de confession islamique«, der »immigration saine« sowie der »immigration malsaine«. Letztere machte Bounini für den Rassismus in der französischen Mehrheitsgesellschaft verantwortlich. Die »immigration malsaine« sei die Ursache für ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit in Frankreich, unter dem sowohl die französische Mehrheitsgesellschaft als auch die »Français de confession islamique« und die Mitglieder der »immigration saine« leiden würden.

<sup>576</sup> Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz. Hachemi Bounini, 23.6.1992, AN: vers. 20090157/212.

<sup>577</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>578</sup> Pressemitteilung Grève-harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, 25.7.1984, *ibid.*

<sup>579</sup> Vgl. hierzu [Kap. 3.5](#).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Zur Bekämpfung des Rassismus war Bounini zufolge in erster Linie ein härteres Vorgehen der Polizei gegen die »mafia maghrébine« notwendig, also gegen Banden, die den Drogenhandel und die Prostitution kontrollierten. Besonders effizient könne die Polizei hierbei agieren, wenn sie »Français de confession islamique« in ihre Einheiten aufnehme. Diese seien aufgrund ihrer »connaissance du milieu maghrébin« für diese Aufgabe hervorragend geeignet<sup>580</sup>. Er griff damit Gedanken auf, die der Rekrutierung muslimischer Hilfssoldaten während des Algerienkriegs zugrunde gelegen hatten. Seine Argumentation beinhaltete zugleich eine Dichotomie zwischen den Muslimen, die bereit waren, sich in Frankreich zu integrieren, die französischen Werte teilten und nach seinen Worten schon immer »pour l'ordre et la sécurité« gewesen seien, und jenen, die ihm zufolge nur nach Frankreich gekommen seien, um die dortigen Freiheiten für ihre illegalen Geschäfte zu nutzen. Die muslimischen Repatriierten ließen jedoch nicht zu, dass Letztere von den »largesses de la France« profitierten, um das Land für die »méfaits qu'ils ne pourraient en aucun cas commettre dans leur pays d'origine« zu nutzen<sup>581</sup>.

Indem er den Rassismus der französischen Mehrheitsgesellschaft mit einer angeblich wachsenden Kriminalität unter der maghrebinischen Gemeinschaft erklärte, überschritt sich auch seine Rhetorik mit dem Diskurs der extremen Rechten. Wie Kaberseli rückte Bounini damit in die Nähe des FN. Im März 1990 begründete er diese Nähe auf der Generalversammlung seines Verbandes mit folgenden Worten: »Le leader du Front national est le seul homme politique qui prend en consideration la situation des harkis«<sup>582</sup>. Wie Kaberseli verstand auch Bounini Le Pen und seine Partei als politische Fürsprecher der muslimischen Repatriierten. Die Sympathien, die diese beiden Vertreter der muslimischen Elite für den FN hegten, verwundern insofern, als sich der Diskurs der Partei zunehmend, insbesondere in Folge des aufkommenden Islamismus in Algerien, auf die Warnung vor einer Islamisierung Frankreichs fokussierte. Während der FN eine Kampagne gegen den Moscheebau in Frankreich startete, engagierte sich Bounini von Beginn an für den Bau einer Moschee in Lyon. In enger Kooperation mit Kamel Kabtane, der in Algerien vor der Unabhängigkeit als Beamter im Landwirtschaftsministerium gearbeitet hatte, war er in der in den späten 1970er Jahren gegründeten Association culturelle lyonnaise islamo-française (ACLIF) aktiv, die mit der Aufsicht über den Bau der Moschee betraut

580 Hachemi Bounini an Gaston Deferre, ministre d'État chargé de l'Intérieur et de la Décentralisation, 10.6.1982, AN: vers. 20090157/212.

581 Ibid.

582 Zitiert nach: Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz, Hachemi Bounini, 23.6.1992, ibid.

war<sup>583</sup>. Der Verband vereinte zu diesem Zeitpunkt mehrere Vertreter der muslimischen Elite, neben Kabtane und Bounini unter anderem auch Khelif. 1983 bekam der Verband von der Stadt zum symbolischen Preis von einem Franc ein Grundstück zum Bau der Moschee zur Verfügung gestellt. Zur Gewährleistung der Laizität war von nun an die ACLIF für die Planung und Finanzierung des Projektes zuständig. Dies bedeutete auch, dass der Staat keine finanziellen Hilfen zur Verfügung stellte. Aus diesem Grund war die ACLIF auf ausländische Finanzierungshilfe angewiesen<sup>584</sup>. Um diese Hilfen zu bekommen, unterhielten Kabtane und Bounini enge Kontakte zu den Botschaften verschiedener arabischer Länder, die sie für die Finanzierung dieses Projektes zu gewinnen hofften<sup>585</sup>.

Ursprünglich sollte die Moschee 1985 eröffnet werden, tatsächlich fand die Eröffnung jedoch erst 1995 statt. Verschiedene Hürden standen der Realisierung zunächst im Weg. Ein entscheidender Faktor für die enorme Verzögerung war der Protest der Anwohner gegen das Projekt, in den schon bald die lokalen Vertreter des FN einstimmten<sup>586</sup>. Diese waren jedoch nicht der einzige Grund für die Verzögerungen. Von Beginn an war klar gewesen, dass das Projekt nur mit ausländischer Finanzhilfe realisiert werden konnte. Als in Frankreich mit dem Aufkommen des Islamismus in Algerien und dem Golfkrieg insgesamt das Misstrauen gegenüber dem Islam stieg, wurden die ausländischen Investoren in zunehmendem Maße zum Problem. Nicht ohne Grund setzte sich ACLIF in erster Linie aus Vertretern der muslimischen Elite zusammen. Mit der Moschee sollte der Idee nach ein Wahrzeichen für einen moderaten »islam de France« entstehen. Der Islam sollte in der neuen Moschee im Einklang mit den Werten der Französischen Republik praktiziert werden. Mit Rabah Khelif war ein Vertreter der muslimischen Elite, der sich stets für dieses Modell des Islams eingesetzt hatte, einer der Mitinitiatoren des Projektes. Khelif betonte stets, der Islam sei eine tolerante Religion, deren Bild jedoch verzerrt werde, indem Fundamentalisten sie für ihre Zwecke missbrauchten. Khelif selbst betrachtete sich als französischer Staatsbürger, wie er selbst hervorhob, als Bürger des Mutterlands der Menschenrechte und als Vertreter eines »islam de France«, den er als »la synthèse entre la spiritualité et le progrès technique, tous deux unis dans la

583 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, à conseiller technique, présidence de la République. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, *ibid.*

584 Charles GILBERT, Lyon: les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

585 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale à conseiller technique, présidence de la République. Les associations de Français musulmans, 21.9.1981, AN: vers. 20090157/212.

586 Siehe hierzu [Kap. 3.3](#).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

voie de la libération de l'homme à la recherche de l'harmonie universelle« charakterisierte<sup>587</sup>.

Die von Kheliff formulierten Vorstellungen des Islams ließen sich insbesondere wegen der Einbindung ausländischer Investoren nicht problemlos realisieren. Hatte sich ACLIF anfangs hauptsächlich aus Vertretern der muslimischen Elite zusammengesetzt, schwand deren Einfluss auf das Projekt zusehend. Bounini verließ bereits einige Jahre vor der Eröffnung der Moschee die ACLIF, um sich für ein konkurrierendes Moscheeprojekt zu engagieren<sup>588</sup>. ACLIF war als Verband lediglich für den Bau der Moschee zuständig, für die Verwaltung wurde ein neuer Verband gegründet, der Conseil islamique Rhône-Alpes (CIRA). Die Chefposten besetzten in diesem Verband mit Kheliff und Kabtane weiterhin zwei Vertreter der muslimischen Elite. Darüber hinaus setzte sich der Rat jedoch in erster Linie aus Muslimen zusammen, die nicht über die französische Staatsbürgerschaft verfügten. Als Imam bestimmte der Rat mit Abdelhamid Chirane einen algerischen Staatsbürger, der zwar nach einigen Angaben einen gemäßigten, offenen und toleranten Islam vertrat, sich jedoch in einer seiner ersten Amtshandlungen weigerte, die Fatwa gegen Salman Rushdie zu verurteilen, und somit erneut Misstrauen gegen die Moschee hervorrief<sup>589</sup>. Das Projekt offenbarte auf diese Weise die Grenzen der Idee eines französischen Islams.

Im Gegensatz zu Bounini blieb Kheliff dem Projekt treu und gab seinen Chefposten im CIRA nicht auf. Für ihn lag der Grund für die Verzögerung des Projektes in erster Linie in den Protesten dagegen, die er als Angriff auf den Islam in Frankreich begriff. Er nutzte die Zeitschrift seines Verbandes, um seine Religion gegen diese Angriffe zu verteidigen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass der Islam zu Frankreich gehöre, nicht nur aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutung der Muslime in Frankreich, sondern auch aufgrund der kolonialen Vergangenheit des Landes. Wegen der gemeinsamen Geschichte verfüge die muslimische Gemeinschaft in Frankreich über französische Sprachkenntnisse und über Kenntnisse der französischen Werte und Normen. Damit seien die Voraussetzungen für eine schnelle Integration geschaffen worden. Dass die Integration dennoch problematisch sei, begründete er unter anderem mit dem in der französischen Gesellschaft nach wie vor weit verbreiteten Revanchismus. Der Dekolonialisierungskrieg habe Feindseligkeiten hervorgerufen, denen nun vor allem die algerischen Muslime vonseiten der französischen Mehrheitsge-

587 L'islam en France, in: Français musulmans 58 (1990).

588 Charles GILBERT, Lyon: les mystères de la mosquée, in: L'Express, 22.9.1994.

589 Ibid.



sellschaft ausgesetzt seien<sup>590</sup>. Er forderte ein Ende dieser Feindseligkeiten und wiederholte seine Forderung nach Toleranz gegenüber der Kultur und dem Glauben aller französischen Muslime. Die Muslime in Frankreich hegten den Wunsch »comme des musulmans, non comme un peuple culturellement déraciné« zu leben. Es sei nötig, »leur foi islamique« anzuerkennen und ihnen zu ermöglichen, diesen Glauben in Moscheen auszuüben<sup>591</sup>.

Wenngleich sich Kheliff für das Recht aller Muslime einsetzte, ihren Glauben in Frankreich zu leben, schrieb er den muslimischen Repatriierten dieses Recht in besonderem Maße zu. Als die Proteste gegen die Moscheen in Frankreich weiter zunahmen, erinnerte er daran, dass bereits die Grande Mosquée de Paris für die Muslime gebaut worden war, die für Frankreich gekämpft hatten. Die Entstehung der Grande Mosquée ist im Kontext des Ersten Weltkrieges zu verorten. Sie sollte ursprünglich ein Zeichen der Dankbarkeit gegenüber den muslimischen Soldaten sein, die an der französischen Seite gekämpft hatten<sup>592</sup>. In diesem Sinne wurde die Moschee Kheliff zufolge für »Français valeureux, patriotes et méritants« errichtet, die nichts anderes forderten, als in Frankreich ihrer Religion nachzugehen, was ihnen »quelques personnes plus bêtes que racistes« verbieten wollten<sup>593</sup>. Er verwies wiederholt darauf, dass auch diese Muslime unter dem Klima der Intoleranz sowie unter den Debatten um Moscheebauten oder das Kopftuch litten. Dieses Klima verhindere, dass die Muslime als gleichberechtigte Bürger in Frankreich leben könnten, obwohl sie auf zweifache Art und Weise das Recht dazu hätten. Nicht nur die Menschenwürde verlange dies, sondern auch ihre Würde als Soldaten Frankreichs<sup>594</sup>. Dass Kheliff die muslimischen Repatriierten besonders hervorhob, muss auch als Argumentationsstrategie gegen eine revanchistische Rhetorik verstanden werden, mit der die Bedeutung des Islams in Frankreich zurückgedrängt werden sollte. Er sprach sich klar gegen ein Integrationskonzept aus, das mit Assimilation gleichgesetzt wurde, und verdeutlichte, dass sich selbst die muslimischen Repatriierten der kulturellen Assimilation verwehrten. Zwar bekannten sie sich zu den Werten der Französischen Republik und propagierten dementsprechend einen »islam de France«. Kheliff pochte jedoch auf das Recht, den muslimischen Glauben in Frankreich leben zu dürfen. Hierfür argumentierte er mit seinem eigenen Kampf aufseiten Frankreichs, forderte das gleiche Recht allerdings für alle Muslime in Frankreich.

590 Les musulmans parmi nous, in: Français musulmans 35 (1984).

591 Ibid.

592 MAUSSEN, Islamic Presence, S. 990.

593 Controverse sur la mosquée, in: Français musulmans 37 (1985).

594 À nos harkis, in: Français musulmans 56 (1990).

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Da die Hilfssoldaten in den 1980er Jahren nicht mehr in Lagern und Wald-dörfern segregiert lebten, war für die Vertreter der muslimischen Elite die Themen Rassismus und die wachsende Islamfeindlichkeit der französischen Gesellschaft relevanter als der explizite Einsatz für diese Gruppe. Diese Themen betrafen die gesamte muslimische Gemeinschaft und alle muslimischen Repatriierten gleichermaßen, so dass die Bedeutung der Hilfssoldaten als gesondert zu behandelnde Gruppe in den Diskursen schwand. Kheliff grenzte sich in diesen Diskursen klar von anderen Vertretern der muslimischen Elite wie Bounini und Kaberseli ab. Sie alle wandten sich gegen das Konzept der Assimilation und betonten ihre hybriden Identitäten. Sie alle sorgten sich um den um sich greifenden Rassismus und die Islamfeindlichkeit, allerdings unterschieden sie sich sowohl in ihren Interpretationen und Erklärungen der Phänomene als auch in ihren Handlungsstrategien. Im Gegensatz zu Kheliff, der stets bemüht war, mit den unterschiedlichen Regierungen zu kooperieren, setzten Kaberseli und Bounini in erster Linie auf eine Protesthaltung. Sie hielten streng an der Unterscheidung zwischen den muslimischen Repatriierten, die ihnen zufolge im Algerienkrieg die Treue zu Frankreich bewiesen hätten, und den nordafrikanischen Migranten fest und forderten für ihre Gemeinschaft eine bevorzugte Behandlung. In diesem Sinne waren sie mit der sozialistischen Politik, in deren Rahmen diese Grenzen zwischen diesen beiden Gemeinschaften immer fließender wurden, nicht einverstanden. Sie sahen sich als Franzosen an und vertraten die Ansicht, dass sie für dieses Privileg gekämpft und Opfer gebracht hätten. Dass sie behandelt wurden wie Migranten, für die das nicht galt, interpretierten sie als Verrat. Sie bedienten sich in ihren Argumentationsmustern einer revanchistischen Rhetorik, wodurch sich ihr Diskurs mit dem des FN überschneidet. Der Revanchismus wog sowohl für Bounini als auch für Kaberseli so schwer, dass sie den FN trotz dessen Kampagnen gegen den Bau von Moscheen und der deutlich islamfeindlichen Ausrichtung seiner Politik als Interessensvertretung ihrer Gemeinschaft wahrnahmen. Kheliff sah hingegen die Integrationspolitik der sozialistischen Regierung als Chance für alle Muslime in Frankreich an, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass dem Islam in Frankreich mehr Platz eingeräumt werden sollte. Kheliff fühlte sich als französischer Staatsbürger muslimischen Glaubens und vertrat die Meinung, dass der Islam ein Teil Frankreichs sei. Er sah nicht in der weiteren Zuwanderung von Muslimen eine Gefahr, sondern in den Protesten gegen den Bau von Moscheen, die er als Bruch mit dem französischen Universalismus deutete. Er fühlte sich dadurch diskriminiert, dass er trotz seines langjährigen Engagements für Frankreich als französischer Staatsbürger seinen Glauben nicht frei leben durfte, wodurch sein Glaube an die Französische Republik erschüttert wurde.

### 3.7 Die Hilfssoldaten zwischen doppelter Ausgrenzung und multiplen Zugehörigkeiten

Während andere Akteure über die Fragen diskutierten, wie die Ankunft der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich organisiert werden könnte und wie diese bei ihrer Integration in die französische Gesellschaft begleitet werden sollten, hatten sie selbst nicht die Möglichkeit, sich an diesen Debatten zu beteiligen. Auch in ihren Handlungen blieben sie in erster Linie darauf beschränkt, auf andere Akteure zu reagieren. Wegen der Gewaltakte in Algerien zur Ausreise gezwungen, wurden sich die ehemaligen Hilfssoldaten, denen die Flucht nach Frankreich gelungen war, schnell der Tatsache bewusst, dass der FLN auch dort aktiv war. Viele besorgten sich zunächst in Frankreich Jagdgewehre, wenn sie hierzu die Möglichkeit hatten, was verdeutlicht, in welchem Maße Angst und Unsicherheit vorherrschten<sup>595</sup>. Um die ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich vor Übergriffen des FLN zu schützen, verstärkte die Polizei in der Umgebung der Lager und der Walddörfer ihre Kontrollen. All diejenigen, die nicht die Lager passierten oder bereits das Recht bekommen hatten, diese zu verlassen, mussten jedoch selbst für ihre Sicherheit sorgen. Viele verfolgten die Strategie, in der algerischen Gemeinschaft aufzugehen und nicht als ehemalige Hilfssoldaten aufzufallen. Als ihnen die französische Föderation des FLN noch vor der Unabhängigkeit Algeriens die Möglichkeit gab, sich durch Strafzahlungen in die algerische Gemeinschaft »einzukaufen«, nahmen viele diese Möglichkeit wahr. Laut einem Bericht des Innenministeriums leisteten ehemalige Hilfssoldaten nach dem März 1962 in Frankreich vermehrt die monatlichen Zahlungen an den FLN<sup>596</sup>. Wie sehr die ehemaligen Hilfssoldaten bemüht waren, der Order der französischen Föderation des FLN Folge zu leisten, wurde auch am Tag der Unabhängigkeit Algeriens deutlich. In Delaunay legten in den Fabriken auch die jüngst angestellten ehemaligen Hilfssoldaten die Arbeit nieder, da sie Restriktionen des FLN fürchteten. Allerdings nahmen sie nicht an den Feierlichkeiten und den öffentlichen Demonstrationen zum Tag der Unabhängigkeit Algeriens teil<sup>597</sup>. Sie waren bemüht, in der algerischen Gemeinschaft nicht negativ aufzufallen.

<sup>595</sup> Auf einer Sitzung im November 1962 beklagte der ehemalige SAS-Offizier André Wormser, dass sich viele ehemalige Hilfssoldaten nach ihrer Ankunft in Frankreich zunächst mit Jagdgewehren ausstatteten. Vgl. CNMF. Réunion du 19 novembre 1962, AN: vers. 20120054/12.

<sup>596</sup> Ministère de l'Intérieur, service des affaires musulmanes. Synthèse des rapports trimestriels établis par les conseillers techniques pour les affaires musulmanes, 1. Trimester 1962, AN: vers. 19910467/1.

<sup>597</sup> Le préfet de la Drôme à monsieur le ministre de l'Intérieur, 10.7.1962, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Diejenigen, die nicht auf offiziellem Wege nach Frankreich gekommen waren und sich selbst auf Arbeitssuche machten, verheimlichten oft ihre Funktion während des Krieges. Die Verantwortlichen der Société de Lorraine-Escault antworteten auf die offizielle Bitte des Staatssekretariats für Repatriierte, ehemalige Hilfssoldaten einzustellen, sie hätten bereits mehrere von ihnen eingestellt, könnten jedoch keine genauen Zahlen nennen. Das Unternehmen beschäftigte vorwiegend muslimische Arbeiter. Derzeit seien insgesamt mehr als 600 muslimische Arbeiter in der Fabrik angestellt, teilte das Unternehmen dem Staatssekretariat für Repatriierte mit. Sie seien daher dazu übergegangen, die Funktion der bei ihnen vorstellig gewordenen ehemaligen Hilfssoldaten während des Krieges zu verheimlichen. An keiner Stelle werde vermerkt, ob es sich um ehemalige Hilfssoldaten handle<sup>598</sup>. Durch solche Maßnahmen konnten diese darauf hoffen, in Frankreich unter den algerischen Arbeitsmigranten unerkannt zu bleiben.

Nicht nur aus Furcht um ihre Sicherheit und die ihrer Familien suchten viele ehemalige Hilfssoldaten die Nähe zur algerischen Gemeinschaft in Frankreich, auch um den Bezug zu Algerien nicht zu verlieren. Das von offizieller Seite gezeichnete Bild, Anfang 1963 hätten beinahe alle ehemaligen Hilfssoldaten die französische Staatsbürgerschaft beantragt, muss als stark vereinfacht angesehen werden. In erster Linie beantragten die ehemaligen Hilfssoldaten, die in den Lagern und den Walddörfern unter der Aufsicht von Militärs und Sozialarbeitern standen, die französische Staatsbürgerschaft. Die Formalitäten wurden von Helfern übernommen<sup>599</sup>. Unter den ehemaligen Hilfssoldaten, die eigenständig nach Frankreich kamen, waren gegensätzliche Tendenzen auszumachen. 150 ehemalige Hilfssoldaten wandten sich im Februar 1963 an die AA und baten sie darum, die algerische Staatsbürgerschaft behalten zu können<sup>600</sup>. Welche Bedeutung die algerische Staatsbürgerschaft für viele ehemalige Hilfssoldaten hatte, verdeutlichen die Weigerungen von in den Lagern und den Walddörfern lebenden Hilfssoldaten, die französische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Noch 1964 meldete der für die Walddörfer zuständige Inspektor des

598 Société de Lorraine-Escault, usine de Longwy, à monsieur le ministre délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés, 16.11.1962, AN: vers. 19920149/4.

599 Der ehemalige SAS-Offizier André Wormser beschrieb die Hürden zur Beantragung der Staatsbürgerschaft als so hoch, dass die Hilfssoldaten diese nicht ohne Unterstützung hätten nehmen können. Vgl. hierzu Roux, *Les harkis*, S. 227.

600 Demande de la nationalité algérienne formulée par d'anciens harkis, 28.2.1963, AN: 5AG1/1813.

Departements Bouches-du-Rhône, dass einer der Hilfssoldaten sich partout weigere, die algerische Staatsbürgerschaft abzulegen<sup>601</sup>.

Die algerische Staatsbürgerschaft war für die ehemaligen Hilfssoldaten sehr bedeutsam, weil viele nur vorübergehend in Frankreich Schutz suchen wollten und hofften, bald nach Algerien zurückkehren zu können. Viele waren daher ohne ihre Familien nach Frankreich gekommen. Vonseiten des FLN kamen jedoch nur sehr zaghafte Signale der Versöhnung. Als Ben Bella und Boumedienne sich im internen Machtkampf durchgesetzt hatten und die Massaker langsam abnahmen, gingen die neuen Machthaber zu einer staatlich organisierten Repressionspolitik über<sup>602</sup>. Da durch diese Entwicklung die Hoffnung auf Rückkehr schwand, versuchten viele, ihre Familien ebenfalls nach Frankreich zu holen. Ein aus der Kabylei stammender ehemaliger Hilfssoldat, der in Frankreich in einem Walddorf untergebracht war, wandte sich mit der Bitte an den zuständigen Präfekten, seine Familien nach Frankreich bringen zu dürfen. Er sei übereilt aus Algerien abgereist und habe seine Familie nicht mitnehmen können. Er betonte in dem Schreiben, dass er sich für die französische Staatsbürgerschaft entschieden habe<sup>603</sup>. Mit diesem Hinweis untermauerte er seine Entscheidung, in Frankreich zu bleiben. Aufgrund dieser Argumentation konnte er auf eine größere Bereitschaft der französischen Behörden und des Militärs hoffen, seiner Bitte nachzukommen. Die Annahme der französischen Staatsbürgerschaft muss damit noch keineswegs als Bekenntnis für Frankreich verstanden werden, sondern war in diesem Fall eine Notwendigkeit, um sich die Unterstützung der französischen Behörden zu sichern. Wie tief bei einigen ehemaligen Hilfssoldaten trotzdem noch die Hoffnung auf eine Rückkehr nach Algerien wurzelte, verdeutlichte die Reaktion auf das Aufflammen des kabyliischen Widerstands Ende 1963. Die von Hocine Aït Ahmed gegründete kabyliische Bewegung FFS, die sich gegen den von Ben Bella und Boumedienne dominierten FLN wandte, versuchte in Frankreich ehemalige Hilfssoldaten für ihren Kampf zu rekrutieren. Obwohl dies bedeutete, erneut in einem Krieg zu kämpfen, und mit dem Risiko verbunden war, wieder als Geschlagene aus dem Konflikt hervorzugehen, ließen sich ehemalige Hilfssoldaten darauf ein. Sie hofften, zu einem Sturz Ben Bellas und Boumediennes beizutragen und von einer neuen Führung die Genehmigung zu bekommen, nach Algerien zurückzukehren<sup>604</sup>.

601 Monsieur Bouleau, inspecteur des hameaux forestiers des harkis des Bouches-du-Rhône et de Vaucluse, à monsieur le préfet, chef du SFIM, 27.5.1964, AN: vers. 19920149/5.

602 Vgl. hierzu Kap. 2.4.

603 Brief eines *harki* an den Präfekten, 16.1.1963, AN: vers. 19910467/1.

604 Ministère de l'Intérieur, Surêté nationale. Délinquance politique, Okt. 1963, ibid.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Der Rückkehrwunsch wurde durch die Enttäuschung über den Empfang in Frankreich verstärkt. Die militärische Disziplin und die Kontrolle, die in den Lagern und Walddörfern vorherrschten, stießen zunächst nicht auf breiten Widerstand. Die Mehrheit akzeptierte die Regeln und ordnete sich ihnen unter. Allerdings lässt sich an den Handlungen einzelner Bewohner deren Unzufriedenheit ablesen. Immer wieder entzogen sich einzelne Hilfssoldaten der Kontrolle und verließen ohne Genehmigung ihre Unterkünfte, um sich selbst Arbeit zu suchen. Im Oktober 1962 verließ eine Gruppe ehemaliger Hilfssoldaten ohne Genehmigung eine Baustelle in Saint-Auban, auf der sie für öffentliche Arbeiten eingesetzt worden war. Nachdem sie zunächst versucht hatten, in der Armee aufgenommen zu werden, machten sie sich auf den Weg nach Ongles, wo gerade ein Walddorf aufgebaut wurde. Dort wurden sie jedoch ebenfalls nicht aufgenommen. Der zuständige Präfekt ordnete vielmehr an, sie nach Rivesaltes zu bringen, um sie im dortigen Lager unterzubringen. Er leitete eine Untersuchung ein, um nach den Gründen für das Handeln dieser ehemaligen Hilfssoldaten zu suchen. Diese gaben zunächst an, der FLN habe sie bedroht. Die Untersuchung ergab jedoch, dass sie sich der militärischen Kontrolle entziehen wollten. Sie hatten bei der ihnen zugewiesenen Arbeit unter der Aufsicht eines demobilisierten Unteroffiziers gestanden, der diese Gruppe bereits in Algerien befehligt hatte und seinen im Krieg erprobten militärischen Führungsstil beibehielt. Die ehemaligen Hilfssoldaten gaben an, die ihnen aufgezwungene militärische Disziplin nicht ertragen zu haben<sup>605</sup>. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie ehemalige Hilfssoldaten auf die Fortsetzung militärischer Strukturen und auf die Kontrolle reagieren konnten. Die Möglichkeiten, sich dieser Kontrolle zu entziehen, nutzten sie gerne. Im Mai 1963 berichtete der Präfekt des Departements Ariège, dass ehemalige Hilfssoldaten, die zu ihrer zugewiesenen Arbeitsstelle reisen sollten, dort immer wieder nicht ankamen<sup>606</sup>. Andere Hilfssoldaten stellten einen Antrag, das Lager verlassen zu dürfen, um Familienangehörige zu besuchen, und nutzen diese Gelegenheit, um sich Arbeit und Unterkunft zu suchen und nicht in das Lager zurückzukehren<sup>607</sup>.

Dem Wunsch vieler ehemaliger Hilfssoldaten, die Lager oder die Walddörfer zu verlassen, lagen nicht nur die militärische Disziplin und die Kontrolle zugrunde, sondern auch die dortigen Lebensbedingungen. Insbesondere in den Lagern, aber auch in den Walddörfern waren die ehemaligen Hilfssoldaten unter einfachsten Bedingungen untergebracht und hatten gleichzeitig harte

<sup>605</sup> Le préfet des Basses-Alpes à monsieur le ministre de l'Intérieur, à monsieur le ministre des Rapatriés, 18.10.1962, AN: vers. 19920149/3.

<sup>606</sup> Le préfet de l'Ariège à monsieur le ministre des Rapatriés, 13.5.1963, *ibid.*

<sup>607</sup> Mission de liaison du ministère d'État chargé des rapatriés, camp Joffre, Rivesaltes, à ministre d'État chargé des rapatriés, 21.8.1963, AN: vers. 19920149/4.

Arbeit zu leisten. Einzelne Hilfssoldaten erhoben ihre Stimme und äußerten Unzufriedenheit mit ihrem neuen Leben in Frankreich. Im August 1964 erreichte der Brief eines 52-jährigen ehemaligen Hilfssoldaten das Staatssekretariat für Repatriierte. Dieser Brief, in sehr einfachem und fehlerhaftem Französisch geschrieben, beinhaltet die Bitte um eine leichtere Arbeit und eine Unterkunft in der Nähe des Arbeitsplatzes. Der Verfasser gab an, aus gesundheitlichen Gründen nur noch schwer laufen zu können. Die ihm zugewiesene Waldarbeit überschreite aus diesem Grund seine physischen Fähigkeiten, insbesondere da es oftmals nötig war, vom Dorf bis zur Einsatzstelle einen weiten und steilen Weg hinauf in die Berge zurückzulegen. Der Ton, in dem der Brief verfasst wurde, verdeutlicht die Dringlichkeit der Bitte: »Je vous demande que appartire que je suis venus de l'algerie, j'ai demander pour tous ce que j'ai laisser en algerie, à présent, ils mont rien réponsus. [...] Pour le lougement je vous demande si vous me trouver le lougement, et je pais, à tous ce que j'arrive, comme ca marche la loi«<sup>608</sup>. Die Enttäuschung des Verfassers über den Empfang in Frankreich wird deutlich erkennbar. Er hob hervor, dass er alles in Algerien zurückgelassen habe, um nun in Frankreich trotz wiederholter Bitten keine Hilfe zu bekommen. Der Brief beinhaltete jedoch keine Schuldzuweisungen. Der Verfasser betonte nicht, dass er für Frankreich gekämpft habe und aus diesem Grund erwarte, dass man sich um ihn kümmere. Vielmehr zeigt sich in der Aussage, er wolle für eine Wohnung so viel bezahlen, wie er könne, sein Wille, selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Allerdings sah er sich nicht in der Lage, alleine in Frankreich Fuß zu fassen, weshalb er um Hilfe bei der Suche nach einer Unterkunft bat.

So sehr die ehemaligen Hilfssoldaten auch danach strebten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, so schwierig gestaltete sich dies. Offensichtlich machten ehemalige Hilfssoldaten tatsächlich die Erfahrung, von Fabriken aufgrund ihres Status nicht eingestellt zu werden, was die Enttäuschung und die Verbitterung über den Empfang in Frankreich verstärken konnte. Ein ehemaliger *harki* beklagte sich beim Staatssekretariat für Repatriierte über diese Praktiken. Er habe sich im Norden Frankreichs bei einer Fabrik der Union sidérurgique du Nord de la France (Usinor) vorgestellt und die Antwort erhalten, in der Fabrik gebe es keinen Platz für »harkis«. Er warf die Frage auf, warum die Usinor Mitglieder des FLN einstelle, aber nicht ihn, der fünf Jahre in der französischen Armee gedient und alles zurückgelassen habe<sup>609</sup>.

Oftmals scheiterte der Versuch der ehemaligen Hilfssoldaten, sich selbst ein neues Leben aufzubauen, auch, weil sie keine Unterkunft fanden. Im

608 Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 12.8.1964, AN: vers. 19920149/5.

609 Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 7.9.1964, *ibid*.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

November 1963 wandte sich ein ehemaliger *harki*, dem es gelungen war, im Norden Frankreichs Arbeit in einer Mine zu finden, mit der inständigen Bitte um Hilfe an das Staatssekretariat für Repatriierte. Aufgrund der harten Arbeit in der Mine waren bei ihm bereits nach kurzer Zeit gesundheitliche Probleme aufgetreten. Nachdem ein Arzt ihm bescheinigt hatte, nicht mehr in der Mine arbeiten zu können, verlor er nicht nur seine Arbeit, sondern auch die vom Minenbetreiber gestellte Unterkunft. Es gelang ihm, innerhalb kürzester Zeit eine neue Arbeit in Paris zu finden, allerdings konnte der Arbeitgeber keine Unterkunft stellen. Somit hatte dieser ehemalige *harki* zwar eine Arbeit gefunden, jedoch waren er und mit ihm seine schwangere Frau und seine zwei Kinder obdachlos. In seiner Verzweiflung wandte er sich mit den Worten »nous rapatriés d’Algérie nous n’avons plus que vous« an das Staatssekretariat und bat um Hilfe bei der Suche nach einer Unterkunft in Paris oder in einem Vorort. Ein Zimmer würde ihm und seiner Familie vorerst genügen<sup>610</sup>. Dieser ehemalige *harki* trat wie die anderen ehemaligen Hilfssoldaten nicht mit aus seinem Engagement in der französischen Armee abgeleiteten überzogenen Forderungen an diese Behörde heran. Vielmehr trat er voller Demut auf und zeigte, dass er sich wünschte, ohne fremde Hilfe den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten zu können.

Die ehemaligen Hilfssoldaten, die sich schriftlich an das Staatssekretariat wenden konnten, um Unterstützung zu erbitten, gehörten zu denjenigen, die sich in einer vergleichsweise guten Situation befanden. Entweder verfügten sie über mündliche und schriftliche Französischkenntnisse oder sie verfügten über Netzwerke, die sie unterstützten. Unterschiede zwischen dem Schriftbild der Unterschriften und dem Schriftbild der restlichen Schreiben lassen bei einigen dieser Briefe darauf schließen, dass nicht die Betroffenen selbst sie geschrieben hatten<sup>611</sup>. Dies verdeutlicht, in welchem Maße ehemalige Hilfssoldaten in Frankreich auf Unterstützung angewiesen waren. Teilweise kehrten Hilfssoldaten freiwillig in das Lager oder in die Walddörfer zurück, nachdem sie diese auf offiziellem Wege verlassen hatten, um eine Arbeitsstelle anzutreten. Nachdem für ihn eine Anstellung in einem Unternehmen in Saint-Chély-d’Apcher gefunden worden war, verließ ein ehemaliger *harki* diesen neuen Arbeitsplatz nach

<sup>610</sup> Brief eines *harki* an Staatssekretariat für Repatriierte, 19.11.1963, *ibid.*

<sup>611</sup> Brief eines *harki* an den Präfekten, 16.1.1963, *ibid.* Da dieser Brief von einem ehemaligen *harki* versandt wurde, der in einem der Walddörfer untergebracht war, ist anzunehmen, dass er von einem der dortigen Mitarbeiter verschriftlicht wurde. Das Schriftbild und die grammatikalische Struktur lassen vermuten, dass der Brief von einem Jugendlichen geschrieben wurde, der dabei war, die französische Sprache zu erlernen. Wahrscheinlich hatte ihn der Betroffene einem seiner Kinder diktieren lassen.



nur zwei Monaten wieder und ging in das Lager von Rivesaltes<sup>612</sup>. Ein solches Handeln kann als Eingeständnis, nicht selbst für sich oder gar für sich und seine Familien sorgen zu können, gewertet werden.

Insbesondere bei Familienvätern rief diese mangelnde Selbständigkeit das Gefühl des Scheiterns hervor, was, wie der französische Soziologe Laurent Muller zeigt, eine grundlegende Erschütterung bestehender sozialer Strukturen nach sich zog. Die ehemaligen Hilfssoldaten litten in einem solchen Maße unter dem Gefühl, durch die falsche Entscheidung während des Krieges das Exil in Frankreich verantwortet zu haben, wo sie sich nicht in der Lage sahen, eigenständig für ihre Familie zu sorgen, dass die vorherrschenden patriarchalischen Strukturen zerstört wurden. Als Folge daraus zogen sich die Familienväter Muller zufolge in ein inneres Exil zurück, während die Mütter mehr und mehr die Rolle des Familienoberhauptes übernahmen<sup>613</sup>. Das innere Exil konnte so weit gehen, dass ehemalige Hilfssoldaten Frau und Kinder im Lager zurückzuließe, wenn sie es selbst unerlaubterweise verließen. Die Leitung des Lagers von Larzac dokumentierte mehrere solcher Fälle<sup>614</sup>. Bei anderen attestierten die Verantwortlichen psychische Störungen, die in der Regel stationär behandelt wurden. Auch in diesen Fällen war das Familienoberhaupt nicht mehr anwesend und Frau und Kinder alleine in den Lagern. Im Mai 1964 sah sich eine Familie gezwungen, das Walddorf zu verlassen, in dem sie bis dahin gelebt hatten, da das Familienoberhaupt aufgrund psychischer Probleme ins Krankenhaus eingewiesen wurde. Da er aus diesem Grund nicht mehr für den Lebensunterhalt arbeiten konnte, wurde seine Familie nach Rivesaltes gebracht<sup>615</sup>. Die Mutter wurde in dieser Situation zwar de facto zum Familienoberhaupt, doch auch sie hatte nicht die Möglichkeit, als Familienoberhaupt zu agieren, da sie sich der Lagerdisziplin unterzuordnen hatte.

Dass selbst Familienstrukturen grundlegend erschüttert wurden, wenn die ehemaligen Hilfssoldaten gemeinsam mit ihren Familien nach Frankreich kamen, verdeutlicht, welch tiefen Bruch die Ausreise aus Algerien für die ehemaligen Hilfssoldaten darstellte. Die meisten hatten sich in erster Linie für ein Engagement auf der französischen Seite entschieden, weil sie gehofft hatten, so

<sup>612</sup> Monsieur Christian Bec, inspecteur des chantiers et hameaux de forestage du département de la Lozère, à monsieur le ministre, délégué auprès du Premier ministre, chargé des rapatriés; 17.5.1963, AN: vers. 19920149/4.

<sup>613</sup> MULLER, *Le silence des harkis*, S. 179–181.

<sup>614</sup> Le préfet de l'Aveyron à monsieur le secrétaire d'État aux rapatriés, 16.6.1962, AN: vers. 19910467/2.

<sup>615</sup> Monsieur Bouleau, inspecteur des hameaux forestiers des harkis des Bouches-du-Rhône et de Vaucluse, à monsieur le préfet, chef du SFMI, 27.5.1964, AN: vers. 19920149/5.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ihre Familie versorgen und für deren Sicherheit sorgen zu können. Letztlich hatten sie auf der Seite der Verlierer gestanden und wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Ausreise nach Frankreich stellte für sie somit den Weg in ein erzwungenes Exil dar, von dem sie hofften, dass es nicht von Dauer sein würde. Da sie in Frankreich nicht in der Lage waren, eigenständig für sich selbst und ihre Familie zu sorgen, verloren sie zudem einen wichtigen Teil ihrer Autonomie. Die Verbitterung, die viele deshalb verspürten, äußerten sie nur in Ausnahmefällen öffentlich, oft zogen sie sich in ein Schweigen zurück, blieben passiv und überließen es anderen, zu agieren. Erst Anfang der 1970er Jahre begannen die ehemaligen Hilfssoldaten langsam das Schweigen zu durchbrechen und ihre eigene Sichtweise in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Initiative hierfür ging jedoch nicht von ihnen selbst aus. Vielmehr stieg das öffentliche Interesse am Leben der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich, insbesondere an jenen, die noch immer in den Lagern und Walddörfern lebten, und damit auch das Interesse daran, ihre Stimmen einzufangen.

Als erstmals einem ehemaligen Hilfssoldat ein Forum geboten wurde, um mit eigenen Worten über seine Situation zu berichten, sollte dieser eigentlich nicht für die ehemaligen Hilfssoldaten sprechen, sondern für die algerischen Arbeitsmigranten. Das Werk »Ahmed, une vie d'Algérie« war die erste Veröffentlichung, die Einblick in die Gedankenwelt eines ehemaligen Hilfssoldaten gewährte<sup>616</sup>. Der Lebenslauf Ahmeds wich insofern vom Lebenslauf vieler ehemaliger Hilfssoldaten ab, als er nicht direkt nach der Unabhängigkeit nach Frankreich gekommen, sondern zunächst versucht hatte, sein Leben in Algerien fortzusetzen. Er kam schließlich als Arbeitsmigrant nach Frankreich, weshalb seine Erfahrungen nicht von der Entmündigung und der Segregation geprägt waren, die alle Hilfssoldaten teilten, die nach ihrer Ankunft in Frankreich die Lager und Walddörfer kennenlernten.

Die veröffentlichten Monologe Ahmeds sind dennoch interessant, da sie die hybriden Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten zeigten, die auf dem Gefühl einer doppelten Ausgrenzung basierten. Ahmed zeigte an verschiedenen Stellen des Interviews Sympathien für die algerische Unabhängigkeitsbewegung<sup>617</sup>. Gleichzeitig vertrat er jedoch einer Fortschrittslogik folgend die These, erst Frankreich habe die Zivilisation nach Algerien gebracht<sup>618</sup>. Algerien sei nach der Unabhängigkeit wieder in die alte Rückständigkeit zurückgefallen, behauptete er, kritisierte jedoch zugleich verschiedene Elemente der westlichen

<sup>616</sup> Ahmed. *Une vie d'Algérie*.

<sup>617</sup> Vgl. zur Kritik am Kolonialsystem *ibid.*, S. 76; auf S. 28f. spricht Ahmed davon, dass die Franzosen versuchten, die Araber in Sklaverei zu halten.

<sup>618</sup> *Ibid.*, S. 112f.

Lebensweise<sup>619</sup>. Seine Kritik konzentrierte sich zum einen auf den in seinen Augen in Frankreich ausufernden Kapitalismus. Alles konzentrierte sich auf den Konsum, der so zum Mittel werde, die Arbeitskraft der Menschen auszunützen<sup>620</sup>. In besonderem Maße zeigte er Unverständnis für das moderne westliche Frauenbild. Die »femme civilisée« stelle ihren Körper zur Schau und setze diesen bewusst ein, um den Männern den Kopf zu verdrehen. Gleichzeitig seien jedoch die französischen Frauen nicht in der Lage, bis an ihr Lebensende einem Mann treu zu sein und diesen auch zu lieben, wenn er alt und hilfsbedürftig sei<sup>621</sup>. Aus seiner Kritik sprach eine Faszination für den westlichen Lebensstil, der ihn jedoch zugleich aufgrund seiner eigenen Sozialisation überforderte.

Ahmed machte in seinen Ausführungen immer wieder deutlich, dass er sich weder als Algerier noch als Bürger Frankreichs fühlte. Als Leitmotive ziehen sich die Bemerkungen, in ihm fließe »le sang arabe« und er habe ein »cerveau arabe«, durch seine Monologe. Er bediente sich einem auf Blut und Boden beruhenden Nationsverständnis, wenn er die Bedeutung seiner algerischen Wurzeln betonte. Man könne diese Wurzeln nicht zerstören. Seine Heimat sei, wo seine Erde sei, wo seine Eltern lebten<sup>622</sup>. Mit dieser Verwurzelung begründete er seine Weigerung, die französische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Er könne keine andere Staatsbürgerschaft annehmen. Er brauche seine »terre« ebenso wie seine Familie. Solange seine Eltern noch lebten, müsse er jeden Tag ihr Gesicht sehen<sup>623</sup>. Mit diesen Worten wandte sich Ahmed gegen die Idee des FLN, wer sich gegen den Unabhängigkeitskampf gestellt habe, gehöre nicht der algerischen Nation an. Für ihn war Algerien das Land seiner Vorfahren und damit auch seine Heimat. Die französische Staatsbürgerschaft würde ihn von dieser Heimat entfernen. Ahmed begründete seine Weigerung, die algerische Staatsbürgerschaft abzulegen, jedoch auch damit, dass er sich zugleich nicht als französischer Bürger anerkannt sah. In Frankreich werde er, obwohl er sein Land »betrogen« habe und sich außerhalb seines Landes befinde, immer als Araber wahrgenommen. Er habe »le nom d'arabe«, »le visage d'arabe« et »la peau d'arabe«<sup>624</sup>. Gemäß einem auf ethnischen Kategorien beruhenden Nationenkonzept sah er sich als Algerier, fühlte sich jedoch zugleich aufgrund seines Engagements auf französischer Seite während des Algerienkriegs aus der algerischen Nation ausgeschlossen. Obwohl er die algerische Staatsbürgerschaft

619 Ibid., S. 177.

620 Ibid., S. 141.

621 Ibid., S. 101–103; 115–117.

622 Ibid., S. 174.

623 Ibid., S. 175.

624 Ibid., S. 148.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

habe, sei er kein Algerier, erklärte er<sup>625</sup>. Gleichzeitig machte ihn jedoch sein Kampf auf französischer Seite noch nicht zu einem französischen Bürger, da er sich durch ethnisch begründete Argumentationsmuster zugleich aus der Französischen Republik ausgeschlossen sah.

Ahmeds Ausführungen offenbarten die schwierige Identitätsfindung der ehemaligen Hilfssoldaten, die sich weder in Frankreich noch in Algerien zugehörig fühlten. In einem noch größeren Maß als die ehemaligen Hilfssoldaten selbst litten unter dieser Problematik deren Söhne und Töchter, die diese Ausgrenzung erfuhren, ohne sie selbst verantwortet zu haben. Ahmed betonte, selbst sein Sohn werde für Algerier immer der Sohn eines Verräters bleiben<sup>626</sup>. Besonders die in den Lagern und Walddörfern aufgewachsene zweite Generation litt unter dem in dem Interview beschriebenen Gefühl der doppelten Ausgrenzung, was im Sommer 1975 mit den Aufständen in den Lagern sichtbar wurde. Obwohl mit Laradji stets ein Mitglied der muslimischen Elite als Sprachrohr der Aufständischen auftrat, wurde aufgrund des außergewöhnlichen Medieninteresses erstmals in der Öffentlichkeit deutlich, wie die zweite Generation der Lagerbewohner selbst ihr Leben in Frankreich wahrnahm. In verschiedenen Presseartikeln fingen Journalisten Stimmen der Lagerbewohner ein, die zeigten, wie wenig sich die zweite Generation als französische Staatsbürger fühlte, obwohl sie in Frankreich aufgewachsen und teils auch dort geboren war. Während sich die ehemaligen Hilfssoldaten selbst weitgehend in ihr Schweigen zurückgezogen und ihr Leben akzeptiert hatten, trat nun die zweite Generation an die Öffentlichkeit, um die Entmündigung und die Segregation anzuklagen, unter denen sie in Frankreich litt. Gegenüber einem Journalisten der Tageszeitung »Le Figaro« äußerten Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, dass man sie noch immer »les hébergés« nenne. Sie weigerten sich jedoch, wie ihre Mütter und Väter zu leben<sup>627</sup>. Mit den Worten »Voyez ce que vous avez fait de nos parents« machten sie klar, dass sie selbst den Respekt vor ihren Eltern verloren hatten, denen sie vorwarfen, sich in Untätigkeit zurückgezogen zu haben, ohne sich gegen die Entmündigung zur Wehr zu setzen<sup>628</sup>.

Die Jugendlichen sahen sich durch die Erfahrung von Segregation und Entmündigung der Chance auf ein normales Leben in Frankreich beraubt. Ein Reporter der Tageszeitung »Le Méridional« hielt fest, dass sich die Jugendlichen in erster Linie darüber beklagt hätten, »assistés permanents« zu sein und somit nicht auf das Leben vorbereitet worden zu sein. Einer der Jugendlichen

<sup>625</sup> Ibid., S. 174.

<sup>626</sup> Ibid., S. 175.

<sup>627</sup> Zitiert nach: La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

<sup>628</sup> Ibid.

fasste dies mit folgenden Worten zusammen: »On nous a parqués. On a fait de nous des inadaptés. Aussi, plutôt que d'être des perpétuels assistés, vivant sous tutelle administrative, nous voulons pouvoir nous intégrer à la communauté nationale«<sup>629</sup>. Selbst wenn es ihnen gelinge, eine ausreichende Ausbildung zu bekommen, könnten sie nicht einfach nach Paris, Lyon oder Marseille gehen, um dort eine Arbeitsstelle zu finden. Sie seien mit dem Leben in der Stadt überfordert<sup>630</sup>. Man erkläre ihnen zwar ständig, dass sie die gleichen Rechte und Pflichten wie alle französischen Staatsbürger hätten. Die erlebte Segregation und Entmündigung habe ihnen jedoch gezeigt, dass es sich bei diesen Erklärungen nur um leere Worthülsen handle<sup>631</sup>. Aus den Erfahrungen der Lager und Walddörfer resultierte das Gefühl, nicht als französische Staatsbürger anerkannt zu werden. Gegenüber dem Journalisten von »Le Figaro« erklärte einer der Jugendlichen, sie seien weder Algerier noch Araber, doch auf jeden Fall Muslime. Sie wären gerne Franzosen, wenn die französische Mehrheitsgesellschaft dies zuließe<sup>632</sup>. Mit diesen Worten sprach er den Wunsch aus, sich als französischer Staatsbürger zu fühlen. Hierzu musste sie jedoch die französische Gesellschaft als solche akzeptieren, und zwar inklusive ihres muslimischen Glaubens. Verschiedene Jugendliche machten deutlich, dass sie sich zwar nicht als Algerier fühlten, da sie Algerien meist nur als Kind kennengelernt hatten oder gar in Frankreich geboren waren, jedoch an ihren kulturellen und religiösen Wurzeln festhielten<sup>633</sup>.

Die mangelnde Akzeptanz gegenüber dem Islam sowie der »racisme anti-arabe des Français« nahmen Jugendliche als Hindernis auf ihrem Weg zur Integration wahr<sup>634</sup>. Ein 19-Jähriger berichtete, er habe in einem Hotel angerufen und sich nach einem Job erkundigt, habe jedoch, nachdem er seinen arabischen Namen angegeben hatte, die Rückmeldung bekommen, es seien aktuell keine Stellen zu vergeben. Wenig später habe er sich noch einmal unter einem französischen Namen nach einer Arbeitsstelle erkundigt und sei eingeladen worden, sich persönlich vorzustellen<sup>635</sup>. Vielen blieben solche Erlebnisse zumindest teilweise erspart, da ihren Eltern in den Lagern und Walddörfern

629 Zitiert nach: Saint-Maurice-l'Ardoise: les harkis en colère, in: Le Méridional, 25.5.1975.

630 Ibid.

631 La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

632 Zitiert nach: ibid.

633 Des Français qu'on a dit à part entière..., in: Le Monde, 3.6.1975.

634 Les harkis dans le ghetto, in: Paris Match, 16.6.1975.

635 Des Français qu'on a dit à part entière..., in: Le Monde, 3.6.1975.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

empfohlen worden war, ihren Kindern französische Vornamen zu geben<sup>636</sup>. Dies änderte jedoch nichts daran, dass sie in der französischen Gesellschaft als Araber wahrgenommen wurden. Der 15-jährigen Aïscha zufolge reichten allein ihre physischen Merkmale, um in der französischen Gesellschaft als arabisch identifiziert und ausgegrenzt zu werden. Sie sah für sich aus diesem Grund keine Möglichkeit, sich wirklich als Französin zu fühlen<sup>637</sup>. Dieses Gefühl, in Frankreich nie akzeptiert zu werden, mag unter anderem der Grund für den Vorwurf einiger Jugendlicher sein, ihre Väter hätten während des Algerienkriegs die falsche Entscheidung getroffen und ihr Vaterland Algerien betrogen. »Paris Match« zitierte in einer Reportage den 23-jährige Belkacem folgendermaßen: »[M]on père était un crétin. Il a choisi la France. Regardez où on est! Tout le monde nous rejette et nous traite de bougnoules. À la place de mon père, moi, j'aurais combattu pour mon pays. Pour l'Algérie«<sup>638</sup>. Belkacem gab an, sich als Algerier zu fühlen. Aus seinen Erfahrungen in Frankreich zog er den Schluss, dass er sich nicht wie sein Vater entschieden, sondern den Unabhängigkeitskampf der Algerier unterstützt hätte.

Indem sie sich öffentlich von der Entscheidung ihrer Väter distanzieren, suchten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten die Nähe zur algerischen Gemeinschaft. Die Ereignisse im Sommer 1975 zeigten jedoch, dass auch in der zweiten Generation noch immer Spannungen zwischen den muslimischen Repatriierten und den algerischen Migranten existierten. Obwohl Söhne und Töchter der ehemaligen Hilfssoldaten unter anderem den Rassismus und die mangelnde Toleranz gegenüber dem Islam für ihre Ausgrenzung verantwortlich machten und in diesem Sinne die Erfahrungen der algerischen Arbeitsmigranten teilten, gingen sie mit dem Beginn der Borzani-Affäre auf Konfrontation mit der algerischen Gemeinde in Frankreich. Dies ist damit zu begründen, dass diese Affäre der zweiten Generation die Zurückweisung von der algerischen Seite aus vor Augen führte. Dieses Gefühl der Zurückweisung erklärt, weshalb die Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten mit Laradji einen Vertreter der muslimischen Elite als Fürsprecher akzeptierten, der sich wiederum von Aktivisten der *Algérie française* für deren Revanchismus instrumentalisieren ließ<sup>639</sup>. Da Laradji mit seinem Verband als Interessenvertretung der Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten auftrat, wurden deren Interessen nach außen verzerrt dargestellt. Anstatt den antimuslimischen Rassismus, unter dem die Hilfssoldaten ebenso litten wie die algerischen Arbeitsmigranten, in das Zentrum der

636 Vgl. hierzu Kap. 2.3.

637 La révolte des enfants de harkis, in: Le Figaro, 30.5.1975.

638 Les harkis dans le ghetto, in: Paris Match, 16.6.1975.

639 Vgl. hierzu Kap. 3.6.

Debatte zu rücken, beklagte Laradji, dass algerischen Migranten in Frankreich mehr Aufmerksamkeit zuteil würde als den ehemaligen Hilfssoldaten, die sich seiner Rhetorik folgend bewusst für den Kampf auf französischer Seite entschieden hätten, und verschärfte damit die Opposition zwischen beiden Gruppen weiter.

Die Koalition zwischen Laradji und den Lagerbewohnern der zweiten Generation sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Die zweite Generation hatte gehofft, mit Laradjis Unterstützung die Aufmerksamkeit auf ihre Probleme ziehen zu können. Spätestens nach dessen gescheitertem Versuch, in Perpignan den algerischen Konsul zu entführen, distanzierte man sich jedoch wieder von Laradji, was sich in den Mitgliederzahlen seines Verbands widerspiegelte. Hatte der Verband 1976 noch 3000 Mitglieder, konnte er 1978 nicht einmal mehr 100 Mitglieder zählen. Die ehemaligen Mitglieder warfen Laradji vor, sich mit seinen Aktionen nur selbst profilieren zu wollen, ohne wirklich die Situation der einstigen Hilfssoldaten im Blick zu haben. Sogar der Vorwurf, sich materiell bereichern zu wollen, war zu hören<sup>640</sup>. Dadurch verlor er für die Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten in hohem Maße an Glaubwürdigkeit. Trotz aller Differenzen kann die Kooperation zwischen Laradji und den Söhnen und Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten auch aus Sicht dieser zweiten Generation als erfolgreich gewertet werden. Laradji gelang es, das Interesse der Öffentlichkeit auf die Lagerbewohner, insbesondere auf die zweite Generation zu richten, wodurch auch erstmals deren Positionen gehört wurden. Erstmals durchbrachen Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten auf diese Weise das Schweigen, in das sich ihre Väter und Mütter nach ihrer Ankunft in Frankreich gehüllt hatten. Erstmals wurde so sichtbar, in welchem Maß das von staatlicher Seite verfolgte Integrationskonzept an den Interessen der Betroffenen vorbeizielte. Weder die erste noch die zweite Generation hegte den Wunsch, sich zu assimilieren. Im Gegensatz zu ihren Eltern verstand sich die zweite Generation klar als französische Staatsbürger, jedoch ohne ihre algerischen Wurzeln abzugeben. Die Erfahrungen der Ausgrenzung und Entmündigung sowie des Rassismus und der mangelnden Toleranz gegenüber ihrer Kultur hatten dazu geführt, dass auch sie sich nicht als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik fühlen konnten. Für sie war Assimilation schon allein deshalb nicht der richtige Weg zur Integration, da sie die Erfahrung gemacht hatten, aufgrund ihres Äußeren als Araber identifiziert und dementsprechend ausgegrenzt zu werden. Sie plädierten vielmehr für eine Toleranz gegenüber ihren Differenzen, eine Forderung, mit der sie sich weit von der revanchistischen Rhetorik der Aktivisten der *Algérie française* entfernten und sich vielmehr der algerischen

640 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. CFMRAA, Dez. 1978, AN: vers. 20090157/212.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Gemeinde in Frankreich annäherten. Diese Annäherung sollte sich in den 1980er Jahren fortsetzen, als sich auch die zweite Generation der algerischen Migranten politisierte und für eine Anerkennung ihrer Differenz auftrat.

Nachdem die französischen Behörden 1975 die Schließung der Lager und Walddörfer beschlossen hatten und sich daranmachten, deren Bewohner umzusiedeln, war die räumliche Segregation, die die ehemaligen Hilfssoldaten als feste Gruppe zusammengehalten hatte, beendet. Allerdings bedeutete die Auflösung dieser räumlichen Segregation noch nicht die Realisierung der räumlichen Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Mehrheitsgesellschaft. Viele fanden eine Unterkunft in den hauptsächlich von maghrebinschen Einwanderern bewohnten Vorstädten, in denen bereits zuvor die meisten ehemaligen Hilfssoldaten untergekommen waren, die die Lager und Walddörfer verlassen hatten. Auf diese Weise wurde die eine räumliche Segregation durch eine andere ersetzt. Auch die Probleme der Hilfssoldaten und ihrer Familien verschwanden mit der Umsiedlung nicht, zumal in diesen Siedlungen viele der Probleme vorherrschten, von denen auch die ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere ihre Nachkommen betroffen waren. Die französischen Vorstädte entwickelten sich in den 1980er Jahren zu einem Symbol von Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und ethnischer Diskriminierung<sup>641</sup>. Die neue Herausforderung lag für die ehemaligen Hilfssoldaten darin, dass sie nicht mehr als geschlossene Gruppe mit ihren spezifischen Problemen konfrontiert waren, sondern nun in vielen Punkten die Probleme und Erfahrungen der maghrebinschen Einwanderer teilten, denen sie bisher feindlich gegenübergestanden hatten. Die verschiedenen Generationen begegneten dieser Herausforderung auf unterschiedliche Art und Weise.

Nachdem sich zur Zeit der Aufstände von 1975 in erster Linie die zweite Generation zu Wort gemeldet hatte, während ihre Väter und Mütter weiter in Schweigen verharrten, traten Anfang der 1980er Jahre erstmals auch ehemalige Hilfssoldaten selbst an die Öffentlichkeit, um auf ihre Ausgrenzung aufmerksam zu machen und für ihre Rechte einzutreten. Im März 1983 traten ehemalige Hilfssoldaten in Saint-Étienne in den Hungerstreik<sup>642</sup>. Zeitgleich verweigerte in Paris der ehemalige Hilfssoldat Monsieur Bagy aus Protest gegen seine schlech-

<sup>641</sup> Dietmar LOCH, Gesellschaftliche Entsolidarisierung gegenüber den »banlieues«. Städtische Segregation und Stadtpolitik in Frankreich, in: Dietmar HÜSER (Hg.), Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert, Kassel 2010, S. 95–121, hier S. 95.

<sup>642</sup> Pressemitteilung Grève-harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, AN: vers. 20090157/212.



ten Lebensbedingungen die Nahrungsaufnahme<sup>643</sup>. Nur ein Jahr später begannen erneut in Saint-Étienne sechs ehemalige Hilfssoldaten einen Hungerstreik und forderten eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Gemeinschaft. Sie forderten den Staatssekretär für Repatrierte auf, ihnen persönlich einen Besuch abzustatten und sich ihre Sorgen und Probleme anzuhören<sup>644</sup>. Drei Jahre später, im Jahr 1987, traten in Lyon vier ehemalige Hilfssoldaten in den Hungerstreik, um die Unzufriedenheit der Gemeinschaft zu demonstrieren<sup>645</sup>. Mit diesen Hungerstreiks zeigten ehemalige Hilfssoldaten, die seit mehr als zwanzig Jahren geschwiegen hatten, dass sie nun teils noch in hohem Alter bereit waren, aus ihrem inneren Exil auszubrechen, damit sie auf diese Weise selbst auf ihre soziale Situation in Frankreich hinweisen und für ihre Rechte eintreten konnten. Selbst ein 70-Jähriger befand sich unter den Hungerstreikenden von Saint-Étienne<sup>646</sup>.

Die Hungerstreikenden griffen auf eine Handlungsstrategie zurück, der sich in den 1970er Jahren in Frankreich Migranten bedient hatten, um auf ihre sozialen und rechtlichen Probleme hinzuweisen<sup>647</sup>. Trotzdem bemühten sich die ehemaligen Hilfssoldaten, sich mit ihren Aktionen von den maghrebinischen Migranten abzugrenzen. Dadurch weckten sie das Interesse der extremen Rechten für ihre Aktionen. Monsieur Bagy wurde in seinem Hungerstreik vom FN unterstützt. Nachdem ihm Vertreter der Partei besucht hatten, wurde im Parteiorgan des FN ein ausführlicher Artikel über seine Anliegen veröffentlicht<sup>648</sup>. In diesem Artikel zitierte der FN Bagy dahingehend, dass er sich selbst als Franzose »par le sang versé pour notre patrie« verstehe und kein Verständnis dafür habe, dass er unter schlechten sozialen Bedingungen in Frankreich lebe, während den maghrebinischen Einwanderern Luxuswohnungen zur Verfügung gestellt würden<sup>649</sup>. Bagy stellte mit diesen Worten die Forderung nach einer sozialen Besserstellung der muslimischen Repatrierten im Vergleich zu den maghrebinischen Migranten. Auch die Hungerstreikenden von Lyon teilten

643 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

644 Pressemitteilung Grève harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, AN: vers. 20090157/212.

645 Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFICI, 27.2.1987, ibid.

646 Pressemitteilung Grève harkis. Poursuite de la grève de la faim de six Français musulmans, Juli 1984, ibid.

647 Vgl. Kap. 3.5.

648 Vgl. Kap. 3.3.

649 G. FRAYSSE, Enquête sur le ras-le-bol d'un gréviste de la faim, in: RLP Hebdo 148 (1984), S. 9.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

diese Forderung. Die ehemaligen Hilfssoldaten, die in Lyon in den Hungerstreik traten, gehörten dem FNRFICI an und agierten in Absprache mit der Verbandsspitze, die ihre Forderungen formulierte. Aus den Forderungen, die auf diesem Wege von den Hungerstreikenden gestellt wurden, resultierte eine klare Abgrenzung zwischen muslimischen Repatriierten und maghrebinischen Migranten. Neben einer sozialen Besserstellung der muslimischen Repatriierten und einem erleichterten Zugang zu Arbeitsplätzen forderten sie, dass das französische Fernsehen über ihre spezielle Situation berichten solle, um innerhalb der französischen Mehrheitsgesellschaft eine Sensibilisierung dafür zu schaffen, dass nicht alle Araber Migranten seien<sup>650</sup>.

Durch die Sensibilisierung der französischen Mehrheitsgesellschaft für die Probleme der muslimischen Repatriierten hofften die ehemaligen Hilfssoldaten, dem in Frankreich gegenüber der maghrebinischen Bevölkerung zunehmenden Rassismus entfliehen zu können. Es entstanden von ehemaligen Hilfssoldaten selbst getragene Verbände, die es sich zur Aufgabe machten, rassistische Vorkommnisse gegenüber Mitgliedern ihrer Gemeinschaft anzuprangern. Auf nationaler Ebene konnte sich vor allem der ehemalige Hilfssoldat Abderahmane Habchi durchsetzen, der seit seiner Repatriierung als Polizeibeamter tätig war. Er gründete 1982 gemeinsam mit weiteren ehemaligen Hilfssoldaten, die wie er im Departement Seine-Saint-Denis im Norden von Paris lebten, die Association pour la défense des intérêts des Français musulmans et de leurs amis (ADIFMA). Nach eigenen Angaben erreichte der Verband in den 1980er Jahren Mitgliederzahlen von über 3000. Gemäß den offiziellen Statuten war es das Ziel der Organisation, allen Mitgliedern und Sympathisanten Unterstützung anzubieten, deren Interessen zu vertreten und mit den Behörden zu kooperieren, um gemeinsam Lösungen für die Probleme der Gemeinschaft zu finden<sup>651</sup>.

Gegenüber den Behörden trat Habchi nicht immer diplomatisch auf. Immer wieder geriet er in Konflikt mit seinem Arbeitgeber, der Polizeibehörde. Diese Konflikte standen teils in Zusammenhang mit seiner Verbandsarbeit. Zu seiner Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, gehörte auch, Beschwerden über rassistisches Verhalten von Polizeibeamten gegenüber ehemaligen Hilfssoldaten anzuprangern. So verfasste er 1983 im Organ seines Verbandes »Le musulman en France« einen Artikel mit dem Titel »Un policier à la détente facile«, in dem er rassistisches Vorgehen der Polizei anprangerte<sup>652</sup>. Immer wieder konfrontierte er als Verbandspräsident das Innenministerium mit

<sup>650</sup> Le préfet du Rhône. Grève de la faim débutée à Lyon par quatre membres du FNRFICI, 27.2.1987, AN: vers. 20090157/212.

<sup>651</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. ADIFMA, 24.10.1988, ibid.

<sup>652</sup> Ibid.

Fällen, in denen sich ehemalige Hilfssoldaten über rassistische Ausfälle französischer Polizeibeamten beklagten. Im Januar 1984 versandte Habchi ein Schreiben an den Innenminister, nachdem sich eines der Mitglieder der ADIFMA an ihn gewandt hatte. Dessen Anliegen bezog sich auf einen Polizeieinsatz vom Dezember 1983 in einer Bar in Aulnay-sous-Bois, in der der Besitzer gemeinsam mit einigen Freunden über die offizielle Öffnungszeit hinaus gefeiert hatte. Die Beschwerde bezog sich zum einen auf das unnötig harte Vorgehen der Polizeibeamten, die die Feier beendeten. Besonders erschrocken zeigte sich Habchi jedoch über die angebliche Äußerung eines Polizeibeamten gegenüber den Anwesenden, sie sollten in ihr Land zurückkehren. Habchis Verärgerung über diese Äußerung bezog sich darauf, dass ein Polizeibeamter einer Kommune wie Aulnay-sous-Bois nichts von den dort lebenden *Français musulmans* wisse<sup>653</sup>. Er zeigte sich nicht grundsätzlich verärgert über die Worte des Polizeibeamten, sondern darüber, dass sie gegenüber ehemaligen Hilfssoldaten geäußert wurden. Habchi bestand darauf, die muslimischen Repatriierten als französische Staatsbürger von den algerischen Migranten abzugrenzen.

Nicht nur Habchi trat als Vorsitzender seines Verbandes mit Beschwerden über das Fehlverhalten von Polizeibeamten an die Behörden heran. Der Vorsitzende der von ehemaligen Hilfssoldaten gegründeten Association de défense des anciens combattants français musulmans harkis d'Afrique du Nord (ADACFMHAN), ein in Südfrankreich agierender Verband mit Sitz in Perpignan, prangerte gegenüber dem Innenministerium ebenfalls solche Zwischenfälle an. Er leitete dem Ministerium das Schreiben eines ehemaligen Hilfssoldaten weiter, den Grenzpolizisten rassistisch beleidigt haben sollten. Obwohl er sich korrekt verhalten und die Strafe für drei Flaschen Pastis bezahlt habe, die er unverzollt über die Grenze gebracht hatte, hätten die Polizeibeamten ihn zwei Stunden festgehalten. Die Grenzbeamten hätten ihn gezwungen, sich zu entkleiden, hätten ihn bedroht und beschimpft. Er sei ein »sale Arabe«, der in sein »pays de merde« zurückkehren solle. Der Verfasser des Beschwerdebriefs legte gesteigerten Wert auf die Tatsache, dass er französischer Staatsbürger »par le sang versé et par le combat« sei und offiziell den Status eines Veteranen und eines Repatriierten habe. Dieser Umstand habe jedoch den Beschimpfungen und Drohungen der Grenzbeamten keinen Abbruch getan. Der Betroffene reichte bei der Staatsanwaltschaft Klage ein, damit seine »compatriotes français harkis« nicht mehr länger solchen Erniedrigungen ausgesetzt sein müssten. Er endete sein Schreiben mit den Worten, es sei nicht an der Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten, für die Konflikte zwischen französischen Polizeibeamten und maghrebinischen Einwanderern und für die Verbrechen dieser Ein-

<sup>653</sup> ADIFMA, président national A. Habchi, à monsieur le ministre de l'Intérieur, 31.1.1984, *ibid.*

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

wanderer zu bezahlen. Nicht sie seien dafür verantwortlich, dass maghrebini-sche Einwanderer nach Frankreich kämen. Sie hätten sie nicht kommen las-sen<sup>654</sup>. Die Argumentationsweise dieses ehemaligen Hilfssoldaten glich der Argumentationsweise Habchis. Er kritisierte nicht grundsätzlich das rassisti-sche Vorgehen der Beamten, sondern, dass es sich gegen einen muslimischen Repatriierten richtete, einen französischen Staatsbürger und Veteranen Frank-reichs. Er grenzte sich als ehemaliger Hilfssoldat klar von den maghrebini-schen Einwanderern ab und schrieb deren angeblichem Fehlverhalten Mitschuld an dem in den französischen Behörden grassierenden Rassismus zu. Der Präsident der ADACFMHAN wandte sich infolge dieses Zwischenfalls an den Innenmi-nister und bat diesen, die Polizeibeamten darauf hinzuweisen, dass es eine Gemeinschaft gebe, deren Gesichter »plus ou moins basané[s]« seien und die aufgrund dieses Äußeren oftmals mit Migranten gleichgesetzt würden, obgleich sie Franzosen seien<sup>655</sup>.

Obwohl sie in Frankreich mit den gleichen Problemen konfrontiert waren wie die aus dem Maghreb stammenden Migranten, legten die ehemaligen Hilfs-soldaten auch noch über zwanzig Jahre nach dem Ende des Algerienkriegs Wert auf eine klare Abgrenzung zu dieser Gemeinschaft. Noch immer traten sie den nordafrikanischen Einwanderern mit Misstrauen entgegen, was so weit ging, dass sie noch immer Übergriffe des FLN auch in Frankreich fürchteten. Habchi war einer der wenigen ehemaligen Hilfssoldaten, der als Verbandschef eng mit der algerischen Regierung kooperierte und sich für eine algerisch-fran-zösische Aussöhnung aussprach. Dies führte jedoch dazu, dass ihm Teile der Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten voller Misstrauen begegneten. Es kam der Verdacht auf, die algerische Regierung nutze die Kooperation mit Hab-chi, um Informationen über ehemalige Hilfssoldaten in Frankreich oder gar deren Adressen zu bekommen und diese für Vergeltungsaktionen zu nutzen<sup>656</sup>. Als im Sommer 1988 in der Region Chambéry ein Flugblatt verteilt wurde, in dem vermeintlich im Namen der algerischen Regierung die in Frankreich leben-den Algerier aufgefordert wurden, nach bestimmten, namentlich aufgeführten Hilfssoldaten zu suchen und sie gegen eine Prämie der algerischen Regierung zu übergeben, reagierten die dort ansässigen ehemaligen Hilfssoldaten äußerst aufgeregt. Der Vorsitzende des regionalen Verbands Association pour le ras-semblement des Français musulmans du Tarn wandte sich an Mitterrand per-sönlich, um diesen zum Handeln aufzufordern. Er wies den Staatschef darauf

<sup>654</sup> Monsieur Setki Saddol à monsieur le procureur de la République, 22.1.1986, *ibid.*

<sup>655</sup> ADACFMHAN à monsieur François Rebsamen, chef de cabinet du ministère de l'Intérieur et de la Décentralisation, 3.2.1986, *ibid.*

<sup>656</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, ADIFMA, 24.10.1988, *ibid.*

hin, dass die ehemaligen Hilfssoldaten darauf achteten, ihre Pflichten zu erfüllen, und sie aus diesem Grund auch ihre Rechte geachtet sehen wollten. Das Flugblatt bezeichnete er als »nouvelle atteinte à notre fragile intégration«<sup>657</sup>.

Während sich die ehemaligen Hilfssoldaten um eine klare Abgrenzung von den nordafrikanischen Migranten bemühten und an ihrem Status als muslimische Repatriierte festhielten, gingen ihre Söhne und Töchter Anfang der 1980er Jahre in zunehmendem Maße in der Gemeinschaft der maghrebinischen Einwanderer auf. Die im Jahr 1983 gemeinsam von Söhnen und Töchtern nordafrikanischer Migranten verschiedener Nationalitäten sowie von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten durchgeführte *Marche pour l'égalité* stand sinnbildlich für das Verschwimmen der Grenzen zwischen beiden Gemeinschaften. Die Initialzündung für diesen Marsch ging von Toumi Djaidja aus, dem Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, der in Les Minguettes, einer Vorstadt von Lyon, von einem Polizeibeamten angeschossen wurde. In der Forschung werden die Ergebnisse der *Marche pour l'égalité* als eine Niederlage für die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten gewertet. Die Forderungen, die die Protestierenden Staatspräsident Mitterrand vorlegten, bezogen sich in erster Linie auf die rechtlich unsichere Situation der Einwanderer und somit auf deren Bedürfnisse, nicht jedoch auf die Bedürfnisse der Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten. In erster Linie wurde die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung von einer Dauer von fünf auf zehn Jahre erreicht, von der die Kinder der Hilfssoldaten als französische Staatsbürger nicht profitierten<sup>658</sup>. Pierret vertritt deshalb die Ansicht, die Söhne der Hilfssoldaten hätten ihre Interessen während der Aktion nicht durchsetzen können; vielmehr habe daraus eine Gleichbehandlung von Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten und den *beurs*, den Einwanderern der zweiten Generation, resultiert. Dies habe zur Folge gehabt, dass sich die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten von den Einwanderern der zweiten Generation bewusst distanziert hätten<sup>659</sup>.

Diese Deutung der *Marche pour l'égalité* lässt jedoch außer Acht, dass die Jugendlichen den Marsch in erster Linie angetreten hatten, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, von dem alle gleichermaßen betroffen waren. In dieser Hinsicht konnten die Jugendlichen ihre Demonstration als Erfolg werten. Mitterrand persönlich versprach ihnen, er wolle mehr für den Kampf gegen Rassismus unternehmen, was zeigt, wie gut es ihnen gelang, Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erregen<sup>660</sup>. Djaidja wurde dank der Aktion zum Symbol

<sup>657</sup> Association pour le rassemblement des Français musulmans du Tarn à monsieur François Mitterrand, président de la République française, 13.9.1988, *ibid*.

<sup>658</sup> Vgl. hierzu Kap. 3.4.

<sup>659</sup> PIERRET, *Les révoltes*, S. 150f.

<sup>660</sup> DREYFUS-ARMAND, CAUDRON, *Les immigrés dans la société*, S. 565.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

des Kampfes der maghrebinischen Jugend gegen Rassismus und für Integration. Er verschwieg nicht, dass sein Vater als Hilfssoldat in der französischen Armee gedient hatte, weder er selbst noch seine Mitstreiter maßen dieser Tatsache jedoch große Bedeutung zu<sup>661</sup>. Auf welcher Seite ihre Väter während des Algerienkriegs gestanden hatten, sollte für die Jugendlichen im Rahmen des Protestes bewusst keine Rolle spielen, was Djaidjas Mitstreiter Bouzid Kara deutlich aussprach. Als Djaidja und seine Mitstreiter auf ihrem Weg nach Paris in Aix-en-Provence Station machten, schloss sich Kara, ebenso Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, dem Marsch an. Kurz nach dem Ende der Aktion berichtete er in der Veröffentlichung »La Marche« über ihren Protest. Kara zeigte sich beeindruckt davon, dass Jugendlichen unterschiedlichen maghrebinischen Ursprungs gemeinsam mit Kindern ehemaliger Hilfssoldaten bewusst wurde, dass sie sich alle in der gleichen Situation befänden und sie in diesem Sinne alle gleich seien. Er kenne aus dem Quartier, in dem er in Aix-en-Provence groß geworden war, diese Einheit nicht, sondern erinnere sich an Streitigkeiten zwischen Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten und jungen Maghrebenern. Auf beiden Seiten seien noch immer die Konsequenzen des Algerienkriegs zu spüren<sup>662</sup>. Kara betonte, wie wichtig es sei, diese Differenzen angesichts des Ausmaßes, das der Rassismus in Frankreich annehme, zu überwinden. Er beschrieb, welche unbeschreibliche Wut er angesichts der rassistisch motivierten Übergriffe auf Einwanderer empfand. Da er in Frankreich immer als »sale bougnoule« angesehen werde, habe er sich bereits mit der Idee auseinandergesetzt, nach Algerien zurückzukehren, obwohl er Frankreich als seine Heimat ansehe. Er sehe sich in Frankreich in einem solchen Maß erniedrigt, dass er Gefahr laufe, seine Selbstachtung zu verlieren<sup>663</sup>. Obwohl er französischer Staatsbürger war und auch seine Eltern die französische Staatsbürgerschaft hatten, gab er an, ihn habe noch nie jemand als Franzose betrachtet, auch er selbst nicht<sup>664</sup>.

Lange Zeit habe er seinem Vater vorgeworfen, für Frankreich gekämpft zu haben, schrieb Kara. Inzwischen bringe er jedoch Verständnis für diese Entscheidung auf. Während des Algerienkriegs sei es nicht leicht gewesen, sich für eine Seite zu entscheiden, zumal die französische Armee nach dem Prinzip »teile und herrsche« vorgegangen sei<sup>665</sup>. Er machte somit nicht seinen Vater für seine Situation verantwortlich, sondern die Französische Republik. Man habe Algerien zunächst kolonialisiert und anschließend Arbeitsmigranten nach

<sup>661</sup> In der Presse wurde Djadja wiederholt als »fils de harki« bezeichnet. Vgl. u. a. MILLE, Deux cents kilomètres pour combattre la xénophobie, in: Le Monde, 17.10.1983.

<sup>662</sup> Bouzid KARA, La Marche, Paris 1984, S. 42.

<sup>663</sup> Ibid., S. 24f.

<sup>664</sup> Ibid., S. 32.

<sup>665</sup> Ibid., S. 32–34.

Frankreich geholt. Er sah den derzeitig grassierenden Rassismus als Fortsetzung dieser kolonialen Praxis an. Man versuche nun in Frankreich die Algerier und andere Nordafrikaner einzuschüchtern oder gar auszulöschen, wie man es bereits während der Kolonialzeit versucht habe<sup>666</sup>. Mit dieser Argumentation hob Kara die Differenzen zwischen sich und den Söhnen maghrebischer Einwanderer auf. »Devant le refus« der französischen Mehrheitsgesellschaft seien sie alle gleich<sup>667</sup>. Im Gegensatz zu vielen muslimischen Repatriierten bezeichne er sich nicht als Franzose, obwohl er französischer Staatsbürger sei und französisch spreche und denke. So wie er im Denken französisch sei, sei er dem Äußeren nach arabisch. Er sei im Endeffekt weder das eine noch das andere<sup>668</sup>. Angesichts der Ablehnung, die ihm in Frankreich entgegenschlage, bevorzuge er es jedoch, als Araber bezeichnet zu werden, da dieser Begriff all diejenigen vereine, die aufgrund ihres Äußeren unter dem Rassismus in Frankreich zu leiden hätten<sup>669</sup>.

Die nach dem Ende der Aktion entstandenen Aufzeichnungen Karas verdeutlichen, dass auch Söhne ehemaliger Hilfssoldaten die *Marche pour l'égalité* nicht als gescheitertes Unternehmen, sondern als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Identität wahrnahmen. Die Aktion sollte auch nicht das letzte gemeinsame Unternehmen von Kindern ehemaliger Hilfssoldaten an der Seite der Nachkommen maghrebischer Einwanderer bleiben. Als im Anschluss an den erfolgreichen Marsch erste Verbandsstrukturen der zweiten Generation entstanden, bildeten sich auch hier gemeinsame Unternehmungen heraus. Die Entstehung des Verbands *France Plus* muss als Beispiel für eine Kooperation von Migranten und muslimischen Repatriierten der zweiten Generation gesehen werden. Pierret vertritt die Ansicht, die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten hätten es als Konkurrenz gesehen, dass auch die Kinder algerischer Migranten sich nach dem Erreichen der Volljährigkeit für die französische Staatsbürgerschaft entscheiden konnten. Daher hätten die muslimischen Repatriierten ihre fast vollständige Exklusivität als Muslime mit französischer Staatsangehörigkeit eingebüßt<sup>670</sup>. Der von *France Plus* verfolgte Ansatz widerspricht dieser These. Der Verband verstand sich als eine Vereinigung von »citoyens français d'origine étrangère«<sup>671</sup>. Die Mitglieder des Verbands grenz-

666 Ibid., S. 25f.

667 Ibid., S. 42.

668 Ibid., S. 62f.

669 Ibid., S. 12.

670 PIERRET, *Les révoltes*, S. 151.

671 *Tous les droits, tous les devoirs du citoyen*, 4.6.1991, *France Plus*, Recueil. Documents d'information, Paris 1990, BNF: Quellensammlung.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ten sich von den *beurs* ab, da sie sich nicht als Araber, sondern als französische Staatsbürger sahen. Sie verstanden die Tatsache, dass nicht mehr ausschließlich die muslimischen Repatriierten, sondern auch immer mehr Einwanderer der zweiten Generation französische Staatsbürger waren, als Chance im Kampf gegen die beide Gruppen betreffende soziale Benachteiligung. Anstatt sich von den Kindern maghrebinischer Einwanderer zu distanzieren, distanzierten sich die Akteure von France Plus von der Haltung ihrer Väter, die noch immer auf ihrem Status als »Français par le sang versé« beharrten. Der Präsident des Verbandes Arezki Dahmani erklärte, welche Entscheidung ihre Väter während des Krieges getroffen hätten, sei für das Engagement der zweiten Generation nicht von Bedeutung<sup>672</sup>. Sie verstanden sich als mit sozialer Exklusion konfrontierte französische Staatsbürger.

Die im Sommer 1991 ausbrechende Aufstandswelle bestätigt wiederum Pierrets These, die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten hätten versucht, sich von den Einwanderern der zweiten Generation abzugrenzen. Am 20. Juni 1991 griffen Söhne ehemaliger Hilfssoldaten in der Cité des Oliviers in Narbonne zu Gewalt, um die Aufmerksamkeit auf ihre Probleme zu lenken. In der Cité des Oliviers lebten 35 Familien ehemaliger Hilfssoldaten gemeinsam mit Migranten aus der Türkei und aus Marokko. Obwohl sie alle die Probleme der Arbeitslosigkeit und der schlechten Lebensbedingungen teilten, waren es ausschließlich die Söhne der ehemaligen Hilfssoldaten, die sich an den Aufständen beteiligten<sup>673</sup>. Es folgte eine Auseinandersetzung mit der Polizei, die über mehrere Wochen andauerte. Die Aufstände von Narbonne wirkten wie eine Initialzündung. In verschiedenen Städten und Gemeinden Südfrankreichs folgten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten dem Beispiel der Jugendlichen aus Narbonne und führten teils gewalttätige Aktionen durch, um auf sich aufmerksam zu machen. An verschiedenen Orten wurden die Mautstellen besetzt, so dass die Autofahrer kostenlos passieren konnten. In Pertuis besetzte eine Gruppe von ungefähr zwanzig Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten wiederholt das städtische Schwimmbad und lud die Bevölkerung zu einem kostenlos Schwimmgelände ein. In Montpellier wurden die Räumlichkeiten der *direction des affaires économiques et des finances locales* besetzt. Die Besetzer verwüsteten die Räumlichkeiten, vergossen Benzin und drohten, das Gebäude in Brand zu setzen. Es wurden an verschiedenen Orten teils brennende Barrikaden errichtet, an denen sich die Jugendlichen Schlachten mit der Polizei lieferten, und Autos angezünd-

<sup>672</sup> Ibid.

<sup>673</sup> France Régions 3: Problèmes banlieues ou harkis, 27.6.1991, <http://www.ina.fr/video/CAC92010195> (26.2.2020).



det. Vereinzelt fielen auch Schüsse. Mehrere Polizeibeamte wurden bei den Auseinandersetzungen verletzt<sup>674</sup>.

Die Unruhen erinnerten an die Aufstände, die Mitte 1975 in den Lagern von Bias und Saint-Maurice-l'Ardoise ausgebrochen waren. Hatten die Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten damals gegen die Lebensbedingungen in den Lagern und Walddörfern protestiert, so reagierten sie nun auf die Segregation und die schlechten Lebensbedingungen, mit denen sie sich in den Vorstädten konfrontiert sahen. Sie forderten staatliche Hilfen beim Immobilienkauf und Zugang zu Sozialwohnungen, um die sozial benachteiligten Viertel verlassen und ihre Wohnsituation verbessern zu können. Zudem forderten sie, die in ihrer Gruppe hohe Arbeitslosenquote zu bekämpfen. Der Staat solle gegen rassistische Einstellungskriterien vorgehen, damit die Herkunft nicht mehr über die Einstellung entscheiden könne. Gleichzeitig solle er im öffentlichen Dienst eine bestimmte Anzahl an Arbeitsplätzen für ehemalige Hilfssoldaten und deren Kinder reservieren. Darüber hinaus forderten sie Entschädigung für den Besitz, den ihre Väter gegebenenfalls in Algerien zurückgelassen hatten<sup>675</sup>. Sie vermischten auf diese Weise Probleme, unter denen die Einwanderer der zweiten Generation in gleichem Maße litten wie sie selbst, mit Problemen, die spezifisch für ihre Gruppe galten.

Ihr Wunsch, als eigene Gruppe wahrgenommen zu werden, wurde sichtbar, da die Aufständischen all ihre Forderungen damit begründeten, dass sie französische Staatsbürger seien, weil sich Frankreich ihrer Väter als »chair de canon« bedient habe. So stand auf einem Flugblatt, das Nachkommen von Hilfssoldaten Ende Juli an der Mautstelle von Aix-en-Provence verteilten, dass man seit mehreren Tagen versuche, sie in den Medien als »voyous« und als »terroristes« darzustellen. In Wirklichkeit seien sie jedoch »Français« mit dem Wunsch, als solche anerkannt zu werden. Als Bürger der Französischen Republik anerkannt zu werden, bedeute für sie das Recht auf eine Arbeit, die es ihnen erlaube, ein vernünftiges Leben zu führen, sowie das Recht auf eine Wohnung, statt in den »réserves à Indiens« geparkt zu bleiben. Außerdem bedeute es, dass ihre Eltern Entschädigungen für all das bekämen, was sie aufgrund ihres Kampfs für Frankreich verloren hätten. Das Flugblatt endete mit der Frage »Est-ce être terroriste que de demander des droits aussi élémentaires?«<sup>676</sup>

674 Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des polices urbaines. Les manifestations et exactions commises par les fils de harkis en zone de police urbaine depuis le 5 juillet 1991, AN: vers. 20090157/212.

675 Préfecture de Vaucluse à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Rencontre avec la communauté harkie le samedi 29 juin 1991, ibid.

676 Flugblatt, das am 28.7.1991 an der Mautstelle von Aix verteilt wurde, zitiert nach: France-Horizon 325 (1991), S. 16.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Indem sie ihre Forderungen mit der Rolle ihrer Väter während des Algerienkriegs begründeten, machten sie deutlich, dass sie als eigene Gruppe mit spezifischen Problemen wahrgenommen werden wollten.

Dass die Aufständischen darauf bestanden, als Kinder von »harkis« gesehen zu werden, ist im Kontext des Emanzipationsprozesses dieser Generation zu verstehen. Während der Unruhen von 1975 hatten die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten mit Laradji einen Vertreter der muslimischen Elite als Führungsfigur agieren lassen, der zum Teil von den Aktivisten der *Algérie française* instrumentalisiert worden war. Ihre Interessen waren dadurch verzerrt worden. Die Marche pour l'égalité hatte zwar insofern die erhofften Ergebnisse gebracht, als die Aufmerksamkeit auf das Problem des Rassismus gelenkt wurde, allerdings nahm man in der französischen Öffentlichkeit die »harkis« nicht als gesonderte Gruppe wahr. Die spezifischen Erfahrungen der in den Lagern und Walddörfern erlebten Entmündigung und der Segregation sowie die daraus resultierenden Probleme traten in den Hintergrund.

Aus dem Bedürfnis heraus, auch an die nur für ihre Gruppe spezifischen Erfahrungen und Probleme zu erinnern, traten die »harkis« der zweiten Generation 1991 als geschlossene Gruppe auf und sprachen allen Verbänden die Erlaubnis ab, für sie zu sprechen<sup>677</sup>. Den Verbandsstrukturen der muslimischen Elite, denen viele ihrer Väter ihr Vertrauen schenkten, misstrauten sie ebenso wie den Verbandsstrukturen, die sich unter den muslimischen Hilfssoldaten herausgebildet hatten. Sie warfen ihnen mangelnde Durchsetzungskraft vor. Sie hielten die Vorsitzenden dieser Verbände für unfähig, wirkliche Veränderungen herbeizuführen, weshalb sie nun mit aufsehenerregenden Aktionen ihre Forderungen selbst durchsetzen wollten<sup>678</sup>. In besonderem Maße misstrauten sie den Repatriiertenverbänden und den Parteien der Rechten, die vorgaben, sich für sie einzusetzen. Als der Historiker Jacques Delarue im Jahr nach den Aufständen den Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten in einem Interview bat, die Tatsache zu kommentieren, dass der FN, ehemalige Mitglieder der OAS und Repatriiertenverbände als Fürsprecher der Hilfssoldaten auftraten, antwortete dieser, die muslimischen Repatriierten seien »une vache à lait« für den FN gewesen. Der FN habe nicht nur nie etwas für die Verbesserung ihrer Situation getan, sondern habe sie für seine eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert<sup>679</sup>.

<sup>677</sup> Préfecture de Vaucluse à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Rencontre avec la communauté harkie le samedi 29 juin 1991, AN: vers. 20090157/212.

<sup>678</sup> Ministère de l'Intérieur et de la Sécurité publique, direction générale de la police nationale. Note à monsieur le directeur général de la police nationale – cabinet – à l'attention de M. Walmetz: FNRFCI, 23.6.1992, *ibid*.

<sup>679</sup> DELARUE, *La malédiction*, S. 32.

Die Aufstände von 1991 werden in der Forschung als Wendepunkt im Subjektivierungsprozess der zweiten Generation bezeichnet. Die Vertreter der zweiten Generation traten erstmals als eigenständige Gruppe ohne externe Fürsprecher auf und waren nicht Gegenstand von Debatten, sondern beteiligten sich aktiv an ihnen<sup>680</sup>. Dieser Subjektivierungsprozess war bereits mit den Aufständen von 1975 eingeleitet worden. 1975 waren nicht nur erstmals Stimmen der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten zu hören gewesen, auch das Schweigen der ersten Generation wurde infolge der Aufstände durchbrochen. Zum ersten Mal seit Anfang der 1980er Jahre machten ehemalige Hilfssoldaten selbst auf ihre sozialen Probleme und auf das Gefühl, nicht als französische Staatsbürger akzeptiert zu werden, aufmerksam. Hierfür nutzten sie Verbandsstrukturen der muslimischen Elite und gründeten selbst Interessensvertretungen. Dabei leiteten sie Forderungen aus ihrem Kampf für Frankreich ab. Sie wehrten sich dagegen, dem Rassismus in Frankreich ausgesetzt zu sein, der sich in besonderem Maße gegen aus dem Maghreb stammende Muslime, gegen die Araber wandte. Anstatt jedoch gegen den Rassismus als solchen anzukämpfen, betonten sie stets, sie seien »Français par le sang versé« und deshalb von den maghrebini-schen Einwanderern zu unterscheiden. Sie machten das angebliche Fehlverhalten der maghrebini-schen Einwanderer dafür verantwortlich, dass sie selbst in Frankreich nicht als französische Staatsbürger anerkannt wurden.

Die zweite Generation verfolgte im Kampf gegen den Rassismus und die soziale Ausgrenzung eine andere Strategie. Die Nachkommen der ehemaligen Hilfssoldaten nahmen wahr, dass sie die Probleme der zweiten Generation der maghrebini-schen Einwanderer teilten, und erkannten an, dass viele von ihnen wie sie selbst französische Staatsbürger waren. Gerade da sie in Frankreich aufgewachsen und zum Teil auch dort geboren waren, die französische Staatsbürgerschaft hatten und die Werte der Französischen Republik teilten, wog es für sie umso schwerer, nicht als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Aus diesem Grund kämpften sie gemeinsam gegen den Rassismus und gegen die soziale Ausgrenzung. Dafür mussten sich die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten von denen distanzieren, die in den Jahren zuvor als Fürsprecher ihrer Gemeinschaft aufgetreten waren, auch von ihren Vätern, die an den alten Beziehungskonstellationen festhielten. Obwohl sie die sozialen Probleme in Frankreich und das Gefühl der Ausgrenzung teilten, hoben sich die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten aufgrund der Vergangenheit ihrer Väter und aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen in den Lagern von den Kindern der Einwanderer ab.

Im Gegensatz zu den Einwanderern der zweiten Generation litten sie unter einer doppelten Stigmatisierung, da sie sich nicht nur in Frankreich nicht als französische Staatsbürger anerkannt fühlten, sondern zugleich auch von ihren

680 ENJELVIN, Les harkis, S. 169.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

algerischen Wurzeln abgeschnitten waren. Dennoch bedeuteten die Aufstände vom Sommer 1991 nicht, dass die verschwimmenden Grenzen zwischen den Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten und den maghrebischen Migranten der zweiten Generation wieder klare Konturen bekamen. Beide Gruppen teilten weiterhin die Erfahrungen der Ausgrenzung in Frankreich und agierten gemeinsam, um auf diese Ausgrenzung aufmerksam zu machen. Auch nach dem Jahr 1991 beteiligten sich sowohl Einwanderer der zweiten Generation als auch Kinder ehemaliger Hilfssoldaten an den Unruhen in den Vorstädten. So kam es beispielsweise im März 1999 in Pamiers zu Unruhen, nachdem ein ehemaliger Hilfssoldat und dessen Tochter nach Nachbarschaftsstreitigkeiten festgenommen worden waren. Eine Gruppe von ca. 60 Personen, bestehend vor allem aus Kindern ehemaliger Hilfssoldaten sowie maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation, sammelte sich vor der Polizeiwache, um deren Freilassung zu fordern. Nach dem Ende der Aktion demonstrierten Jugendliche im Stadtzentrum durch Vandalismus ihre Unzufriedenheit mit ihrer Situation. Dabei war nicht auszumachen, ob es sich um Kinder von Hilfssoldaten oder von Einwanderern aus dem Maghreb handelte<sup>681</sup>. So sehr die Vergangenheit ihre Familien auch getrennt hatte, so sehr einte die Gegenwart die maghrebische Jugend in Frankreich und ließ die Grenzen zwischen beiden Gruppen verschwimmen.

#### 3.8 Ambivalenz der Assimilation

Mit der algerischen Unabhängigkeitserklärung vom 5. Juli 1962 war die 132 Jahre andauernde Epoche der *Algérie française* beendet. Die Auswirkungen dieser Epoche sollten jedoch in der Französischen Republik noch lange spürbar bleiben. Mit der Dekolonialisierung veränderten sich die gesellschaftlichen Strukturen der Republik nachhaltig. Knapp eine Million europäische Siedler wurden als französische Staatsbürger nach Frankreich repatriiert. Gleichzeitig nahm durch die in den Abkommen von Évian beschlossene Reisefreiheit zwischen Algerien und Frankreich die Migration von Bürgern des unabhängigen Algeriens nach Frankreich zu. Die demobilisierten Hilfssoldaten gehörten weder der einen noch der anderen Gruppe an. Sie waren nach der Unabhängigkeit zunächst algerische Staatsbürger. Viele von ihnen verließen jedoch Algerien in Richtung Frankreich, da sie im unabhängigen Staat als Verräter galten. In Frankreich konnten sie die französische Staatsbürgerschaft beantragen und

<sup>681</sup> Le préfet de l'Ariège à monsieur le ministre de l'Intérieur. Manifestation et incidents de voie publique à Pamiers dans la soirée du vendredi 5 mars 1999, AN: vers. 20090157/212.

wurden in Folge als Repatriierte anerkannt. Es entstand auf diese Weise die Gruppe der muslimischen Repatriierten. Gemäß dem universalistischen Ideal hätten sie nach ihrer Einbürgerung nicht mehr als gesonderte Gruppe behandelt werden dürfen. Die Regierung hätte darauf vertrauen müssen, dass spätestens die zweite Generation ohne einen speziellen Integrationsplan in der Nation aufgehen würde. De facto kategorisierte die Regierung sie jedoch als FMR und ließ ihnen eine Sonderbehandlung zukommen. Innerhalb der Gruppe der muslimischen Repatriierten unterschieden die Behörden wiederum zwischen der muslimischen Elite und den demobilisierten Hilfssoldaten. Die muslimische Elite galt bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit als assimiliert, so dass die französischen Behörden keine Notwendigkeit sahen, für sie ein spezielles Integrationsprogramm aufzustellen.

Die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten sah die Regierung hingegen als Problem an. Sie waren in den meisten Fällen ausschließlich während ihrer kurzen Zeit als Hilfssoldaten in der französischen Armee mit der Französischen Republik in Kontakt gekommen. Das Integrationskonzept, das die Behörden schließlich wählten, zeigte, dass sie im Umgang mit einstigen Kolonialiserten die Ansicht vertraten, Gleichbehandlung könne erst auf Angleichung folgen. Man entschied sich für einen staatlich geregelten Empfang und Weg zur Integration. Unter der Aufsicht kolonialer Akteure sollten die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien an das Leben in Frankreich gewöhnt, sprich von ihrer als rückständig betrachteten Kultur entfremdet werden. Mit dieser Aufgabe betraut waren ehemalige Offiziere der SAS. Die von ihnen angestrebte Assimilation reichte bis hin zu Überlegungen, ob eine christliche Missionierung der ehemaligen Hilfssoldaten nötig sei. Sie setzten Assimilation mit absoluter kultureller Absorption gleich. Die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien wurden als eine gesonderte Gruppe verstanden und einer speziellen Behandlung unterworfen, um die Assimilation dieser Gruppe zu erreichen. Die Regierung begründete dies mit der Annahme einer zu großen kulturellen Differenz zwischen den muslimischen Hilfssoldaten und der französischen Mehrheitsgesellschaft. Sie sah die Kultur und Religion der Hilfssoldaten als archaisch und rückständig an, so dass sie eine Assimilation auf dem traditionellen, in Einklang zu der Idee des Universalismus stehenden Wege nicht für möglich hielt.

Schon mit dem Anstieg der Migration aus dem Maghreb in Folge des Zweiten Weltkriegs hatte sich diese Ansicht im französischen Verwaltungsapparat verbreitet. Der 1945 zum Generalsekretär des Hohen Komitees für Bevölkerung und Familie ernannte Georges Mauco erklärte nach seinem Amtsantritt, die muslimische Bevölkerung des Maghrebs sei nicht assimilierbar. Er schlug deshalb vor, die Zuwanderung nach Frankreich zu steuern. Er konnte sich jedoch mit dieser Ansicht nicht durchsetzen, da sein Vorschlag als Bruch mit

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

dem republikanischen Universalismus verstanden wurde<sup>682</sup>. Shepard zeigt, dass sich mit der Dekolonialisierung die von Mauco bereits fast zwanzig Jahre früher vertretene Position durchsetzte und man sich damit tatsächlich vom Ideal des Universalismus entfernte. Er sieht die Dekolonialisierung in dieser Hinsicht als klaren Bruch an<sup>683</sup>. Für ihn war es eine Folge der Dekolonialisierung, dass die von Griotteray in den 1980er Jahren ausformulierte These, im Umgang mit muslimisch geprägten Einwanderern seien die Grenzen des Universalismus erreicht, in breiten gesellschaftlichen Kreisen Zustimmung fand. Diese Sichtweise kann am Beispiel der ehemaligen Hilfssoldaten relativiert werden. Gerade anhand des für diese Gruppe angewandten Integrationskonzepts wird erkennbar, dass es die im Kolonialismus begründete Verbindung zwischen Universalismus und inegalitärem Denken war, die dieser Entwicklung zugrunde lag: Koloniale Akteure übertrugen ihr in der *Algérie française* angewandtes Assimilationskonzept, das von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime ausging, auf die nun auf die einstige Metropole begrenzte Französische Republik. Es waren koloniale Kontinuitäten, die die Integrationspolitik bestimmten.

Die Regierung bemühte sich nach der Unabhängigkeit Algeriens, die Einwanderung von Algeriern zu begrenzen und die in den Abkommen von Évian festgeschriebene Reisefreiheit zwischen beiden Ländern auszuhebeln. Die algerischen Migranten, die nach Frankreich kamen, galten als Arbeitsmigranten. Deren Integration war weder von französischer noch von algerischer Seite erwünscht. Beide Seiten erwarteten, dass die hauptsächlich männlichen Arbeitsmigranten wieder nach Algerien zurückkehrten, wo sie in vielen Fällen ihre Familien zurückgelassen hatten. Sie wurden nicht als Teil der Französischen Republik betrachtet, wodurch sich die Frage der Integration nicht stellte. Die muslimischen Repatriierten hingegen kamen meist mit ihren Familien und wurden nach ihrer Ankunft in Frankreich eingebürgert. Sie waren gekommen, um zu bleiben. Da ihnen als maghrebinische Muslime jedoch eine Unfähigkeit zur Assimilation unterstellt wurde, griffen die französischen Behörden mit Unterstützung der ehemaligen SAS-Offiziere sowie mit der Hilfe europäischer Repatriierter auf das Konzept einer kontrollierten Assimilation zurück, um eine kulturelle Angleichung zu erzwingen. Dieses Vorgehen widersprach dem Prinzip der Gleichbehandlung und enthielt den ehemaligen Hilfssoldaten sowie deren Frauen und Kindern politische Grundrechte vor, auf die sie als französische Staatsbürger ein Anrecht gehabt hätten.

Es waren in den 1960er Jahren keine Stimmen zu hören, die sich gegen das von der Regierung verfolgte Integrationskonzept wandten. Die europäischen

<sup>682</sup> WEIL, *La France*, S. 54–62.

<sup>683</sup> SHEPARD, 1962.

Repatriierten nutzten zwar jede Gelegenheit, um den Umgang der Regierung mit den ehemaligen Hilfssoldaten zu kritisieren und ihr Verrat an der *Algérie française* vorzuwerfen, sie äußerten jedoch keine Kritik an der Aufnahme- und Integrationspolitik. Sie erklärten, die Hilfssoldaten hätten ihr Leben für die Französische Republik aufs Spiel gesetzt und seien als »Français par le sang versé« grundsätzlich zur Assimilation bereit. Zugleich teilten die Anhänger der *Algérie française* die Position, die Muslime Algeriens seien zivilisatorisch rückständig und benötigten Unterstützung auf dem Weg zur erwünschten kulturellen Anpassung. Auch von der kolonialkritischen Linken war keine Kritik am Integrationskonzept der Regierung zu vernehmen. Die Linke folgte großteils der Ansicht des FLN und der AA, der Vertretung des FLN auf französischem Boden. Beide Akteure betrachteten die ehemaligen Hilfssoldaten nicht als französische Staatsbürger, sondern als Algerier, die sich in ihrer Heimat der Verantwortung für ihre Verbrechen stellen sollten. Die Frage der Integration kam in der kolonialkritischen Linken in diesem Kontext kaum auf. Die wenigen Akteure, die das Thema ansprachen, zeigten in ihrer Argumentationsweise, dass sie ebenfalls die These vertraten, aufgrund zu großer kultureller Differenzen sei eine Assimilation kaum möglich.

Lediglich diejenigen, die es zu integrieren galt, lehnten geschlossen das Prinzip der Assimilation im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption ab. Selbst die Vertreter der muslimischen Elite waren nicht bereit, den Integrationsprozess im Sinne einer Assimilation zu verstehen, die eine vollständige kulturelle Angleichung beinhaltet. Für sie war Algerien ein Teil Frankreichs gewesen, woraus sie die Position ableiteten, ihre Kultur und ihre Religion gehörten zu Frankreich. Sie bekannten sich uneingeschränkt zu den Werten der Französischen Republik und forderten in diesem Sinne Toleranz und Religionsfreiheit als Teil des Universalismus ein. Für sie stellte es keinen Widerspruch dar, Muslim und französischer Staatsbürger zu sein. In der *Algérie française* hatten sie sich hybride Identitäten angeeignet, die ihrem Wunsch gemäß auch ihr Leben in Frankreich bestimmen sollten. Die Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten waren am Ende des Krieges in erster Linie bestimmt von arabisch-beziehungsweise berberisch-muslimischen Denk- und Handlungsmustern. Sie waren während der Kolonialzeit weitaus weniger mit der französischen Kultur in Kontakt gekommen als die muslimische Elite. Ihre Handlungen und Aussagen nach dem Ende des Kriegs zeigten, dass sie mehrheitlich hofften, nach Algerien zurückzukehren. Sie hofften auf ein Zeichen der Versöhnung vonseiten des FLN oder auf einen Regimewechsel. Aus diesem Grund stellte sich für sie selbst die Frage der Integration zunächst nicht. Die staatlich praktizierte Integrationspolitik empfanden die ehemaligen Hilfssoldaten jedoch klar als Entmündigung und Erniedrigung.

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

Insbesondere für die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten, die in Frankreich aufgewachsen und teils auch geboren waren, wog das Gefühl, in Frankreich gedemütigt und erniedrigt zu werden, schwer. Anfang der 1970er Jahre wurde erstmals deutlich, dass in den Lagern und Walddörfern eine neue Generation herangewachsen waren, die von Geburt an französische Staatsbürger waren, sich jedoch nicht als solche behandelt sahen. Sie fühlten sich ihrer grundlegenden Rechte als französische Staatsbürger beraubt. Durch das Leben in den Lagern und Walddörfern hatten sie eine hybride Identität ausgebildet, die von dem Gefühl einer doppelten Ausgrenzung geprägt war. Sie sahen Frankreich als ihre Heimat an, fühlten sich dort jedoch ausgegrenzt. Gleichzeitig war auch der Weg zu ihren algerischen Wurzeln abgeschnitten, da sie in Algerien als Kinder von Verrätern angesehen wurden. 1975 waren erstmals die Stimmen der zweiten Generation zu hören, die sich zur Integrationspolitik äußerten. Sie forderten die Schließung der Lager und Walddörfer und verlangten, in ihrer kulturellen Differenz als französische Staatsbürger anerkannt zu werden. Deutlich wandten sie sich gegen das Konzept der Assimilation und verlangten, ihre Kultur und ihre Religion als gleichwertig anzuerkennen. Diese Forderung war auch von der neuen Generation der muslimischen Elite zu hören, die Anfang der 1970er Jahre begann, sich in Verbänden zu organisieren. Verschiedene Vertreter dieser neuen Generation versuchten sich als Sprachrohr aller muslimischer Repatriierten zu profilieren, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, die als besonders hilfsbedürftig kategorisiert wurden. Laradji, der sich 1975 als Anführer der Aufstände und dadurch als Fürsprecher der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten durchsetzte, kritisierte deutlich die Integrationspolitik und betonte, wie die Lagerbewohner der zweiten Generation selbst, das Recht auf Differenz.

Laradjis Diskurs unterschied sich von der Rhetorik der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, da er nur für die muslimischen Repatriierten das Recht auf kulturelle Differenz forderte und zugleich eine Begrenzung der Migration aus Algerien begrüßte. In diesem Punkt teilte er die Position der Verteidiger der *Algérie française*, die sich nach den Amnestiegesetzen von 1968 neu formierten. Hier entstand eine neue Koalition aus europäischen Repatriierten und amnestierten Mitgliedern der OAS, die sich in großer Anzahl auch in den Reihen des rechtsextremen FN wiederfanden, der in den 1980er Jahren die Rhetorik dieser neuen Koalition an die Öffentlichkeit und in die Politik trug. Die Verteidiger der *Algérie française* bemühten sich, ähnlich wie die muslimische Elite als Fürsprecher der ehemaligen Hilfssoldaten aufzutreten. Sie gaben sich als überzeugte Verfechter des universalistischen Ideals und waren bemüht, ihren Diskurs nach diesem Ideal auszurichten. Sie verschleierten stets ihre von Rassismus geprägte Sichtweise auf die Muslime Nordafrikas und betonten stattdessen die Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, die unabhängig von der jeweili-



gen Religion der Mitglieder fortbestehe. De facto hatten sie jedoch 1962 die Integrationspolitik der Regierung unterstützt und die erzwungene kulturelle Angleichung der muslimischen Hilfssoldaten als notwendig erachtet. Im Kontext ihres revanchistischen Diskurses instrumentalisieren sie die ehemaligen Hilfssoldaten. Sie betonten, die Hilfssoldaten hätten sich ihr Recht auf die französische Staatsbürgerschaft erkämpft. Mit dem gleichen Argument forderten sie die Begrenzung der algerischen Migration oder gar die Ausweisung der algerischen Migranten.

Die kolonialkritische Linke setzte sich gegen den antimuslimischen Rassismus der Verteidiger der *Algérie française* zur Wehr. Nachdem sich zahlreiche Arbeitsmigranten an den Aufständen von 1968 beteiligt hatten, wurden Antirassismus und Solidarität mit den Arbeitsmigranten in Frankreich wichtige Punkte auf ihrer Agenda. Im Gegensatz zu den Aktivisten der *Algérie française* plädierte die Linke für Reisefreiheit und eine Ausweitung der Aufenthaltsgenehmigungen für Algerier und engagierte sich für deren soziale Besserstellung. Jedoch blieb auch in der Linken sowie bei den algerischen Arbeitsmigranten selbst die Position bestehen, Letztere gehörten nicht zur Französischen Republik. Selbst der FLN in Algerien lehnte eine Integration seiner Landsleute in Frankreich ab. Er erinnerte diese an ihre muslimische Identität, um eine Integration zu verhindern. Gleichzeitig ging der FLN in den 1970er Jahren dazu über, die ehemaligen Hilfssoldaten als Bürger der Französischen Republik und nicht mehr als Algerier einzuordnen. Die Linke betonte hingegen, die muslimische Identität sei kennzeichnend sowohl für die algerischen Arbeitsmigranten als auch für die ehemaligen Hilfssoldaten, und sah beide Gruppe nicht als Teil der französischen Gesellschaft an. Ihr Diskurs zeigte dabei, dass auch Vertreter der antirassistischen Linken von einer zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime ausgingen und diesen unterstellten, sie könnten sich nicht in die Französische Republik integrieren. Sie setzten den Islam als archaische Religion der Aufklärung entgegen, die sie als theoretisches Fundament der Französischen Republik verstanden.

Weil die französische Regierung seit Mitte der 1970er Jahre die Reisefreiheit zwischen Algerien und Frankreich eingeschränkt hatte, hatte sich die Migration zwischen Algerien und Frankreich aufgrund des Familiennachzuges grundlegend verändert. In den 1980er Jahren war nicht mehr von einer temporären männlich dominierten Arbeitsmigration die Rede, sondern es wurde offensichtlich, dass die aus Algerien nach Frankreich einreisenden Migranten anstrebten, sich dauerhaft in Frankreich niederzulassen. Dadurch änderte sich auch die Gruppe der *Français musulmans*. Die Kinder algerischer Migranten konnten sich nach Vollendung ihrer Volljährigkeit für die französische Staatsbürgerschaft entscheiden. Dadurch waren nicht mehr ausschließlich die muslimischen Repatriierten französische Staatsbürger, sondern auch Kinder ehemali-

### 3. Die Integration der »harkis« in Frankreich

ger Arbeitsmigranten. Die Anzahl der Muslime mit französischer Staatsbürgerschaft nahm insgesamt zu. Als Mitterrand das Amt des Staatspräsidenten übernahm und die sozialistische Partei erstmals die Regierung stellte, berücksichtigte sie diese Veränderung und schlug einen völlig neuen Weg in der Integrationspolitik ein. Der Staatssekretär für Repatriierte Raymond Courrière erklärte, er verstehe den Islam fortan als Teil der Französischen Republik, womit er der Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption eine Absage erteilte. Für ihn stand die Gleichberechtigung im Vordergrund der Integrationspolitik. Er plante, die Integration der muslimischen Repatriierten, insbesondere der zweiten Generation, durch eine differentialistische Wende zu vollenden. Dafür sollte die Andersartigkeit der muslimischen Mitbürger anerkannt und gestärkt werden. Ihre arabisch- beziehungsweise berberisch-muslimische Identität sollte nicht mehr als Schwäche diffamiert, sondern als Stärke genutzt werden. Auf diesem Weg wurde die Partei nicht nur von der außerparlamentarischen Linken unterstützt, sondern sie hatte damit einen Weg eingeschlagen, den auch die Betroffenen selbst begrüßten. Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten politisierten sich Anfang der 1980er Jahre an der Seite der Migranten der zweiten Generation und der außerparlamentarischen Linken. Gemeinsam kämpften sie gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung und für die Anerkennung ihrer kulturellen Differenzen.

Auch ehemalige SAS-Offiziere wie André Wormser unterstützten den politischen Kampf der Nachkommen von Hilfssoldaten und Einwanderern ebenso wie Vertreter der muslimischen Elite. Die muslimische Elite achtete jedoch in ihrem Diskurs darauf, sich deutlich von den maghrebinischen Migranten abzugrenzen. Sie betonten, dass sie »Français par le sang versé« seien, da sie mit ihrem Kampf für Frankreich den Willen gezeigt hätten, Teil der Republik zu sein, während die algerischen Migranten für die Unabhängigkeit Algeriens und somit gegen Frankreich gekämpft hätten. Auch die ehemaligen Hilfssoldaten bedienten sich dieser Rhetorik, als sie sich Anfang der 1980er Jahre erstmals an dem Diskurs beteiligten. Somit zeigte sich eine starke akteursübergreifende Kontinuität im revanchistischen Diskurs, den die Verteidiger der *Algérie française* prägten. Auch noch zu einem Zeitpunkt, als die Kinder ehemaliger Hilfssoldaten bereits an der Seite der Einwanderer der zweiten Generation auftraten, übernahmen die neuen Vertreter der muslimischen Elite sowie die ehemaligen Hilfssoldaten die revanchistische Rhetorik. Auf diese Weise entstand die in hohem Maße ambivalente Koalition zwischen Le Pen, seiner Partei und muslimischen Repatriierten.

Während insbesondere die Vertreter der muslimischen Elite sich dafür einsetzten, in Frankreich einen republikanischen Islam zu etablieren, der in Einklang mit den Werten der Französischen Republik gelebt werden sollte, verflocht der FN Revanchismus und Islamkritik. Der FN stellte sich mit dem Argu-

ment, man müsse die Republik davor bewahren, eine »France algérienne« zu werden, gegen den von der sozialistischen Regierung eingeschlagenen Weg zur Anerkennung des Islams. Als der Islam zunehmend in Frankreich sichtbar wurde und zugleich mit dem islamistischen Terror innerhalb der französischen Bevölkerung unbestimmte Ängste gegen diese Religion aufkamen, konzentrierte sich der FN zusehends auf die Islamkritik. Die Partei boykottierte den Bau von Moscheen, der wiederum von Vertretern der muslimischen Elite initiiert worden war. Die Partei gab zwar an, sich in ihrem Diskurs auf die universalistische Idee der Republik zu beziehen, und untermauerte diese Behauptung immer wieder durch Verweise auf ihr gemeinsames Auftreten mit muslimischen Repatriierten. Gerade ihre Kritik am Islam zeigte jedoch, dass sie die Französische Republik als eine rein christliche Republik verstand und Menschen anderer Kultur und anderen Glaubens in Frankreich keinen Platz einräumen wollte.

Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten distanzieren sich im Laufe der 1980er Jahre klar von den Verteidigern der *Algérie française*. Deren Revanchismus und Islamkritik machten sie verantwortlich für den in Frankreich um sich greifenden antimuslimischen Rassismus, der aus ihrer Sicht ihre Ausgrenzung begründete. Sie zeigten deutlich, dass sie sich als französische Staatsbürger verstanden, jedoch eine kulturelle Absorption vehement ablehnten. In der Forderung nach Angleichung sahen sie eine Herabsetzung ihrer muslimischen Wurzeln. Zudem betonten sie, dass sich der »racisme antiarabe« am Äußeren der Menschen orientiere. Sie vertraten daher die Überzeugung, eine Anerkennung als französische Staatsbürger sei für sie trotz aller Assimilationsbemühungen unerreichbar. Das universalistische Ideal der Republik war in ihren Augen ein scheinheiliger Wert, der einem Realitätstest nicht standhielt. Aus dieser Position resultierte das Engagement der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in der Bewegung der *beurs*. Sie gingen jedoch nicht in dieser Bewegung auf, sondern entwickelten in Folge eine eigene Identität. Im Sommer 1991 machten Kinder ehemaliger Hilfssoldaten deutlich, dass sie sich als »harkis« der zweiten Generation verstanden. In diesem Sinne zeigten sie, dass sie sich als eigene Gruppe mit eigenen hybriden Identitäten innerhalb der Französischen Republik wahrnahmen. Ihnen war es damit gelungen, sich aus den kolonial begründeten Abhängigkeiten von Akteuren zu entfernen, die die Hilfssoldaten als Instrument missbrauchten, um ihre rassistischen Handlungs- und Denkmuster hinter einer universalistischen Fassade zu verbergen.